REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 400 · 13.3.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. ak-Spendenkampagne: Plan übererfüllt - ak-Redaktion
2. Demokratisierung des Bildungssystems in der Türkei! Kongreß demokratischer Kräfte gründet Bildungsunion - Karsten Schönsee
3. Deutsch-tschechische Erklärung. Was lange währt, wird nicht unbedingt gut - Kt.
4. Der Rückschlag, der ein Fortschritt war. Zum Kommunalwahlergebnis der extremen Rechten in Hessen - Jean Cremet
5. Gespensterbeschwörer Gauweiler. Nach CSU- Hetze: 4.500 Nazis marschierten auf - Al., Nürnberg
6. CDU hetzt, Nazi schießt. Mörderische Rache nach erfolgreicher Antifa-Aktion in Berlin - mb., Berlin
7. Demo gegen faschistische Gewalt. Magdeburger Antifaschistische Initiative mobilisiert gegen Neonazis - Peter Nowak
8. Weiter so, Aschaffenburg! Breites Bündnis verhindert Nazi-Aufmarsch - Martin Bayer
9. Magdeburg und der Mord an Frank Böttcher - Metropolis antifa Archiv, Postdam
10. Stalinismus und Antisemitismus. Nathan Steinbergers "biographisches Gespräch". Buchvorstellung - Gerd Bedszent
11. Castor ins Zwischenlager durchgeprügelt - Vo
12. Castor-Alarm. Rede von Fritz Storim auf der Demo in Lüneburg am 1.3.1997
13. Siemens rechte Denkschule: Armin Mohler und die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung - Peter Nowak
14. Sklavenarbeit für Siemens. Der Konzern beschäftigte mehr als 60.000 ZwangsarbeiterInnen - Angela Martin
15. Frieden schaffen - aber wie? Grüne Anhörung zur Friedenspolitik - Vo
16. "Der Krieg geht einfach weiter" - Bosnienfilme auf der Berlinale - mp
17. Die große Aufgabe. Internationale Solidarität im globalen Kapitalismus - E.F. Huidobro
18. Vom Paradies in den siebten Himmel. Spaniens Unternehmer wollen neues Arbeitsrecht - Dirk Hempel
19. Vive la mutation! Die Modernisierung des Parti Communiste Francais - Bernhard Schmid
20. Bündnis der Hoffnung. Die französiche Linke und der Kampf gegen die Ausländergesetze. Interview mit Alain Krivine - Bernhard Schmid
21. Die Tolerierung des kleineren Übels. Rifondazione Comunista zwischen Anpassung und "Antagonismus" - Js.
22. Flexibel ins dritte Jahrtausend. Italiens PDS nimmt Abschied vom "abstrakten Gleichheitsprinzip" - Js.
23. Eskalation im Baskenland. Verhaftungswelle gegen "Botschafter des Friedens" - Dirk Hempel
24. Der Likud rüstet ideologisch auf. Der Streit um die Siedlung Har Homa - Michael Schlickwei
25. Nordkorea auf der Krisenwippe. Wankt oder fällt das letzte realsozialistische Regime in Ostasien? - Rainer Werning
26. Prozeß vor leerer Anklagebank. Die Mörder von Metin Göktepe laufen frei herum ... - Jan Keetman
27. Eigene Räume erkämpfen. Schwule und lesbische Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika - Rebeca Sevilla
28. Warten auf die Revolution. Lesben und Schwule auf Kuba - Eduard Fritsch, ila
29. Mexikos unausweichlicher Fall. Rezension - A.M., Chiapas-Komitee, Marburg
30. Der lange Abschied von einem Mythos. Neue Bücher über Kuba - ef.
31. Radikal subjektiv. Inge Vietts Autobiographie "Nie war ich furchtloser" - Martin Rheinlaender
32. Kreuzzüge und christlicher Antijudaismus. Kritik an dem Artikel "Gott will es" in ak 398 - S.J., Marburg
33. Wir-damals-vor-Blohm-und-Voß. Ein Nachtrag zum 25. Wiegenfeste - mm
34. "Die Sache selbst?" Betr.: Dutschke-Debatte in ak 396, 398 & 399 - Christoph Jünke
35. Klon-Schaf Dolly: Na und - at.
36. Quelldatei 33.htm
37. LeserInnenbriefe
38. Quelldatei 38.htm

39. In eigener Sache

1. ak-Spendenkampagne: Plan übererfüllt

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:39

Fast einen Tausender mehr als geplant habt Ihr, liebe LeserInnen, für Eure Zeitung im Verlaufe der diesjährigen Spendenkampagne zusammenbekommen. Exakt 40.933,33 DM waren schließlich auf dem Spendenkonto. Das ist ein rundum erfreuliches Ergebnis, für das wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bedanken. Damit ist das Erscheinen von ak für das Jahr 1997 gesichert, ein großer Schritt vorwärts ins nächste Jahrtausend gemacht. Uns ist die mit diesem Spendenergebnis dokumentierte Wertschätzung unserer Arbeit selbstverständlich Verpflichtung, mit aller Kraft daran zu arbeiten, eine noch bessere Zeitung zu machen. Wir sehen mit Zuversicht dem Erscheinen der Nummer 500 entgegen und versprechen, anläßlich dieses Jubiläums eine Fete zu veranstalten, die jene zum 25jährigen Erscheinen noch weit in den Schatten stellen wird. Doch bis dahin ist es noch ein Stück Weges, und wir kündigen Euch jetzt schon an: Die nächste Jahresendspendenkampagne für ak kommt bestimmt! Fangt doch jetzt schon einmal an, dafür zu sparen. Damit wir nächstes Mal eine noch imposantere Planübererfüllung melden können.

ak-Redaktion

Spendeneingang bis 7.2.:, 39.114,40

,

M.E.,, J-Co, 100,00

J.G.,, Elmshorn, 100,00

W.Sch.,, Hamburg, 40,00

C.F.W.,, Frankfurt/M., 300,00

A.J.,, Frankfurt/M., 100,00

T.Sch.,, Freiburg, 200,00

J.K.,, Ingersheim, 20,60

K.P.,, XY, 50,00

J.Ch.B.,, XY, 50,00

S.B.,, Weilderstadt, 140,00

R.M.,, Oldenburg, 100,00

B.T.,, Friedland, 22,22

G.P.,, XY, 111,11

U.E.,, Königswusterh., 50,00

K.R.P.,, XY, 100,00

B.K.,, Hamburg, 85,00

A.P.,, Weidenberg, 250,00

,

bis 5.3.97:, 1.818,93

,

gesamt bis 5.3.97:, 40.933,33

2. Demokratisierung des Bildungssystems in der Türkei! Kongreß demokratischer Kräfte gründet Bildungsunion

Autor: Karsten Schönsee · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:17

Anfang Dezember 1996 haben in Istanbul auf Initiative der Zeitung Özgür Genclik verschiedene linke türkische Parteien (Hadep-, CHP-Gliederungen), Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen einen Bildungskongreß veranstaltet, um die Situation an den Schulen und Universitäten zu beraten und ihre Forderungen aufzustellen. Dieser erste demokratische Bildungskongreß war ein wichtiger Schritt zur Vereinigung verschiedener politischer Organisationen in ihrem Kampf gegen den derzeitigen türkischen Staat und seine Machthaber. Beteiligt waren sowohl oppositionelle Organisationen des antiimperialistischen und antifaschistischen Widerstandes (so wurden z.B. Grußbotschaften der politischen Gefangenen der Marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) verlesen) als auch gewerkschaftliche Basisorganisationen, Teile der kurdischen Befreiungsbewegung und LehrerInnen-, SchülerInnen- und StudentInnenorganisationen. Gemeinsam wurden Schritte diskutiert, um eine gemeinsame Plattform zu finden und ein politisches Programm für eine Demokratische Bildungsunion aufzustellen.

Aus Frankreich, England, Deutschland und der Schweiz nahmen Gäste teil und stellten die Bildungssysteme in ihren Ländern dar. Der deutsche Vertreter verwies insbesondere auf die Kürzungen in der bundesrepublikanischen Bildungspolitik, die zunehmende Elitenbildung und die Benachteiligung von Kindern aus ArbeiterInnen- und AusländerInnenfamilien. Des weiteren warnte er angesichts der bildungspolitischen Entwicklung in der BRD eindringlich vor Illusionen über das international oftmals irrtümlich als vorbildlich angesehene Bildungssystem der BRD.

Der Kongreß wandte sich insbesondere gegen die Privatisierungspläne der türkischen Regierung. Nach diesen sollen Schulen und Universitäten in der Türkei künftig von großen Konzernen, Firmen oder privaten Organisationen verwaltet und geleitet werden - eine "Empfehlung", die der Internationale Währungsfonds (IWF) der Türkei im Rahmen der letzten Kreditverhandlungen auf den Weg gab. Diese Politik würde dazu führen, daß Kinder aus der ArbeiterInnenklasse und aus ärmeren Schichten noch stärker als bisher von der Universitätsbildung ausgeschlossen sind. Denn bereits heute muß einE StudentIn pro Semester Studiengebühren in Höhe von zwei durchschnittlichen Monatslöhnen entrichten! Von staatlicher Seite werden die Maßnahmen mit dem altbekannten Jammern über leere Staatskassen begründet. Daß dies (auch) in der Türkei so nicht stimmt, wird daran deutlich, daß die Regierung denjenigen Firmen, die eine Schule oder Universität in privater Regie führen wollen, gesonderte und zinsgünstige Kredite anbietet.

Gefordert wurde auch eine umfassende Demokratisierung des Bildungswesens. Neben der Einführung von Mitbestimmungsrechten geht es zunächst um das Recht der SchülerInnen, sich in Selbstorganisationen zusammenzuschließen. Des weiteren forderte der Kongreß die Aufhebung der zahlreichen Berufsverbote für demokratische, fortschrittliche LehrerInnen und WissenschaftlerInnen sowie die Beendigung der ständigen Präsenz von Polizei und Geheimdienst (MIT) an den Bildungseinrichtungen. Das Bildungssystem soll außerdem von der faschistischen, militaristischen und chauvinistischen türkisch-islamischen Staatsideologie befreit werden. So wird insbesondere gefordert, das 1996 neu eingeführte Schulfach: "Anarchie und Terror" abzuschaffen, da dort ausschließlich Propaganda im Sinne der MachthaberInnen gegen die Opposition betrieben wird. Auch kommt es an Schulen und Universitäten immer öfter zu gewaltsamen Übergriffen faschistischer Organisationen gegen demokratische oder linke SchülerInnen und StudentInnen. Während des Bildungskongresses wurde der 16jährige Gymnasiast Engin Uslu in seiner Istanbuler Schule von Faschisten ermordet, weil er sich geweigert hatte, die türkische Nationalhymne mitzusingen. Das Absingen der Nationalhymne ist jeweils vor und nach dem Unterricht Pflicht!

Dritte zentrale Forderung des Kongresses war das Recht auf eine Ausbildung in der jeweiligen Muttersprache, insbesondere für KurdInnen und ArmenierInnen.

Karsten Schönsee

In einem internationalen Jugendcamp im Juli 1997 soll es vor allem um die Situation und den Kampf der Jugendlichen in den verschiedenen Ländern gehen. Informationen für Jugendliche oder Jugendgruppen, die an diesem internationalen Jugendcamp interessiert sind, gibt es beim Vorbereitungskomitee (Tel.: 0221-518170, Fax: 0221-518950).

3. Deutsch-tschechische Erklärung. Was lange währt, wird nicht unbedingt gut

Autor: Kt. · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:18

Seit dem weltberühmten Phantom-Dialog mit den RAF-Gefangenen (1987/88) war es die schönste Gelegenheit für die Grüne Antje Vollmer, sich wieder einmal wichtig zu machen: Die Kuh ist endlich vom Eis, und Antje hat kräftig mitgeschoben!

Nach der Unterzeichnung durch die Regierungschefs im Dezember 1996 wurde die gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung von den Parlamenten beider Staaten gebilligt: Nahezu einstimmig (bei 20 Gegenstimmen aus der CSU und CDU) am 30. Januar vom deutschen Bundestag, und immerhin mit klarer Zweidrittel-Mehrheit am 14. Februar vom tschechischen Abgeordnetenhaus. Genau genommen stand danach noch die Zustimmung des tschechischen Senats aus, aber diese galt aufgrund der Zusammensetzung des Gremiums von vornherein als völlig sicher.

Formal kam es auf die Abstimmungen der Parlamente sowieso nicht an, denn die Erklärung stellt keinen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag, sondern nur einen symbolischen Akt dar und benötigte daher keine demokratische Absegnung. Aber politisch-propagandistisch hätte ein Scheitern des gemeinsamen Textes im Prager Abgeordnetenhaus - im Bonner Bundestag war die Mehrheit absolut sicher - ein peinliches Fiasko bedeutet. Erhebliche Anstrengungen waren nötig, um die tschechischen Sozialdemokraten, von deren Stimmverhalten alles abhing, entsprechend zu bearbeiten.

Nach dem erfolgreichen Abschluß der komplizierten Operation war die Freude auf beiden Seiten groß: Die Erklärung sei "ein wichtiger Schritt zum Aufbau gutnachbarschaftlicher Beziehungen" und stelle das "Fundament für ein neues Verhältnis" dar, wurde unisono von allen Politikern geplappert, und sogar einige PDS-Abgeordnete ließen sich von der guten Stimmung anstecken.

Die vielversprechende Versöhnung dauert jetzt allerdings schon über 20 Jahre. "Mit dem Inkrafttreten des Vertrages eröffnet sich in unseren Beziehungen eine neue Etappe, eine Etappe gutnachbarlicher Zusammenarbeit", verkündete im Juli 1974 der damalige tschechoslowakische Außenminister Chnoupek bei der Unterzeichnung des sogenannten Normalisierungsvertrages zwischen BRD und CSSR. In der Präambel jenes Abkommens fand sich bereits die auch jetzt wieder viel gebrauchte Absichtserklärung, die beiden Staaten wollten "ein für allemal mit der unheilvollen Vergangenheit in ihren Beziehungen ein Ende machen".

Im Februar 1992 wurde zum zweiten Mal ein deutsch-tschechoslowakischer Vertrag gefeiert, der "den Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen unserer beiden Länder darstellen soll, einer Ära des Verständnisses, gegenseitigen Vertrauens und fruchtbarer Zusammenarbeit". Damals handelte es sich um den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Die jetzt abgesegnete gemeinsame Erklärung bedeutet also bereits den dritten offiziellen Schlußstrich unter das "leidvolle Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte" und den dritten wortreich bejubelten "Beginn einer neuen Ära".

Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand, daß das zur Diskussion stehende Problem in Wirklichkeit sehr kompliziert ist. Die auffallend lange Dauer der Verhandlungen um den Wortlaut des Textes, der Umstand, daß sie geheim geführt wurden, sowie das mühselige Gerangel um die Zustimmung des Prager Parlaments bestätigen diese Interpretation. Am Sinn der Anstrengungen muß man zweifeln, da eine zentrale Streitfrage - die Entschädigungsansprüche der sogenannten Sudetendeutschen - als Dissens weiterhin offen gehalten bleibt.

"Normalisierungsvertrag"

Der im Dezember 1973 von der sozialliberalen Regierung Brandt unterzeichnete "Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR" wurde erst im Juli 1974 vom Bundestag endgültig ratifiziert. Vorausgegangen waren heftige parteipolitische Auseinandersetzungen. Die CDU/CSU hatte mit ihrer Mehrheit im Bundesrat versucht, das Inkrafttreten des Abkommens zu blockieren.

Der zentrale Streitpunkt, zum einen in den deutsch-tschechischen Verhandlungen, zum anderen zwischen Regierung und Opposition im Bundestag, waren damals die Formulierungen, mit denen das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 bewertet wurde. Inhalt dieser Vereinbarung war die Abtretung der mehrheitlich von Deutschsprachigen bewohnten Gebiete der Tschechoslowakei (CSR), des sogenannten Sudetenlandes, an das Deutsche Reich. Es handelte sich um ungefähr ein Fünftel der Fläche der CSR und ein Viertel ihrer Bevölkerung. Im März 1939 besetzte die Wehrmacht den Rest der westlichen Landeshälfte mit der Hauptstadt Prag, während der Ostteil, Slovakien, eine Scheinselbständigkeit als Satellitenstaat des Deutschen Reichs erlangte.

Träger des Münchner Abkommens waren Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien. Die tschechoslowakische Regierung gab einen Tag später die Annahme des Ergebnisses bekannt und protestierte zugleich "gegen diesen Beschluß, der einseitig ohne ihre Teilnahme zustande gekommen" war - und der ausschließlich auf der militärischen Erpressung durch das Deutsche Reich beruhte.

In den Verhandlungen 1971-73 versuchte Prag eine bundesdeutsche Zustimmung zu der Formel zu erreichen, das Münchner Abkommen sei "ungültig von Anfang an" gewesen. Dagegen wollte die Bundesregierung nur zugestehen, daß es im Ergebnis der Ereignisse - nämlich der deutschen Aggression vom März 1939 - nichtig geworden sei. Die CDU/CSU ging sogar noch erheblich weiter: Sie bestand darauf, daß das Abkommen, richtiger gesagt Diktat, gültig zustande gekommen sei - und äußerte sich zur Frage der immer noch fortdauernden Gültigkeit oder späteren Nichtigkeit bewußt ungenau.

Der mühsam ausgehandelte Kompromißtext des Vertrags von 1973 konstatierte erstens die Tatsache, daß das Münchner Abkommen der CSR "durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen wurde". Er umging zweitens die umstrittene Formel, indem er feststellte, das damalige Abkommen werde von BRD und CSSR "im Hinblick auf ihre gemeinsamen Beziehungen als nichtig" betrachtet. Das bedeutete praktisch: Die Bundesrepublik leitet daraus keine Forderungen mehr her. Zugleich wurde festgeschrieben, der Normalisierungsvertrag bilde "keine Rechtsgrundlage für materielle Ansprüche der CSSR" und ihrer BürgerInnen an die BRD.

Abgesehen von dem Hinweis auf die "Androhung von Gewalt" wurden die geschichtlichen Tatsachen lediglich in einer für die deutsche Seite äußerst schonenden, alle Kontroversen umschiffenden Weise umschrieben: Beide Staaten hätten den Willen, "ein für allemal mit der unheilvollen Vergangenheit in ihren Beziehungen ein Ende zu machen, vor allem im Zusammenhang mit dem II. Weltkrieg, der den europäischen Völkern unermeßliches Leid zugefügt hat".

Die CDU/CSU-Fraktion gab zur Ablehnung des Vertrags im Bundestag eine lange Erklärung ab. Unter anderem hielt sie am rechtmäßigen und gültigen Zustandekommen des Münchner Abkommens fest. Der Aussage, daß das Abkommen der CSR durch Gewaltandrohung aufgezwungen worden sei, widersprach sie als "unvollständig, einseitig und daher ungerecht". Sie beanstandete außerdem, daß im Vertrag nicht klargestellt werde, daß in den annektierten Gebieten "zwischen 1938 und 1945 unbestritten die deutsche Rechtsordnung galt und auch in Zukunft noch als seinerzeit geltendes Recht betrachtet wird". Sogar der Umstand, daß die tschechoslowakische Regierung nicht ausdrücklich auf Entschädigungsansprüche an die BRD verzichtet hatte, machte der CDU/CSU Verdruß.

Der Vertrag von 1992

Unverkennbar hat sich die CDU seit den siebziger Jahren in der Außenpolitik erheblich bewegt. Faktisch hat sie sich die damals noch umstrittene Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition vollständig zu eigen gemacht.

In dem deutsch-tschechoslowakischen "Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit", den Kohl am 27. Februar 1992 unterzeichnete, findet sich die bemerkenswerte Formulierung, "daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat", was der Prager Rechtsposition entspricht. Außerdem wird der Vertrag von 1973 ausdrücklich bestätigt, "auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchner Abkommens".

Die Formulierungen der Präambel kamen im übrigen dem deutschen Wunsch entgegen, konkrete Geschichte hinter nebulösem Geschwafel über die "gemeinsame leidvolle Geschichte" zu verbergen, als wären die beiden Staaten 1938/39 einer Invasion aus dem Weltraum ausgesetzt gewesen. Da heißt es: "Eingedenk der

zahlreichen Opfer, die Gewaltherrschaft, Krieg und Vertreibung gefordert haben, und des schweren Leids, das vielen unschuldigen Menschen zugefügt wurde". Und weiter: "In dem festen Willen, einfür allemal der Anwendung von Gewalt, dem Unrecht und der Vergeltung von Unrecht mit neuer Ungerechtigkeit ein Ende zu machen und durch gemeinsame Bemühungen die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte in diesem Jahrhundert zu bewältigen".

Noch gibt es eine Grenze: Den Holocaust wird man wohl auch künftig nicht als "gemeinsame leidvolle Geschichte" von Deutschen und Juden und als Moritat von gegenseitig einander zugefügtem Unrecht vermurksen können. Aber abgesehen von diesem einen und einzigen Punkt ist offensichtlich absolut nichts mehr unmöglich.

Dazu gehört auch dies: Die Bundesrepublik, die sich konsequent geweigert hat, den von der Wehrmacht überfallenen Staaten, Völkern und Menschen eine Entschädigung zu zahlen, will ihren BürgerInnen die Möglichkeit offen halten, die Opfer der Aggression mit Forderungen zu konfrontieren. In einem offiziellen Brief, der zu dem 1992 geschlossenen Abkommen gehört, heißt es in diesem Sinn: "Beide Seiten erklären übereinstimmend: Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Vermögensfragen."

Die gemeinsame Erklärung

Der Wunsch der tschechischen Seite, das Damokles-Schwert unübersehbarer "Schadensersatz"-Forderungen ehemaliger Sudetendeutscher und ihrer Nachkommen endlich aus der Welt zu schaffen, war angeblich Auslöser der Verhandlungen über die jetzt verabschiedete gemeinsame Erklärung. Falls das stimmt, ist das Ergebnis für die Tschechen jedenfalls ein Reinfall auf der ganzen Linie. Es wird lediglich ausgesagt, daß jede Seite "respektiert, daß die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat". "Beide Seiten erklären deshalb, daß sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden."

Das könnte man vielleicht mit etwas gutem Willen so verstehen, wie man möchte. Aber unmittelbar am Tag der Unterzeichnung der Erklärung in Prag trompetete Kohl provozierend heraus: "Die Vermögensfrage bleibt natürlich offen." - Daß er damit die ohnehin schwierige tschechische Diskussion noch weiter belastete, müßte selbst ihm eigentlich bewußt gewesen sein.

In der gemeinsamen Erklärung wird scheinbar gut ausgewogen die deutsche Schuld (Ziffer 2) der tschechischen Schuld (Ziffer 3) gegenübergestellt - und dann tröstlich und versöhnlich festgestellt, "daß das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört" (Ziffer 4).

Unter Ziffer 2 heißt es: "Die deutsche Seite bekennt sich zur Verantwortung Deutschlands für seine Rolle in einer historischen Entwicklung, die zum Münchner Abkommen von 1938, der Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik geführt hat.

Sie bedauert das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan worden ist. (...) Die deutsche Seite ist sich auch bewußt, daß die nationalsozialistische Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten."

Ziffer 3 hat folgenden Wortlaut: "Die tschechische Seite bedauert, daß durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen, die Enteignung und Ausbürgerung, unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung. Sie bedauert insbesondere die Exzesse, die im Widerspruch zu elementaren humanitären Grundsätzen und auch den damals geltenden rechtlichen Normen gestanden haben, und bedauert darüber hinaus, daß es aufgrund des Gesetzes Nr. 115 vom 8. Mai 1946 ermöglicht wurde, diese Exzesse als nicht widerrechtlich anzusehen, und daß infolgedessen diese Taten nicht bestraft wurden."

Die tschechische Seite hat sich in diesem Punkt nahezu vollständig den deutschen Forderungen unterworfen und die meisten Einwände, die sie während der Verhandlungen erhoben hatte, fallen gelassen. Die Erklärung läßt sich nun als Verurteilung der Vertreibung schlechthin lesen, während Prag lange Zeit darauf bestanden hatte, daß die Aussiedlung der Deutschsprachigen völkerrechtlich abgesichert gewesen sei (durch die

Potsdamer Vereinbarungen der Alliierten), und daß nur die dabei vorgekommenen "Exzesse" zu verurteilen seien.

Erstaunlich ist, daß diese Formulierungen offenbar keinen breiten Aufruhr in der tschechischen Bevölkerung verursacht haben, sondern verhältnismäßig glatt über die Bühne gingen. Noch vor wenigen Monaten schien es so, als wolle eine große Mehrheit der Bevölkerung unbedingt an der Gerechtigkeit der Aussiedlung festhalten, und als würde jede Partei schweren Schaden nehmen, die sich der Volksmeinung zum Trotz mit den deutschen Forderungen arrangiert.

Den in Ziffer 7 der gemeinsamen Erklärung angekündigten gemeinsamen Zukunftsfonds kann man vor diesem Hintergrund noch nicht einmal als bescheidenes Trostpflaster ansehen. 120 Mio. Mark soll die BRD dafür einzahlen, 20-25 Mio. die Tschechische Republik. Die Liste der Projekte, die daraus angeblich finanziert werden sollen, ist lang: Jugendbegegnungen, Altenfürsorge, Sanatorienbau und -betrieb, Pflege und Renovierung von Baudenkmälern und Grabstätten, Minderheitenförderung, Partnerschaftsprojekte, deutsch-tschechische Gesprächsforen, gemeinsame wissenschaftliche und ökologische Projekte, grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Außerdem sollen die zu fördernden Projekte so gewählt werden, daß sie "insbesondere Opfern nationalsozialistischer Gewalt zugute kommen". Um die Relation zu verdeutlichen: 100 Millionen Mark wurden gerade eben in Hamburg allein für den Bau einer Galerie zeitgenössischer Kunst ausgegeben. Weit wird man also mit dem "Zukunftsfonds" von 140 Millionen Mark sicher nicht kommen.

In der Bewertung der "gemeinsamen leidvollen Geschichte" setzt die deutsch-tschechische Erklärung vordergründig auf Ausgewogenheit. Das allein würde schon den Realitäten keineswegs gerecht. Sieht man genauer hin, kann aber noch nicht einmal von Ausgewogenheit wirklich die Rede sein. In der Ziffer 3 sind die Handlungen, die sich die tschechische Seite vorwerfen lassen muß, genau benannt und geradezu detailfreudig ausgeführt. Dagegen bleibt die Nennung der deutschen Verbrechen in Ziffer 2 bemerkenswert verwaschen und oberflächlich.

Das ist offenbar so beabsichtigt. Auf maßgeblicher deutscher Seite wurden in den letzten Jahren - und davor auch nicht - keine Anstrengungen gemacht, den Wissensstand der Bevölkerung über die deutsche Besatzungspolitik gerade in den Ländern unserer "neuen osteuropäischen Nachbarn" wenigstens ein paar Striche über das Null-Niveau anzuheben. Außer der Erkenntnis, daß damals "mit den Juden Schreckliches geschah", wird man beispielsweise selbst bei politisch überdurchschnittlich interessierten deutschen Jugendlichen kaum Wissen zu diesem Thema antreffen.

So muß man leider feststellen, daß mit der gemeinsamen Erklärung völlig einseitig der tschechischen Seite eine ganze Menge zugemutet wurde, während deutscherseits wieder einmal die Selbstgefälligkeit des Musterschülers zur Schau gestellt wurde, der natürlich seine Hausaufgaben schon längst gemacht hat und jetzt einem minderbegabten Mitschüler ein bißchen auf die Sprünge hilft. Helmut Kohl ist in dieser Hinsicht der perfekte Darsteller des "ideellen Gesamtdeutschen", bei dem Dummheit und Unverschämtheit ständig in einem harten Wettkampf miteinander liegen.

Kt.

4. Der Rückschlag, der ein Fortschritt war. Zum Kommunalwahlergebnis der extremen Rechten in Hessen

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:16

Die hessischen Kommunalwahlen am 2. März haben den Parteien rechts der Union einen deutlichen Stimmenrückgang beschert. Teilweise wurden die Ergebnisse von 1993 nahezu halbiert, so im Wetteraukreis, wo die Republikaner von ihren 8,6% volle 4,1% abgeben mußten und nun nicht mehr im Kreistag vertreten sind. Andernorts hatten sie erdrutschartige Ausmaße, so im Rheingau-Taunus-Kreis, einer der ersten regionalen Hochburgen der REPs in Hessen, wo bereits 1989 der Einzug in den Kreistag gelungen war. Hier mußte sie 5,6% abgeben und kam noch auf 7,6%.

Trotzdem besteht für die REPs kein Grund, Trübsal zu blasen. Ihnen ist es wiederum gelungen, nahezu flächendeckend in den Kreistagen und Stadtparlamenten der kreisfreien Städte vertreten zu sein. Der hessische Landesverband um den Regierungsdirektor Haymo Hoch, der wiederum als Spitzenkandidat im Kreis Bergstraße (7,5%) antrat und dort die Verluste mit 2,1% in Grenzen halten konnte, hat einerseits nachgewiesen, daß die REPs in Hessen über ein nicht unerhebliches Stammwählerpotential verfügen. Andererseits hat er erreicht, daß dieses Bundesland nach Baden-Württemberg die festeste kommunalpolitische Bastion der Partei ist und selbst Bayern deutlich überrundet hat.

REP-Erfolge trotz Verluste

Damit war im Vorfeld keineswegs zu rechnen gewesen. Die bisherigen Fraktionen der REP hatten sich schließlich fast durch die Bank als inkompetent, zerstritten und skandalumwittert erwiesen. Nahezu keiner ihrer Vertretungen war von Austritten, Abspaltungen oder Übertritten verschont geblieben. Diese Querelen wurden von den Wählerinnen und Wählern offenbar stärker verübelt als deren Untätigkeit und Unfähigkeit.

Ein Beispiel dafür ist der Hochtaunuskreis, wo sich Ende 1993 eine Gruppierung um den Fraktionsvorsitzenden in Bad Homburg und im Kreistag Peter Münch abgespalten hatte. Anlaß des Bruchs und der danach in der Öffentlichkeit ausgetragenen Streitigkeiten war dessen Niederlage bei der Wahl zum Landesvorsitzenden. Inzwischen ist Münch im Vorstand der Alfred Mechtersheimer nahestehenden Partei Bündnis Deutschland. Im Hochtaunuskreis landeten die REPs diesmal bei 5,9%, verloren somit 3,5% ihrer Stimmen.

Der Kreis Darmstadt-Dieburg, der einzige, in dem die REPs nicht antraten, war zugleich der einzige, in dem die NPD kandidierte. 1993 war sie dort mit 5,9% in den Kreistag gewählt worden. Am 2. März erhielt sie nur noch 2,2% und verlor damit ihre letzte Bastion in einem Kreistag. Bei den letzten Kommunalwahlen war schon die bisherige Hochburg Hersfeld-Rotenburg verlorengegangen.

Auch daß die NPD dort mit ihrem stellvertretenden Landesvorsitzenden, dem Rechtsanwalt Peter Marx, einen der wenigen ihr verbliebenen vorzeigbaren Funktionäre als Spitzenkandidaten präsentierte, nützte ihr nichts. Marx gehört wie die Mehrheit des hessischen Landesverbandes zu den parteiinternen "Erneuerern", die sich gegen den Kurs der NS-Nostalgiker um den ehemaligen Parteichef Günter Deckert und den nationalrevolutionären Aktivismus der Jugendorganisation wehren. Beim letzten Parteitag im März 1996 in Bad Dürckheim war er dafür wie andere Kritiker abgestraft und nicht wieder in den Parteivorstand gewählt worden. Seine Niederlage, wie auch der völlige Mißerfolg des Landesvorsitzenden Winfried Krauß in Frankfurt, dürfte zu einem weiteren innerparteilichen Einflußverlust dieser Fraktion führen.

Zusätzlich zu ihren bisherigen Kandidaturen traten die REPs in diesem Jahr auch im Landkreis Kassel und im Werra-Meißner-Kreis an. Im erstgenannten Kreis wurden aus dem Stand 4,0% erreicht, im zweiten gelang mit 5,7% der Einzug in den Kreistag. Verfehlt wurde dieses Ziel lediglich außerdem im mittelhessischen Wetterau-Kreisim und im Kreis Hersfeld-Rotenburg (4,7%), wo der ehemalige Kreistagsabgeordnete der REPs Friedrich Baunack nunmehr für die Deutschland-Bewegung von Alfred Mechtersheimer wirbt.

Auch in der Mehrzahl der kreisfreien Städte sind die REPs weiterhin vertreten. In Darmstadt kandidierten sie wiederum nicht. In Kassel flogen sie aus dem Rat, obwohl sie die geringsten Verluste (0,8%) von allen Großstädten erlitten. Hier war allerdings auch ihre Ausgangsbasis mit 5,4% am schwächsten gewesen. In der bisherigen Hochburg Offenbach verloren sie fast ein Drittel ihrer ehemaligen 15,1% und kamen noch auf 10,8%. Hier läßt sich eine deutliche Rückwanderung von den REPs zur SPD feststellen. Der SPD war es hier offenbar gelungen, frühere enttäuschte Anhänger zurückzugewinnen.

In deutlich geringerer Größenordnung als in Offenbach bewegten sich die Einbußen in der Landeshauptstadt Wiesbaden, wo noch 9,9% verbucht werden konnten (- 3,2%). Hier versuchten sich die REPs über ihren agilen Kreisvorsitzenden Mark-Olaf Enderes, einen 33jährigen Rechtsanwalt, der auch als Kandidat bei der Direktwahl für den Oberbürgermeisterposten antrat, und ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden Hans Hirzel, dessen Tätigkeit als Randfigur der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" stets gebührend hervorgehoben wird, zu profilieren. Sogar prozentual noch stärker waren die Einbußen in Gießen, wo ein Minus von 4,5 Prozent nur noch magere 5,9% bedeutete. Tendenziell läßt sich bei den Ergebnissen der Republikaner ein leichtes Süd-Nord-Gefälle feststellen, wobei die beste Verankerung noch immer im Rhein-Main-Gebiet besteht.

Das schlechteste Ergebnis wurde bei der erstmaligen Kandidatur im Landkreis Kassel mit 4,0% eingefahren, das beste mit 10,2% im Main-Kinzig-Kreis. Die Phalanx der Stimmenverluste durchbricht lediglich der Kreis Waldeck-Frankenberg, wo 9,0% einen Zuwachs von 1,2% bedeuteten. Allgemein läßt sich die Faustregel aufstellen, daß die Verluste in den bisherigen Hochburgen am deutlichsten ausfallen, sich an den früheren Schwachpunkten dagegen in Grenzen halten.

Rechte Wählergruppen

Aus dem Rahmen fällt in diesem Zusammenhang lediglich der Kreis Marburg-Biedenkopf, in dem mit 8,6% (- 0,6%) das drittbeste Resultat auf Landesebene erzielt werden konnte. Hier hatte zu den bisherigen Kreistagsabgeordneten auch der Jura-Student Eike Erdel gehört, der gegenwärtig mit dem Neuaufbau des Republikanischen Hochschulverbandes beauftragt ist und im Januar in das Studierendenparlament der Uni Marburg gewählt worden ist. In seinem Wohnort Stadtallendorf gelang den REPs eine nochmalige Steigerung um ein knappes Prozent und damit ihr hessisches Spitzenresultat von 16,9%. Platz zwei der landesweiten Hitparade wurde im unmittelbar benachbarten Neustadt mit 16,4% erzielt.

In Marburg selbst traten die die REPs nicht an. Hier kandierte die rechte Wählergruppierung Bürger für Marburg um den einschlägig bekannten Rechtsanwalt Dietrich Prochnow, der zwar mit 11,8% wiederum ein bemerkenswerter Erfolg gelang, die aber ebenfalls eine Einbuße von 2,0% hinnehmen mußte. Diese Wählergruppe ist nur ein Beispiel für zahllose örtliche parteiunabhängige Gruppierungen, die das Potential der REPs überall dort erfassen konnten, wo diese nicht selbst antraten. In Bad Soden (Taunus) hat diese Funktion scheinbar die FDP übernommen. Im Wohnort ihres rechten Flügelmannes Heiner Kappel, des Sprechers der fraktionellen Liberalen Offensive, erzielte sie mit 17,6% ein Spitzenergebnis und konnte einen Zuwachs von mehr als 5% feiern. Die REPs kandidierten hier nicht. In zahlreichen hessischen Gemeinden wäre die FDP froh gewesen, wenn sie den Stimmenzuwachs von Bad Soden als Gesamtergebnis erreicht hätte. Auf Landesebene wurde die FDP von den REPs auf den fünften Platz der kandidierenden Parteien verwiesen.

Auf kommunaler Ebene konnten die REPs bei weiten keine flächendeckende Kandidatur erreichen. Trotz nach Eigenangaben weit über 1.000 Parteimitgliedern auf Landesebene war die personelle Decke dafür entschieden zu dünn. Dort, wo die fassadenerneuerte Partei Rolf Schlierers erstmals antrat, konnte sie zum Teil beachtliche Ergebnisse erzielen. Genannt seien hier nur die erstmaligen Kandidaturen in Eltville (12,8%), Bad Soden-Allendorf (10,0%), Rodgau (6,2%) und Gelnhausen (6,4%). In der letztgenannten Gemeinde gelang es, die NPD zu beerben, zu deren kommunalen Hochburgen Gelnhausen einst gehört hatte.

Zwar geht der Trend auch bei den Kommunalvertretungen hin zu Stimmenverlusten der REPs, doch gibt es auch einige bemerkenswerte Ausnahmen. In Waldeck war ein Zuwachs von beachtlichen 4,1% und damit ein Resultat von 11,6% zu verzeichnen. Auf sehr hohem Niveau stabilisieren konnte sich die Partei auch in Hanau mit 14,1% (+ 0,1). Zweistellige Ergebnisse gab es außerdem noch in Dillenburg (11,7%) und Frielendorf (11,3%). Insgesamt sind die REPs eigenständig in ca. 20 kreiszugehörigen Gemeinden vertreten.

Frankfurts Rechtsextreme viergeteilt

Besonders groß war die Konkurrenz im rechten Lager wieder einmal in Frankfurt. Zwar trat hier die DVU in diesem Jahr im Gegensatz zu 1993 nicht an, und die NPD konnte kaum auf eine Wiederholung ihres Erfolges von 1989 hoffen. Er hatte sich schon bei der letzten Stadtratswahl als Eintagsfliege erwiesen, als die Konkurrenz durch die Republikaner bestand. Trotzdem machten sich noch drei weitere Gruppierungen rechts von der Union Hoffnungen auf ein Überspringen der 5%-Hürde.

Zunächst einmal natürlich die Republikaner selbst, die bei der letzten Wahl bedenkliche 9,3% erhalten hatten und auch in etlichen Ortsbeiräten vertreten waren. Entgegen mancher Vermutungen ließ sich damals ein eindeutiger sozialer Trend nicht ausmachen: Zu den Hochburgen gehörten sowohl soziale Brennpunktgebiete als auch Stadtviertel, die eher von den gehobenen Einkommensschichten bewohnt werden.

Zum zweiten der Deutsche Mittelstand Verband des Versicherungskaufmanns Heinrich Frank, des ehemaligen Landesgeneralsekretärs der REPs in Hessen. Dieser war zeitweise sowohl Fraktionsvorsitzender der REPs im Stadtrat als auch im Umlandverband. Dort wurde er im Juli 1993 wegen antisemitischer Äußerungen von einer Sitzung ausgeschlossen. Im Juli 1996 verließ er die Stadtratsfraktion der REPs. Seiner Version nach war seine Treue zu Franz Schönhuber der Grund dafür. Die Fraktion dagegen warf ihm Untreue, Betrug und Vortäuschung von Straftaten vor und erstattete Anzeige. Er habe, so seine Gegner, mindestens 65.000 DM ohne Belege der Fraktionskasse entnommen und in diversen Fällen durch gefälschte Rechnungen weitere Gelder entwendet. Die Originale der Belege sind nach Franks Darstellung aus seinem Wagen gestohlen worden. Diese Auseinandersetzungen ließen schon im Vorfeld mangelnde Erfolgsaussichten erwarten.

Mehr Hoffnungen machte sich das lokale Bürgerbündnis für Frankfurt, ein Zusammenschluß einer rechten Bürgerliste mit dem Frankfurter Ableger des nationalliberalen Bund Freier Bürger. Obwohl nach eigener Aussage weder rechts noch links, wurde im Wahlkampf mit rassistischen Tönen vorgegangen. Der Spitzenkandidat, der Journalist Wolfgang Hübner, laut "Junge Freiheit" ein stadtbekannter ehemaliger Linker, lehnte es auf Anfrage der FAZ ausdrücklich ab, sich von programmatischen Positionen der Republikaner zu distanzieren.

Da der Bund Freier Bürger in Hessen nirgends eigenständig antrat, wertete die "Junge Freiheit" die Kandidatur des Bürgerbündnis für Frankfurt als Test für die Erfolgschancen der von ihr favorisierten politischen Linie. So unterstützte sie das Bündnis vorsichtig, u.a. durch einen Artikel des ehemaligen Nationalrevolutionärs Werner Olles. Es nützte nichts. Gewählt wurde das Original, nicht die schlechte Kopie, der die gefressene Kreide noch an den Mundwinkeln klebte. Allerdings führten wohl auch diese Querelen dazu, daß die REPs bei nunmehr 6,2% ein Drittel ihres bisherigen Anteils verloren. Allerdings können sie mit ihren sechs Sitzen im Stadtrat weiterhin eindeutige Mehrheitsbildungen verhindern, worüber alle anderen Parteien von Herzen froh sein dürften. Im Umlandverband Frankfurt reichte es diesesmal noch zu 7,1% (- 2,9%).

NPD:

Weitgehend ausgeschaltet

Weitgehend ausgeschaltet als politische Kraft ist die hessische NPD, deren Landesverband bis vor nicht allzu langer Zeit zu den stärksten und relativ erfolgreichsten gehört hatte. Die Auseinandersetzungen im Bundesverband haben sich hier besonders deutlich niedergeschlagen, die hessische Landesführung ist auf Bundesebene in Ungnade gefallen. Diese Situation wird auch nicht durch dem Umstand verändert werden, daß die NPD wiederum die örtlichen Spitzenergebnisse für den Neofaschismus verbuchen konnte.

Zwar ist Wölfersheim (Wetteraukreis) nicht mehr, wie es ein Rundfunksprecher noch am Wahlabend ausdrückte, "das braunste Kaff des Landes", doch konnte hier der Lokalmatador der NPD, der Elektriker Volker Sachs, der bereits seit 1981 für die NPD im Gemeinderat sitzt, nochmals einen Zuwachs für seine Mannschaft erringen, die mit nunmehr 22,7% die CDU (19,3%) hinter sich gelassen hat. Ein Indiz für die Dissonanzen in der NPD ist auch darin zu sehen, daß Sachs trotz seiner lokalen Erfolge und Popularität noch nicht einmal mehr dem Landesvorstand angehört.

Übertroffen wurde er bei dieser Wahl von Parteivorstandsmitglied Doris Zutt in Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis), die für ihre Liste einen Zuwachs von 9,3% verbuchen konnte und nunmehr bei 22,9% landete. Auch hier wurde die CDU überholt. In unmittelbarer Nachbarschaft zu Ehringshausen liegt die dritte Hochburg der NPD, die Gemeinde Leun. Auch hier konnte das Ergebnis nochmals verbessert werden und liegt

nunmehr bei 21,5%. In Nidda dagegen wurde die Stimmenzahl fast halbiert und mit 4,7% der erneute Einzug ins Gemeindeparlament verfehlt. Die NPD hat offenkundig versucht, aus ihrer desolaten Situation das beste zu machen und folglich einen Schwerpunktwahlkampf geführt. Die Ergebnisse geben ihr zumindest teilweise recht.

, ,

Wahlergebnisse, +, +

, 1997, 1993

SPD:, 38,0%, (36,4)

CDU:, 33,0%, (32,0)

Grüne:, 11,0%, (11,0)

Rep:, 6,6%, (8,3)

FDP:, 4,0%, (5,1)

NPD:, 0,6%, (0,7)

ÖDP:, 0,1%, (0,3)

PBC:, 0,2%, (0,2)

PDS:, 0,3%,

DKP:, 0,1%,

Naturgesetz:, 0,0%,

Frauen:, 0,1%,

Sonstige:, 0,2%,

Wählergruppen:, 5,9%, (5,7)

Entwarnung ist also trotz der fast durchgängigen Verluste der neofaschistischen Parteien nicht angesagt. In zu vielen Kreis- und Stadtparlamenten sind sie weiterhin mit teilweise bemerkenswerten Ergebnissen vertreten. Vieles deutet auf den Aufbau einer soliden Stammwählerschaft hin, auf die bei den folgenden Landtagswahlen zurückgegriffen werden könnte. Gelingt es zudem in der folgenden Legislaturperiode, die personellen Eifersüchteleien zu begrenzen, dann könnte der Trend schnell wieder kippen, zumal dann, wenn in den kommenden Jahren noch deutlicher werden wird, daß sich die vier etablierten Parteien inhaltlich kaum voneinander unterscheiden und die Krise nur verwalten, nicht aber sie meistern.

Jean Cremet

5. Gespensterbeschwörer Gauweiler. Nach CSU-Hetze: 4.500 Nazis marschierten auf

Nach CSU-Hetze: 4500 Neonazis marschierten auf

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Militarismus; CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:22

Peter Gauweiler und die Münchner CSU-Führung bereiteten mit ihrer haltlosen Diffamierung der Wehrmachtsausstellung der bislang größten Zusammenrottung militanter Neonazis den Boden. Daß es am 1. März zu keiner Straßenschlacht mit unabsehbaren Folgen kam, lag nicht, wie die Massenmedien behaupteten, am Geschick der Polizei, sondern vor allem an der Tatsache, daß die Leitung des Neonazi-Aufmarsches dies nicht wollte. Es sei dazugefügt, daß, abgesehen von vereinzelten Randerscheinungen, auch die Gegendemonstrantinnen und -demonstranten keine direkte Konfrontation mit dem rechten Mob suchten.

Am 1. März spielten sich in der Münchner Innenstadt gespenstische Szenen ab. Zwischen 4000 und 5000 Nazis hielten mit ihrem Aufmarsch, der von den städtischen Ordnungsbehörden genehmigt war, die Stadt in Atem. Die Polizei hatte nach offiziellen Angaben 2000 Beamte im Einsatz. Sie sperrte Straßen ab und ließ im Innenstadtbereich U- und S-Bahnhöfe schließen, damit die Rechtsradikalen, die einem Aufruf von NPD und ihrer Jugendorganisation JN folgten, geordnet und ohne größere Anfeindungen durch die Straßen ziehen konnten. Die begleitenden Polizeikräfte waren jedoch zu gering, um denkbare Ausfälle von Skinhead-Banden, beispielsweise gegen Ausländer, wirksam zu unterbinden.

Daß NPD/JN so viele Rechte mobilisieren konnte, die mit 40 Bussen, Pkws und Zügen anreisten, muß als Überraschung gelten. Sie kamen aus der ganzen Bundesrepublik, drei Viertel davon aus dem Gebiet der ehemaligen DDR. Die "Nationale Initiative Schweiz" war ebenfalls mit einer kleinen Gruppe vertreten. Bei den Nazis, hauptsächlich Männer, handelte es sich zu 90% um sehr junge, straff organisierte Kurzgeschorene. Militante Skins und Schaftstiefeltypen prägten den Aufmarsch.

Nazi-Rentner und reaktionäre Spießer fortgeschrittenen Alters, die Wählerklientel der NPD, waren nur eine verschwindend kleine Minderheit. Konservative Münchner Bürger, die sich in den Vortagen in einer Flut von Leserbriefen und Anrufen oder im Rahmen mehrerer kleiner Aktionen gegen die Ausstellung geäußert hatten, reihten sich nach unseren Beobachtungen in die Demonstration der Rechtsradikalen nicht ein. Dazu wirkte deren paramilitärisch kompaktes und aggressives Auftreten zu abschreckend.

Die Nazis wurden auf Waffen durchsucht, bevor die Polizei sie zur Auftaktkundgebung gehen ließ, die mit Sperrgittern vor möglichen GegendemonstrantInnen abgeschirmt war. Einige Dutzend Skinheads wurden schon im Verlauf der Anfahrt auf Autobahnen sowie auf Bahnhöfen bei Kontrollen abgefangen, weil sie Waffen oder verbotenes Propagandamaterial mit sich führten. Andererseits griff die Bahnpolizei nicht ein, als Skinheads während des Zugaufenthalts in Dachau den Hitlergruß zeigten und ausländerfeindliche Parolen gröhlten. Insgesamt gab es über 100 vorläufige Festnahmen, davon betrafen zwei Drittel Rechtsradikale.

Gegendemonstrationen

Kurz vor der Auftaktkundgebung der Neonazis hatten sich vor der Münchner Universität am Geschwister-Scholl-Platz gut 7000 Nazi-GegnerInnen versammelt. Sie folgten einem Bündnisaufruf von Grünen, Jungsozialisten sowie diversen linken und Antifa-Gruppen. Das überwiegend sehr junge Publikum kam vor allem aus München. Es war so bunt gemischt, wie es bei Antifa-Demos sonst kaum der Fall ist. Autonome, die im Vorfeld von der Polizei und den Medien wie üblich zur Krawallgefahr hochstilisiert wurden, waren lediglich eine kleine Minderheit.

Nach mehreren Redebeiträgen, in denen die ideologischen Berührungspunkte zwischen CSU und Neonazis thematisiert wurden, folgte ein kurzer Demonstrationszug zum Odeonsplatz. Die Polizei hielt sich betont im Hintergrund. Sie verteilte ein Deeskalationsflugblatt, in dem sie darum "bat", die "Kontrollmaßnahmen zu akzeptieren" und "auf Provokationen der Gegenseite" nicht einzugehen. Das erklärte Ziel: "Vermeidung von Störaktionen" und Schutz des "Rechtes auf freie Meinungsäußerung für friedliche Teilnehmer".

Nach dem Ende dieser seit vielen Jahren größten Antifa-Aktion, die in einer ausgesprochen entspannten Atmosphäre ablief, zogen einige Gruppen aus dem SPD-Umfeld sowie die DKP zur nahegelegenen SPD/DGB-Kundgebung. Dort stellten sie dann mindestens die Hälfte der KundgebungsteilnehmerInnen. Hier sprachen SPD-Oberbürgermeister Ude und ein Gewerkschaftsvertreter zu gut 1.000 Menschen, unter ihnen viel sozialdemokratische Prominenz.

Die große Mehrheit der Antifa-AktivistInnen machte sich jedoch in kleinen Gruppen gleich zum Marienplatz auf. Dort sollte vor dem Rathaus, in dem die Wehrmachtsausstellung gezeigt wird, die Abschlußkundgebung der Neonazis stattfinden. Eine Gegendemonstration war verboten. Am Vortag hatte ein Grüner Stadtrat den letzten Versuch aufgegeben, das Demonstrationsrecht doch noch zu erstreiten. Dennoch gelang es den Nazi-GegnerInnen, die weiter Zulauf erhielten, den Marienplatz zu besetzen. Die Polizei, die ihre Hauptkräfte und Dokumentations-Trupps um den zentralen Platz Münchens postiert hatte, ließ die GegendemonstrantInnen passieren. Dies galt auch für diejenigen, die man aufgrund ihres Äußeren "den Autonomen" hätte zurechnen können.

Die Nazi-Demo wird gestoppt

Für den erwarteten Nazi-Einmarsch wurde mit Absperrgittern etwa ein Drittel des Marienplatzes freigehalten. Antifas, die Einsatzleitung der Polizei und die Presse warteten etwa zwei Stunden auf das Eintreffen der Neonazi-Demo. Währenddessen stellten sich immer mehr Antifas wenige hundert Meter vor dem Platz der geplanten Abschlußkundgebung dem Nazi-Umzug entgegen, der bis dahin unter Polizeibegleitung und ohne größere Proteste verlaufen war. In dieser Situation stoppte die Polizei die Nazidemo und untersagte den Weitermarsch. Die Polizei hatte zu diesem Zeitpunkt nur einige Dutzend und für eine Konfrontation nicht vorbereitete Einsatzkräfte vor Ort.

Daß es zu keinem Durchbruchsversuch mit nachfolgender Massenschlägerei kam, war wahrscheinlich der Demoleitung der Neonazis geschuldet, die daran kein Interesse hatte. Bereits im Vorfeld hatten NPD und JN deutlich gemacht, daß sie auf eine politische Provokation aus waren, eine Konfrontation mit der Polizei jedoch vermeiden wollten. So stimmten sie der Änderung ihrer ursprünglichen Demoroute zu, die, in historischer Anspielung auf Hitler, vom Odeonsplatz zur Feldherrenhalle hätte führen sollen. Bei der Auftaktkundgebung wurde explizit und unüberhörbar die Parole ausgegeben, "daß von uns keine Gewalt ausgehen" darf. Trotz gelegentlicher Kritik, vor allem nach dem angeordneten Demostop, überwog bei den Nazis die Kooperationsbereitschaft mit der Polizei nach dem "Modell Fulda". So wurde mehrfach beobachtet, wie Fascho-Ordner einzelne Glatzen scharf zurückpfiffen, die auf eigene Faust losschlagen wollten. Ein kurzer Ausfall Richtung Gegendemonstration wurde, vermutlich aus demselben Grund, wieder abgebrochen.

Die vorhandene Aggressivität zeigte sich verbal. Die Neonazi-Demo glich einem Hexenkessel. "Hier marschiert der nationale Widerstand", "Hoch die nationale Solidarität" und "Wir kriegen euch alle" skandierten Skinhead-Blocks, die zum Teil SS-ähnliche Uniformen trugen. Die an der Seite postierten schwachen Polizeikräfte machten gute Miene zum bösen Spiel. Sie griffen überhaupt nicht ein und wären, mit kurzem Hemd und Mütze, dazu im Zweifelsfall auch kaum in der Lage gewesen.

Indessen strömten die Marienplatz-BesetzerInnen nach und stärkten die Antifas. Einige Eier, Büchsen und Flaschen flogen. Es gab jedoch von Antifa-Seite keinen Versuch, die eingekeilten Nazis, vor die sich Angehörige polizeilicher Sondereinsatzkommandos postierten, anzugreifen. Vermutete Gewaltbereitschaft hin oder her, entsprach das einfach den Kräfteverhältnissen. Das war allen, die wir vor Ort sprachen, auch klar. Uns begegnete niemand, der das Vorgehen der Antifas als zu defensiv beurteilt hätte. Nach etwa zwei Stunden zogen die Neonazis durch ein Spalier sie verhöhnender Antifas in die vorfahrenden Busse ab.

Pressereaktionen

In den Massenmedien dominierte die Erleichterung, daß es zu keiner gewalttätigen Eskalation gekommen war. Die Polizei habe mit Geschick und einer Portion Glück "Straßenschlachten zwischen linken und rechten Radikalen" verhindert, so die im Kern einhellige Bewertung von TV-Sendern, FAZ, FR, SZ und auch taz. Demgegenüber spielte die Tatsache nur eine völlig nachrangige Rolle, daß die militante Neonazi-Szene wenige Wochen nach den Nazi-Morden an Frank Böttcher in Magdeburg und dem Polizisten, der bei der Festnahme des Nazis Deisner erschossen wurde, ihren bislang größten Aufmarsch in der BRD-Geschichte geordnet durchziehen konnte. Der naheliegende Vergleich mit Fulda wurde tunlichst gemieden. Hier wie dort

ermöglichte die Polizei eine Demo des militanten Neonazismus, auf der ungestraft Propaganda und Hetze verbreitet werden konnte, selbst wenn Hackenkreuzfahnen und Hitlergrüße gezeigt wurden.

Tiefgehängt wurde auch, daß die Resonanz für den Nazi-Aufzug ohne die Ausfälle von Münchens CSU-Chef Gauweiler sowie des CSU-Organs "Bayernkurier" nicht möglich gewesen wäre, die die Ausstellung mit rechtsradikalen Aussagen diffamierten.

An keiner Stelle wurde die Frage gestellt, warum nach jahrelangen Umtrieben die Aufmärsche in Wunsiedel mit gutem Grund verboten wurden, ein in Form und Inhalt vergleichbarer Aufzug desselben Spektrums, der noch dazu doppelt bis dreimal so groß war, jedoch nicht.

Das Muster der Asyl-Debatte wiederholte sich. Geistige Hooligans bereiteten organisierten Nazis mit unsäglichen Thesen den Boden und wirbelten den brauen Bodensatz auf. Die liberalen Massenmedien übten sich in vermeintlicher Äquidistanz zwischen Autonomen und Skinheads. Sie verkleistern damit die wirklichen Probleme bis zur Unkenntlichkeit: die Reorganisation der militanten Neonazi-Szene nach den Organisationsverboten und die partiellen ideologischen Affinitäten von diesen und Teilen der etablierten Konservativen.

Die Berliner tageszeitung leistete sich ein besonderes Stück. Anstatt ihren Nürnberger Mitarbeiter und ausgewiesenen Antifa-Fachmann B. Siegler mit der heiklen Materie zu betrauen, zog sie es vor, sich eines Münchner Lokalmatadoren mit dem Niveau eines Schülerzeitungsredak- teurs zu versichern.

Zwei Tage vor dem NPD/JN-Aufmarsch durfte dieser die geplanten Gegenaktivitäten der Antifaschisten kommentieren. Immer noch fasziniert von der Münchner Lichterkette im Dezember 1992, die den Auftakt für so viele andere in dieser Zeit gab, kritisierte er diejenigen, die dort protestieren wollten, wo die Nazis demonstrierten. Gleichzeitig lobte er die NPD, die "brav" die Anordnungen der Stadt München befolge. Damit sprach er sich im Vorfeld gegen die Strategie aus, die dann letztendlich einen vollen Erfolg der Nazis verhinderte.

Zu den Ereignissen am Samstag lieferte er dann einen offenbar als Reportage mißverstandenen Besinnungsaufsatz ab, den die Redaktion, anstatt damit den Reißwolf zu füttern, zu allem Überfluß auch noch zum Tagesthema aufblies. Abgesehen davon, daß er ebenso wie die bürgerlichen Restliberalen die Polizei zum Retter des Tages kürte, machte er so bemerkenswerte Beobachtungen wie die folgende über einen jungen Skin: "Und nun wirkt er, der noch vor wenigen Minuten so martialisch aussah, wie ein Junge, der gerade die Pubertät hinter sich hat: Schlaksige Gesten, ein unsicheres Lächeln, das immer dann dankbar wird, wenn er das Gefühl hat, daß ihm irgendwer zuhört und nicht nur auf seine Pickel glotzt."

An anderer Stelle heißt es: "Der junge Skinhead verstummt - neben einer solchen Spezies wirkt er plötzlich harmlos, sprachlos, ja fast ein wenig sympathisch." Die Linken dagegen, so suggeriert die peinliche Suada, die in vielen Fakten schlicht falsch ist, seien das Problem. Denn: "Eine Stunde später sind nur noch die Gegendemonstranten in der Münchner City, die ihren Gegner verloren haben und Rangeleien mit der Polizei beginnen. Flaschen, Knallkörper, Orangen und Tomaten fliegen, am Ende sind fünf Polizisten verletzt".

Nur das Schlimmste verhindert

Allein die unerwartet große Beteiligung an den Gegenaktivitäten verhinderte, daß das Vorhaben der Nazis völlig aufging und sie den Marienplatz in Beschlag nehmen konnten. Dies ist allein der Linken zu verdanken, die für ihre Gegenwehr in der Bevölkerung breite Unterstützung fand. Alle anderen Kräfte waren aus den unterschiedlichsten Gründen erklärtermaßen bereit, dies hinzunehmen. Insofern strauchelten die Nazis kurz vor dem Ziel. Dies ist der wesentliche Unterschied zu Fulda. Unter dem Strich meldete sich die militante Nazi-Szene jedoch eindrucksvoll zurück.

Was die CSU betrifft, so ist festzustellen, daß sie den Abgrenzungskurs nach Rechtsaußen aufgegeben hat, mit dem sie bei den letzten Landtagswahlen die Republikaner unter 5% halten konnte. Daß dies die Rechtsradikalen jedweder Couleur motiviert und ihnen politische Freiräume öffnet, zeigte München mit schmerzlicher Deutlichkeit.

Al., Nürnberg

6. CDU hetzt, Nazi schießt. Mörderische Rache nach erfolgreicher Antifa-Aktion in Berlin

Autor: mb., Berlin · Rubrik: CDU/CSU; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:28

Nach Meinung von Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) hat die Berliner Polizei die Nazi-Szene der Stadt im Griff. Es gebe deshalb überhaupt "keinen Anlaß, ein antifaschistisches Lager aufzubauen". So verteidigte er den Einsatz seiner Truppe gegen AntifaschistInnen am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf. Zwar war mittlerweile der Mordanschlag auf den Buchhändler in Berlin-Marzahn verübt und der Neonazi Kay Diesner nach dem Polizistenmord bei Rosenberg festgenommen worden, doch der Ex-General sah weiterhin keine Gefahr eines "rechtsextremistischen Terrorismus in Berlin".

Für den 15. Februar hatten die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) einen Aufmarsch im Ostberliner Plattenbaubezirk Hellersdorf angekündigt. Unter der CDU-Parole "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" wollten sie durch die Straßen ziehen. Doch anders als ein Jahr zuvor, als sie am 1. Mai im benachbarten Marzahn noch freie Straßen hatten, stellte sich ihnen diesmal ein breites Bündnis verschiedener politischer Kräfte entgegen, insgesamt 2.000 Menschen an verschiedenen Orten. Zu den Kundgebungen aufgerufen hatten Gewerkschaften, Jusos, Autonome Antifa-Gruppen, Spartakisten, der Bundesvorstand Jüdischer Studenten und sämtliche Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Hellersdorf - übrigens auf Initiative der CDU.

Antifaschistische Selbsthilfe

Der Hellersdorfer Bürgermeister Klett (PDS) votierte für ein Verbot des Nazi-Aufmarschs. Doch Innensenator Schönbohm weigerte sich. Das Recht auf Demonstrationen sei ein hohes Gut; er habe keine Möglichkeit, die JN-Kundgebung zu verhindern. (Berliner Zeitung, 17.2.97) Erst wenn verfassungsfeindliche Ziele vertreten und die Versammlungsfreiheit mißbraucht würden, könne er einschreiten. (ND, 13.2.97) Daß für dasselbe Wochenende anberaumte neonazistische Demonstrationen und Veranstaltungen in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt von den dortigen Behörden verboten worden waren, änderte nichts an der Haltung des Senators. Vielmehr bezeichnete er es als eine "erfreuliche Lösung", die "etwas Entwarnung" bringe, als die JN verkündete, sie wolle statt des geplanten Aufmarsches eine Saalveranstaltung durchführen. (ND, 14.2.97)

Das breite Bündnis in Hellersdorf war gut beraten, dieser Ankündigung der Nazis nicht zu trauen und an ihren Aktionen festzuhalten. Über das "Nationale Infotelefon Berlin" wurde nämlich nach wie vor für einen Aufmarsch mobilisiert. Wie zu erwarten war, machten sich auch einige JN-Anhänger auf den Weg nach Hellersdorf. Am U-Bahnhof Wuhletal kam es dann mit 30 Nazis zu schweren Auseinandersetzungen. AntifaschistInnen versuchten, deren Treffen auf dem Bahnsteig zu verhindern. Einige Nazis flüchteten daraufhin über die Gleise, andere verschanzten sich in einem S-Bahn-Wagen, darunter der ehemalige JN-Chef Andreas Storr. Obwohl faschistische Insignien, Fahnen und der Hitlergruß gezeigt wurden (in den Worten Schönbohms: verfassungsfeindliche Symbole), wurden die Nazis etwa eine Stunde lang von der Polizei geschützt. Später behauptete Polizeipräsident Saberschinsky vor dem Innenausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses dreist, dort wo Polizei gewesen sei, hätten die Neonazis weder Reichskriegsflaggen noch Hitlergrüße gezeigt.

Die AntifaschistInnen dagegen wurden unter Schlagstockeinsatz rabiat vom Bahnsteig gedrängt. Gleichzeitig griff die Polizei, die mit 600 Beamten sowie zwei Wasserwerfern und zwei Räumpanzern im Einsatz war, die TeilnehmerInnen einer auf dem Bahnhofsvorplatz stattfindenden, angemeldeten Kundgebung der PDS an. Sie stieß immer wieder in Gruppenstärke in die Reihen der AntifaschistInnen vor. Insgesamt wurden mehr als 100 GegendemonstrantInnen festgenommen. Die Vorwürfe gegen sie reichen vom Verstoß gegen das Versammlungsgesetz bis hin zu gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch. Alle AntifaschistInnen wurden bereits in der Nacht freigelassen, dabei aber zum Teil willkürlich an verschiedenen Orten in Berlin ausgesetzt. Von festgenommenen Nazis ist nichts bekannt.

CDU hetzt gegen Antifas und PDS

Daß der JN-Aufmarsch verhindert werden konnte, wurde von den Gewerkschaften über die PDS bis hin zu den Antifa-Gruppen als Erfolg gewertet. Harsche Kritik wurde am Vorgehen der Polizei geübt. Der Hellersdorfer

PDS-Bezirksvorsitzende Klaus-Jürgen Dahler erklärte zum Beispiel: "Die Verantwortung für Tätlichkeiten und Gewalt hat im vollen Umfang die Polizei zu tragen. Während der Innensenator die neofaschistische Kundgebung nicht verbot, stellte er mehrere Hundertschaften ab, um entgegen aller Absprachen mit unserer Veranstaltungsleitung in Konfrontation zu treten." (jW, 17.2.97) Schönbohm bezeichnete dagegen den Einsatz der Polizei als "angemessen". (Berliner Zeitung, 17.2.97) Darüber hinaus machte er Bürgermeister Klett für die "Krawalle" verantwortlich. Damit begab er sich auf die gleiche Linie wie die JN, die Strafantrag gegen den Bürgermeister wegen "Aufruf zur Gewalt" gestellt hat.

Der Innensenator ebenso wie seine Partei bleiben sich treu. Sie wichen wie schon im Vorfeld der politischen Auseinandersetzung mit den JN aus. Statt dessen konzentrierten sie ihre Angriffe auf die PDS. Sie sei "mitverantwortlich für die Gewaltentwicklung in der Stadt". (Berliner Zeitung, 25.2.97) Der Berliner Senat drohte sogar damit, gegen Klett juristische und disziplinarische Schritte einzuleiten. Gleichzeitig verharmloste Schönbohm weiterhin die Aktivitäten der Nazis: "Bloße Mutmaßungen alleine reichen für Vorbote nicht aus." Es müsse "tatsächliche Anhaltspunkte für eine Störung der öffentlichen Ordnung" geben. (Berliner Zeitung, 25.2.97) Immer noch ignorierte der Ex-General die Tatsache, daß JN-Anhänger polizeilich zu ahndende Straftaten begangen haben.

Der CDU-Abgeordnete Dieter Hapel verharmloste militante Neonazis als Häuflein verängstigter und verschüchterter Jugendlicher, die von der Polizei vor linken Schlägern hätten geschützt werden müssen. (ND, 25.2.97) Wie üblich: Der Feind steht links. Hapels Reaktion auf das gegen die PDS gerichtete Attentat überrascht da nicht mehr: "Wer wie Klett mit der Fackel vor einem Benzinlager steht, darf sich nicht wundern, wenn es brennt." (jW, 25.2.97)

Rache: Mord- und Mordversuch

1968 prägte die APO nach dem Attentat auf Rudi Dutschke den Slogan "Springer schoß mit", um damit auf die Verantwortung der Springer-Presse für diese Tat hinzuweisen. Die Nachricht wurde damals wie heute verstanden und zeigte Wirkung. Auch die Arbeitsteilung, die Anfang der 90er Jahre in der Asyldebatte sichtbar wurde, wiederholte sich: Die Hetze und Verharmlosung seitens der etablierten Politik ermunterten militante Neonazis zu Mord und Totschlag:

Am 19. Februar schoß der Nazi Kay Diesner den Buchhändler Klaus Baltruschat an und verletzte ihn im Brustbereich und am linken Arm so schwer, daß der Arm ab dem Ellenbogen amputiert werden mußte, ebenso zwei Finger der rechten Hand. In einem Bekenneranruf wurde offen der Bezug zu den Ereignissen am vorausgegangenen Wochenende hergestellt: "Wir kriegen Euch. Rache für Hellersdorf!" Der "Kleine Buchladen" in Marzahn befindet sich im selben Haus wie das Wahlkreisbüro von Gregor Gysi und das PDS-Bezirksbüro. Anfangs führte dieser Umstand zu der Vermutung, Baltruschat sei nur das zufällige Opfer eines Anschlags geworden, der eigentlich einen Mitarbeiter der PDS treffen sollte. Nach Informationen der taz stand der Marzahner Buchladen aber schon seit zwei Jahren auf einer Liste möglicher Anschlagsziele der Anti-Antifa. (4.2.97) Vier Tage später erschoß der 24jährige Diesner bei einer Kontrolle auf der Autobahn A 24 den Polizisten Stefan G. und verletzte einen weiteren schwer. Kurz darauf wurde er nach einer Verfolgungsjagd festgenommen. In seinem Wagen befanden sich ein Schrotgewehr, eine größere Menge Munition und ein Kampfhund. Diesner trug eine schußsichere Weste. Wie sich herausstellte, wurde mit der Waffe, die bei der Schießerei mit der Polizei benutzt wurde, auch auf den Buchhändler in Marzahn geschossen.

Diesner, der mittlerweile beide Taten zugegeben hat, gehört dem harten Kern der militanten Neonazi-Szene in Berlin an. Er bezeichnet sich selbst als Mitglied des "Weißen Arischen Widerstands" (WAW), der bereits im Januar 1994 mit Drohbriefen an die PDS in Erscheinung trat (damals erst als "Weißenseer", dann als "Weißer", schließlich als "Verband Arischer Widerstand"). Daneben soll er auch Mitglied der NSDAP/AO sein. (jW, 26.2.97) Der aus Kassel stammende Diesner soll bereits 1990 Mitglied der 1994 verbotenen "Nationalen Alternative" (NA) gewesen sein und sich in dem von Nazis besetzten Haus in der Weitlingstraße in Berlin-Lichtenhagen aufgehalten haben. Nach Angaben des Neonazi-Austeigers Ingo Hasselbach nahm Diesner an Wehrsportausbildungen teil, bei denen auch mit scharfen Waffen hantiert wurde. (taz, 4.3.97) Nach dem Verbot der NA soll er der "Sozialrevolutionären Arbeiterfront" (SrF) angehört haben.

Laut Polizeiangaben bestehen auch Verbindungen zu der Nazi-Rockergruppe "Die Vandalen - Ariogermanische Kampfgemeinschaft". Diese von Arnulf Priem 1982 gegründete Gruppe unterhält seit der Wende gute Verbindungen zu Nazis aus Österreich und Schweden. 1994 wurde Diesner in Priems Haus verhaftet. Am 12. August, dem Todestag von Rudolf Heß, hatten sich dort Anhänger Priems versammelt, um antifaschistische Demonstranten anzugreifen. Später wurde Diesner deshalb wegen Bildung eines bewaffneten Haufens zu einer Geldstrafe verurteilt. Bislang scheint es, als ob der Mordanschlag auf den Buchhändler nicht auf das Konto einer fest organisierten, terroristischen Nazibande geht. Vielmehr spricht vieles dafür, daß Diesner auf eigene Faust gehandelt hat. Das sollte aber keineswegs als Entwarnung mißverstanden werden.

Werwolf-Strategie

Im Berliner Raum trafen 1992 Mitglieder verschiedener Nazi-Organisationen zusammen, die sich als WAW formierten und die Zeitung "NS-Denkzettel" gründeten, in der gegen Juden, Ausländer und die PDS Front gemacht wurde. Laut FR galt für den Staatsschutz der WAW seit Ende 1994 als zerschlagen. Damals wanderte Markus Bischoff hinter Gitter, der als wichtigster Funktionär des WAW galt. Trotzdem wurde noch im Februar letzten Jahres eine größere Staatsschutz-Aktion gegen den WAW in Berlin durchgeführt. Dabei wurden sieben Personen kurzfristig festgenommen, die u.a. "Wehrsportübungen" durchgeführt hatten. Zwei mutmaßliche Anführer der Gruppe wurden im August 1996 zu Jugendstrafen verurteilt. (Antifaschistische Nachrichten, 6.3.97)

Als Vorbilder des WAW gelten der "Vit Arisk Motstand", der als die militanteste Gruppe der Nazi-Szene Schwedens bekannt ist, und der US-amerikanische "White Aryan Resistance" (WAR), der für den Anschlag auf ein Regierungsgebäude in Oklahoma im April 1995 verantwortlich sein soll. Verbindungen sollen auch zum Klu-Klux-Klan bestehen, der seit Anfang der 90er Jahre vermehrt in der BRD aktiv ist.

Nach dem Verbot zahlreicher Nazi-Organisationen wurde verschärft der Ausbau eines Untergrundnetzwerkes unter der Bezeichnung "Werwolf" betrieben. Das antifaschistische INFO-Blatt bezeichnet den WAW als "Keimzelle des Werwolfes in Berlin". Für die Ausbildung an der Waffe und den Umgang mit Sprengstoff war u.a. Hans Jörg Schimanek zuständig, der mit den österreichischen Briefbombenanschlägen in Zusammenhang gebracht wird. Somit reiht sich der WAW in den Prozeß einer Neustrukturierung der Neonazi-Szene ein, der auf eine neue, konspirative Strategie abseits offizieller Organisationen hinausläuft.

Der brandenburgische und der Berliner Staatsschutz tun so, als hätten sie von dieser Entwicklung keine Ahnung. Anfang des Jahres erklärte Brandenburgs Innenminister Ziel (SPD), die Neonazis seien unter Kontrolle. Etwa um die gleiche Zeit verbreitete der Berliner Verfassungsschutz, die militante Linke sei "mindestens" genauso gefährlich wie die Neonazis. Die Reaktionen auf die Antifa-Aktionen in Hellersdorf von seiten des Berliner Senats, der CDU und Teilen der SPD lassen vermuten, daß sich an dieser Einschätzung - auch nach Diesners Schüssen - nichts geändert hat.

mb., Berlin

7. Demo gegen faschistische Gewalt. Magdeburger Antifaschistische Initiative mobilisiert gegen Neonazis

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:30

In der Nacht vom 7. zum 8. Februar ist in Magdeburg-Olvenstedt der siebzehnjährige Punk Frank Böttcher ermordet worden. Er wurde an einer Straßenbahnhaltestelle mit mehreren Messerstichen und eingetretenem Schädel aufgefunden. Der Verdacht, daß er Opfer von Jungnazis wurde, die im Stadtteil Olvenstedt nachts die Straße beherrschen, wurde schon wenige Tage später durch die Verhaftung eines Jugendlichen aus der rechten Szene erhärtet.

Unmittelbar nach dem Mord drückten Punks und antifaschistische Jugendliche in Magdeburg auf einer Spontandemonstration ihre Wut aus. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. 59 AntifaschistInnen wurden in Gewahrsam genommen.

Die von FreundInnen Frank Böttchers und antifaschistischen Jugendlichen eingerichtete Mahnwache am Tatort war mehrmals Ziel rechter Jugendlicher. Sie bedrohten die Teilnehmenden und zertraten die Blumengebinde.

Die zahlenmäßig schwache Antifaschistische Initiative Magdeburg organisierte mit Unterstützung von Berliner Antifa-Gruppen für den 22. Februar 1997 eine bundesweite Demonstration in Magdeburg. Motto der Demo: "Nichts und niemand ist vergessen - den rechten Terror bekämpfen". Wenige Tage vorher schlossen sich der DGB, Kirchen und die rosa-grüne Landesregierung mit einem Aufruf gegen Gewalt der Demonstration an. Man wolle die Jugendlichen in ihrer Trauer nicht allein lassen, hieß es.

Die PDS unterstützte beide Aufrufe, die CDU lehnte beide ab. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Christoph Bergner warnte am 21. Februar in einem Interview mit der jungen Welt vor der "Politisierung eines komplizierten Konflikts".

Friedliche Bürger, betrunkene Punks

Bei Beginn der Demo hatten sich etwa 3.000 Menschen auf dem zentralen Platz in Magdeburg eingefunden, gut zwei Drittel von ihnen waren Mitglieder von Antifagruppen und teilweise betrunkene Punks.

Während der Demonstration trugen die DemonstrantInnen als Zeichen ihrer Gewaltlosigkeit ein grünes Band. Dazu hatte unter anderen auch die Landesregierung aufgerufen. Doch spätestens als in Olvenstedt eine Bank und ein Parkhaus entglast wurden, mußten die GewaltgegnerInnen ihre Mission als gescheitert ansehen. Flaschenwürfe auf JournalistInnen und sexistische Beschimpfungen aus den Reihen der Punks waren nicht selten.

Die Polizei hielt sich nach strengen Vorkontrollen während der Demonstration weitgehend im Hintergrund. Die PDS-Landtagsabgeordnete von Sachsen-Anhalt, Birke Bull, konnte allerdings vermummte Polizisten bei Steinwürfen beobachten.

Die Antifa-Bewegung befand sich in Magdeburg in einer besonderen Zwickmühle: Ein Teil der DemonstrantInnen wollte mit der Demo auch für Gewaltlosigkeit eintreten; auf der anderen Seite gab es zahlreiche Punks, die eher auf eine Art vorverlegte Chaostage aus waren.

Trotz solcher Probleme sollte sich die Antifa-Bewegung mehr Gedanken über Bündnisarbeit machen. Das Beispiel Magdeburg zeigt, daß auch in Gegenden mit schwachen antifaschistische Kräften Wi-derstand gegen die Nazis massenwirksam und in kurzer Zeit organisiert werden kann. Unerträglich allerdings ist es, daß erst ein Mord passieren mußte, bevor ein breiteres Bündnis gegen die Neonazis gebildet werden konnte - offenbar werden viele Naziangriffe oft einfach als alltäglich abgehakt.

Peter Nowak

8. Weiter so, Aschaffenburg! Breites Bündnis verhindert Nazi-Aufmarsch

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:15

Auch in diesem Jahr konnte es die NPD mit ihrer Jugendorganisation JN nicht lassen und versuchte, im Februar nach Aschaffenburg zu mobilisieren. Wieder war der vorgeschobene Grund der Tod eines Schülers, der an Fasching 1993 Opfer einer Auseinandersetzung zwischen deutschen und albanischen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen wurde. Doch diesmal wurde nichts aus dem geplanten Nazi-Aufmarsch. Denn die Gegenseite hatte sich 1997 noch besser als in den beiden Vorjahren auf die Nazi-Zusammenrottung vorbereitet. (1)

Unter Federführung des Bündnisses gegen Rechts (BgR) versammelte sich ein wirklich breites Bündnis, das von SPD und einem Ortsverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) über Grüne und DGB bis hin zu Autonomen und Antifaschistischen Gruppen reichte. (2) Insgesamt 29 Organisationsbezeichnungen enthielt das erste Flugblatt, das zu einer Podiumsdiskussion mit Stadtratsvertretern unter dem Thema "Rechtsradikalismus und die gesellschaftlichen Auswirkungen" einlud. Weiterhin wurde mit einer Pressekonferenz, Info-Ständen, regionalen Veranstaltungen einzelner Bündnis-Gruppen, einer antifaschistischen Stadtführung sowie einer kleinen Demo am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer der Judenvernichtung, die eigentliche Gegendemonstration vorbereitet.

Dazu kamen Info-Veranstaltungen in zahlreichen Städten zwischen dem Ruhrgebiet und München, da autonome Gruppen parallel zu einer bundesweiten antifaschistischen Kundgebung mobilisierten (die allerdings in die gemeinsame Demo münden sollte). Demgegenüber beschränkte sich das Konzept der restlichen Gruppen auf eine regionale Mobilisierung, um ganz gezielt bürgerliche Kreise vor Ort nicht aus ihrer Verantwortung für ein Handeln gegen den Nazi-Aufmarsch zu entlassen.

Etablierte reagieren

Einen ersten Erfolg konnte das Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch schon dadurch erreichen, daß sich die etablierten Stadtratsfraktionen - CSU, SPD und FDP unter Beteiligung der Grünen - genötigt sahen, zu einer eigens angesetzten Veranstaltung mit Michel Friedmann, Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland und CDU-Stadtverordneter im Frankfurter Römer, aufzurufen. Eine ziemlich weiche (aber dennoch für Aschaffenburg seltene) Resolution aller Stadtratsgruppierungen verurteilte den Nazi-Aufmarsch, nicht ohne sich "gegen extreme Kräfte von rechts und links" auszusprechen. Die Kirchen reagierten mit einen Gottesdienst am 27. Januar, bei dem ausdrücklich Bezug genommen wurde auf den erwarteten Nazi-Umzug.

Nichtsdestotrotz versuchten CSU-Funktionären, die Diskussion in Richtung einer Spaltung des Antifa-Bündnisses zu lenken. Im Hinblick auf ein Flugblatt der autonomen Antifa-Gruppen wurde vor den bösen Militanten gewarnt. Trotz darauf folgender heftiger Diskussion im Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch hielt dieser Zusammenschluß.

Nazis ziehen den Schwanz ein

Mitten in die Vorbereitungen der Nazi-Aktion sowie der Gegenmaßnahmen platzte die Nachricht, daß am 13. Januar im bayerischen Odenwald das Waffenlager eines Nazis aus den Reihen der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) ausgehoben worden war. Neben zwei kompletten Maschinengewehren wurden u.a. Maschinenpistolen, Pistolen und Revolver, vier Handgranaten, drei Flugabwehrgranaten, 15.000 Schuß Munition und diverses Nazi-Propagandamaterial wie Hakenkreuzfahnen sichergestellt!

Ende Januar: Die Überraschung ist perfekt. Als Sieg durch technischen K.O. konnte das Antifa-Bündnis die Demonstrations-Absage der NPD werten! Die vorgeschobene Begründung der Nazis: Die Waffenfunde in Amorbach hätten "geheimdienstlich gesteuerte Autonomenbanden und andere Störer" (!) so zahlreich mobilisiert, daß die NPD ihren Aufmarsch nun nicht mehr verantworten könne.

Tatsächlich dürften drei Gründe ausschlaggebend für diesen Schritt gewesen sein: 1. Der NPD wurde gerichtlich aufgrund einer Klage der Familie des 1993 Getöteten verboten, dessen Namen zu verwenden. 2.

Die NPD hätte sicherlich keine erneute Steigerung von Teilnehmerzahlen bei ihren Aufmarsch hinbekommen, eher einen Rückgang verzeichnen müssen, was ihrer "Ehre" abträglich gewesen wäre. 3. Mit einem derart breiten und aktiven Gegen-Bündnis hatten die Nazis bei weitem nicht gerechnet!

Das Bündnis gegen Rechts verkündete sofort, daß die geplanten Aktivitäten gegen die Nazis in vollem Umfang stattfinden werden. Denn "die Inhalte der NPD, gegen die wir auf die Straße gehen, haben sich keineswegs verändert. Und in dem Schreiben der NPD an die Stadt steht wörtlich: Schließlich möchten wir feststellen, daß der Verzicht auf die Durchführung der Demonstration keineswegs bedeutet, daß in kommenden Jahren die Demonstration ebenfalls nicht durchgeführt wird, im Gegenteil."

Kleine Rache: Anti-Antifa

Die NPD oder andere Nazi-Kreise konnten es allerdings nicht lassen, wenigsten noch zwei Anti-Antifa-Aktionen durchzuführen.

In einem an diverse Ämter und Stellen verschickten Brief mit gefälschter Unterschrift eines Hauptaktiven des Antifa-Bündnisses wurde u.a. gefordert, die Stadt Aschaffenburg solle alle Kosten der anreisenden Antifas tragen sowie die bürgerlichen Rechte der Nazis außer Kraft setzen etc. Dieser offensichtliche Blödsinn, der noch einmal Verwirrung in die Reihen des Bündnisses tragen sollte, wurde im Regionalfernsehen von dem Vertreter des Bündnisses souverän zurückgewiesen.

Weiterhin versuchten die Nazis, ein weibliches Mitglied der Anti-Antifa in das Bündnis gegen Rechts einzuschleusen. Ein recht dümmliches Vorgehen und die Weitergabe eher drittrangiger Informationen durch diese Person an die Nationalen Info-Telefone (wo diese Infos auch gleich verbreitet wurden) führte zur schnellen Enttarnung und verhinderte größeren Schaden.

Die Anti-Antifa Franken war es dann auch, die wenige Tage vor dem 22. Februar dann doch noch eine Demo für diesen Tag anmeldete, die allerdings verboten wurde. Die sonst übliche Anrufung der Gerichte unterblieb, und die wenigen Dutzend Neo-Nazis, die dem weiterhin bestehenden Demo-Aufruf der Nationalen Info-Telefone gefolgt waren, wurden kurzerhand von bayerischen Beamten nach Hause geschickt.

Die Demonstration ...

Nachdem auch Michel Friedmann indirekt zur Beteiligung an der Antifa-Demonstration aufgerufen hatte, war das Bündnis an Breite kaum noch zu übertreffen. Lediglich OB Willi Reiland (SPD) schoß quer und forderte über das lokale TV die Bevölkerung auf, zu Hause zu bleiben und so "den Radikalinskis" eine Absage zu erteilen.

Damit konnte er allerdings nicht verhindern, daß am 22. Februar an acht Punkten Kundgebungen stattfanden, die sich zu zwei Demo-Zügen formierten, welche in einer Abschlußkundgebung mündeten. Ein starker autonomer Block und viele TürkInnen und KurdInnen sorgten für Demo-Stimmung - und alles verlief erstmal friedlich, da auch die Polizei eine bewußte Deeskalationsstrategie fuhr. Über 2000 Beteiligte, darunter knapp die Hälfte Autonome und Punks, zogen in einer der größten Demonstrationen, die Aschaffenburg je erlebt hatte, durch die Stadt.

Nachdem das Gerücht aufkam, am Hauptbahnhof seien Nazis gesichtet worden, trennten sich rund 350 Autonome unter Führung des Blocks der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation im Eilschritt von der Abschlußkundgebung, beschädigten im Vorbeigehen zwei Fensterscheiben und fünf Autos und landeten am Bahnhof im Kessel der Polizei. Dabei kam es zu einigen Festnahmen. Die Polizei ließ größere Gruppen der Eingekesselten per Bahn abreisen und geleitete den restlichen Kessel dann Richtung "Colos-Saal", wo das abschließende Rock gegen Rechts stattfand. Dort wurde die Einkesselung ohne Personalienfeststellung aufgelöst.

... als Siegesfeier

Wenngleich in den Kundgebungs-Reden illusionslos betont wurde, daß die Neo-Nazis nur die Spitze eines Eisbergs sind, der sich ansonsten aus bürgerlich-parlamentarischer Ausgrenzungspolitik und Alltagsrassismus etc. zusammensetze, kann die Aschaffenburger Demonstration dennoch als antifaschistische Siegesfeier bezeichnet werden.

Entsprechend wurde die Demonstration von Mitgliedern des Bündnisses gegen Rechts als voller Erfolg gewertet. Kritik wurde laut am Verhalten der Autonomen und ihrer Extrademo zum Bahnhof. Dieses sei unsolidarisch gegenüber dem Bündnis gewesen, da eine friedliche Demonstration auf einer genau bezeichneten Route verabredet war.

Zu bedenken bliebe in diesem Zusammenhang, daß die Anmeldung durch nicht-autonome Gruppen und deren Beteiligung an der Demo den Autonomen ganz erheblichen Streß mit der Polizei ersparte - von der ja bekannt ist, daß sie auf ihre eigene "bayerische Art" vorgehen kann. Bei einer rein-autonomen Angelegenheit hätte die Polizei wohl weniger zurückhaltend reagiert. Die (für die Autonomen günstigen) Bündnisabsprachen hätten Verbindlichkeit bei diesen zur Folge haben müssen. Nun nutzt die rechts-bürgerliche Seite die geschenkte Gelegenheit, um in Leserbriefen mit Beschimpfungen gegen die Autonomen die ganze Demonstration in Mißkredit zu bringen. Entsprechend reagierte auch der Großteil der überregionalen Medien.

Kritik gab es auch am Verhalten des DGB und der ÖTV. Diese hatten ebenfalls Bündnisabsprachen einseitig gekündigt und somit ein "autonomes" Vorgehen an den Tag gelegt. Mobilisierten sie doch nur für die Abschlußkundgebung, wohl um bei etwaigen Auseinandersetzungen während der Demo nachher ihr Schäfchen um so besser politisch ins Trockene bringen zu können.

Dennoch: Ein nicht zu unterschätzender Sieg über die Neo-Nazis, der nur dank eines breiten Bündnisses zustandekommen konnte. Und: Das Bündnis selbst, in dieser Breite neu für Aschaffenburg, war schon ein Erfolg an sich. Von Aschaffenburg lernen heißt siegen lernen (oder so ähnlich war das doch...).

Martin Bayer

Anmerkungen:

(1) vgl. ak 388, "Nazi-'Gedenkmarsch' in Aschaffenburg"

(2) Da die Bandbreite der Nazi-GegnerInnen wirklich beachtlich ist, sei hier die vollständige Liste der Beteiligten in der Reihenfolge des ersten Flugblattes aufgeführt: PDS, DKP, GEW, JUSOS, Waschtag (lokale Kulturinitiative), IGM-Jugend, IDeF Miltenberg (Initiative für Demokratie und Frieden), Bündnis 90/Grüne, Bündnis gegen Rechts, IGM-Ausländerausschuß, KI/Kommunale Initiative (linke Kommunalpolitische Liste), IPPNW - Ärzte gegen atomare Bedrohung Aschaffenburg e.V., Flüchtlingsgruppe Dammbruch, Dt. Freidenker-Verband Aschaffenburg, Autonome und Antifaschistische Gruppen, CAJ (Christliche Arbeitnehmer-Jugend), SPD, ÖTV, DGB, IGAA (Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit Aschaffenburg), MLPD, Halkevi (Türkisches Volkshaus), DFG-VK, Pax Christi, IBfa-Zentrum (Initiative Bildung für alle), Christen für den Frieden, Demokratische Bewegung (lokale türkisch/kurdische Gruppe), KAB Ortsverband Mömbris, Amt für Industrie- und Sozialarbeit der ev.-luth. Kirche Aschaffenburg. Dazu kamen später als Unterstützer noch die Deutsch-Ausländische Gesellschaft Alzenau und AWA - Die Regenbogenliga (schwul/lesbische Gruppe).

9. Magdeburg und der Mord an Frank Böttcher

Autor: Metropolis antifa Archiv, Postdam · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:29

In der Nacht zum 8.2.1997 wurde Frank Böttcher im Magdeburger Neubaugebiet Neu-Olvenstedt durch sieben Messerstiche in den Rücken getötet. Er war nach Olvenstedt gefahren, um sich in der Notaufnahme des dortigen Krankenhauses eine leichte Handverletzung behandeln zu lassen. Bereits auf der 20minütigen Straßenbahnfahrt vom Olvenstedter Platz zur Endhaltestelle Walter-Friedrich-Krankenhaus war er von rechten Skinheads angepöbelt worden. Als er wieder nach Hause fahren wollte, wurde Frank Böttcher angegriffen und schwer verletzt. Von Mitarbeitern des Krankenhauses aufgefunden starb er wenig später durch den hohen Blutverlust.

Nach dem Mord ermittelte die Polizei zunächst in drei Richtungen. Polizeisprecher wollten einen Raubüberfall oder gewalttätige Auseinandersetzungen in der Szene nicht ausschließen, obwohl Böttcher weder Geld noch Wertsachen bei sich hatte und es keine gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Szene gab. FreundInnen von Frank Böttcher und die "Magdeburger Antifaschistische Initiative" bezeichneten die Aussagen der Polizei als "völlig abwegig und absurd". (junge Welt, 21.2.97)

Wenig später teilte die Sonderkommission der Polizei die Verhaftung eines Verdächtigen mit, der zur rechten Szene gehört und in seinem Umkreis mit dem Überfall geprahlt hatte. Inzwischen hat er ein Teilgeständnis abgelegt.

Die Politiker der Landeshauptstadt reagierten schweigend oder abweisend. Auswärtige Medienvertreter erhielten teilweise keine Informationen bzw. wurden bei ihrer Arbeit behindert. Eine geplante Podiumsdiskussion des Jugendamtes wurde von dessen Leiter kurz vorher ohne Angabe von Gründen abgesagt.

Erst als AntifaschistInnen für den 22. Februar zu einer bundesweiten Demonstration aufriefen, meldeten sich die Politiker zu Wort. Ein Aufruf "Gegen Gewalt", verfaßt von Künstlern, Pastoren und Politikern, beschwor den "Geist von '89" und forderte die Bürger auf, wie damals ein grünes Band zu tragen. Auch die Landesregierung unterstützte den Aufruf, der mit der Post an alle Haushalte ging. Trotzdem beteiligten sich sehr wenige MagdeburgerInnen an der Demonstration.

Für den 16. Februar, einen Sonntag, hatte die "Anti-AntiFA" zu einem Aufmarsch unter dem Motto "Gegen den roten Terror" nach Magdeburg mobilisiert. Er wurde vom Ordnungsamt verboten. Trotzdem hielten sich das ganze Wochenende über "Anti-AntiFA"-Aktivisten in der Stadt auf, um, nachdem der geplante Aufmarsch geplatzt war, einen anderen sich eventuell bietenden Aktionsrahmen zu nutzen. Abgesehen von einem Treffen in einer Gaststätte unterband die Polizei jedoch die Sammlungsversuche der Neonazis.

Hegemonie rechter Hooligans

Der Mord an Frank Böttcher ist der bislang letzte Höhepunkt in einer Kette von rechtsradikalen Übergriffen in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt.

1992 überfielen rund 60 gut ausgerüstete und koordinierte Fascho-Skins eine Geburtstagsfeier von Punks in der Gaststätte "Elbterrassen". Der Punk Torsten Lamprecht wurde erschlagen. Die Polizei, obwohl vor Ort, griff nicht ein.

Am Himmelfahrtstag 1994 jagten rechte Hooligans und Skinheads, die sich schon vorher in der Innenstadt gesammelt hatten, stundenlang AusländerInnen und Linke. Der damalige Polizeipräsident spielte die Ereignisse tags darauf vor der Presse als Vatertags-Joke herunter und schrieb sie "Sonne und Alkohol" zu.

Immer wieder werden in Magdeburg AusländerInnen, Linke und Obdachlose überfallen oder aus der Straßenbahn geworfen. Diese Übergriffe kommen aus der breiten rechten Jugendsubkultur Magdeburgs. Verankert ist diese Szene vor allem in den Neubaugebieten Olvenstedt und Nord. Seit Ende der achtziger Jahre verfügen die rechten Hooligans und Skinheads hier über eine von ihnen immer mehr ausgebaute Hegemonie. Die Ursachen dafür sind vielschichtig.

Mit der Wende brach die ohnehin dünne soziokulturelle Infrastruktur der Neubaugebiete zusammen. Kulturhäuser und Jugendclubs wurden geschlossen, es gibt kaum Freizeitangebote für Jugendliche. Die Neonazis nutzten das kulturelle und politische Vakuum und bauten ihre Positionen durch Terror aus. Rechte Kräfte wurden sichtbar, die vorher durch die Repressionen von Volkspolizei und MfS unter der Decke gehalten worden waren.

Das auch in Magdeburg angewandte Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit" mit rechten Jugendlichen trug dazu bei, daß sich rechte Strukturen festigen konnten. Beweis für deren Existenz ist u.a. ein von Magdeburger Fascho-Skins und dem Ex-FAP-Aktivisten Torsten Heise organisiertes Nazikonzert mit rund 800 Besuchern in Barleben bei Magdeburg im vergangenen Jahr.

Das Konzept "Befreite Zonen"

In Olvenstedt werden die Neonazis von einigen BürgerInnen bereits als Ordnungsfaktor angesehen. Das korrespondiert mit dem Konzept "Befreite Zonen" der Jungen Nationaldemokraten, in dessen Rahmen Neonazis versuchen, Schlüsselpositionen sowohl in den Institutionen als auch in der Subkultur zu besetzen.

In Magdeburg allerdings läßt sich ein Teil dieses Konzeptes auch ohne geschulte Kader umsetzen. Denn seit Mitte der neunziger Jahre ist eine neue Fascho-Skin-Generation herangewachsen, die ihre Vorgänger an Rücksichtslosigkeit und Brutalität weit übertrifft. Der rechte Straßenterror ist in Magdeburg, wie fast überall in den neuen Bundesländern, zum Selbstläufer geworden. Dieses Klima einer rechten Hegemonie bietet organisierten Neonazis ideale Ausgangsbedingungen für die Umsetzung ihrer politischen Strategie.

Der Handlungsspielraum für AntifaschistInnen hingegen ist in Magdeburg sehr eng. Im Vordergrund steht momentan der Selbstschutz. Rechten Jugendlichen und Neonazis das Terrain auf allen Ebenen ernsthaft streitig zu machen, wie es nach der Ermordung von Torsten Lamprecht erfolgreich praktiziert worden ist, braucht unendlich viel Ausdauer. Unterstützung können die AntifaschistInnen - außer punktuell von der PDS - von niemandem erwarten.

Metropolis antifa Archiv, Potsdam

10. Stalinismus und Antisemitismus. Nathan Steinbergers "biographisches Gespräch". Buchvorstellung

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:06

In der deutschsprachigen linksradikalen Literatur wurde in den vergangenen Jahren mehrfach der jüdische Widerstand gegen das Naziregime geschildert - in einigen Fällen wurden die Biographien Überlebender behandelt. Nathan Steinberger, der den Zweiten Weltkrieg in sowjetischen Lagern überlebt hat, schildert in Gesprächen ausführlich seinen Werdegang vom Mitglied einer jüdischen sozialistischen Gruppe zur KPD, die Emigration in die Sowjetunion, seine Verhaftung auf dem Höhepunkt der Stalinschen Repression, die langen Jahre an der Kolyma, die Rückkehr in die DDR.

Im Untertitel des Buches wird eine Verbindung zwischen Antisemitismus und Stalinismus hergestellt. Und in der Tat vermittelt Steinberger zahlreiche Fakten über latent vorhandenen oder offenkundigen Antisemitismus, den er in der Sowjetunion - in abgemildeter Form dann auch in der DDR - erlebt hat. Beispielsweise fanden "rassisch" Verfolgte aus Nazideutschland in der Sowjetunion kein Asyl - aufgenommen wurden nur jüdische Flüchtlinge, die nachweisen konnten, im Widerstand gegen das Naziregime aktiv gewesen zu sein. Deutlich antisemitische Untertöne gab es auch in den Moskauer Prozessen. Jüdische Bürger der Sowjetunion wurden im Paß als solche gekennzeichnet, ohne daß ihnen jedoch das Recht auf ein eigenes Territorium zugestanden worden wäre.

Zum Judenhaß der Nazis sieht Steinberger deutliche Unterschiede. Denn für Stalin war Antisemitismus weder Weltanschauung noch Glaubensbekenntnis, sondern ein Mittel zum Zweck, mit dem man "fast alles erreichen könnte". Der latent vorhandene Antisemitismus wurde bei der Verfolgung politisch mißliebiger Personen massiv ausgenutzt.

Steinbergers beeindruckende und erschreckende Schilderungen der Stalinschen Justiz und des Lagersystems bezeugen daher nicht in erster Linie den Antisemitismus, sondern den Antikommunismus der damaligen sowjetischen Führung. Fast alle Kommunisten, die die Keller der Ljubljanka oder die Straflager des Fernen Ostens überlebten, wurden zu gebrochenen, charakterlosen Marionetten, meist selbst mit Blut an den Händen.

"Es wäre eine falsche Annahme, wenn man glaubte, daß es die deutschen Kommunisten aus dem sowjetischen Exil waren, die nach dem Kriege in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone; Anm. ak), dann in der DDR zum Zuge kamen. Nur ganz wenige sind am Leben geblieben, wie meine Frau und ich." Die Folgen der Stalinschen Säuberungen wirkten noch lange über den Tod des Diktators nach. Auch Steinberger mußte dies erleben, als er nach den Jahren der Haft zurück nach Berlin kam. Allein weil er zuviel wußte, wurde er ständig beargwöhnt, politisch kaltgestellt. Erst nach dem Untergang der DDR bestand für ihn die Möglichkeit, seine Erfahrungen und Erlebnisse an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben.

Dieses Buch ist ein Schlag ins Gesicht derer, die infolge ihrer Erfahrungen der letzten Jahre in eine unkritische DDR-Nostalgie zurückgefallen sind. Doch wer sich den historischen Erfahrungen verschließt, wird stets die gleichen Fehler wieder machen. Das Buch sollte daher unbedingt gelesen werden.

Gerd Bedszent

Nathan Steinberger: Berliner - Moskau - Kolyma und zurück - ein biographisches Gespräch über Stalinismus und Antisemitismus; Edition ID-Archiv 1996, 144 Seiten, 24,- DM

11. Castor ins Zwischenlager durchgeprügelt

Autor: Vo · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:34

Der Castor steht dort, wo ihn herrschende Politik hin haben wollte. Dennoch haben die Anti-AKW-Bewegung im allgemeinen und der Widerstand im Wendland im besonderen in den ersten Tagen des März 1997 einen grandiosen Erfolg errungen. Die Durchsetzung des Castor-Transports hat nämlich einen hohen materiellen und vor allem politischen Preis gekostet - höher, als jemals zuvor. Und es ist deutlich geworden, daß die Bewegung in der Lage ist, diesen Preis künftig - wenn es denn sein muß - noch sehr viel höher zu treiben. Angesichts dieser beeindruckend unter Beweis gestellten Handlungsfähigkeit des Widerstands kommt herrschende Politik unter enormen Druck. Die Chancen, daß es einen nächsten Transport nicht geben wird, sind nach diesen Märztagen deutlich gestiegen.

Zu verdanken ist das vor allem der jahrelangen hartnäckigen Arbeit der BI, der Bäuerlichen Notgemeinschaft und der anderen Gruppen im Landkreis selber sowie jenen Tausenden von DemonstrantInnen, die durch ihre vielfältigen Blockadeaktionen den Transport letztlich um viele Stunden verzögert haben. Sie haben Politik praktisch in die eigenen Hände genommen, haben bewiesen, daß der von herrschender Seite so geschmähte "Druck der Straße" tatsächlich politische Wirkung hat, ja, daß ohne diesen "Druck der Straße" eine Politik im Interesse der betroffenen Bevölkerung nicht durchsetzbar wäre.

Ein Transport der Superlative

Es war einmal mehr ein Transport der Superlative. Waren schon die Transporte 1995 und 1996 jeweils die bis dahin größten Polizeieinsätze in der Geschichte der Bundesrepublik, so galt das auch wieder für den diesjährigen. Dabei wurde der Aufwand im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal erheblich gesteigert. Diesmal waren es schließlich 30.000 Polizisten, die zum Schutz des Transportes aufgeboten wurden. Der Einsatz soll die SteuerzahlerInnen satte 100 Mio Deutsche Mark gekostet haben.

Aber auch auf Seiten der DemonstrantInnen wurden die Daten der Vorjahre deutlich überboten. Zahlenmäßig waren es sehr viel mehr, es ist von etwa 20.000 Leuten auszugehen, die im Wendland waren, wobei viele erst im Laufe der Tage anreisten, also nicht die gesamte Zeit vor Ort waren. Und das Aktionskonzept war von vornherein auf mehrere Tage angelegt; während dieser Zeit kam es zu sehr viel mehr und von sehr viel mehr Leuten aktiv getragenen Aktionen als bei den beiden vorhergehenden Transporten. Schon die Demonstration am Samstag, dem 1. März in Lüneburg war mit rund 20.000 Leuten größer als jene der Vorjahre. Die sonntägliche "Stunkparade" von Gorleben nach Splietau war mit 12.000 Menschen ebenfalls ein voller Erfolg. An dieser Parade beteiligten sich etwa 570 Trecker - ein schier endloser Zug, der mit unwahrscheinlich viel Witz und Phantasie gestaltet war, die größte Treckerdemonstration in der Geschichte der Anti-Atom-Bewegung. Die Stimmung war super.

Vielfältige Aktionen

Nach diesen zentralen Veranstaltungen wurde dann ab Sonntagabend das dezentrale Aktionskonzept wirksam, welches auf zwölf Camps entlang der möglichen Transportstrecken basierte. Von diesen Camps gingen verschiedenste Aktionen aus, die die Behinderung des Transports vorbereiten oder auch die Polizeikräfte in Atem halten sollten. Besonders erfolgreich gestaltete sich das Vorgehen der Bäuerlichen Notgemeinschaft und anderer Gruppen an der sog. Südstrecke. Beim bzw. im an der Strecke gelegenen Dorf Splietau gelang es den Bauern, mit ca. 80 von zum Teil ineinander verschobenen und verkeilten Treckern am Sonntag nach der "Stunkparade" eine imposante Blockade aufzubauen. Diese wurde durch Barrikaden verstärkt, und vor allem wurde die Straße an mehreren Stellen recht tief und breit aufgebuddelt und untertunnelt, so daß sie unbrauchbar wurde. Nach dieser massiven Zerstörung der Straße bei Splietau war recht deutlich, daß die Südstrecke, über die die beiden vorhergegangenen Transporte gelaufen waren, diesmal wohl nicht mehr zur Verfügung stehen würde und der Castor gezwungen wäre, die sog. Nordstrecke zu nehmen. Das wurde nicht zuletzt dadurch bestätigt, daß die Polizei keine ernsthaften Anstrengungen machte, die Blockaden und Barrikaden auf der Südstrecke zu räumen. (Erst am Mittwoch, während der Transport über die Nordstrecke schon lief, setzten zwei Hubschrauber Sonderkommandos bei den Treckern ab, die die Reifen der Trecker zerstachen und sie teilweise demolierten - der pure Racheakt!) Die Aufmerksamkeit konzentrierte

sich also im folgenden auf die Nordstrecke, deren Camps relativ schwächer besetzt waren, weil die Erfahrungen der Vorjahre auf die Südstrecke als Transportweg hingedeutet hatten.

Doch zunächst waren die AktivistInnen an der Bahnstrecke gefordert. Auch hier gab es Camps, von denen Aktionen ausgingen (Pudripp, Neetzendorf und Hitzacker). Im Verlaufe des Montag (3.3.) gingen immer wieder Gruppen auf die Schienen, machten sich dort abbautechnisch zu schaffen, veranstalteten Sitzblockaden oder hielten die Polizeikräfte durch Katz-und-Maus-Spiele körperlich fit. Denn seit 0.00 Uhr des 3.3. galt ein Demonstrationsverbot für einen Bereich von jeweils 50 Metern links und rechts der (möglichen) Transportstrecke(n), das die Polizei durchzusetzen sich vorgenommen hatte. Sobald also sich Leute auf weniger als 50 Meter den Schienen näherten, mußte die Polizei aktiv werden. Da der ganze Schienenweg nicht abgeschirmt werden konnte, ergaben sich immer wieder Möglichkeiten für die erwähnten Sitzblockaden, Katz-und-Maus-Spiele u.ä. Gemäß den Deeskalationsbeteuerungen seitens der Polizei ging die Staatsmacht hierbei zunächst durchaus verhältnismäßig vor. Bei Sitzblockaden etwa wurde brav unter Hinweis auf das Demonstrationsverbot etc. dreimal aufgefordert, die Schienen zu verlassen, und dann wurden die Leute von zwei oder drei BeamtInnen von den Schienen getragen. Das ging in der Regel "zivil" zu (Ausnahmen gab es selbstverständlich, dann wurden auch schon mal Gliedmaßen verrenkt, Leute über den Schotter geschleift). Ruppiger und rabiater wurde es immer dann, wenn solche Räumaktionen lange dauerten und die Polizei nervös wurde. Und deutlich härter wurde die polizeiliche Gangart, als klar wurde, daß der Castor-Transport auf der Schiene sehr viel länger dauern würde als geplant. Seine Ankunft im Bahnhof Dannenberg war für 17.25 Uhr angekündigt worden, schließlich wurde es 1.00 Uhr morgens des nächsten Tages (Dienstag). Zu verdanken war das vor allem den Angehörigen kleinerer gewaltfreier Aktionsgruppen, die sich einiges hatten einfallen lassen, um den Transport aufzuhalten. Für stundenlange Verzögerungen sorgten Ankettaktionen unter Einsatz von Schnellbinderzement und Stahlschlössern. Gleichzeitig wurden nach Einbruch der Dunkelheit bei Hitzacker und auf freier Strecke immer wieder kleinere Barrikaden auf den Schienen errichtet, Feuerchen entfacht, der Gleiskörper unterbuddelt und Sitzblockaden durchgeführt. Das konnte zwar die Fahrt des Castor nicht effektiv behindern, beschäftigte aber ziemlich viele Staatsdiener, die zusehends ruppiger und unfreundlicher wurden.

Als der Castor schließlich in tiefer Nacht beim Verladekran im Bahnhof Dannenberg ankam, hatten sich bereits Tausende von DemonstrantInnen auf der ca. 400 Meter langen Straße, die vom Verladekran auf die Nord- und Südstrecke führt, also den ersten Abschnitt der Straßentransportstrecke bildet, niedergelassen. Sie harrten hier die nächsten Nächte und Tage bis zur Räumung aus. Initiator dieser Menschenblockade waren gewaltfreie Aktionsgruppen, die mit dem Aufruf "X-tausendmal quer" in den Wochen zuvor mobilisiert hatten und Menschen aufgefordert hatten, sich zu dieser gewaltfreien Aktion selbst zu verpflichten. Zum Camp der "X-tausendmal quer"-Leute bei Splietau stießen dann während der Aktionstage noch sehr viele zusätzliche Gruppen und Menschen, so daß "X-tausendmal quer" schließlich die zahlenmäßig größte und - wie sich herausstellen sollte - erfolgreichste Aktion dieser Tage wurde. Zu verdanken war das nicht zuletzt einer sehr guten Organisation, einer glasklaren Zielsetzung und verbindlichen Absprachen über das eigene Vorgehen und Verhalten. Bezugsgruppen, SprecherInnenrat und was mensch sonst noch so an Strukturen braucht, um eine solche Aktion erfolgreich durchstehen zu können, funktionierten ausgezeichnet. Vor dem Verladekran waren die DemonstrantInnen also bestens vorbereitet.

Anders sah es leider entlang der Nordstrecke aus. Auch hier machten die Leute aus den Camps zwar immer wieder Sitzblockaden oder errichteten zahlreiche, zum Teil sehr massive Barrikaden, auch wurde bei dem Dorf Quickborn am Montag mit einigem Erfolg an der Straße herumgebuddelt (die Schäden wurden jedoch bis Dienstag spät abends von Bautrupps unter massivem Polizeischutz wieder behoben). Doch gelang es an dieser Strecke der Polizei zusehends besser, die Straße immer wieder relativ rasch freizubekommen und die Leute von der Straße fernzuhalten. Das lag zum einen sicher daran, daß hier die Polizeikräfte massiv zusammengezogen wurden, nachdem klar war, daß die Südstrecke für den Transport nicht mehr zu gebrauchen war. Das lag zum anderen aber auch an der relativen Schwäche, Desorganisiertheit und Unentschlossenheit einiger Camps und Gruppen an dieser Strecke. Während es auch hier selbstverständlich gut funktionierende Gruppen und Camps gab - z.B. die Motorradfahrer von "Kuhle Wampe" und ihr Camp Idas -, waren andere doch ziemlich konfus.

Schwächen...

Fast schon als Trauerspiel möchte mensch bezeichnen, was aus dem Camp Quickborn kam, an dem auch zahlreiche Hamburger Gruppen beteiligt waren. Hier waren auch viele junge und recht unerfahrene Leute, viele SchülerInnen zum Beispiel. Das ist zunächst einmal selbstverständlich äußerst begrüßenswert, bringt aber auch Probleme mit sich. Was etwa bei den "X-tausendmal quer"-Leuten prima funktionierte - Bezugsgruppen, Delegiertentreffen, Info-Vermittlung etc. - das funktionierte hier so ziemlich gar nicht. Dabei waren durchaus auch erfahrene alte StreiterInnen der Anti-AKW-Bewegung in diesem Camp, die sich aber wohl scheuten, Verantwortung zu übernehmen. Fast ist mensch versucht zu sagen, daß es an so etwas wie an einem leitenden Gremium fehlte. So konnten von diesen Camps auch nur relativ wenig effektive Aktionen ausgehen.

Symptomatisch für die Misere war die Einkesselung von rund dreihundert Leuten aus dem Camp Quickborn am Dienstagmittag und -nachmittag. Mit mehr als tausend Menschen war man im Camp Richtung Transportstrecke losgezogen, viele mit Schaufeln versehen, um auf die Straße zu kommen und zu buddeln. Als man nach längerem Marsch durch den Wald an der Straße angekommen war und dort von (zunächst noch recht dünnen) Polizeiketten aufgehalten wurde, kam es zu Drängelei und Hin und Her; die Chance, mit ein wenig Koordination und Überblick und Entschlossenheit doch noch auf die Straße zu kommen, war gleichwohl noch gegeben. Stattdessen fanden sich recht bald - wie bereits gesagt - rund dreihundert Leute in einem Polizeikessel wieder. Der hatte dann auch die nächsten Stunden Bestand.

Den Leuten wurde von der Polizei vorgeworfen, aus ihrer Gruppe seien Straftaten begangen worden (Landfriedensbruch wegen Überschreiten der 50-Meter-Grenze, später wurden auch noch angebliche Steinwürfe (zwei!) und ein Schlag mit einer Schaufel nachgeschoben); sie sollten jetzt alle festgenommen und in die Gefangenensammelstelle in der ehemaligen Bundeswehrkaserne Neu-Tramm verbracht werden. Diese Prozedur wurde dann auch sehr schleppend begonnen, nach und nach wurden einzelne Leute aus dem Kessel geholt und abgeführt. Nach einiger Zeit wurde durch Verhandlungen dann erreicht, daß die Leute lediglich vor Ort erkennungsdienstlich behandelt und dann mit einem Platzverweis vom Ort des Geschehens verwiesen werden sollten. So wurde es dann auch gemacht; die Leute wurden einzeln aus dem Kessel geholt und umständlich erkennungsdienstlich behandelt (Aufnahme der Personalien, Polaroid-Fotos, Video-Aufnahmen, Aussprechen von Platzverweisen). Das dauerte Stunden und Stunden - und während dieser Stunden hatten sich mehrere Hundert weitere DemonstrantInnen in ZuschauerInnen verwandelt, die in dieser Zeit im Wendland augenscheinlich nichts Besseres zu tun hatten, als bei diesem (ziemlich langweiligen) Schauspiel zuzugucken. Sei's drum: Die Einsatzleitung der Polizei war hochzufrieden, hatte sie doch mit relativ wenigen eigenen Kräften tausend Leute stundenlang gebunden (die ganze Geschichte dauerte von Dienstag kurz vor 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr). In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch scheiterte dann wieder die vom Camp Quickborn ausgehende zentrale Aktion.

Daß sich bei Quickborn am Mittwochmorgen und -mittag dann ein paar Hundert Leute auf den Feldern und Wiesen am Rand der Transportstrecke Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten, wobei einerseits Strohballen und Autoreifen brannten, Steine flogen und wüste Beschimpfungen skandiert wurden und andererseits mit Wasserwerfern, gepanzerten Räumfahrzeugen, Knüppeleinsätzen und Greiftrupps agiert wurde, hatte mit Bemühungen zur Behinderung des Castor-Transports nicht mehr allzuviel zu tun. Von den Medien wurde das als "Schlacht" zwischen den "militanten Autonomen" und der Ordnungsmacht hochgeredet. Doch sei an dieser Stelle einmal gutwillig unterstellt, daß jede/r "echte" Autonome angesichts dessen, was dort unter "autonomem" Etikett an politischem und taktischem Dilettantismus abgeliefert wurde, vor Scham in den Boden versunken wäre.

... und Stärken

Es hat zugegebenermaßen in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch an der Strecke von kleineren Gruppen getragene militante Aktionen gegeben, aber diese haben den Lauf der Ereignisse nicht wesentlich beeinflußt. Sehr viel entscheidender waren die Ereignisse auf der Straße vor dem Verladekran. Dort hatte die Polizei bereits kurz nach ein Uhr nachts mit der Räumung der mittlerweile aus 7.000 bis 9.000 Menschen bestehenden Blockade begonnen. Auch hier ging es zunächst wieder moderat zu. Die Sitzenden aus den ersten Reihen wurden noch einigermaßen bedachtsam von der Straße getragen. Das dauerte und kostete sehr viel Zeit. Nach einer Stunde waren gerade mal 40 Meter geschafft. Als klar wurde, daß bei diesem Vorgehen also Tage vergehen würden, bis alle Leute geräumt wären, kamen härtere Mittel zum Einsatz. Seit etwa 5.00 Uhr wurden Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen die Sitzenden eingesetzt, das Vorgehen wurde immer brutaler, insbesondere als die Berliner Polizei, die auch schon in den Vorjahren die "Drecksarbeit" gemacht

hatte, und die berüchtigten "Magdeburger" das Heft in die Hand nahmen. Wegen einer Ordnungswidrigkeit (was das Sitzen auf der Straße formaljuristisch war) wurden Menschen mit Wasserwerfern von der Straße gespritzt, wurden sie zusammengeschlagen, wurden ihnen die Arme gebrochen, wurde ihnen in die Gesichter getreten und die Köpfe auf das Straßenpflaster geknallt. Spätestens jetzt war klar, daß sich ein Castor-Transport mit den vielbeschworenen "rechtsstaatlichen Mitteln" nie und nimmer durchsetzen läßt. Trotz der ausufernden Polizeibrutalität blieben die Menschen standhaft, hielten an ihrem Konzept fest und machten es damit der Polizei so schwer wie nur vorstellbar. Statt wie geplant um 5.00 Uhr im Morgengrauen konnte der Castor dank dieses entschlossenen Widerstandes erst kurz vor Mittag den gut 20 km langen Weg auf der Straße ins Zwischenlager antreten. Hier ging es dann allerdings relativ rasch, es gab nur noch kürzere Unterbrechungen, weil die Straße so massiv abgeschirmt war, daß kaum noch etwas zu machen war, nicht von gewaltfreien Aktionsgruppen, die sich noch das eine oder andere überlegt hatten, und schon gar nicht von den konfusen Möchtegern-Autonomen. Aber auch bei den an der Strecke gelegenen Ortschaften Langendorf, Grippel und Laase kam es noch zu Behinderungen, mußte dem Transport mit massiver Polizeigewalt unter Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken der Weg freigekämpft werden. Am frühen Nachmittag gegen 15.00 Uhr hatte der Castor sein Ziel erreicht - nachdem in den Tagen und Stunden zuvor Hunderte von DemonstrantInnen verletzt und weitere Hunderte festgenommen worden waren.

Politischer Erfolg

Dennoch: Der Widerstand hat seine Kraft und Handlungsfähigkeit bewiesen. Sowohl entschlossene kleine Gruppen, die sehr viel Phantasie und Mühe auf ihre Aktionen verwendet haben, als auch die von Menschenmassen durchgeführte Blockade-Aktion auf der Straße vor dem Verladekran waren sehr wirksam. Insbesondere das Konzept "X-tausendmal quer" war ein voller Erfolg, herzlichen Glückwunsch!

Auch die Kombination von verschiedenen Einsatzformen (Sitzblockaden, Barrikaden, Straßenabbauarbeiten etc.) hat sich bewährt. Spaltungen an der berühmt-berüchtigten "Gewaltfrage" konnten dabei vermieden werden. Die Resonanz in der Öffentlichkeit war weitgehend gut (soweit man das bei den bürgerlichen Massenmedien erwarten kann). Auf der politischen Ebene konnte einiges angestoßen werden. Und das ist ja vor allem das Ziel: Nicht, daß der Castortransport tatsächlich verhindert wird, sondern daß diese Transporte und die dahinterstehenden menschenverachtenden Konzepte politisch unmöglich gemacht werden, darum geht es. Und dazu reicht es, wenn der Castor mit ein paar Stunden Verspätung an seinem Ziel ankommt, weil der "Druck der Straße" den Herren des Atom- und Polizeistaats diese paar Stunden Verspätung gegen einen Gewaltapparat von 30.000 Polizisten abgetrotzt hat. Und mindestens ebenso wichtig: Viele Menschen, die in diesen Tagen (oft das erste Mal in ihrem Leben, haben sich doch erstaunlich und erfreulich viele "kids" an allen Aktionen beteiligt) im Wendland aktiv waren, werden viel gelernt haben: sowohl über "unseren" Staat und seine Organe als auch über die eigenen Möglichkeiten, aktiv zu werden und diesem Staat und seinen Organen effektiv und mit Spaß zu widerstehen.

Die Menschen aus dem Widerstand im Landkreis und anderswo können jedenfalls mit Optimismus in die Zukunft blicken. Allerdings ist Voraussetzung dafür eine politische Einschätzung der Lage nach diesem dritten Castor-Transport und eine gründliche Auswertung der während der Aktionstage gemachten Erfahrungen. Besonders den Leuten aus dem Lager Quickborn möchte mensch letzteres sehr empfehlen.

Vo

12. Castor-Alarm. Rede von Fritz Storim auf der Demo in Lüneburg am 1.3.1997

Rede auf der Demo in Lüneburg am 1.3.1997

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:35

Unseren Widerstand gegen Atomtechnologie zum Bestandteil unserer Kritik an den herrschenden Verhältnissen machen!

Heute haben wir uns hier versammelt, um

- gegen die für die kommenden Tage angekündigten Castor-Transporte zu protestieren,

- und um alle Menschen, die noch zögern, zu ermutigen, auch praktisch zum Ausdruck zu bringen:

Wir sind nicht bereit, eine Technologie hinzunehmen, die unsere Lebensbedingungen zerstört. Schluß damit, wir stellen uns quer! und: Wir werden nicht aufgeben, auch wenn wir unser Ziel in den nächsten Tagen nicht vollständig erreichen!

Aber wir sind nicht nur hier, um zu verhindern, daß die Castor-Transporte ins Wendland kommen, und auch nicht nur, um der örtlichen Bevölkerung in ihrem Protest beizustehen, sondern wir sind auch hier aus eigenem Anliegen, und das geht über den Kampf gegen die Gefährdung durch radioaktive Strahlung hinaus.

Die Welt ist für uns auch dann noch nicht in Ordnung,

- wenn es keine Lagerung von Atommüll im Wendland mehr gibt,

- oder auch dann noch nicht, wenn wir das gesamte Atomprogramm verhindert haben.

Atomtechnologie - wie Atombomben und Atomkraftwerke - läßt sich nicht als bloßer gesellschaftlicher Auswuchs eines für uns sonst intakten sog. "demokratischen Rechtsstaates" verstehen, sondern sie ist bewußter und konsequenter Bestandteil dieser herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Das Streben nach weltweiter politischer und ökonomischer Vorherrschaft und nationalistische Überheblichkeit sowie wissenschaftliche und technologische Machbarkeits- und Machtphantasien waren und sind die Hintergründe für grausame Verletzungen und Mord an mehreren Millionen Menschen durch radioaktive Strahlung.

So beruhen die Gefahren, die von Entwicklung und Anwendung der Atomtechnologie ausgehen, nicht etwa auf Unwissenheit oder auf Irrtum, sondern werden bewußt in Kauf genommen: Tod und Krankheit sind lediglich Faktoren in der Kosten-Nutzen Rechnung von Industrie und Staat.

Die offizielle wissenschaftliche Lehrmeinung trägt dazu bei, diese Gefahren zu verharmlosen und betätigt sich als Erfüllungsgehilfin ökonomischer und politischer Interessen.

Blicken wir zurück: Als am 6. August 1945 die USA über Hiroshima und drei Tage später über Nagasaki eine Atombombe abwarfen und damit das politische Atomzeitalter einleiteten, geschah das als Machtdemonstration gegenüber der übrigen Welt und für die WissenschaftlerInnen war das - in IHRER Begrifflichkeit gesprochen - ein "Freilandversuch an lebenden und toten Objekten".

Diese "Experimente" kosteten unmittelbar etwa 1/4 Millionen Menschen das Leben, brachten Ungezählten Elend und Leid, und selbst heute noch - 50 Jahre danach - sterben Menschen an den Folgen der radioaktiven Strahlung.

Das, aber auch die Katastrophen in Harrisburg und Tschernobyl - und das sind nur einige Spitzen des Eisberges, über denen wir die Gefahren, die z.B. vom Uranabbau und vom sog. Normalbetrieb ausgehen, nicht vergessen dürfen -, sollte allen die Augen öffnen und alle mißtrauisch machen gegenüber den Unschuldsbekundungen der für das Atomprogramm Verantwortlichen.

SIE schaffen vollendete Tatsachen: Mit dem Betrieb von Atomkraftwerken produzieren SIE den Atommüll, und dann reden SIE scheinheilig von gesellschaftlicher Verantwortung zu dessen Beseitigung.

Und es spricht von ungeheurer Arroganz und von Zynismus uns gegenüber, wenn u.a. Innenminister Kanther bei der Bundestagsdebatte am letzten Donnerstag die Auseinandersetzung um die Atomtechnologie auf machtpolitische Sicherheitsinteressen reduziert.

Aber so nicht mit uns! Unsere alte Forderung gilt nach wie vor: Zuerst alle Atomkraftwerke abschalten - und dann denken wir gemeinsam über die Lagerung des Atommülls nach!

Die ökonomische und politische Macht der sog. "Freien Sozialen Marktwirtschaft" beruht gerade auch auf der Ausplünderung der menschlichen Arbeitskraft und "Natur". Der Mensch ist von bestimmten ökologischen Bedingungen abhängig, und genau diese werden durch die kapitalistische Produktionsweise vernichtet. Das bedeutet für uns: Die ökologische Frage wird nur im Zusammenhang mit der sozialen gelöst werden können.

Und das heißt für die ökologische, aber genauso auch für jede andere emanzipatorische Bewegung, daß sie sich weder auf ausschließlich regionale noch ausschließlich fachspezifische Kämpfe beschränken kann, will sie die Fragen an der Wurzel packen und sich nicht damit zufrieden geben, das Problem nur von der eigenen "Haustür" fernzuhalten. Das würde immer nur eine kurzfristige Scheinlösung sein.

Es geht uns eben nicht nur um die Beseitigung der Atomtechnologie, sondern wir kämpfen gegen Atomtechnologie als ein Erscheinungsbild dieser menschenverachtenden Verhältnisse und für eine Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Und das heißt beispielsweise, Erscheinungen dieser Gesellschaft wie:

- bewußtes Abdrängen ganzer Bevölkerungsschichten in Armut und in gesellschaftliche Isolation, oder

- die zunehmende Selektion aller, die für diese Gesellschaft nicht verwertbar sind, wie alte Menschen, chronisch kranke Menschen oder andere, von dieser Gesellschaft behinderte Menschen,

- oder Zurückweisung von MigrantInnen und Flüchtlingen, von Menschen, die Hunger, Not und Verfolgung zu entfliehen versuchen,

- oder eben auch eine menschenfeindliche Technologie, wie die Atomtechnologie,

also alle solche Erscheinungen als verschiedene, aber voneinander untrennbare Erscheinungen der gleichen Ursache zu sehen und als solche auch anzugreifen.

Und in diesem Kampf geht es auch entscheidend darum, wie wir dieses Ziel erreichen und was sich dabei unter uns verändert.

Die Kraft der Anti-AKW-Bewegung ist auch daraus entstanden , daß so viele Menschen, nachdem alle Versuche der Argumentation auf Erörterungsterminen, vor Gerichten, auf Veranstaltungen mit VertreterInnen der Atomindustrie und PolitikerInnen nichts gebracht haben, ohne schlechtes Gewissen z.B. gesagt haben und weiterhin sagen:

- "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht", oder

- "Wenn das Gesetz sein soll, was unser Leben zerstört, dann haben wir ein Recht, dieses Gesetz zu brechen", oder

- "kriminell sind die, die Atomkraftwerke bauen und nicht die, die sie zu verhindern versuchen", oder

- "Die Region, in der das AKW gebaut wird, zum Feindesland für die Verantwortlichen und damit unregierbar zu machen".

Wir sollten uns nichts vormachen, es gibt keinen ergebnisoffenen Dialog zwischen uns und der Atommafia, und es ist auch kein sportlicher Wettkampf, der hier stattfindet, sondern tödlicher Ernst - und wir haben uns das nicht ausgesucht.

So hat auch bei immer mehr Menschen der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit, der Verlust an politischer Legitimität staatlichen Handelns zum Loyalitätsschwund den politisch Mächtigen gegenüber geführt und dazu, den herrschenden Vorstellungen von Recht und Gewalt eigene Vorstellungen von Legitimität und Widerstand entgegenzusetzen.

Filbinger, der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg hatte das sehr wohl begriffen, wenn er sagte: "Das Schlimmste bei Wyhl war, daß die Bauern und Winzer ein so verteufelt gutes Gewissen hatten, wenn sie die geltenden Gesetze brachen".

Und der Innenminister Kanther irrt sich, wenn er glaubt, die Legitimität des Staates durch polizeistaatliche Methoden wieder herstellen zu können.

Die politisch Herrschenden verstehen unser Zusammenkommen sehr richtig als Bedrohung gegen sich und versuchen, uns zu spalten: In die - wie SIE sagen -"betroffene", vernünftige Bevölkerung vor Ort mit ehrenvollen Absichten, die sie immer wieder zu hofieren und zu umschmeicheln versuchen, und in die angereisten "Chaoten", "Gewalttäter", "Anarchisten", "Staatsfeinde" und "Kommunisten" aus den "Städten", denen ausschließlich ganz andere Absichten unterstellt werden, als gegen die Atomtechnologie zu sein.

Ein Beispiel aus der letzten Zeit ist der vertrauliche Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz von Oktober vergangenen Jahres zum Castor-Widerstand.

Wir alle wissen - und das ist in diesem Sinne auch in Presseerklärungen und LeserInnenbriefen geäußert worden -, es geht hierbei um den Versuch der Entsolidarisierung der Bewegung: Konflikte zwischen - in IHRER Begrifflichkeit gesprochen - "Gewaltfreien" und "Militanten" oder zwischen Linken, "Chaoten" und "besorgten BürgerInnen", zwischen Leuten aus dem Landkreis und Leuten von weiter weg sollen geschürt und zur Schwächung des Widerstandes genutzt werden.

In diesem Sinne wird auch versucht, die Atommülltransporte lediglich auf ein sicherheitspolitisches Problem zu reduzieren und damit von der Auseinandersetzung um den Ausstieg aus der Atomtechnologie und von den für das Atomprogramm verantwortlichen gesellschaftlichen Hintergründen abzulenken.

Dieser Verfassungsschutzbericht hat einige Empörung, vielleicht auch Angst, aber auch Irritationen unter uns ausgelöst.

Und es stellt sich manchmal die Frage, wieweit einige von uns IHNEN da schon auf den Leim gegangen sind.

Wir müssen sehr genau aufpassen,

- daß wir uns nicht die Begrifflichkeit von Gewalt, Recht und Legitimität unserer GegnerInnen zu eigen machen,

- daß wir uns nicht von IHNEN in Rechtfertigungszwang drängen lassen,

- und daß wir die staatlichen Angriffe gegen uns nicht für die Rechtfertigung der eigenen Positionen oder für Distanzierung von Andersdenkenden nutzen.

IHRE Appelle zu Gewaltfreiheit haben sich schon lange als bloßer Zynismus entlarvt: Weil SIE sie ausschließlich inszenieren, um leichter durchzukommen.

Sicher gibt es unter uns die unterschiedlichsten politischen Auffassungen, und wir leben in sehr verschiedenen sozialen Verhältnissen. Besonders was die Widerstandsformen betrifft, sind wir oft nicht einer Meinung. Aber andererseits brauchen wir uns gegenseitig - und wir meinen damit nicht: aus taktischen Erwägungen, sondern weil wir auch die Erfahrung gemacht haben, wir können viel voneinander lernen, wir müssen unsere Vorstellungen offen machen und immer wieder neu hinterfragen und hinterfragen lassen, und das bringt uns gegenseitig weiter, schafft Solidarität, Beziehung, Kommunikation - und das macht uns gemeinsam stärker.

Wir sollten aber nicht aus den Augen verlieren, daß unser eigenes Recht einfordern, politische Gegenmacht einfordern, immer nur auf der Grundlage eigener gesellschaftlicher Perspektive und gesellschaftlicher Utopie stattfinden kann. An diese Diskussion wagten wir uns nicht so richtig ran, wir klammerten sie weitgehend aus, aus eigener Unsicherheit und vielleicht auch, um die Harmonie in der Aktion nicht zu gefährden.

Dies ist aber nur eine scheinbare Harmonie. Denn die Haltung, an Widersprüchen unter uns nicht zu rühren, Konflikte zu glätten oder unter den Teppich zu kehren aus der Besorgnis, daß uns das schwächen könnte, wird längerfristig unsere eigene Entwicklung blockieren und unser Verhältnis zueinander auf ein taktisches reduzieren.

Grundlage von Herrschaft ist immer auch Spaltung, gesellschaftliche Vereinzelung, verbunden mit Kontrolle, Steuerung, Zerstörung von Individualität und Kollektivität.

Was wir dagegen setzen können, ist Kommunikation als Auseinandersetzung unter uns, als Berührung, als sich gegenseitig Öffnen und sich aufeinander Einlassen. Und das ist immer auch Sabotage an den herrschenden Verhältnissen, und die entsteht überall da, wo Menschen versuchen, Auseinandersetzungen zu führen, um sich einen eigenen Begriff von Herrschaftsfreiheit, Solidarität und Menschenwürde anzueignen.

Einen gemeinsamen Schritt in diese Richtung wünschen wir uns für die nächsten Tage!

Einen Schritt - sicher in einem längerfristigen Prozeß -, der uns aber schon heute die Zuversicht gibt, zu sagen:

ne projdut!

gecemeyecekler!

ILS ne passeront pas!

THEY won`t succeed, no surrender!

no pasaran!

SIE werden nicht durchkommen!

Fritz Storim hat diese Rede am 1.3.97 auf der Auftaktkundgebung in Lüneburg gehalten. Vorbereitet wurde der Beitrag gemeinsam von Leuten aus dem autonomen Spektrum.

13. Siemens rechte Denkschule: Armin Mohler und die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:08

Schon vor dem 150. Firmenjubiläum im Oktober 1997 ist der Siemenskonzern wegen seiner Rolle im Nationalsozialismus unter Druck geraten. Siemens-Pressesprecher Enzio von Kühlmann-Stumm schreibt in einer Presseerklärung mit dem Titel "Siemens in der NS-Zeit", daß "die heutigen Mitarbeiter, die den Zweiten Weltkrieg nicht mehr bewußt miterlebt haben, auch in Zukunft alles tun werden, damit eine solche Entwicklung sich nicht wiederholt. Stellungnahmen etwa zu den Anschlägen auf Ausländerwohnheime waren ein Beispiel dafür."

Die Denkschule des Siemenskonzerns

allerdings, die 1958 in München gegründete Carl Friedrich von Siemens-Stiftung, hätte Kühlmann-Stumm kaum als Beispiel für eine solche antifaschistische Gesinnung anführen können.

Der Namensgeber der Stiftung hat den Konzern in der NS-Zeit geleitet. In der Presseerklärung des Unternehmens avanciert er zum "überzeugten Demokraten und politischen Gegner der NSDAP".

Doch Carl Friedrich von Siemens wußte auch die Vorzüge Hitlers und seiner Partei zu schätzen. In einem Buch, das 1972 anläßlich des 125. Firmenjubiläums erschienen ist, schreibt F. C. Delius über eben jenen Konzernchef: "Weit weg von der deutschen Öffentlichkeit, in New York vor amerikanischen Industriellen, gab Carl F. Siemens seine Ansicht vertraulich und rücksichtslos bekannt. Er erkannte die Bekämpfung des Sozialismus als das Hauptziel der NSDAP und gab zu erkennen, was ihn, den liberalen Unternehmer, mit Hitler verband: ‚Hitler hat seine wirklichen Anhänger zu starker Disziplin erzogen, um revolutionäre Bewegungen des Kommunismus zu verhindern.`" Der Siemenskonzern, der gegen verschiedene Texte von Delius vor Gericht zog, ließ diese Passage unbeanstandet.

In der Siemens-Stiftung nehmen Angehörige des Siemens-Clans oberste Ehrenämter ein; Manager der Siemens-AG und mit ihr kooperierender High-Tech-Unternehmen besetzen gemeinsam mit Vertretern aus Technischen Universitäten den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand. Die politische Prägung aber bekam die Stiftung durch Armin Mohler, der von 1964 bis 1985 ihr Geschäftsführer war. Schon ein Blick auf Mohlers Biographie zeigt, warum die Stiftung unter seiner Leitung zu einer Denkschule der Neuen Rechten wurde.

Mohler desertierte 1942 aus der Schweizer Armee und floh ins Nazireich, um sich als Freiwilliger in Berlin der SS anzuschließen. Nach 1945 schrieb er unter dem Pseudonym Michael Hintermwald für die faschistische Deutsche Nationalzeitung und unter dem Namen Nepomuk Vogel für den Bayernkurier, wie der Historiker Reinhard Opitz in seinem Buch "Faschismus und Neofaschismus" berichtet.

Laut Opitz war es in der Nachkriegszeit Mohlers Hauptaufgabe, durch eine auf einem einheitlichen Denk- und Argumentationssystem basierende Studiengesellschaft eine geschlossene Kampfelite der Neuen Rechten heranzubilden. Vorbild war die französische Nouvelle Droite um Alain de Benoist, dessen Ideen Mohler in den 70er Jahren in der BRD in zahlreichen Büchern und Zeitungen bekannt machte. Die Nouvelle Droite hatte das Ziel, die nach 1945 diskreditierte faschistische Ide-ologie für konservative Kreise diskutierbar zu machen. Das gleiche Ziel verfolgte auch Arnim Mohler.

Dabei war er sehr erfolgreich. In der von ihm 1985 zusammengestellten Dokumentation "Fünfundzwanzig Jahre Carl Friedrich von Siemens-Stiftung" sind sämtliche Veranstaltungen aufgelistet, auf denen - so der Bonner Journalist und Faschismusforscher Peter Kratz - "die neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse und Anschauungen auf ihre Brauchbarkeit für eine Reform der altrechten Ideologie abgeklopft wurden". Die Liste der Redner, die seit 1961 in der Stiftung vortrugen, sei nahezu ein "Who is Who der Neuen Rechten", schreibt Kratz.

Da referierte der rechte Historiker und Co-Autor des Parteiprogramms der REPs, Helmut Diwald; die biologistischen Verhaltensforscher Irenäus Eibl Eiblsfeld und Konrad Lorenz trugen hier ihre Thesen vor;

außerdem kamen der rechtslastige Historiker Ernst Nolte sowie die Nationalrevolutionäre Bodo Scheurig und Günter Bartsch zu Wort.

Die Themenpalette reicht von der Darstellung der Konservativen Revolution bis zur Vorstellung neuheidnischer Esoterik, von Betrachtungen zu einer ganzheitlichen Ethik bis zu den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen in Astronomie, Weltraumforschung und Gentechnologie. Auch Überlegungen zum diktatorischen Ausnahmezustand fehlen nicht: Der rechtskonservative österreichische Kaiserenkel und Präsident der Pan-Europa-Union, Otto von Habsburg, hat sich darüber schon vor Jahren Gedanken gemacht - auch ihn hat die Siemens-Stiftung zu einem Vortrag eingeladen.

Ein Großteil der Referenten war in dem am 7.12.1983 gegründeten Deutschlandrat wiederzufinden, der als intellektuelles Aushängeschild der REPs gedacht war: außer Franz Schönhuber und dessen langjährigem Vertrauten Armin Mohler z.B. Helmut Diwald, Robert Hepp und Bernhard Willms.

Auch unter Mohlers Nachfolger Heinrich Meier ist die Stiftung weiterhin in rechter Obhut. Nach Informationen des "Handbuchs für Rechtsextremismus" war Meier Anfang der 70er Jahre Schriftleiter der NPD-nahen Schülerzeitung "Im Brennpunkt", später wurde er Kuratoriumsmitglied der Franz-Schönhuber-Stiftung.

Peter Nowak

Literaturhinweise:

F.C. Delius: Unsere Siemens-Welt. Eine Festschrift zum 125jährigen Bestehen des Hauses S., Berlin 1973.

Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Frankfurt 1984.

Peter Kratz: Siemens zum Beispiel. Kapitalinteressen der Neuen Rechten, in: R. Hethey, Peter Kratz (Hrg.): In bester Gesellschaft, Göttingen 1991.

14. Sklavenarbeit für Siemens. Der Konzern beschäftigte mehr als 60.000 ZwangsarbeiterInnen

Autor: Angela Martin · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:10

Im Oktober diesen Jahres feiert Siemens, Europas größter Elektrokonzern, seinen 150. Geburtstag. Das Unternehmen, das im letzten Geschäftsjahr seinen Gewinn nach Steuern auf 2,5 Mrd. DM gesteigert hat und täglich einen Umsatz von gut 257 Millionen DM macht, will "Flagge zeigen" und den Festakt in Berlin begehen. Eingeladen ist unter anderen Bundeskanzler Kohl. Für die ehemaligen Zwangsarbeiter des Konzerns jedoch ist bei diesen Feierlichkeiten kein Platz.

Schon auf der Hauptversammlung der Siemens AG am 13. Februar hat ein Aktionsbündnis "150 Jahre Siemens. Entschädigung jetzt" für Unruhe gesorgt. Dieser Zusammenschluß verschiedenster Organisationen und Einzelpersonen - darunter Aktion Sühnezeichen und Humanistische Union, AKW-GegnerInnen, Bündnis-Grüne, die kritischen Aktionäre und Aktionärinnen und die VVN/VdA - erinnert an die Menschen, die nicht in das Bild von der "heilen Siemenswelt" passen. Es geht um die wenigen Überlebenden von mindestens 60.000 ZwangsarbeiterInnen, die der Konzern während der NS-Diktatur eingesetzt hat: FremdarbeiterInnen und Kriegsgefangene, jüdische ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge.

Unter unwürdigen Arbeitsbedingungen und eingepfercht in sogenannte Gemeinschaftslager waren sie zu zwölfstündiger Schichtarbeit gezwungen - ständig mit der Angst im Nacken, bei Leistungsabfall oder Widerstand der Gestapo ausgeliefert zu werden. Unterernährung und Kälte, Erschöpfung und Krankheit prägten den Alltag der KZ-Häftlinge. Sie wurden von Siemens-Mitarbeitern und SS gemeinsam zu Höchstleistungen angetrieben. Lohn, geschweige denn eine Rente haben sie dafür nie erhalten.

Nur unter Druck einer jüdisch-amerikanischen Lobby hat Siemens 1962 sieben Millionen DM an 2.200 jüdische KZ-InsassInnen gezahlt, die Zwangsarbeit und Lager überlebt hatten. Die große Mehrheit der Siemens-ZwangsarbeiterInnen wurde jedoch bis heute weder für ihre Arbeit noch für andauernde Gesundheitsschäden und Traumata entschädigt.

Obwohl Siemens im Gegensatz zu anderen deutschen Großunternehmen bis heute nicht bereit ist, seine Archive zu öffnen, belegen neuere historische Forschungen, daß 1943 etwa ein Drittel der Siemens-Belegschaft ZwangsarbeiterInnen waren. Sie wurden vor allem in der Rüstungsproduktion eingesetzt.

Siemens und die deutsche Wiederaufrüstung

In der NS-Zeit war Siemens der wichtigste Lieferant für elektrotechnische Rüstungskomponenten. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte das Unternehmen die gesamte - durch den Versailler Vertrag verbotene - elektrotechnische Rüstungsentwicklung in das europäische Ausland verlegt und so seine führende Position auf diesem Gebiet gesichert. Das sollte sich auszahlen: Als mit dem Machtantritt der Nazis die offene Wiederaufrüstung Deutschlands begann, konnte Siemens gigantische Umsatzsteigerungen verbuchen. Zwischen 1933 und 1944 stiegen die Umsätze um mehr als das Fünffache: von 330 Millionen RM auf 1.800 Millionen RM. Bereits 1937 verwendete Siemens 85 Prozent seiner Kapazitäten für die Herstellung von Erzeugnissen, die direkt oder indirekt der Wiederaufrüstung dienten.

Zwangsarbeit

und Rationalisierung

Gleichzeitig nahm auch der Arbeitskräftebedarf zu. Dem chronischen Mangel vor allem an FacharbeiterInnen begegnete das Unternehmen, indem es seit Anfang 1940 auch "unfreie" Arbeitskräfte in der Produktion einsetzte. Die Initiative dazu war allerdings zunächst nicht von der Konzernleitung ausgegangen - die setzte auf sorgfältige Ausbildung und eine fortschrittliche betriebliche Sozialpolitik. Doch "Anpassungsfähigkeit" gehörte schon damals zum Firmenkonzept. Nach einigen Umstellungen in der Personalpolitik sowie in den Arbeitsabläufen forderte Siemens immer mehr ZwangsarbeiterInnen bei den Arbeitsämtern an und nahm bald eine Vorreiterrolle bei der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen ein.

Erste Erfahrungen machte das Unternehmen mit zwangsverpflichteten "reichsdeutschen" jüdischen ArbeiterInnen. In der Konzernleitung erkannte man schnell, daß mit spezifischen Anlernmethoden und einem besonderen Akkordsystem für die "Judenabteilung" auch aus diesen Menschen die geforderte Leistung herauszuholen war. Im September 1941 waren in Siemensstadt mehr als 3.500 jüdische ZwangsarbeiterInnen beschäftigt. Aber im Herbst 1941 begannen die Deportationen, und im Februar 1943 wurden die letzten noch verbliebenen jüdischen ZwangsarbeiterInnen deportiert.

Siemens ersetzte sie durch ausländische, in der Regel zwangsverpflichtete Arbeitskräfte. Schon im Herbst 1940 hatte der Konzern die ersten FremdarbeiterInnen eingestellt. Zwei Jahre später veranstaltete die Zentral-Werksverwaltung der Siemens-Schuckertwerke eine interne Tagung über den "Ausländereinsatz", dessen Organisation verbessert werden sollte.

In der Regel wurden die "Fremdvölkischen" in die unteren Ränge der Arbeitsplatzhierarchie eingeordnet und erhielten entsprechend niedrige Löhne. Trotzdem verursachten sie nach Ansicht der Firmenleitung mehr Kosten als die Deutschen. Denn die Minderleistung der meist berufsfremden, ungeschulten AusländerInnen mußte durch eine entsprechend größere Anzahl von Maschinen oder Arbeitsplätzen ausgeglichen werden.

Besonders störend wirkte sich die Fluktuation der ausländischen ArbeiterInnen aus. Man suchte sie durch spezifische Auswahlmethoden in deren Herkunftsländern zu senken, außerdem durch Eignungstests, die so formalisiert waren, daß sie auch ohne Sprachkenntnisse durchgeführt werden konnten. Neue Formen der Einarbeitung und technische Veränderungen im Arbeitsablauf ergänzten diese Maßnahmen.

Kontrolliert wurden die ausländischen Arbeitskräfte durch Deutsche, die, so die Firmenleitung, den "Volksfremden" gegenüber ihr "Überlegenheitsgefühl" behalten sollten. "Wir biedern uns nicht mit Fremdvölkischen an", heißt es denn auch auf einem Blatt mit Verhaltensregeln für die deutsche "Gefolgschaft".

Für die ständig größer werdende Zahl der ausländischen ZwangsarbeiterInnen richtete der Konzern bis Mitte 1942 in Deutschland insgesamt 135 Firmen-Lager ein, weitere Lager waren im Bau bzw. wurden geplant. Zur Disziplinierung der ZwangsarbeiterInnen wurden Strafabteilungen, "Strafbunker" und ein System von systematischer Bespitzelung eingeführt und zunehmend Terror zur Kontrolle und Leistungssteigerung eingesetzt. Siemens verwandelte sich in ein "betriebswirtschaftlich durchkalkuliertes Arbeiterzuchthaus" (Karl Heinz Roth).

Siemens beschäftigte außerdem Häftlinge aus den Konzentrationslagern Ravensbrück, Buchenwald, Flossenbürg, Groß-Rosen und Auschwitz. An den Siemens-Standorten Nürnberg, Wien, Berlin und Neustadt-Coburg wurden KZ-Außenkommandos eingesetzt. 1944 waren nach Berechnungen von Karl Heinz Roth allein 10.250 jüdische KZ-Häftlinge im Siemens-Konzern eingesetzt - diejenigen, die in der Siemens-Bauunion oder in Untertageverlagerungen und Bunkerwerken arbeiten mußten, noch nicht eingerechnet.

Siemens-Produktion

in Konzentrationslagern

Um die KZ-Häftlinge besser "verwerten" zu können, richtete Siemens eigene Produktionsstätten in Konzentrationslagern bzw. in ihrer Nähe ein. In Ravensbrück baute Siemens eine Fertigungsabteilung mit 20 Arbeitsbaracken, in denen durchschnittlich 2.000 bis 2.300 Häftlingsfrauen zum Spulenwickeln und für feinmechanische Arbeiten eingesetzt wurden.

"Es gab hier Werkleiter", so eine ehemalige KZ-Insassin, "die jeden Tag eine neue SS-Wache anforderten, weil diejenige, die sie hatten, nicht streng genug war. Sie sahen es gern wenn die Gefangenen mindestens einmal am Tag angezeigt und geschlagen wurden."

In einem anderen Bericht heißt es, daß die Frauen der "Siemens-Abteilung" im KZ Ravensbrück "besonders elend aussahen und sich in sehr schlechtem Zustand befanden. Siemens hatte die Möglichkeit, bei der Lagerleitung zu intervenieren, um bessere Verpflegung und anständige Baracken für die Gefangenen zu erhalten... Die feinen Herren von Siemens kümmerten sich nicht darum, wie viele Menschen starben... Wenn die verlangte Arbeit nicht abgeschlossen wurde, wurden die Gefangenen grausam geschlagen, und diese Schläge waren von Siemens angeordnet worden."

Der arbeitsteilige Terror von SS-Aufseherinnen und Siemenspersonal bewirkte, daß die zumeist sehr jungen Häftlingsfrauen erstaunliche Arbeitsergebnisse erreichten. Sie wußten, daß sie, solange sie arbeitsfähig blieben, vor der sonst drohenden Vernichtung geschützt waren - auch das trieb sie zu Höchstleistungen an.

Der Streit um Entschädigung

Die Siemens-Firmenleitung hat sich aufgrund der für das Unternehmen früh einsetzenden Rüstungskonjunktur und dem damit verbundenen Arbeitskräftemangel "schneller und systematischer als vergleichbare Großunternehmen auf die Suche nach unfreien Arbeitsverhältnissen begeben", faßt Karl Heinz Roth seine Untersuchung über Zwangsarbeit im Siemens-Konzern zusammen.

Trotzdem hat sich das Unternehmen bis heute der Verantwortung für die ZwangsarbeiterInnen entzogen, von denen viele verhungert oder "durch Arbeit vernichtet" worden sind. Die Gelder, die Siemens der Jewish Claims Conference 1962 für überlebende jüdische KZ-Insassen zur Verfügung gestellt hat, sollten zur Linderung der Leiden dienen, die die Gefangenen "als Resultat der nationalsozialistischen Verhaftung" erdulden mußten, wie es in dem entsprechenden Vertrag heißt. Eine "rechtliche oder moralische Verpflichtung" lehnte das Unternehmen ausdrücklich ab.

Die übergroße Anzahl der ehemaligen Zwangsarbeiter wurde nicht entschädigt. Dabei ist Zwangsarbeit in den Nürnberger Prozessen als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilt worden. Auch das Europäische Parlament hat in einer Entschließung vom 16. Januar 1986 eindeutig festgestellt, es bestehe "eine klare moralische und rechtliche Verpflichtung der Firmen, die Sklavenarbeiter beschäftigt haben, Entschädigungsleistungen zu zahlen."

Nach neueren Schätzungen wurden zur Zeit des Nationalsozialismus zwischen 10 und 12 Millionen Menschen zu Zwangsarbeit herangezogen. Während des Kalten Krieges hat Bonn bewußt alle in den osteuropäischen Staaten lebenden NS-Opfer von Wiedergutmachungen ausgeschlossen. Erst nach der Wiedervereinigung wurden in Polen, Rußland, Weißrußland und der Ukraine mit deutschen Steuergeldern finanzierte Stiftungen gegründet. Aus diesen Fonds erhielten ehemalige KZ-Häftlinge, Ghettobewohner und Zwangsarbeiter einmalige Zuwendungenen zwischen 200 und 1.000 DM. Andere "Ostarbeiter", z.B. aus Tschechien oder Ungarn, gingen bis heute leer aus.

Auch Deutsche, die zu Zwangsarbeit abkommandiert wurden, erhalten bisher weder Schadensersatz noch wird ihnen die Zwangsarbeit auf die Rente angerechnet. Eine Klage, die eine ehemalige deutsche Zwangsarbeiterin gegen die Siemens AG geführt hat, wurde 1991 endgültig abgewiesen - wegen Verjährung und "Unschuld" der Firma, der die Zwangsarbeiterin "von der SS zugewiesen" worden sei.

Im Mai 1996 hat das Bundesverfassungsgericht befunden, daß individuell Geschädigte auch die Möglichkeit haben, individuell Schadensersatzansprüche einzuklagen. Doch der schwierige Weg der Privatklage ist für die inzwischen sehr alten und oft auch gesundheitlich geschädigten ehemaligen ZwangsarbeiterInnen kaum zumutbar. Besser wäre eine politische und humanitäre Lösung. Schon seit 1984 fordern vor allem die "Grünen" im Bundestag die Gründung einer Stiftung, die den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen schnell und unbürokratisch helfen könnte. Zu finanzieren wäre sie - zumindest zur Hälfte - von den Industrieunternehmen, die von der Zwangsarbeit millionenfach profitiert haben.

Anläßlich der Aktionärshauptversammlung im Februar hat Vorstandschef von Pierer von einem notwendigen "cultural change" in dem Sinne geredet, daß sich "jeder Mitarbeiter für den Erfolg von Siemens verantwortlich fühlen" soll. Die Firmenleitung selbst jedoch lehnt noch immer die Verantwortung für die wenigen noch lebenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen des Konzerns ab.

Angela Martin

Literatur:

Karl Heinz Roth, Zwangsarbeit im Siemens-Konzern (1938-1994). Fakten - Kontroversen - Probleme, in: Hermann Kaienburg (Hg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945, Opladen (Leske + Budrich) 1996, S.149-168.

Carola Sachse, Zwangsarbeit jüdischer und nichtjüdischer Frauen und Männer bei der Firma Siemens 1940 bis 1945, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Jg. 27, Heft 1, März 1991, S.1-12.

Tilla Siegel, Die doppelte Rationalisierung des "Ausländereinsatzes" bei Siemens, in: IWK 27, Heft 1, März 1991, S.12-24.

Tilla Siegel, Industrielle Rationalisierung unter dem Nationalsozialismus, Frankfurt/Main, New York (Campus) 1991.

15. Frieden schaffen - aber wie? Grüne Anhörung zur Friedenspolitik

Autor: Vo · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:02

Manchmal fragt mensch sich ja schon, wozu es gut sein soll, daß GRÜNE im Parlament sitzen. Eine mögliche Antwort gab es am 31.1.1997. Da veranstaltete nämlich die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN eine öffentliche Anhörung zum Thema "Internationale Strukturpolitik, Gewaltprävention und konstruktive Konfliktbearbeitung". Die Veranstaltung war spannend, hatte Niveau, konzentrierte sich auf das in Friedensbewegung und Friedensforschung zur Zeit hochaktuelle Thema der "zivilen Konfliktbearbeitung", bestätigte nicht altbekannte friedensbewegte Gewißheiten, sondern bot einigen Stoff zum Weiterdenken - und konnte so nur zustande kommen, weil die GRÜNEN halt im Bundestag hocken.

Gewaltprävention

Vor einem gut gemischten Publikum von ca. 130 Leuten aus Friedensbewegung und Friedensforschung, aus Nichtregierungsorganisationen (NROs), politischen Parteien, Bundeswehr und Reservistenverband (!) und vor einigen KollegInnen aus der eigenen Fraktion erläuterte der grüne Abgeordnete Ludger Volmer, auf dessen Initiative die Anhörung im wesentlichen zurückging, die Zielsetzung der Veranstaltung. Es gelte die Alternativen zur herrschenden Sicherheitspolitik genauer auszuloten, ihr friedenspolitisches Potential präzise zu bestimmen und sie in der öffentlichen Diskussion und der Fachpolitik stärker zu verankern. Denn eine Stärke herrschender Sicherheitspolitik sei, daß sie scheinbar alternativlos dastehe, daß sie als einzig realpolitisch mögliche erscheine, während sie tatsächlich ihr Scheitern immer wieder unter Beweis stelle. Demgegenüber müsse man mit einer aktiven Friedenspolitik, die ihre Hauptakzente auf Gewaltprävention und zivile, nicht-militärische Bearbeitung gewaltsam eskalierter Konflikte setze, endlich öffentlich und politisch stärker "rüberkommen".

Im ersten Themenblock der Veranstaltung ging es darum, wie politisch eingegriffen werden könne, bevor Konflikte gewaltsam eskaliert sind bzw. damit sie nicht gewaltsam eskalieren. Der Friedensforscher Lothar Brock (Frankfurt) machte in seinem Beitrag deutlich, daß die Basis einer längerfristig orientierten Friedenspolitik in präventiver Absicht eine global orientierte Strukturpolitik sein müsse. Die vielberedete Globalisierung nahm er dabei als Faktum, von dem auszugehen sei, interpretierte sie aber nicht als unabwendbares Schicksal, sondern als Resultat einer gewollten "Globalisierungs-Politik", die durch eine andere Politik auch wieder korrigiert werden könnte. Er argumentierte gegen den Mythos von den angeblich hilflosen Nationalstaaten, denen angesichts der übermächtigen Globalisierung die Hände gebunden seien. Globalisierung mit Strukturanpassungsprogrammen, Verfall der Rohstoffpreise und "Demokratisierungs"druck wirke in den Gesellschaften der Dritten Welt in der Tat konfliktverschärfend und sei damit kontraproduktiv für eine an Gewaltprävention orientierte Politik. Als Alternative empfahl er "global governance": Die Welt regieren ohne Weltregierung, Regulierung der Weltwirtschaftsbeziehungen, eine internationale Wettbewerbs-, Währungs- und Finanzordnung, tiefgreifende Strukturveränderungen auf globaler wirtschaftlicher und politischer Ebene. Nur das mache letztlich Gewaltprävention langfristig möglich - und sei überdies auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Gesellschaften des Nordens. Denn es sei illusionär zu glauben, man könne sich hier auf Dauer die Gewalt durch (militärische) Abschottung und gelegentliche (militärische) Interventionen vom Leibe halten. Vielmehr "schwappe" die Gewalt aus der Peripherie in die Metropolen "über"; der "Frieden" in der "OSZE-Welt" sei durchaus prekär, was die "Privatisierung der Gewalt" einerseits und die steigende Zahl privater Sicherheitsdienste andererseits deutlich zeige. Wenn man also von Gewaltprävention spreche, so könne man nicht nur von den Peripherien, sondern müsse man auch von unseren eigenen Gesellschaften reden.

Während Lothar Brock die Rahmenbedingungen und langfristigen Perspektiven gewaltpräventiver Politik absteckte, ging Tobias Debiel vom Institut für Entwicklung und Frieden (Duisburg) in seinem Beitrag konkreter auf Strategien der Gewaltprävention in innerstaatlichen Konflikten, die akut gewaltsam zu eskalieren drohen, ein. Er setzte vor allem drei Akzente. Erstens gehe es darum, in eskalationsträchtigen Situationen jene gesellschaftlichen Kräfte zu stärken, die kein Interesse an gewaltsamer Eskalation haben und die sich nach einem Gewaltausbruch zurückziehen würden, weil ihnen dann die Handlungsmöglichkeiten genommen wären.

Hier komme NROs eine wichtige Rolle zu, da sie sich (anders als staatliche Akteure) sehr wohl in die "inneren Angelegenheiten" eines Landes einmischen könnten und auf den verschiedensten Ebenen - von den Führungen der verschiedenen Gruppen über die Ebene der mittleren Kader und Multiplikatoren (wie Journalisten, Lehrer, Kirchenleute usw.) bis hin zur lokalen/dörflichen Ebene - aktiv werden könnten. Zum zweiten gehe es darum, Anstöße für die Versöhnung verfeindeter Gruppen zu geben. Dafür könnten unparteiische Dritte gute Dienste leisten, indem sie etwa Gesprächsforen anbieten, auf denen die Vertreter der verfeindeten Parteien miteinander reden können (auch und gerade im Ausland), indem sie sog. "problem solving workshops" für MultiplikatorInnen organisieren oder auf dörflicher/lokaler Ebene gemeinsame Projekte der verfeindeten Gruppen initiieren. Drittens schließlich ginge es um die Unterstützung politischer Regelungen, etwa durch stille Diplomatie, Beratung der Konfliktparteien, Einbringen eigener Konfliktlösungsvorschläge, Anmahnung der Einhaltung von Verabredungen usw. Abschließend wies Debiel darauf hin, daß gerade die von etablierter Politik äußerst stiefmütterlich behandelte OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) durchaus eine ganze Reihe von Erfolgen in Sachen Gewaltprävention aufzuweisen habe, daß es ihren Missionen mehrfach gelungen sei, Konflikte einzudämmen und nicht-militärischer Bearbeitung zuzuführen (was in den Medien aber niemanden interessiere, denn keine Toten und kein Blutvergießen seien nun einmal keine "news"). Das sei vor allem auch der Vielfalt der bei der Konfliktbearbeitung beteiligten Akteure, vor allem dem Zusammenwirken der "Staaten- und Gesellschaftswelt" (sprich: staatlichen und internationalen Instanzen einerseits, NROs andererseits) zu verdanken gewesen. Dieses Zusammenwirken müsse künftig besser koordiniert werden, hierfür müßten "Konsultationsmechanismen" aufgebaut werden.

Das Problem

"diffuse Gewalt"

Während Brock und Debiel gewissermaßen eine Perspektive "von oben" auf das Thema wählten, präsentierte Ursula Pattberg, Ex-Vorsitzende von Terre des Hommes, aus ihrer persönlichen Erfahrung in verschiedenen Ländern der Dritten Welt heraus gleichsam die Sicht "von unten". Sie machte sehr anschaulich klar, daß bitterste Armut häufig Ursache von Gewalt und innerstaatlichen bewaffneten Konflikten ist, und daß diese Armut wiederum Resultat von so abstrakten Vorgängen und Mechanismen wie "Globalisierung" und "Strukturanpassungsprogrammen" ist. Sie wies besonders auf das Problem der entwurzelten städtischen Jugendlichen als Opfer dieser Vorgänge und Mechanismen und als Träger von Gewalt hin. Für diese Jugendlichen gebe es keine Ausbildung, keine Arbeitsplätze, keine politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten; sie könnten sich nur als Opfer begreifen und seien daher gewaltbereit. Aus eigener Erfahrung gab sie das Beispiel Kolumbien. Dort hätten männliche Jugendliche (nur) die Möglichkeit Berufskiller, (Para-)Militärs, Söldner, Gangster, Guerilleros zu werden. Und sie verwies auf das Problem zunehmender Gewalt gerade in Nachkriegszeiten, wenn es nämlich allzuoft nicht gelinge, Jugendliche, die nichts anderes gelernt hätten als im Krieg zu töten, gesellschaftlich zu reintegrieren. Gerade in durch Kriege brutalisierten Gesellschaften komme es in Nachkriegszeiten zu einer drastischen Zunahme von Gewalt gegen Frauen. In Nachkriegszeiten schließlich werden auch die in Hülle und Fülle "vagabundierenden Kleinwaffen", die während des Krieges in ein Land gekommen seien, zu einem riesigen Problem (von den Landminen ganz zu schweigen). Frau Pattberg machte daher den Vorschlag, die Bundesregierung solle eine Rückkauf-Aktion für G3-Gewehre (Heckler und Koch) weltweit starten, finanziert aus dem Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums.

In der Diskussion wurde dieser Vorschlag von den einen als heillos naiv abqualifiziert (solche Rückkaufaktionen würden nur den Export von Kleinwaffen noch zusätzlich anheizen), von anderen aufgegriffen und spezifiziert: Selbstverständlich mache er nur Sinn, "wenn der Nachschub unterbunden wird" (Lothar Brock), also bei einem gleichzeitigen strikten Exportverbot und entsprechenden strikten Kontrollen des Kleinwaffenhandels. Denn daß "vagabundierende Kleinwaffen" vielerorts konfliktanheizend und -verlängernd wirken, darüber bestand Einigkeit.

In der Diskussion wurde auch ein weiteres von Frau Pattberg angesprochenes Problem eingehender erörtert. Oft fallen heute in den Gesellschaften der Dritten Welt sehr viel mehr Menschen diffuser allumfassender alltäglicher Gewalt zum Opfer als "ordentlichen" Kriegen bzw. innergesellschaftlichen bewaffneten Konflikten mit klaren Fronten und eindeutig bestimmbaren Konfliktparteien. Damit wird die Lage für präventive Friedenspolitik und zivile Konfliktbearbeitung aber noch komplizierter: Seit geraumer Zeit sind die "klassischen" zwischenstaatlichen Kriege nicht mehr das eigentliche Problem (auf die aber sind die "klassischen"

gewaltpräventiven und kriegsverhütenden Mechanismen der Staatengemeinschaft, die Charta der Vereinten Nationen usw. zugeschnitten), schließlich handelt es sich bei der übergroßen Mehrzahl der heutigen Kriege um innerstaatliche. Doch selbst diese innerstaatlichen Kriege scheinen häufig nicht mehr das einzige oder zentrale Problem zu sein, sondern eben die "ausgefranste", "diffuse", "privatisierte" Gewalt, etwa in Gestalt von Todesschwadronen, Drogenbanden, war lords, usw. Und in Hinsicht auf diese "unordentlichen" Formen von Gewalt ohne klare Fronten und eindeutig bestimmbare Akteure mit präzise bestimmten Interessen greifen die z.B. von Debiel vorgestellten Strategien der Gewaltprävention dann auch nicht mehr. Besonders schwierig wird es, wenn und weil sich innerstaatliche Kriege und die ungerichtete, diffuse Gewalt oft überlappen, das eine in das andere übergeht. Das macht es allerdings auch der herrschenden Philosophie militärischer Intervention nicht leicht. Denn die Vorstellung, durch entschiedene, gar "chirurgische" militärische Schläge in chaotischen Lagen rasch und dauerhaft "Ordnung" zu schaffen, kann sich angesichts der Vertracktheit der konkreten Situationen oft auch nur blamieren. Das sei auch ein Grund dafür, daß herrschende Politik trotz aller verbalen Interventionsbereitschaft und aller Anstrengungen zum Aufbau entsprechender militärischer Fähigkeiten mit dem Instrument tatsächlicher militärischer Intervention eher vorsichtig und zögerlich umgeht. Lothar Brock sprach daher davon, daß es beim gegenwärtigen Interventionsdiskurs herrschender Politik nicht so sehr um konkrete Interventionsbereitschaft und -vorbereitung gehe, sondern eher um "die abstrakte Vorstellung, daß militärische Macht zählt". Real interveniert werde letztlich nur dort, wo "vitale" Interessen auf dem Spiel stünden. Große Teile der Welt, in denen die interventionsfähigen Staaten des Nordens derartige Interessen nicht haben, würden aber sogar in dieser Hinsicht abgekoppelt und sich selbst überlassen; dort läßt man die "Eingeborenen" sich gegenseitig die Köpfe einschlagen, ohne daß man militärisch eingreift. Auch unter diesem Gesichtspunkt erweist sich "humanitäre Intervention" mithin als Mythos.

"Sicherungskomponenten" und die Folgen

Mit diesen Überlegungen war man in der Diskussion schon vorausgeeilt zum Thema des zweiten Blocks, in dem es um "Möglichkeiten der Einmischung in gewaltsam eskalierte Konflikte" gehen sollte. Hier stand also jene Frage im Mittelpunkt, die von herrschender Politik in letzter Zeit Pazifisten und anderen Friedensbewegten angesichts von Somalia, Bosnien usw. immer wieder genüßlich unter die Nase gerieben wird, nämlich, was denn zu tun sei, wenn "das Kind in den Brunnen gefallen ist". Nun kann darauf von friedensbewegter Seite sicher mit einigem Recht darauf verwiesen werden, daß es ja gerade die herrschende Politik ist, die Verantwortung dafür trägt, daß reihenweise "Kinder in den Brunnen fallen", und daß es nicht die Aufgabe von Pazifisten und Friedensbewegten ist, die Scheiße, die herrschende Politik macht, wieder wegzuräumen. Nur: Den Opfern hilft so eine Antwort zugegebenermaßen wenig, und große öffentliche Überzeugungskraft scheint sie auch nicht zu haben. Ein paar mehr Gedanken zum Thema scheinen mithin lohnenswert.

Die Referenten dieses Themenblocks (keine Frauen!) gaben zumindest Stoff zum Nachdenken. Während die Ausführungen des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, des Völkerrechtlers Knut Ipsen (Recht und die Pflicht des Roten Kreuzes zur Einmischung des Roten Kreuzes in gewaltsam eskalierten Konflikten mit dem Ziel der Hilfe für die Opfer) und des Geschäftsführers der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung Manfred Kulessa (Chancen und Probleme von Wirtschaftssanktionen) noch weitgehend unstrittig waren, rief der dritte Referent, Generalleutnant Manfred Eisele, zur Zeit "Assistant Secretary-General" der Vereinten Nationen mit Zuständigkeit für peace-keeping operations und Blauhelme, heftigen Widerspruch hervor. Er sang das Hohelied des Erfolgs der UN-Blauhelme und verwies auf die zahlreichen Restriktionen, die einem militärischen Tätigwerden der UN in innerstaatlichen bewaffneten Konflikten gesetzt sind. Er interpretierte Einsatz und Aufgaben der UN-Blauhelme äußerst restriktiv und betonte, ihr Einsatz würde lediglich die Eingangsvoraussetzungen für den Einsatz eines "ganzen Heeres" ziviler Kräfte zum Zwecke der Konfliktbearbeitung schaffen. Er wurde nicht müde, den ausschließlich ergänzenden, sich anderen Konfliktbearbeitungsmöglichkeiten unterordnenden Charakter des Instruments "Blauhelme" zu betonen.

Allerdings ließ er sich in der Diskussion dann dazu hinreißen, einzuräumen, daß "friedenserhaltende" und "friedenserzwingende" Maßnahmen nicht scharf voneinander zu trennen seien. Das NATO-Konzept des "peace support" (das genau auf die bewußte Vermischung von peace-keeping und peace-enforcement setzt, also die Verwischung von beidem nutzen will, um militärisch möglichst weit gehen zu können), nannte er in diesem Zusammenhang für die UN "hochinteressant". Und trotz aller moderaten Töne gab er den GRÜNEN und anderen schließlich zu bedenken: Wer für Blauhelme ist, muß auch für das Militär und für Soldaten sein, muß für deren gute Ausbildung und Ausrüstung sorgen. Da ist was dran.

Wenn Ludger Volmer also einräumt, man brauche in "bestimmten zugespitzten Konflikten" gewisse "Sicherungskomponenten", wenn man schlichtend, helfend, deeskalierend und konflikttransformierend (von gewaltsamen in nichtgewaltförmigen Konfliktaustrag überleitend) eingreifen wolle, muß er sich diesem Problem stellen. Die Richtung, in die dabei gedacht werden könnte, hat Volmer zumindest angedeutet: (abstrakt:) In Funktionen denken, ohne dabei Institutionen (das Militär) mit kaufen zu müssen; (konkreter:) Aufstellung von sog. stand-by-forces zur Verfügung der UN, also militärische Kräfte auf nationaler Basis, die aber ausschließlich in Verfügung der UN, nicht jedoch im nationalen Interesse eingesetzt werden können.

Da sollte man weiterdenken, anderenfalls wird man den auf Sammetpfoten daherkommenden Militärs vom Schlage des Herrn Eisele (ein zugegeben angenehmer Kontrahent, kein oller Kommißkopp, aber ein ziemlich schlauer Fuchs) ziemlich dummerhaftig in die Falle tappen - wenn man da nicht aus eigenem Antrieb aus "sachfremden" Gründen (Regierungsbeteiligung zum Beispiel) ohnehin hinein möchte?!?

Ach so: In der letzten Runde haben GRÜNE Abgeordnete auch noch was gesagt. War aber nicht so interessant. Die Verpflegung hingegen war vom feinsten. Da weiß mensch wenigstens, wo seine Steuergelder bleiben.

Vo

16. "Der Krieg geht einfach weiter" - Bosnienfilme auf der Berlinale

"Nach Saison" von Pepe Danquart und Mirjam Quinte

Autor: mp · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:36

Auf den diesjährigen Berliner Filmfestspielen war ein Schwerpunkt Filmen über Bosnien gewidmet. Das "internationale forum des jungen films" zeigte mehrere Dokumentarfilme und einen Experimentalfilm über den Krieg in Bosnien. Auf dem Wettbewerb wurde ein spanischer Spielfilm vorgestellt, der während der Kämpfe im belagerten Sarajevo gedreht worden ist.

Eingeschlossen

Sarajevo 1992. Alma Hajric, eine bosnische Künstlerin, hat sich während der Belagerung der Stadt zusammen mit einigen Kollegen und deren Kindern im Keller eines Theaters verschanzt. Malend und schreibend versucht sie ihre Kriegserfahrungen zu verarbeiten.

"Black Kites" (USA 1996), ein 26 Minuten langer Experimentalfilm, basiert auf den Tagebüchern von Alma Hajric. Farbige Bilder von Rauch und Flammen unterbrechen immer wieder die realistischen Sequenzen über das Leben der Eingeschlossenen im Keller.

Sie müssen Bühnenbilder aus dem Fundus und das Parkett des Theaterfoyers verbrennen, um kochen zu können. Ihr Geschirr reinigen sie mit Erde, weil die Wasserbeschaffung lebensgefährlich ist. In einer besonders beeindruckenden Szene berichtet ein Nachbar, wie er nach einem Bombenangriff auf eine nahegelegene Schule zwei kleine Katzen beobachtet hat, die das Blut der Kinder im Schulhof aufleckten. Der Mann konnte die jungen Tiere fortan nicht mehr berühren.

Der Film lebt vor allem von den sehr dichten Tagebuchaufzeichnungen Alma Hajrics, die auf ruhige, unspektakuläre Weise das schwierige Leben im belagerten Sarajewo schildert. Sie hat bewußt eine extrem subjektive Perspektive gewählt und enthält sich jeglicher politischer oder moralischer Wertung. Dem entspricht die eigenwillige Bildsprache der amerikanischen Regisseurin Jo Andres, der es gelungen ist, die Probleme und Gefühle von Menschen im Belagerungszustand zu vermitteln, ihr Eingeschlossensein, ihre Ängste und ihre Todessehnsucht, aber auch ihre Phantasie und ihren Überlebenswillen.

Folter und Vergewaltigungen

Auf völlig andere Art nähert sich der Film "Calling The Ghosts" (USA / Kroatien 1996) dem Problem des Krieges. Die südafrikanische Soziologin Mandy Jacobson und die kroatisch-amerikanische Filmemacherin Karmen Jelincic haben mit vielen Frauengesprochen, die in dem Internierungslager Omarska inhaftiert waren. Mühsam und stockend sprechen sie über Hunger, Folter und Vergewaltigungen; viele ihrer Freundinnen haben die Haft nicht überlebt.

Der 60 Minuten lange Dokumentarfilm hat ein klares politisches Anliegen: Vergewaltigungen sollen durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag verurteilt werden. Jacobson und Jelincic haben daher Interviews mit zwei Frauen ins Zentrum ihres Filmes gestellt, die selbst in Omarska inhaftiert waren und ihre ganze Energie dafür einsetzen, daß die Folterer vor Gericht gestellt werden.

Journalistenethos

Ein wenig wie ein Western inszeniert ist der Spielfilm "Territorio Comanche" (Spanien/Deutschland/ Frankreich/Argentinien 1996). "Komantschengebiet" nennen Kriegsberichterstatter jene gefährlichen Gegenden, in die sich nur wenige Reporter wagen. Mikel und José, zwei spanische Fernsehjournalisten, bewegen sich meistens in den umkämpften Zonen des belagerten Sarajevo; den damit verbundenen Gefahren begegnen sie mit Zynismus bzw. jenen running gags, mit denen sich harte Männer - so jedenfalls behaupten es zahllose Filme - ihre Freundschaft bestätigen.

Obwohl die Kriegsreporter durch ihre Macho-Attitüden anfangs wenig sympathisch erscheinen, freundet man sich im Laufe der 90 Minuten doch mit ihnen an. Whisky und kernige Sprüche, eine Affäre mit einer Prostituierten und das Lebensziel des Kameramannes José, einmal eine Brücke im Augenblick der Sprengung zu filmen - das sind Versuche, der Sinnlosigkeit des Krieges etwas entgegenzusetzen.

Verständlich wird auch, warum Mikel und José ihrer erfolgverwöhnten Madrider Kollegin Laura, die das erste Mal in ein Krisengebiet kommt, zunächst mit Mißtrauen und Ablehnung begegnen. Laura ist unzufrieden mit den distanzierten, sachlichen Berichten ihrer Kollegen. Sie will "näher ans Leben", will Mitleid und Gefühle, weil die die Einschaltquote erhöhen. Die ehrgeizige Frau hat daher auch keine Skrupel, einen Scharfschützen dabei filmen zu lassen, wie er auf einen Zivilisten zielt und ihn schwer verletzt.

Gerardo Herrero, der Regisseur und Produzent des Films (er hat auch "Land and Freedom" von Ken Loach produziert) nutzt die Konflikte unter den drei Spaniern, um die Probleme journalistischen Ethos' zu diskutieren. Die Kriegsreporter, die in Sarajevos "Holliday Inn" die Realität der Außenwelt in sendefähige 3-Minuten-Reportagen umwandeln, wissen kaum etwas über die Ursachen des Krieges. Distanziertheit, Unparteilichkeit, Objektivität - das ist es, was man von ihnen verlangt, und diese Qualifikation setzen sie in Afrika oder Nicaragua ebenso ein wie in Bosnien.

Herreros Kritik an den Formen der Kriegsberichterstattung ist nicht neu, aber spannend umgesetzt. Die mit einer Portion Ironie geschilderte Männerfreundschaft, ein bißchen Sex und ein paar Lebensweisheiten geben dem Film die publikumswirksame Würze - verderben ihn aber keineswegs. Herrero kommt vom Dokumentarfilm, und dokumentarisch ist auch der Hintergrund von "Territorio Comanche". Der Film wurde während der Kämpfe in Sarajevo gedreht und beeindruckt durch seine Bilder von der belagerten und zerstörten Stadt. Klammheimlich ist "Territorio Comanche" ein humanistischer Anti-Kriegsfilm im besten Sinne - auch wenn sich seine Botschaft hinter Westernelementen und der Diskussion über die Aufgaben von Kriegsberichterstattern verbirgt.

Angela Martin

Trümmer der Hoffnung

"Nach Saison" von Pepe Danquart und Mirjam Quinte

Der Blick eines Fotografen richtet sich auf eine schmale, wackelige Hängebrücke über der Neretva. Doch diese provisorische Konstruktion kann nicht das ersetzen, was früher an dieser Stelle stand. Im Mostar von 1994 existiert die alte Brücke ‚Stari Most` nur noch in den Köpfen der Menschen. Einst touristisches Wahrzeichen der Stadt und Symbol für das Zusammenleben der Religionen und Bevölkerungsgruppen, ist ihre Zerstörung heute Ausdruck des Krieges, der Teilung und der ethnischen Säuberungsaktionen in Mostar. Die alte Brücke lebt in Liedern, Bildern und Gedichten weiter - die Menschen erinnern sich und wissen doch, daß es nie wieder so sein wird.

Mostar hat zwei Bürgerkriege erlebt, ist zerstört und geteilt. Erst kämpften Kroaten und Muslime gemeinsam gegen die Serben, dann schossen die Kroaten auf die Muslime. Mitten durch die Stadt verläuft eine Demarkationslinie mit einem Grenzübergang, der "Checkpoint Charly" genannt wird. Im Westen liegt der kroatische Teil Mostars, und im Osten leben die Muslime, eingeschlossen wie in einem Ghetto.

Der Sozialdemokrat Hans Koschnick, von der Europäischen Union für zwei Jahre als Administrator zum Wiederaufbau der Stadt eingesetzt, wußte, daß allein der Neubau der Brücke die Stadtteile und ihre Bewohner nicht wieder verbinden würde. Mirjam Quinte und Pepe Danquart begleiten in ihrem Film "Nach Saison" den Politiker bei seiner Arbeit, dokumentieren Veränderungen in der Stadt und halten Hoffnungen, Stimmungen und Wünsche der Menschen fest.

Die Filmemacher folgen einem Fotografen durch seine Stadt, zeigen die Ruinen. Die Begegnung mit einer Frau, die in den Trümmern ihres Hauses nach Erinnerungsstücken sucht und die verkohlten Reste ihrer Bücher findet, läßt das Leid und den Schmerz ahnen.

Strom und Wasser gibt es - manchmal. Das ist ebenso ein Erfolg von Hans Koschnick wie die kleine Hängebrücke. Doch dem Ziel, das er sich gesetzt hat, kommt Koschnick kaum näher. Die Stadt wieder

aufzubauen ist für ihn nur ein Teil seiner Aufgabe. Er weiß, daß der von der EU geschaffene brüchige Frieden nur halten kann, wenn er auch die Wiedervereinigung der Stadt erreicht.

Was Mirjam Quinte und Pepe Danquart während ihrer zweijährigen Filmarbeit in Mostar sehen, ist keineswegs nur die anfängliche Euphorie über das Ende des Krieges und die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben. Angst und Resignation machen sich wieder breit. Da ist die alte Frau mit ihren Enkelkindern, die erst ihren Sohn und später ihre Schwiegertochter verloren hat und das Erlebte nie vergessen wird. Da ist der junge Radiomacher, der von Krieg und Politik nichts wissen will und nur von einem Programm voller Musik, Sex und Alkohol träumt. Stets präsent sind die Horden nationalistischer Kroaten, die Hand zum Hitlergruß erhoben und die kroatische Erde besingend. Gerade sie versuchen mit allen Mitteln, ein geeintes Mostar zu verhindern.

Hans Koschnick verläßt die Stadt, bevor seine Amtszeit zu Ende ist. Er hat nicht vor den Schwierigkeiten seiner Mission kapituliert und schon gar nicht vor dem Chauvinismus der kroatischen Sektierer. Der Administrator von Mostar ist vielmehr an der unentschlossen und wortbrüchigen Haltung der EU-Politiker gescheitert, die sich den kroatischen Drohgebärden gebeugt und sich gegen Koschnick gestellt haben.

Mirjam Quinte und Pepe Danquart haben ein ein erschreckendes Nachkriegsporträt der Stadt Mostar gezeichnet. Am Ende kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man nicht nur Zeuge einer kriegerischen Nach Saison, sondern auch Beobachter einer aggressiven Vor Saison gewesen ist.

"Nach Saison" wurde mit dem Friedensfilmpreis der 47. Internationalen Berliner Filmfestspielen ausgezeichnet.

mp

Chronik eines Scheiterns

Pepe Danquart über "Nach Saison"

Herr Danquart, wie ist die Idee zu Ihrem Film "Nach Saison" entstanden ?

"arte" ist auf uns zugekommen. Der zuständige Kulturreferent hat uns gefragt, ob wir die zweijährige Arbeit von Hans Koschnick in Mostar filmisch begleiten wollen. Aber bevor wir uns für dieses Projekt entschieden haben, haben wir uns zuerst selbst ein Bild von Mostar gemacht und uns mit Hans Koschnick über dieses Vorhaben verständigt. Ohne sein Einverständnis und sein Vertrauen wäre dieses Projekt für uns nicht durchführbar gewesen, hätten wir nie Gespräche führen können, die über die Tagespolitik hinausgingen.

Während unserer Recherchen in Mostar haben wir bereits erste Aufnahmen gemacht und unsere Protagonisten kennengelernt. Uns hat die Kraft der Menschen in Mostar imponiert, ihr Überlebenswille und ihr Wunsch, eine Zukunft aufzubauen: eine Zukunft, die sie letztendlich doch nicht hatten.

Wir haben am Anfang die Hoffnungen miterlebt. Das war ein wichtiges Moment, das uns dazu bewegt hat, diesen Film zu machen.

Mit welchen Vorstellungen haben Sie den Film nach Ihren ersten Recherchen in Mostar begonnen?

Es war natürlich unklar, welches Ende der Film haben wird, denn als wir 1994 nach Mostar kamen, wußten wir ja nicht, was 1996 sein wird. Klar war aber, daß wir diese zwei Jahre filmisch festhalten werden, egal was passiert. Deshalb sind wir, nachdem Hans Koschnick sein Amt niedergelegt hatte, nochmals nach Mostar gefahren und haben den Epilog des Films gedreht.

Wir haben den Film auf drei Ebenen angelegt. Auf der ersten führt uns ein Chronist visuell durch den Film. Zuerst wollten wir dafür einen Schauspieler engagieren. Aber dann haben wir uns entschieden, den Fotografen, den wir bereits auf unserer ersten Reise kennengelernt hatten, als Chronisten einzusetzen, ihm unseren Blick und unsere Stimme zu verleihen.

Die zweite Ebene ist der handelnde Chronist Hans Koschnick, der sozusagen als personifizierte europäische Politik in diesem Film vorkommt.

Und drittens sind da noch unsere Pro-tagonisten, Menschen, die in Mostar leben, und die Stadt selbst. Wir wollten die Veränderungen der Stadt dokumentieren, die Hoffnungen und Wünsche der Menschen sowie ihre Niederlagen und Rückschläge.

Worin hat Hans Koschnick die Bedeutung und Schwierigkeit seiner Arbeit gesehen und woran ist er letztlich gescheitert ?

Für den Sozialdemokraten Hans Koschnick ging es nicht nur um den Wiederaufbau, sondern auch um die Wiedervereinigung der Stadt. Er wollte Politik mit anderen Mitteln machen, d.h. nicht mit militärischen Mitteln und internationaler Diplomatie, sondern vor Ort mit humanitären und ökonomischen Mitteln.

Die Arbeit in Mostar war für ihn kein Schritt auf der Karriereleiter, sondern eine menschliche Herausforderung. Koschnick hat mit großem persönlichen Einsatz versucht, einen Beitrag zur Wiedervereinigung der Stadt zu leisten.

Es war nicht der auf ihn verübte Anschlag, der ihn zum Rücktritt veranlaßt hat. Es waren vielmehr die Diplomaten, die seine Entscheidung, eine gemeinsam verwaltete "Zentrale Zone" in Mostar zu errichten, nicht mitgetragen haben. Der Anschlag von kroatischer Seite war der Versuch, Hans Koschnick mit terroristischen Mitteln zu einer Revision seiner Pläne zu zwingen. Daß er mit Rückschlägen rechnen mußte, das wußte er. Daß er unter Lebensgefahr arbeitete und nicht von allen geliebt wurde, das wußte er auch. Aber er hat nicht damit gerechnet, daß ausgerechnet die Leute, die ihn nach Mostar geschickt hatten, ihn am Ende fallen lassen würden. Sein Plan ist von den EU-Außenministern zugunsten der Kroaten revidiert worden, obwohl er vorher seine Entscheidung mit jedem einzelnen abgesprochen hatte.

Koschnick hat gefordert, daß die Machtstrukturen verändert werden müssen. Er hat begriffen, daß die führenden Köpfe, die mit mafiösen und terroristischen Mitteln eine Vereinigung verhindern und ein kroatisches Mostar anstreben, ausgewechselt werden müssen. Als man diese Veränderungen nicht durchgesetzt hat, sondern den Kroaten weiter entgegengekommen ist, hat Koschnick die Konsequenzen gezogen und ist gegangen. Ich glaube, das war das allerletzte, was er erwartet hatte, und es hat ihn wohl am meisten verletzt.

Die Brücke ist ein zentrales Bild in Eurem Film. Warum habt Ihr es gewählt ?

Während des Krieges hat die Weltöffentlichkeit fast ausschließlich nach Sarajevo geblickt; erst als die Brücke "Stari Most" zerstört worden ist, hat man plötzlich auch nach Mostar geschaut. Nachdem der erste Aufschrei verhallt war und die Kriegsberichterstatter wieder abgezogen waren, fing die eigentliche Katastrophe an: daß der Krieg einfach so weiterging.

Mit der alten Brücke ist nicht nur das touristische Wahrzeichen der Stadt verschwunden, sondern auch ein Symbol für den Brückenschlag zwischen den verschiedenen Ethnien, die dort leben, Kroaten, Muslime und Serben. In Mostar waren 60 Prozent der Ehen Mischehen.

Die Zerstörung der Brücke manifestiert einerseits die ethnischen Säuberungen, andererseits existiert diese Brücke aber in den Herzen und Köpfen der Menschen weiter. Egal auf welcher Seite man steht, der kroatischen oder der muslimischen, die Bücke bleibt ein lebendiges Symbol. Als die Maler wieder zu malen anfingen, haben sie immer das Motiv der Brücke gemalt. Die Leute singen Lieder über die Brücke, haben Gedichte, beschäftigen sich mit der Brücke. Und wir haben nichts anderes getan, als das aufzuzeichnen.

Wie haben Sie während ihrer Filmarbeiten die religiösen und ethnischen Abgrenzungen erlebt ?

Wir wollten nicht anmaßend über "die Kroaten" oder "die Muslime" sprechen und haben uns als Außenstehende auf die Dokumentation der Verhältnisse beschränkt, wie wir sie in Mostar vorgefunden haben. Die Aufgabe des Dokumentaristen ist es, neugierig und offen zu bleiben. Wir wollten weder werten noch politische Sympathien kundtun.

Die kroatische Seite schlägt in diesem Film extrem nationalistische Töne an. Die Kroaten, die eine oppositionelle Meinung vertreten, hatten Angst, vor der Kamera zu sprechen. Das kann man verstehen, wenn man die mafiösen Machtstrukturen in Mostar sieht.

Während der Westteil der Stadt die Anbindung an das kroatische Hinterland hat, leben die Muslime, wie sie es selbst im Film sagen, de facto in einem großen Gefängnis. Wir haben die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit der Muslime gesehen und festgehalten.

Warum haben Sie einen Schwarz-Weiß-Film gemacht?

Unser Film arbeitet mit fiktionalen Mitteln. Er ist wie ein fiktionaler Film gebaut und hält dennoch nur faktische Begebenheiten fest. Es war nicht unser Anliegen, ein reines Dokument zu erstellen; wir wollten es auch in eine Form bringen. Deshalb die Form der alten Wochenschauen, deshalb auch schwarz/weiß.

Es ist erstaunlich, wie sich die Bilder gleichen: diejenigen, die am Anfang unseres Jahrhunderts und 1945/46 in Deutschland gemacht worden sind, und die Bilder vom Ende unseres Jahrhunderts. Nur daß es jetzt Hip-Hop gibt und die Leute einen anderen Anzug tragen.

Wir wollten Assoziationen zur Form der Wochenschauen erzeugen. Im heutigen Europa, am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, hat niemand mehr geglaubt, daß so etwas nach Auschwitz möglich ist. Und da stellt sich plötzlich die Frage, was wir dagegen getan haben. Lernen die denn überhaupt nichts aus der Geschichte? Auch das war mit der Form des Films intendiert.

Wie ist es zu der Zusammenarbeit mit Klaus Theweleit gekommen, der den Kommentar geschrieben hat?

Wir haben Klaus Theweleit den Film zuerst in der langen Rohfassung gezeigt. Er hat ihm sehr gut gefallen, und er war bereit, den Text zu schreiben. Wir haben ihm unsere Informationen aufgelistet und er hat ihnen eine eine literarische, teilweise poetische Form geben.

Der Kommentar zieht eine Parallele zwischen der Teilung Mostars und der Spaltung Berlins. Aber die historischen Hintergründe sind doch sehr verschieden.

Das ist richtig. Wenn man aber vom Ost- und Westteil einer Stadt spricht, von einer Konfrontationslinie, so hermetisch wie eine Mauer, und wenn dort ein Checkpoint installiert wird, an dem Menschen mit Passierscheinen für ein paar Stunden die Seiten wechseln dürfen - dann drängt sich der Vergleich mit Berlin förmlich auf.

Dieser Vergleich meint weniger die konkrete historische Situation als vielmehr die Tatsache, daß dieser Checkpoint bei den Leuten "Charly" heißt. "Checkpoint Charly" steht als Synonym für die Spaltung Berlins. Im Film sprechen die Leute selbst immer wieder von der Berliner Mauer. Sie sagen, daß es in Mostar keine Mauer geben wird, daß es dort nur ein Volk geben wird und nicht zwei. Die Worte, Wortspiele und Assoziationen spielen alle auf die Situation der Teilung an, die wir bereits überwunden haben. Deshalb finde ich es treffend, wenn man vom Checkpoint Charly als "Wandergespenst der geteilten Städte" spricht.

Wenn man Ihren Film ansieht, spürt man am Anfang die euphorische Stimmung, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Aber am Ende des Films schlägt diese Stimmung schon fast in Resignation um. Wie sind Sie als Filmemacher damit umgegangen ?

Die Politik war für uns keine Nachricht, die Nachricht von Mostar keine bloße Schlagzeile mehr. Sie war mit Namen und Gesichtern von Freunden verbunden, mit denen wir Hoffnungen und Rückschläge geteilt haben. Weil wir über die konkreten, politischen Verhältnisse vor Ort Bescheid wußten, haben wir die EU-Entscheidung nicht verstanden. Die Enttäuschung war bei allen sehr groß. Gesiegt haben diejenigen, die diese Politik von Anfang an boykottiert haben.

(Das Gespräch führte mp)

Termine:

02.04. Berlin, Haus der Kulturen der Welt *, 04.04. Stuttgart, Theaterhaus**; 06.04. Hannover, Kommunales Kino*; 12.04. Hamburg, Metropolis**; 14.04. Frankfurt, Harmonie*; 17.04. Freiburg, E-Werk*; 20.04. Bonn, Brotfabrik**; 25.04. Bremen, Kino 46**; 24.04., 20.45 Uhr auf ‚arte`.

*) in Anwesenheit von Mirjam Quinte und Pepe Danquart

**) in Anwesenheit der Filmemacher und von Hans Koschnick

17. Die große Aufgabe. Internationale Solidarität im globalen Kapitalismus

Internationale Solidarität im globalen Kapitalismus - von E. F. Huidobro (Uruguay)

Autor: E.F. Huidobro · Rubrik: Internationale Solidarität; Bücher, Filme, Broschüren; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:40

Erstes Bild: Ich gehe durch die Straßen von Göttingen und lese: "Hundetoilette". Wie hoch ist wohl das Pro-Kopf-Einkommen der Hunde in Deutschland? Ich weiß es nicht, aber es ist vermutlich höher als das von Millionen von Menschen.

Zweites Bild: Im Fernsehen sehe ich afrikanische Kinder mit hochmodernen schweren Waffen in den Händen. Der Journalist berichtet, daß der Krieg dort nicht mehr aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen geführt wird, sondern daß um Nahrung gekämpft wird, daß der Krieg die beste Art ist, an etwas zu essen zu kommen.

Drittes Bild: Im Fernsehen sehe ich eine Schar argentinischer Kinder auf einer riesigen Müllhalde in Rosario. Sie ringen und kämpfen um jeden Essensrest. Bis vor kurzem war diese Region eines des größten Industriegebiete Lateinamerikas. Nichts ist von jenen Fabriken übriggeblieben. Es ist, als wenn ein schrecklicher Krieg die Gegend verwüstet hätte. Der Journalist fragt die in Lumpen gekleideten Mütter, die bis gestern zu den besten Arbeiterinnen der Welt gehörten, warum sie zulassen, daß ihre Söhne und Töchter sich um Müll streiten. "Wenn wir sie nicht lassen, fressen sie uns auf", lautet die Antwort.

Viertes Bild: In einem Dokumentarfilm über das Ende des Zweiten Weltkriegs sehe ich deutsche und holländische Mädchen und Jungen (heute müssen sie reife Frauen und Männer sein), die in Rotterdam und Berlin um Müll streiten und kämpfen. Dasselbe Bild wie in Rosario in Argentinien. Nur daß es an einem Ort einen Krieg gab, am anderen nichts als Wirtschaftspolitik.

Die Welternährungsorganisation FAO informiert 1996: Es gibt 800 Millionen Menschen, die Hunger leiden. In zwanzig Jahren werden es, wenn alles so weitergeht, zwei Milliarden sein. Unter diesen Hungernden sind heute 200 Millionen Kinder. Die ehemaligen Arbeiterinnen in Argentinien sagen: "Sie fressen uns auf". Das ist eines der Risiken: Entweder geben wir ihnen zu essen oder wir töten sie. Wenn nicht, dann werden sie uns auffressen - einschließlich der erleuchteten Mitglieder der radikalen Linken.

Das muß auch der Grund sein, warum einer der Punkte im Programm der größten politischen Organisation der Linken in Amerika (und in der Welt), der brasilianischen Arbeiterpartei PT, heißt: "Drei Mahlzeiten am Tag." An dem Tag, an dem in Brasilien auf diese Art gegessen werden wird, werden wir eine beeindruckende Revolution erleben, denn so zu essen, ist ein Wunder. Niemand Geringeres als die UNO und die FAO erkennen es außerdem auch als ein Menschenrecht an.

Die Falle

In der christlichen Welt feiern wir am 24. Dezember Heiligabend. Seinem (europäischen) Ursprung nach findet dieses Fest in der längsten Nacht des Jahres statt. Man feierte das Ende der langen Nächte, den Beginn der kurzen, die Rückkehr zur Sonne, zum Licht, zum Sommer. Die Auferstehung, die Wiedergeburt Gottes, einen kindgewordenen Gott.

Ohne irgendeine Anpassung an unsere Realität wollen wir auf der Südhalbkugel in dieser Nacht dasselbe feiern und feiern doch gerade das Gegenteil. Denn zu dieser Zeit beginnt hier die Nacht länger zu werden. Das Gotteskind stirbt, und das Inferno erwacht zu neuem Leben.

Die Falle zeigt sich aber auch an anderen Punkten. Sehen wir sie uns an:

Wir haben gesagt, daß die in den "Bildern" am Anfang dargestellte Situation die Folge der "neoliberalen" Wirtschaftspolitik ist. Um dies zu verstehen, müssen wir untersuchen, welche "Theorien" die Schule der "Chicago-Boys" aufgestellt hat, und das haben wir mit großer Hingabe getan. Wenn wir jedoch den Kapitalismus mit dem Adjektiv "neoliberal" versehen, so bleibt auf dem Gebiet der Ideologie Raum für die Behauptung, es gäbe eine andere, "bessere" Art des Kapitalismus. Und damit gehen wir in die Falle, anstatt

laut und deutlich herauszuschreien, daß die Ursache für dies alles der Kapitalismus ohne Adjektive ist. Aus dieser Falle müssen wir herauskommen, um die ganze Wahrheit zu sagen.

Wenn es darum geht, Adjektive auszuwählen, können wir höchstens zeigen, wie der Kapitalismus ausschließend und opfernd (im Sinne einiger christlichen Theologen) ist. Sein "Modell" schließt den größten Teil der Menschheit aus und opfert ihn. Aber es muß klar sein, daß ein Adjektiv überflüssig ist, denn der Kapitalismus war seit seinen Anfängen ausschließend und opfernd, ist es nach wie vor und wird es immer sein: nicht aus böser Absicht, sondern weil er gar nicht anders sein kann, wenn er Kapitalismus bleiben will.

Zurück nach Brasilien: Aufgrund dieser Realität kämpft die PT für das Bürgerrecht aller Brasilianer, für ein Ende der "sozialen Apartheid", wie sie es nennt. Brasilien ist hier aber kaum mehr als ein Beispiel, denn dieselbe Situation finden wir mehr oder weniger ausgeprägt in allen Ländern der Welt, sogar in den USA, Deutschland und Japan.

Die erwähnte Falle ist gefährlicher, als sie auf den ersten Blick scheint. Mittels ihrer ideologischen Einschließungen werden wir dazu gezwungen, innerhalb ihrer "Logik" zu denken und eine allgemeine Grundvoraussetzung zu akzeptieren, auf der wir jedweden Schluß vom Allgemeinen auf das Besondere aufbauen müssen. Man schlägt uns nichts anderes vor, als eine Grundvoraussetzung zu akzeptieren, die in Zweifel steht und die, falls sie nicht anerkannt wird, das ganze System in Frage stellt. Ausgehend von dieser Falle sind alle anderen nicht nur möglich, sondern zwingend notwendig. Genaugenommen sind bei einer Logik, die von etwas Falschem ausgeht, auch alle Schlußfolgerungen zwingend falsch.

Pittoreskes Elend

Bis vor einigen Jahren haben wir, zusammen mit vielen anderen, gedacht, daß die wachsende Marginalisierung von riesigen Menschenmassen an eine Grenze stoßen und schließlich in einer unaufhaltbaren sozialen Explosion enden würde. Es schien offensichtlich, daß das entsetzliche Elend einer so ungeheuren Zahl von Menschen früher oder später von sich aus an verschiedenen Stellen auf unserem Planeten zu revolutionären vulkanischen Ausbrüchen führen würde.

Zunächst ist es wahr, daß es diese Ausbrüche gab und geben kann. Es ist aber nicht immer unbedingt wahr, daß diese Ausbrüche revolutionär sind. Sie können auch einfach nur chaotisch sein und sogar von Vorteil für den Kapitalismus, der sie deswegen manchmal auch fördert

Außerdem können wir heute "entdecken", daß Menschen, wenn sie übelsten Lebensbedingungen ausgesetzt sind und keinen anderen Ausweg finden, sich in ihren Existenzformen zurückentwickeln bis hin zum Nomadentum, zur Horde und zur Höhle... Die Verschlechterung des Lebensstandards kann breite Menschenmassen in die Steinzeit zurückführen, und sie "passen sich an", ohne daß dies das kapitalistische System weiter stören würde. Im Gegenteil, diese Rückentwicklung wird zu einem funktionalem Bestandteil des Systems und in einigen Fällen zu einem pittoresken touristischen Anziehungspunkt.

Das Schlimmste daran ist, daß sogar einige Haltungen, die ursprünglich revolutionär oder "alternativ" sein wollten, nicht nur vom System aufgesaugt, sondern sogar in ein neues "Geschäft" verwandelt werden (Kleidung, Kultur, Tourismus...).

"Alternative" Viertel, Kleidungsformen, Protestkulturen, Berufe und sogar Guerillas können so nicht nur neutralisiert, sondern in "Geschäft" verwandelt werden. Der Gipfel davon sind in diesen Tagen "geführte" Exkursionen nach Chiapas oder zur von der MRTA besetzten japanischen Botschaft in Lima.

Es muß hier noch einmal gesagt werden: Der Kapitalismus hat keine und gibt keine Lösungen für die riesigen Massen der Armen. Die Behauptung ist unvollständig: Jeder, der durch eine población callampa in Chile, eine favela in Brasilien, ein cantegril in Uruguay oder eine villa miseria in Argentinien geht, kann beobachten, wie die Fernsehantennen auf den Dächern und die Videorecorder in den armseligsten und entwürdigendsten Hütten wuchern. Auf diese Weise hält auch dort das unvorstellbarste Luxusleben Einzug. Die intimen und sentimentalen Probleme des internationalen "Jet-Set", das Leben und die Gebräuche in den mondänsten Badeorten der Welt, die Probleme des britischen Königshauses. Ströme von Tränen werden an jenen Orten der Dritten Welt vergossen angesichts der unerträglichen Leiden des Prinzen von Wales.

Alle, die einen mehr, die anderen weniger, beteiligen sich mit Eifer an den Diskussionen darüber, wie man die Innenausstattung der Bungalows unter poetischen Palmen und an warmen Karibikstränden am besten auf Hochglanz bringen kann. Jeder hat das Gefühl, daß es nicht unmöglich ist, eines Tages auch an einem solchen Ort zu sein. Diese Hoffnung wird dadurch bestärkt, daß einige Freundinnen und Freunde und ehemalige Nachbarn auf den Fernsehschirmen zu sehen sind. Der Sportler, der berühmt geworden ist, der Drogenhändler, der es zu Reichtum gebracht hat, der Kriminelle, der Erfolg gehabt hat, der Zuhälter, der Mädchen und Jungen aus dem Viertel anwirbt, der Sänger, der den Aufstieg von der Straße weg geschafft hat. Falls dieses Betäubungsmittel nicht ausreichen sollte, stehen außerdem noch alle anderen Drogen zur Verfügung, um ihre Funktion der kulturellen Anpassung zu erfüllen.

Es ist daher nicht richtig, daß der Kapitalismus keine Lösungen anbietet. Die, die wir aufgezeigt haben, sind nur Beispiele, es gibt noch viele mehr, eine entsetzlicher als die andere. Aber es gibt sie.

Fassen wir zusammen: Wir dürfen nicht vergessen, daß die herrschende Ideologie in breiten marginalisierten Schichten nach wie vor der Kapitalismus ist.

Rette sich, wer kann

Ein anderer Aspekt, auf den wir eingehen müssen, sind die Ursachen der Marginalisierung. Im allgemeinen sind diese bekannt, aber es gibt dabei einige Nuancen, die man im Auge behalten sollte.

Die Arbeitslosigkeit marginalisiert. Aber Arbeit zu Elendslöhnen marginalisiert auch, ebenso der eigene Wille: Man kann feststellen, daß viele Leute sich selbst marginalisieren, weil sie den Konkurrenzdruck und die hohe Arbeitsintensität, die ihnen abverlangt wird, nicht akzeptieren wollen. In vielen Fällen von Marginalisierung findet man einen Bruch, eine Art des Protests, eine Rebellion.

Das Modell verlangt von jedem, eine Form der "Zivilisation" zu akzeptieren, und es gibt immer mehr Menschen, die mit größerem oder geringerem Bewußtsein und mit unterschiedlicher intellektueller Klarheit die Entscheidung treffen, sich diesem "zivilisatorischen" Modell zu entziehen, und sich an den Rand dieser Gesellschaft begeben.

Viele der traditionellen Aufgaben des Staates werden von diesem nicht mehr wahrgenommen und bleiben der privaten Initiative überlassen, einschließlich der Gesundheitsfürsorge, der sozialen Sicherheit und der Bildung. Diese Veränderung ist jedoch nicht allgemein und auch nicht überall gleich. An einigen Orten regiert unter den sich selbst Überlassenen das "rette sich, wer kann", das Gesetz des Dschungels.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die großen transnationalen Unternehmen ein immer perfekteres Beispiel. Ihre Machtfülle ermöglicht es ihnen, für ihre Angestellten, Führungskräfte und sogar Kunden, für die Region, in der ihre Industrie-, Agrar- oder Handelsunternehmen angesiedelt sind und wo sich die Wohnungen ihres Personals befinden, diejenigen Dienstleistungen anzubieten, für die früher der Staat zuständig war. Sie verwandeln sich in einen eigenen "Staat". Sie brauchen den schwachen Staatsapparat der unterdrückten Länder immer weniger und, wo immer es möglich ist, ersetzen sie ihn auf eine selektive Art und Weise. Zu ihrem großen Vorteil aber belassen sie gleichzeitig die Verantwortung für die schwierigsten und schwerwiegendsten Probleme, ebenso wie für die unlösbaren, in den Händen jenes Staatsapparats. Aus diesem Grund bereiten ihnen die soziale Gewalt und die anderen Probleme, die die wachsende Marginalisierung hervorbringt, auch keine großen Sorgen: Ihre "feudalen Ländereien" sind ausreichend geschützt.

Sie predigen die größtmögliche Freiheit des Marktes und des Wettbewerbs. Kapitalien und Unternehmen lassen sie auf der ganzen Welt zirkulieren. Aber die freie Zirkulation der Arbeitskraft erlauben sie nicht. Diese zum Beispiel in Europa so bekannte Einschränkung ist ein Punkt, an dem deutlich wird, daß sie weder an die Freiheit des Marktes noch an die völlige Auflösung der Nationalstaaten glauben.

Im Gegenteil: Wo es sie interessiert, wo es für das System notwendig ist, errichten sie gewaltige Barrieren jedweder Art, um sich - einschließlich ihrer Arbeiterklasse und ihrer Bauern - vor der freien Konkurrenz zu schützen.

Es ist richtig, daß die Löhne weltweit nach unten tendieren. Aber auch diese Tendenz wird nicht allgemein und nicht überall gleich verlaufen. Auch der freie Warenaustausch wird immer selektiv sein, denn sie, die Ware, ist

das mächtigste Instrument des wirtschaftlichen und damit auch des politischen und sozialen Aufschwungs oder Niedergangs.

Turnschuhe als Bombe

In einem Automobil oder in einem Hemd überquert eine Zivilisation Grenzen; sie können Hungerlöhne enthalten oder Formen der Arbeitsorganisation, die sämtliche Menschenrechte verletzen; in ihnen können Tyrannei oder Piraterie stecken. Dieses Phänomen wird auch Effizienz oder Wettbewerbsfähigkeit genannt und ist doch, auch wenn wir in diesem Sprachgebrauch bleiben, nichts anderes als Dumping der übelsten Sorte. Wenn man zuläßt, daß diese Waren Zutritt zu bestimmten Märkten erhalten, so nimmt man die Zerstörung ganzer Industriezweige in Kauf. Und so kann sich ein einfaches Paar Sportschuhe in eine verheerende Interkontinentalrakete verwandeln.

Land für Land predigt man uns die Effizienz und die Wettbewerbsfähigkeit, um auf diese Art andere Länder und andere Arbeiter/innen zu zerstören. Offensichtlich glaubt jedes Land, in diesem Wettkampf den ersten Preis zu erringen. Alle rennen sie derselben Mohrrübe nach, alle träumen sie davon, das große Los zu ziehen. Wir wissen schon, daß der einzige große Gewinner der Besitzer des Spielcasinos sein wird, und sein Spielsalon wird ein um so besseres Geschäft, je mehr Kunden er anzieht.

Verlogen behaupten sie, daß wirtschaftliche und finanzielle Planung unmöglich, unangebracht und katastrophal sei, und gleichzeitig erarbeiten sie für ihre Unternehmen die detaillierteste und ausgereifteste globale Wirtschafts- und Finanzplanung der Weltgeschichte. Damit einhergehend machen sie minuziöse Pläne, wie sie mit ihren finanziellen und wirtschaftlichen Manövern jedwede staatliche oder private Planung liquidieren können, die sich ihnen in den Weg stellt. Sie sind wie Propheten, die ihre eigenen Prophezeiungen erfüllen. Sie predigen die staatliche Deregulierung der Wirtschaft als etwas Gutes, während sie gleichzeitig auf globaler Ebene bis in die kleinsten Feinheiten die wirtschaftlichen Aktivitäten ihrer gigantischen Unternehmen regulieren, von denen jedes einzelne größer ist als die meisten Staaten der Erde.

Linke Sackgassen

Angesichts dieser Situation hat sich auch die Linke in einige Sackgassen begeben:

- Die individuelle oder organisierte Selbstausschließung, ohne einen eigenen Vorschlag zu formulieren.

- Man dichtet die Überlebensstrategien, die die marginalisierten Sektoren entwickeln, in einen Ausweg und manchmal auch in eine Ideologie um, wobei vergessen wird, daß auch ein Schiffbrüchiger unglaubliche und bewundernswerte Überlebensstrategien entwickeln kann, ohne deswegen mehr zu sein als ein unglücklicher Schiffbrüchiger. Oder was noch schlimmer ist: in die Falle zu gehen, die das System aufgestellt hat, und die Entwicklung der besagten Strategien zu beklatschen, zu fördern und zu finanzieren. Denn sie sind nicht nur nicht störend, sie sind sogar funktionaler Bestandteil der Herrschaft und dienen auf alle Fälle dazu, den Protest zu beruhigen und in andere Bahnen zu lenken.

- Man konstruiert einen künstlichen Gegensatz zwischen Sozialem und Politischem oder zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen. Wenn diese Haltung einseitig vertreten wird, dann dient sie dazu, die wahren Ursachen der Situation zu verschleiern. Wir widmen uns dem Aufbau einer Poliklinik im Armenviertel oder einer Suppenküche für hungernde Kinder, ohne die politischen Ursachen und die für diese Situation verantwortlichen Regierenden zu benennen. Ohne öffentlich diejenigen anzuklagen, die sich mit riesigen staatlichen Reichtümern die Taschen füllen, die von derselben Bevölkerung kommen und die für die Schaffung von Polikliniken und Arbeitsplätzen eingesetzt werden müßten.

Viele Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen investieren große finanzielle Ressourcen, die aus der Ersten Welt stammen, in diese Art von Projekten, die schließlich enden wie ein künstliches Feuerwerk: Nach einigen Momenten voller Glanz und Lärm bleibt nichts als Rauch.

- Man kritisiert die politische Organisation, und damit überläßt man die Politik den Kapitalisten und entwaffnet gleichzeitig die Ausgebeuteten.

Internationalismus

Angesichts dieser Situation ist das Internationale, die Position gegenüber der internationalen Problematik, heute das Kriterium, anhand dessen sich die revolutionären Organisationen definieren, bestimmen, ausdrücken. Zumindest sollten sie dies tun.

Die Defizite in der internationalen Koordination sind eine Achillesferse der revolutionären Kräfte und ein wichtiger Punkt der Selbstkritik. Nicht einmal das bescheidenste kapitalistische Unternehmen kann heute Entscheidungen treffen, ohne international zu denken, ganz zu schweigen von den großen Transnationalen, den Staaten, den Unterdrückungsapparaten.

Die großen internationalen politischen Organisationen des Kapitalismus, seine "Stiftungen" und andere seiner machtvollen Mittel und Methoden der globalen Planung und Koordination brauchen kaum erwähnt zu werden, ebensowenig die Vielzahl der Abkürzungen für die verschiedensten internationalen Organisationen, die wie der IWF und der Weltsicherheitsrat der UNO als Weltregierungen in Erscheinung treten.

Wir haben eine ernste Kritik verdient, denn seit ihren Anfängen verstand sich die "moderne" Linken als international. Die erste Internationale und die berühmtesten und abgedroschensten Phrasen aus jenen Anfängen brauchen hier nicht zitiert zu werden. Jene ersten Genossen konnten sich keine andere Art des Kampfes vorstellen. Wir jedoch haben diesen Grundsatz vergessen oder wir haben ihn veruntreut. Heute werden wir selbst von Coca-Cola ganz einfach übertroffen.

Wahrheiten, die schon vor langer Zeit gesagt wurden, alte Wahrheiten, erlangen heute mit vollem Recht wieder dringliche Gültigkeit. In den meisten Fällen ist es sehr schwierig oder schlicht und einfach unmöglich, sich die Befreiung oder die Revolution Land für Land zu denken. Ob wir wollen oder nicht, wir brauchen eine internationale Organisation, zumindest aber müssen wir lernen, uns im Internet zu bewegen. Um diese unverzichtbare Organisation aufzubauen, sind wenigstens zwei Dinge nötig: ein Programm und ein Organisationskonzept.

Mögliches provisorisches Programm

1. Internationaler Kampf für den 6-Stunden-Tag. Es kann doch nicht sein, daß der letzte internationale Kampf der Arbeiter der Kampf für den 8-Stunden-Tag am Anfang des Jahrhunderts war. Jedesmal, wenn wir uns am Ersten Mai zu einer Gedenkveranstaltung für die "Märtyrer von Chicago" versammeln, treffen wir uns daher auch zur eingehenden Selbstkritik. Wer hat uns denn gesagt, daß der Kampf mit jenem Kampf zu Ende war? Wer hat festgelegt, daß es mit den acht Stunden genug ist? Und wenn wir bedenken, daß dieses Gesetz heute fast nirgends beachtet wird, muß die Selbstkritik noch strenger ausfallen. Sind die Genossen in Chicago etwa umsonst gestorben? Ist es für uns nicht Aufforderung und Anklage zugleich, daß jener Kampf der erste und letzte große internationale Kampf der Arbeiter war?

2. Nein zum Sozial- "Dumping"! Nein zu Waren, die zu Grausamkeits-Löhnen produziert worden sind! Weltweiter Boykott dieses kriminellen Geschäfts!

3. Internationaler Kampf gegen das Bankgeheimnis. Internationale Steuern auf das Finanzkapital und die Kapitalflucht. Kampf gegen das Finanzkapital

4. Internationaler Kampf gegen die Eintreibung und die Zahlung von Auslandsschulden

5. Internationale Solidarität

6. Gemeinsames Informations-, Forschungs- und Kommunikationssystem

7. Förderung und Unterstützung der internationalen Koordination der verschiedensten sozialen Organisationen

8. Internationaler Kampf für die Demokratisierung der Informations- und Kommunikationssysteme

9. Internationaler Widerstand gegen das Patentrecht: "Das Wissen gehört der gesamten Menschheit."

10. Entmilitarisierung des Planeten

11. Lateinamerikanische Integration

12. Respektierung und Stärkung der eingeborenen Kulturen

13. Verbreitung der Anwendung alternativer Technologien

14. Ausmerzung des Analphabetismus

15. Internationaler Kampf für den Umweltschutz

16. Internationaler Kampf gegen Diktatur und Gewaltherrschaft

17. Auflösung der "Mega-Städte"

18. Internationale Unterstützung im Kampf gegen den Großgrundbesitz.

Die Frage der Organisation

Im Rahmen dieses Programms (mit den Ergänzungen und Korrekturen, die die unverzichtbare Diskussion mit sich bringen wird) sind alle vorstellbaren Bündnisse möglich. Die Einheit ist die gemeinsame Aufgabe, sie ergibt sich aus der gemeinsamen Absicht. Jede Art der Organisation läuft Gefahr in einen Apparatismus zu verfallen. Aber ohne Organisation geht gar nichts, am wenigsten auf der internationalen Ebene. Die Ausgebeuteten auf der ganzen Welt haben zumindest diesen einen Vorteil: Sie haben die Möglichkeit und die Fähigkeit, sich zu organisieren. Ohne Organisation dem mächtigen Feind gegenübertreten zu wollen, den wir vor uns haben, ist lächerlich. Es ist ein Teil unserer unveräußerlichen Freiheitsrechte, sich so zu organisieren, wie es jeder für seine Zwecke am nützlichsten erachtet. Und es ist Teil des Autoritarismus, diese Organisation zu verhindern oder zu versuchen, sie den anderen aufzuzwingen.

Der Charakter einer Organisation bestimmt sich in hohem Maße durch die Art, wie sie mit anderen in Beziehung tritt, genauso sehr oder mehr noch als durch ihre programmatischen oder ideologischen Positionen.

Jede Art von Organisation, die für sich in Anspruch nimmt, im Besitz der Wahrheit zu sein oder die wahrhafte Vertreterin der Interessen dieser oder jener Klasse oder sozialen Gruppe zu sein, arbeitet gegen die große Aufgabe der internationalen Organisation, die wir vor uns haben, wenn sie versucht, ihr Selbstverständnis über irgendeine Form der Hegemonie anderen aufzuzwingen.

Im Gegenteil: Jeder, der mit dem Kampfprogramm einverstanden ist und sich an die eingegangenen Verpflichtungen hält, zeigt seine Bereitschaft, mit seinen Anstrengungen einen Beitrag zur gemeinsamen Sache zu leisten.

Aus dem uruguayischen Spanisch übersetzt von Claudia Hagin.

Eleuterio Fernández Huidobro war Mitbegründer der Guerillaorganisation MLN-Tupamaros in Uruguay. Nach vielen Jahren Isolationshaft lebt er als Journalist und Schriftsteller in Montevideo und arbeitet in der heute legalen MLN.

Tarzan - was nun?

Den Essay "Die große Aufgabe" von E.F. Huidobro haben wir dem Sammelband "Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche" entnommen, der im März im Verlag Libertäre Assoziation erscheint. Das Buch enthält 20 Beiträge von Frank Deppe, Erika Feyerabend, Wolfgang Fritz Haug, Joachim Hirsch, Walter Mossmann, Christina Thürmer-Rohr, Oliver Tolmein, Klaus Viehmann u.a. Wir danken dem VLA-Verlag für die Genehmigung zum Vorabdruck.

18. Vom Paradies in den siebten Himmel. Spaniens Unternehmer wollen neues Arbeitsrecht

Autor: Dirk Hempel · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:31

Die Madrider Börse verzeichnete 1996 einen historischen Höhenflug. Mit einer Rekordnotierung von 440,14 Punkten zum Jahreswechsel wurde während des gesamten letzten Jahres ein Zuwachs von etwa 37,6 Prozent erzielt, ein Wert, mit dem kein anderer westlicher Industriestaat mithalten kann. Lediglich Aktienmärkte in Rußland und Brasilien konnten für 1996 höhere Zuwachsraten verbuchen. Überhaupt, so weiß Spaniens Regierung zu berichten, geht es der Wirtschaft prima und auch auf dem Arbeitsmarkt gehe es bergauf. Über 8,6 Millionen neuabgeschlossene Arbeitsverträge im vergangenen Jahr, ebenfalls ein noch nie dagewesener Rekordwert. Die Arbeitslosenrate ist mit 21,91 Prozent zudem so niedrig wie seit 1992 nicht mehr. Doch von diesen Erfolgen profitieren letztendlich nur die Unternehmer, während sich auf dem Arbeitsmarkt mehr und mehr Unsicherheit breitmacht.

Eine genaue Betrachtung der 1996 abgeschlossenen Arbeitsverträge spricht Bände: Nur 218.000 von ihnen sind unbefristete Vollzeitverträge, das sind etwas mehr als 2,5 Prozent. Hingegen sind über 95,8 Prozent befristete Verträge - wie die Statistik zeigt, zumeist mit sehr geringen Laufzeiten: Die Hälfte der zeitlich begrenzten Arbeitsverhältnisse dauert nicht länger als einen Monat, bei nicht einmal sechs von hundert Zeitverträgen übersteigt die Geltungsdauer ein halbes Jahr. Nicht verwunderlich also, daß die Rekordzahl von 8,6 Millionen Einstellungen sich lediglich auf 4,39 Millionen Arbeiter verteilt. Manche davon gingen 1996 mehr als 15 verschiedene Arbeitsverhältnisse ein.

Job-Wunder?

Was zunächst in der Saisonarbeit - insbesondere im Tourismus und in der Landwirtschaft - seinen Anfang nahm, hat sich mittlerweile auf Spaniens gesamte Wirtschaft ausgedehnt. 34 Prozent aller Beschäftigten arbeiten derzeit landesweit auf Basis begrenzter Arbeitsverträge. Besonders stark betroffen von dieser Situation sind Frauen und Jugendliche.

Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt um die 50 Prozent. Ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis einzugehen, ist Jugendlichen nahezu unmöglich. Das bedeutet für sie meist auch eine Fesselung an ihre Familie, denn ohne regelmäßiges Einkommen bleiben die eigenen vier Wände ein Wunschtraum. Neun von zehn Jugendlichen unter 25 Jahren wohnen noch Zuhause, von den 25- bis 34jährigen sind es immerhin noch drei Fünftel. Kein Wunder also, daß 82 Prozent der spanischen Jugendlichen die Suche nach einem eigenem Heim für "ein Problem von höchster Bedeutung" halten.

Auch für jede dritte Frau bleibt die Arbeitssuche erfolglos, was eine finanzielle Unabhängigkeit nahezu unmöglich macht. Drei Viertel aller Teilzeitverträge werden von Frauen unterzeichnet, dementsprechend machen sie unter den Vollzeit-Arbeitskräften gerade 31,5 Prozent aus.

Angesichts dieser Bedingungen gestaltet sich die Durchsetzung arbeitsrechtlicher Standards natürlich mehr als kompliziert. Nicht ohne Grund hält Spanien nicht nur in Sachen Arbeitslosenrate, sondern auch bei Arbeitsunfällen den Negativrekord in der EU. An Engagement für ihre Rechte oder gar gewerkschaftliche Tätigkeit ist für die nur zeitlich Beschäftigten kaum zu denken, wollen sie sich ihre Chance erhalten, ein weiteres befristetes Arbeitsverhältnis angeboten zu bekommen. Und die Festbeschäftigten fürchten um ihre Arbeitsplätze, würden sie dann doch ebenfalls auf dem Zeitarbeitsmarkt landen.

Für Spaniens Unternehmer also hervorragende Bedingungen. Dennoch verlangen sie lauthals nach einer Arbeitsreform, die ihnen weitere Vorteile verschaffen soll. Das jetzige Unternehmerparadies scheint ihnen nicht zu genügen, sie streben nach dem siebten Himmel auf Erden.

Thema: Lohnfortzahlung

Angriffspunkt der spanischen Unternehmerverbände CEDE und CEPYME ist die Lohnfortzahlung bei Entlassung. Diese, so betont CEDE-Vorsitzender José Maria Cuevas immer wieder gerne, sei untragbar teuer. Nach dem geltenden Arbeitsrecht müssen Unternehmer bei einer Entlassung das Gehalt bis zu 45 Tage pro Arbeitsjahr weiterzahlen - maximal jedoch nur dreieinhalb Jahre lang. Nirgendwo in Westeuropa sei eine

Entlassung so teuer, wissen die gebeutelten Ausbeuter. Allerdings, und das verschweigen die Arbeitgeber gerne, gelten diese Höchstsätze nur für den Fall, daß ein Arbeitsgericht die Entlassung für "unbegründet" erklärt. Liegen sogenannte "objektive" Gründe vor, reduziert sich die Lohnfortzahlung auf 20 Tage pro Arbeitsjahr und die Maximaldauer auf ein Jahr - kein außergewöhnlich hoher Satz. Doch die Unternehmer haben die Gunst der Stunde erkannt, und so bringen sie seit fast einem Jahr immer wieder das Gespräch auf eine Änderung dieser Regelung zuungunsten der Beschäftigten.

Die konservative Volkspartei (PP) von Ministerpräsident José Maria Aznar hatte den beiden größten Gewerkschaften Comisiones Obreras (CC.OO.) und UGT kurz nach seiner Amtsübernahme zwar versichert, nicht auf eigene Faust ein neues Arbeitsgesetz zu verabschieden, doch zur Jahreswende starteten die Konservativen dann eine Hilfsaktion für die Unternehmer. Sollte bis März keine Einigung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern erfolgt sein, so hieß es seitens des Arbeitsministeriums, werde sich die Regierung der Angelegenheit annehmen. Durch diese Fristsetzung sind die Gewerkschaften noch mehr in die Defensive gelangt. Denn ein von der PP ausgearbeiteter Regierungserlaß dürfte ihren Interessen kaum mehr entgegenkommen. Entsprechend legen CEDE und CEPYME nun einen Entwurf nach dem anderen vor, die auf nichts anderes hinauslaufen, als eine billigere Entlassung durchzusetzen.

So schlagen sie einmal vor, die 45 Tage Lohnweiterzahlung bei ungerechtfertigter Entlassung zu erhalten, sie aber insgesamt auf maximal ein Jahr zu begrenzen. Das andere Mal wollen sie gleich einen neuen unbefristeten Vertragstyp einführen, bei dessen Kündigung der Arbeitgeber pro Arbeitsjahr dann nur zehn Tage den Lohn (maximal begrenzt auf ein Jahr) weiterzahlen muß.

Die Gewerkschaften geben sich von der Regierungsinitiative unbeeindruckt. UGT-Generalsekretär Cándido Méndez erklärt beispielsweise: "Wir akzeptieren keine Frist von niemandem. Für uns zählen nur jene Fristen, die frei und im Rahmen der Verhandlungen mit den Arbeitgebern vereinbart werden." Doch hinter der Härte und Entschlossenheit verbirgt sich längst Angst. CC.OO. und UGT wissen, daß die aktuelle Situation ihnen mittelfristig jegliche Bedeutung nehmen wird, weil sich zunehmend niemand mehr traut, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Gleichzeitig täuschen sie Widerstand vor. Wieder und wieder brechen sie die Verhandlungen ab, um sie anschließend doch wieder aufzunehmen. Im Prinzip, so wissen sie, fehlt ihnen jegliches Druckmittel.

Gewerkschaftliches Dilemma

Ausgerechnet die PSOE von Felipe Gonzáles hatte Spaniens Gewerkschaften, die nach Frankreich den geringsten Organisierungsgrad in Westeuropa verzeichnen, während ihrer langen Regierungszeit geschwächt. González, der einst in Sevilla Jura mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht studierte und 1966 - noch während der Herrschaft Francos - eine der ersten Anwaltskanzleien eröffnete, die sich speziell arbeitsrechtlichen Problemen widmete, machte sich noch 1977 dafür stark, daß die Arbeiter das "uneingeschränkte Recht" haben sollten, "den Streik als Druckmittel einzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen oder sich gegen die Maßnahmen des Kapitals zur Wehr zu setzen". Kaum in der Regierungsverantwortung, änderte er jedoch seine Auffassungen. Nicht zuletzt war es die PSOE, die 1984 zum ersten Mal befristete Verträge und Arbeitsverhältnisse mit vertraglich festgeschriebenen geringeren Abfindungen insbesondere für Jugendliche ermöglichte. Gedacht, um ihnen eine bessere Qualifizierung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, wurde diese Maßnahme aber zum taktischen Druckmittel der Unternehmer.

Im Dezember 1988 brachte die PSOE mit ihrer kontinuierlichen Politik von Privatisierungen, Nullrunden und steigender Arbeitsunsicherheit gar die Gewerkschaften gegen sich auf, die daraufhin für den 14.12.1988 zum landesweiten Ausstand aufriefen. Eine Maßnahme, die UGT und CC.OO. im Januar 1994 wiederholten, um gegen eine weitere Arbeitsreform Front zu machen. Per Gesetzesvorlage erleichterte die PSOE damals Entlassungen, legalisierte private Arbeitsvermittlungen und Zeitarbeitsfirmen und gestattete eine nahezu uneingeschränkte Verwendung von befristeten Arbeitsverträgen. Auch das Streikrecht, von González früher noch so eifrig verteidigt, wurde "reformiert". Vorherige Verhandlungsphasen und Wartefristen wurden etabliert und die Pflicht zur Aufrechterhaltung von "Mindestversorgungen" ins Arbeitsrecht aufgenommen. Was darunter zu verstehen ist, wird aber - wie sollte es auch anders sein - von der zuständigen Unternehmensleitung festgelegt.

Damit sehen sich die Gewerkschaften ihres wichtigsten Druckmittels beraubt. Kein Wunder, daß die Unternehmer in den Verhandlungen eigentlich nur fordernd auftreten und bislang kein Entgegenkommen

zeigten, während UGT und CC.OO. von ihrer Grundforderung - nur prinzipiell unbefristete Verträge zu zulassen - mittlerweile schon wieder abgekommen sind. Was vor allem die Jugendlichen betrifft. Für diese, so die gewerkschaftliche Tischvorlage für die Gesprächsrunde am 4. März, könne es ja weiterhin auf ein bis zwei Jahre befristete Verträge (für 18-25-jährige) bzw. doppelt so lange Laufzeiten für die unter 30-jährigen geben.

Für die Unternehmer besteht kein Anlaß, hinter den bestehenden Status quo zurückzugehen. Ihnen geht es darum, mit der Erleichterung und Verbilligung von Entlassungen die allgemeine Unsicherheit noch zu verstärken. Ein wirtschaftlich bedeutenden Faktor stellen die derzeit gezahlten Abfindungen an Entlassene namlich keineswegs dar. Lediglich 1,6 Prozent an den Gesamtausgaben der Personalkosten machen diese Entschädigungen aus. Nicht einmal jeder fünfzehnte Entlassene zieht vor Gericht, um die höhere Lohnfortzahlung wegen "ungerechtfertigter" Entlassung zu erstreiten. Zudem entfällt bei den zahlreichen Zeitverträgen natürlich jegliche Abfindung.

Helfershelfer Aznar

Außerdem können sich die Unternehmer auf die Regierung Aznar wohl getrost verlassen. Während Oppositionsführer Felipe González seit seiner Wahlniederlage vom 3. März 1996 seine arbeiterfreundliche Vergangenheit wiederentdeckt und den Konservativen eine ungerechte Wirtschaftspolitik vorwirft, zählt die jetzige Regierung geradezu zum direkten Einflußgebiet der Arbeitgeber. Bereits 1993 hatte José Maria Cuevas dem damaligen Oppositionspolitiker Aznar zwei Mitarbeiter abgestellt, um den früheren Finanzbeamten "in Sachen Wirtschaft zu unterrichten". Beide sind mittlerweile Staatssekretäre im Wirtschaftsministerium. Auch im Arbeits-, Umwelt- und Landwirtschaftsministerium sind ehemalige Mitarbeiter oder Vorstandsmitglieder der CEDE auf hohen Posten untergebracht. Und nicht zuletzt ist da der parteilose Industrieminister Josep Piqué i Camps, der bis zu seiner Berufung in die Regierung den Unternehmerverband in Katalonien führte. Nun ist der langjährige Firmenchef für die Verwaltung der Staatsbeteiligungen zuständig, die seiner Auffassung nach allesamt privatisiert werden sollen. Als klarer Vertreter von Unternehmerinteressen gilt auch der PP-Koalitionspartner, das katalanische Parteienbündnis CiU. Nicht zuletzt deren Forderungen verdankt Piqué seinen Ministersessel.

Die Gewerkschaften scheinen angesichts dieser eifrigen Lobby-Arbeit der Unternehmer um so bemühter, je näher der Monat März rückte und das Regierungsultimatum auszulaufen drohte, sich auf bilateraler Ebene mit CEDE und CEPYME zu einigen. Denn gegen eine Arbeitsreform per Regierungsdekret könnten sie zwar protestieren, doch würden die Konservativen einen Arbeitskampf vermutlich ebenso gekonnt aussitzen, wie sie es Ende vergangenen Jahres taten.

Damals gingen die Staatsbediensteten gegen eine Nullrunde für 1997 auf die Straße. Weil die Gewerkschaften sich meist auf symbolische Aktionen beschränken und bei Streik die "Mindestversorgung" nicht anzweifeln, sahen weder Regierung noch Unternehmer darin eine ernstzunehmende Bedrohung.

Jenseits von Kapital und CC.OO./UGT

Innerhalb der früher einmal kommunistischen CC.OO gibt es so auch heftige Proteste gegen das Verhalten der sozialdemokratisierten Führung, der die "Demobilisierung der Arbeiterklasse" vorgeworfen wird. Gegenüber dem Vorjahr seien die Gewerkschaftsmobilisierungen 1996 um etwa 70 Prozent zurückgegangen, beklagt beispielsweise Agustin Moreno von der linken Minderheitsfraktion innerhalb der CC.OO. Linksradikale Kräfte nehmen in den derzeitigen Auseinandersetzungen nur eine marginale Rolle ein: Zwar gibt es mit CNT, CGT und Solidaridad Obrera gleich drei linksradikale Gewerkschaften, jedoch verfügt keine von ihnen über ein besonders großes Mobilisierungspotential. Lediglich in einigen lokalen Kämpfen gelingt es ihnen, eine wichtige Rolle zu spielen. Daneben gibt es noch aus autonomen Kreisen immer wieder militante Aktionen gegen das boomende Geschäft von privaten Arbeitsvermittlungen und Zeitarbeitsfirmen.

Beispiel für eine Streikbewegung jenseits der Gewerkschaften UGT und CC.OO. bot im Februar der Streik der Lkw-Fahrer, der auch in der Bundesrepublik Aufmerksamkeit erregte: Die kleine Gewerkschaft Fedatrans - eigentlich mehr ein Unternehmerverband, weil in ihr selbständige Brummifahrer organisiert sind - rief ab dem 6. Februar zum unbegrenzten Generalstreik im Baskenland auf. Die Forderungen der Streikenden - höhere Bezahlung, bessere Rentenregelung, niedrigere Benzinpreise, Anerkennung berufsspezifischer Krankheiten, Einrichtung eines Subventionsfonds - fielen auf so fruchtbaren Boden, daß sich spanienweit Kollegen

anschlossen. Insbesondere im Norden des Landes kam es so zu Lieferengpässen bei Lebensmitteln, die Automobilindustrie und andere Branchen standen teilweise still.

Seitens der Regierung wurde sofort gegen den "wilden Streik" gewettert. Die Polizei eskortierte Streikbrecher und ging gegen Streikposten vor. Daneben wurden die Organisatoren des Ausstandes von der konservativen Presse mit der ETA in Verbindung gebracht. Mit Hilfe von UGT und CC.OO., die sich dem Streik für einen Tag anschlossen, um ihn sodann für beendet zu erklären, gelang es, die Lkw-Fahrer zu demobilisieren. Daraufhin sah sich einige Tage später auch Fedatrans gezwungen, den Streik zu beenden, ohne ihre Ziele erreicht zu haben.

Mit einer solcher Strategie von UGT und CC.OO. ist den spanischen Arbeitgebern und der konservativen Regierung natürlich nicht beizukommen. Die neue Arbeitsrechtsreform, ob nun per Dekret geregelt oder zwischen den "Sozialpartnern" ausgehandelt, läßt also nichts Gutes erwarten - was immer sie nun auch konkret beinhalten wird.

Dirk Hempel

19. Vive la mutation! Die Modernisierung des Parti Communiste Francais

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:05

In dem futuristisch gestalteten Geschäftsviertel La Défense vor den Toren von Paris reihen sich die Wolkenkratzer aneinander, welche die wichtigsten Banken und Großkonzerne sich errichten ließen. In dieser Umgebung, in einem großen Konferenzsaal unter dem modernen Riesen-Trimphbogen "Grande Arche de La Défense", fand vom 18. bis zum 22. Dezember 1996 der 29. Parteitag des Parti Communiste Français (PCF) statt. 1.170 Delegierte als Vertreter der KP-Mitglieder - nach Parteiangaben rund 260.000 an der Zahl - sowie 600 Gäste aus dem In- und Ausland nahmen daran teil.

Der gewählte Ort ist bereits ein Symbol für die von Parteisekretär Robert Hue in den vergangenen drei Jahren ausgerufene "mutation" (Verwandlung) des PCF von einer französischen Imitation des "sowjetischen Modells" zu einer "modernen kommunistischen Partei". Bisher hatten die PCF-Kongresse in der Pariser Arbeitervorstadt Saint Ouen, Standort überalterter Industrieanlagen, stattgefunden. Ein weiteres Symbol hat die Parteiführung hinzugefügt: Die riesige Tribüne, auf der die Führungsmitglieder aufgereiht den zu ihren Füßen sitzenden Delegierten des einfachen Parteivolks präsentiert wurden, ist abgeschafft worden. Die Mitglieder der Führungsinstanzen sitzen in der jeweiligen Delegation ihres Herkunfts-Départements. Auch Parteisekretär Robert Hue hält seine zweieinhalbstündige Eröffnungsrede von den Sitzen der Delegation seiner Parteisektion aus. Die Sitzordnung ist jener der ersten revolutionären Nationalversammlung von 1789 nachempfunden.

Das erste Drittel des Kongresses war der "Generaldiskussion" gewidmet. Während früher der gesamte Ablauf vorgeplant war, haben Delegierte nun das Recht, sich spontan zu einem Thema oder einem anderen Redebeitrag zu Wort zu melden. Zwei Drittel der Delegierten berichten in ihren Beiträgen von den sozialen Kämpfen in ihren Départements und Betrieben, von der Teilnahme der Kommunisten daran. In die Debatte mischen sich aber auch kritische Töne: Mit ihrer neuen politischen Orientierung gebe die Partei das strategische Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durch Enteignung der großen Produktionsmittel auf, kritisieren die Delegierten aus dem Département Pas-de-Calais oder Jean-Jacques Karman, der Vize-Bürgermeister der Pariser Arbeitervorstadt Aubervilliers.

L'intervention citoyenne

Die sozialistische Umgestaltung kommt in der Tat im Abschlußdokument des Parteitags nicht mehr vor. Statt dessen ist vom "neuen Kommunismus" als Endziel die Rede; über den "Übergangsprozeß" und dessen "Etappen" bis dahin wird indessen nichts mehr ausgesagt, da diese "von den Entscheidungen des Volkes abhängen und nicht vorab definiert werden können". Als Mittel des "Übergangsprozesses" steht der von Robert Hue geprägte Begriff der "intervention citoyenne" im Mittelpunkt, der mit "aktives Eingreifen der Bürger" nur sehr unzureichend ins Deutsche übersetzt werden kann. Dies ist der neue Schlüsselbegriff, der im Sprachgebrauch des PCF weitgehend an die Stelle des Worts "Klassenkampf" tritt. Die Aktivierung der Bürger solle "die Logik des Geldes" in den einzelnen Kämpfen "außer Kraft setzen"; Aufgabe der KP sei es, die "intervention citoyenne" als politisches Instrument zu verlängern. "Eventuelle kommunistische Minister", die bei einem Wahlsieg der Linksparteien im März 98 grundsätzlich befürwortet werden, sollten - so das Dokument - in diesem Sinne dazu beitragen, daß die repräsentative Demokratie "in der Lebendigkeit der direkten Demokratie neu begründet" werde.

Entsprechend erhalte auch eine künftige (Regierungs-)Allianz der Linksparteien eine neue Natur: Während das "gemeinsame Programm" von Sozialisten und Kommunisten zwischen 1972 und 1977 (die Allianz der beiden Parteien im Hinblick auf eine geplante Regierungsübernahme) sowie die PCF-Regierungsbeteiligung 1981 bis 1984 Robert Hue zufolge eine "Union an der Spitze" dargestellt habe, ist nunmehr von einer "Union an der Basis" die Rede. Dieses Bündnis neuen Typs bilde, folgt man dem PCF-Diskurs "eine Allianz unter Einschluß der citoyens, unter Mobilisierung des Volkes". Umgesetzt werden soll die Politik der "anderen Verwendung des Geldes", welche "der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse den Vorrang gibt" gegenüber den Finanzmärkten, erstens über eine "Motorrolle der öffentlichen Dienste", die - statt privatisiert - "modernisiert und demokratisiert" werden sollen. Zweitens sollen, als Antwort auf die globale Wanderung des Kapitals, die transnationalen spekulativen Finanzflüsse in Höhe von 0,5 Prozent besteuert werden. Und drittens werden

einige konkret bezifferte Maßnahmen vorgeschlagen, welche einer (keynesianisch konzipierten) "Ankurbelung" der Wirtschaft über den Konsum dienen sollen: die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC um rund 2.000 Francs auf 8.500 Francs (umgerechnet 2.500 DM) und die Anhebung aller Löhne sowie der Sozialhilfe um jeweils 1.500 Francs (440 DM). Letztgenannte Maßnahmen allerdings, so versicherte Robert Hue im Januar den Sozialisten (den potentiellen Koalitionspartnern), sind nicht dazu gedacht, "als Ganzes akzeptiert oder verworfen zu werden"; sie dienen als "Ausgangspunkt für Verhandlungen".

Das 20seitige Abschlußdokument wurde vom Parteitag Seite für Seite einzeln abgestimmt. Über die Aufnahme von rund 800 Zusatzanträgen war zu entscheiden. Die Refondateurs ("Neugründer") hatten sich im Nationalen Büro für die Abstimmung über mehrere Globalalternativen eingesetzt, waren damit jedoch am Widerstand sowohl des "Zentrums" als auch der "Orthodoxen" gescheitert. Statt dessen wurden die dem Führungsgremium vorliegenden Alternativtexte der "Refondateurs" einerseits und der "Orthodoxen" andererseits in Kursivbuchstaben in den Text der Parteiführung eingefügt - als Dokumentation anderer Meinungen. Der Gesamtzusammenhang der Alternativtexte wird dadurch natürlich zerrissen.

Nur die Delegierten der Sektion Pas-de-Calais stimmten schließlich gegen den Abschlußtext, der mit 95 Prozent Zustimmung angenommen wurde. Die Wiederwahl von Parteisekretär Robert Hue stand von vornherein außer Frage. Die Neuwahl der Führungsinstanzen bringt jedoch ein Element der "mutation" mit, das Hue vermutlich nicht wünschte: Der Chef der Gewerkschaft CGT, Louis Viannet, erklärte seinen Verzicht auf eine erneute Kanidatur für das "nationale Büro". Damit wird zum ersten Mal seit Jahrzehnten die CGT nicht mehr im früher "Politbüro" genannten obersten Führungsgremium der Partei vertreten sein. Durch die Präsenz mehrerer CGT-Führer im "nationalen Komitee" (früher Zentralkomitee), in das Bernard Thibault, der Chef der CGT-Eisenbahner und "Star" der Streikbewegung von Ende 1995, neu einzieht, wird die Gewerkschaft jedoch weiterhin eng mit der Partei verbunden bleiben. 51 Prozent der Parteitagsdelegierten sind Mitglieder der CGT, die ebenfalls eine "mutation" durchmacht: Die CGT-Führung will etwas mehr Abstand zur KP halten, um den schon seit langem erhobenen Vorwurf zu großer Nähe zur Partei zu entkräften.

140 von 150 Mitgliedern des erneuerten "Nationalen Komitees" des PCF sind hauptamtliche Parteifunktionäre; ihr Anteil ist damit höher denn je. Die stereotype Übernahme des neuen Zauberworts "intervention citoyenne" in den Reden vieler Delegierter des Kongresses zeigt, daß die alte realsozialistische Debatten-(Un-)Kultur noch lange nicht überwunden ist. So mancher Kongreßteilnehmer benutzt den neuen Begriff mindestens fünfmal in seinem zehnminütigen Beitrag, um dem Parteitag Vorgänge in seinem Département oder Betrieb zu schildern, die man früher schlicht als einen Streik, eine Demonstration oder eine Unterschriftensammlung unter einen Petitionstext bezeichnet hätte - heute ist das jeweils eine mustergültige "intervention citoyenne".

Keine klare Linie

Solange die "realsozialistische" Gesellschaftsordnung in der UdSSR und den osteuropäischen Staaten existierte (und für den PCF eine ideelle wie auch materiell-finanzielle Stütze darstellte), hatte die Politik der französischen KP stets eine Art Doppelnatur. Einerseits leitete sie aus der Existenz dieses "Modells" ihre Legitimation als Vertreterin eines gänzlich anderen, fortgeschritteneren Gesellschaftssystems ab. Die nach realsozialistischem Vorbild geformten Partei- und Gewerkschaftsapparate ermöglichte vielen Arbeitern sozialen Aufstieg und Bildung und formte aus ihnen eine neue Gesellschaftsschicht, welche in den sozialen Beziehungen zuerst das Ziel ihres eigenen Erhalts verfolgte. So war das realsozialistische Gesellschaftsmodell bereits im kapitalistischen Frankreich partielle Realität.

Andererseits war der PCF als Massen- und Wahlpartei fest in der französischen Realität verwurzelt und dem ständigen Druck zur "Realpolitik" ausgesetzt, um die Bedürfnisse ihrer nach Millionen zählenden Wählerschaft in der Alltagspolitik befriedigen zu können. Zwischen diesen beiden Realitäten balancierte ihre Politik beständig hin und her: So distanzierte sie sich in der Zeit ihrer Integration ins "gemeinsame Programm" mit den Sozialisten (1972-77) zunehmend von der sowjetischen Politik, flirtete kurzfristig mit dem "Eurokommunismus" nach dem Vorbild der italienischen Kommunisten und kippte 1976 symbolträchtig die "Diktatur des Proletariats" aus ihrem Programm. Umgekehrt näherte die PCF-Führung unter Georges Marchais sich nach dem Bruch des "gemeinsamen Programms" (bedingt durch einen Rechtsruck der Sozialisten) 1977 wieder stärker der UdSSR an; Marchais prägte just zu jener Zeit die berühmt gewordene Formulierung von der "positiven Gesamtbilanz" der realsozialistischen Länder. Durch ihre Nicht-Distanzierung von der sowjetischen Intervention in

Afghanistan und den Interventionsdrohungen gegenüber Polen geriet die KP in der französischen Gesellschaft immer stärker in die Isolation.

Der völlige Wegfall der "realsozialistischen Dimension" ihrer Existenz durch den Zusammenbruch im Osten 1989/1991 hatte für die französische KP eine empfindliche Störung ihrer inneren Balance zur Folge. Dieses Problem ließ sich nicht durch eine vollständige Übernahme sozialdemokratischer Positionen lösen, da die Partei sonst jede Existenzberechtigung neben der (seit den 70er Jahre auf ihre Kosten erstarkten) sozialistischen Partei verloren hätte. Eine kleine Minderheit von "Modernisten" und "Pro-Europäern" um das Führungsmitglied Philippe Herzog wollte freilich genau dies in Form von "Dialog mit den Unternehmern", Entwicklung einer "französischen Variante der Mitbestimmung" usw. Herzog erklärte nun vor dem Parteitag enttäuscht seinen Austritt, da in der Partei "die Kontinuität über die Wandlung triumphiere".

Das neue "Zentrum" der Partei unter Hue verzichtet auf eine klare strategische Definition einer angestrebten Transformation des Gesellschaftssystems, unter Bewahrung einer utopischen Endzielbestimmung. Die Frage, wie die herrschenden Verhältnisse geändert werden sollen, wird zurück in die Gesellschaft delegiert, da man sich "nicht mehr als Avantgardepartei im Besitz der Wahrheit fühle". Der Apparat - der weiß, daß ein Weiterwursteln wie bisher nicht möglich ist - hat sich in seiner übergroßen Mehrheit Hues Reformlinie angeschlossen, auch um sie gegebenenfalls von innen heraus bremsen zu können, wo sie zu weit gehen sollte. So stellte sich Maxim Gremetz, einer der engsten Vertrauten des früheren langjährigen PCF-Generalsekretärs Georges Marchais (1972-1994), hinter die aktuelle Führung, mahnte aber zugleich, es könne nicht "um Veränderung um des Veränderns willen" gehen.

Mit ihrem neuen Auftreten hat die französische KP Sympathien in der Gesellschaft hinzugewonnen. Standen ihre Sympathiewerte 1991 mit 7 Prozent für ihren Generalsekretär Georges Marchais und 11 Prozent für die Partei auf einem historischen Tiefstpunkt, so hat sie heute mit 32 Prozent für Robert Hue und 34 Prozent für die Partei wieder die Spitzenwerte aus der Mitte der 70er Jahre erreicht.

Auch aus linker Sicht verdient sie heute bessere Noten als die Partei unter Marchais: Sie ist offener und in der wichtigen Frage der Immigration von den Fehlern der Vergangenheit abgerückt. Vor der Präsidentschaftswahl 1981 hatte die KP-Führung noch klar ausländerfeindliche Zeichen gesetzt. Allerdings gibt es in der Haltung zum Rassismus und zur Immigration auch hin und wieder Rückschläge - siehe die kontroverse Debatte um diese Frage im "nationalen Komitee" Mitte Oktober 96, aus der ein eher halbherziges Dokument herauskam, welches nicht nur die Politik "Null Immigraton" verurteilt, sondern gleichzeitig die "Pflichten der Immigranten gegenüber der französischen Gesellschaft" betont und die "Hilfe zur Rückkehr" unterstreicht.

Die völlige Unklarheit über die gesellschaftliche Strategie der KP und die Fortexistenz eines strukturkonservativen Apparats dürften jedoch mittelfristig dafür sorgen, daß die derzeitige Offenheit zeitlich begrenzt bleibt. Denn im Falle des Eintritts in eine sozialdemokratisch geführte Regierung, den auch die Sozialisten befürworten, wird die Parteiführung zweifellos eine Struktur benötigen, die gegebenenfalls eine unzufriedene Basis bei der Stange hält. Was gestern als stalinistisch denunziert wurde, könnte morgen - unter anderen Vorzeichen - wieder als sehr modern gelten.

Der Kritikansatz der "Refondateurs" krankt daran, daß er allein auf die innere Funktionsweise der poststalinistischen KP und ihr Demokratiedefizit abzielt, jedoch mit seiner Zielsetzung einer Öffnung in die Gesellschaft via "Regierungsvertrag" mit der Sozialdemokatie plus Aufnahme von Impulsen der sozialen Bewegungen der Sozialdemokratie einen enormen Vertrauensvorschuß entgegenbringt. Zwar kann ein theoretischer Kopf der "Refondateurs" wie Roger Martelli durch seine - sympathisch wirkende - Konzeption einer Öffnung der Partei zu allen anderen Linkskräften die Vision eines Pols "gesellschaftlicher Radikalität" ausmalen, doch muß sie sich erst noch an der nüchternen Praxis einer sozialdemokratisch geführten Regierung messen lassen.

Auf der anderen Seite leidet die Kritik der "Orthodoxen", die sich um einen "Appell zur Bewahrung einer revolutionären Partei" zusammengeschlossen haben, an ihrer vollständigen Rückwärtsgewandtheit. Das "reformistische Abgleiten" der Partei können sie nur als Serie von Akten "des Verrats und der Aufgabe" erklären. Die "Selbstgeißelung" (so der KP-Abgeordnete Rémy Auchédé) wegen der stalinistischen Parteivergangenheit könne nur weiter in den Abgrund führen. Die KP in der Form, die sie bereits seit den 30er Jahren aufweist, kannte nur zwei Arten des Herangehens an die Gesellschaft: den totalen parlamentarischen

Legalismus oder den Putsch, den Staatsstreich von oben. Den Aufbau gesellschaftlicher Opposition, sozialer Gegenmacht konnte sie nur bekämpfen, da er den Monopolanspruch ihres Apparats in Frage stellte - aus diesem Grund bekämpfte der PCF die Bewegung des Pariser Mai 1968.

Bernhard Schmid, Paris

20. Bündnis der Hoffnung. Die französiche Linke und der Kampf gegen die Ausländergesetze. Interview mit Alain Krivine

Französische Linke gegen Ausländergesetze - Interview mit Alain Krivine

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:20

Alain Krivine war einer der Köpfe der Bewegung des Pariser Mai 1968 und ist heute Vorsitzender der trotzkistischen Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR). Die LCR lancierte in der Bewegung des "zivilen Ungehorsams" gegen die Ausländergesetze eine Petition der politischen Funktionsträger und brachte damit den Stein innerhalb der organisierten Linken ins Rollen. Die Fragen stellte Bernhard Schmid, Paris.

Frage: Die französische Linke befindet sich angesichts der in einem Jahr bevorstehenden Wahlen inmitten einer Bündnisdiskussion. Es kristallisieren sich zwei große Pole heraus: die Sozialisten haben Ende Januar Wahlbündnisse mit Grünen und Linksliberalen abgeschlossen, auf der anderen Seite versuchen die KP und die Linksnationalisten um Jean-Pierre Chevènement einen maastrichtgegnerischen Pol aufzubauen; die KP ist aber grundsätzlich zum Eintritt in die Regierung bereit. Ihre Organisation fordert die Begleitung einer Allianz der Linksparteien durch Basiskomitees und eine Kontrolle von "unten".

Zugleich befinden sich die großen Linksparteien in einem schweren Dilemma angesichts der breiten Bewegung des "zivilen Ungehorsams" gegen die Ausländergesetze von Innenminister Debré, weil sie fürchten, daß ein Teil ihrer Wählerschaft zur extremen Rechten abwandert. 65 Prozent der Franzosen finden die Haltung der Sozialisten in dieser Frage "konfus". Wie ist die Situation innerhalb der französischen Linken?

Alain Krivine: Bei der Mehrzahl der Parteien und Formationen der Linken steht derzeit angesichts der näherrückenden Wahlen allein die Frage nach der Verteilung der Wahlkreise und Parlamentssitze im Mittelpunkt. Wir halten dies für nicht hinnehmbar: Anders als noch vor wenigen Jahren ist heute ein aktives Bedürfnis nach Veränderung, radikaler Veränderung, aus der Gesellschaft heraus spürbar. Als Beispiel möchte ich nur die große Streikwelle vom Herbst 1995 nennen oder den starken gesellschaftlichen Rückhalt, den Streikbewegungen wie die der LKW-Fahrer im November erfahren haben. Und es gibt Bewegungen, die ebenfalls breite Unterstützung erhalten und die grundsätzliche Fragen aufwerfen nach der Gesellschaft, in der wir leben wollen: ob in einer solidarischen oder einer hierarchisierten, rassistischen Gesellschaft. Seit einem Jahr reißen die Unterstützungsbewegungen für die "illegalen" Immigranten nicht ab, erst anläßlich der Besetzung der Pariser Kirche Saint Bernard, jetzt mit den Petitionen zum zivilen Ungehorsam. Es handelt sich um eine echte soziale Bewegung, Gewerkschafter sammeln Unterschriften dafür in den Betrieben, Demonstrationen haben großen Zulauf.

Diese Bewegungen und Initiativen müssen sich in einem Bündnis der Linken widerspiegeln und eine Kontrolle über die Parteien ausüben können; die LCR hat in diesem Sinne einen 10-Punkte-Vorschlag an die übrige Linke gerichtet, der die Bildung von Basiskomitees einschließt. Die großen Linksparteien gehen darauf zwar keineswegs ein - aber durch unsere offensiven Vorschläge für ein solches "Bündnis der Hoffnung", das neben den Formationen der Linken auch die Gewerkschaften sowie Bewegungen und Initiativen umfassen soll, können wir erheblichen Druck an der Basis entfalten. In vielen Städten existieren lokale Bündnisse, die tausende Aufrufe verbreiten dafür, daß diese und jene Forderungen in ein Linksbündnis Eingang finden müssen - unterzeichnet oft von vielen Mitgliedern der Sozialistischen oder der Kommunistischen Partei.

Die Mehrheit Ihrer Organisation sieht die Strategien der LCR gegenüber den großen Linksparteien, die in der Vergangenheit verfolgt wurden, als gescheitert. Insbesondere die Hoffnung auf eine Radikalisierung der Basis, die man sich für die Zeit nach der Regierungsübernahme der Linken unter Mitterrand 1981 machte, haben sich nicht erfüllt. Das gleiche gilt für die Hoffnung auf die ab Mitte der 80er Jahre von der KP abgespaltenen Strömungen, die heute zur "kritischen" oder "alternativen" Linken gehören wie die CAP (Übereinkunft für eine progressive Alternative) von Ex-Minister Charles Fiterman.

Anläßlich des Antritts der Linksregierung 1981 hatten wir in der Tat eine falsche Analyse: Wir hofften, daß der Wahlsieg der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei zu einer Mobilisierung der Basis und zu sozialen

Kämpfen führen würde, wie dies bei der "Volksfront" 1936 mit mehrwöchigen Streiks unmittelbar nach deren Wahltriumph der Fall war. Die Basis würde sich zunehmend von ihren Illusionen in die reformistischen Linksparteien ablösen, wenn ihre auf diese gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt würden. Vor Mitterrands Regierungsantritt 1981 gab es allerdings keine starken sozialen Bewegungen, sondern im Gegenteil ein seit Mitte der 70er Jahre anhaltendes Abflauen der Bewegungen. Dies trug mit dazu bei, daß sehr viele Hoffnungen in die institutionalisierten Linksparteien gesetzt wurden, die diese Veränderungspotentiale absorbierten. Auf den Regierungswechsel folgte eine anhaltende Desillusionierung und Resignation, die in den ersten Jahren der Mitterrand-Regierung zum Durchbruch der extremen Rechten unter Le Pen erheblich beitrug. Heute ist die Situation eine andere: Es gibt einen Wettlauf der Radikalisierung auf der Linken mit der Radikalisierung auf der Rechten.

Was die ab Mitte der 80er in mehreren Wellen aus der KP ausgetretenen Strömungen angeht - wir unterstützten 1988 die Präsidentschaftskandidatur des "Renovateurs" (Erneuerers) Pierre Juquin, der heute bei den Grünen gelandet ist und von dem man nichts mehr hört -, so ist zu sagen, daß diese Strömungen sich meist entlang des Demokratieproblems in der KP herauskristallisierten, jedoch nicht auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Projekts und ohne klare soziale oder Klassen-Position. Die meisten dieser Strömungen sind heute nach rechts gegangen, in eine sozialdemokratische Richtung.

Die Presse berichtete vor kurzem ausführlich über Ihr Mittagessen mit KP-Chef Robert Hue, das am 30. Januar stattfand. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten saßen ein ranghoher Kommunist aus der Parteitradition und ein Trotzkist zusammen. Welche politische Bedeutung hat dieses Ereignis? Kann man mittelfristig mit einer Umgruppierung der Linken ähnlich der "Partei der Kommunistischen Neugründung" (Rifondazione Comunista) in Italien rechnen, wo Reste der früheren KP mit Trotzkisten und radikalen Linken zusammen in einer Partei aufgingen? Die "Refondateurs" (Neugründer) der KP sprechen sich für ein "gemeinsames Haus" der Kommunisten aus - hätten Sie dort Ihren Platz?

Ich denke, daß die französische KP heute zugleich zu schwach ist, um noch von sich behaupten zu können, die gesamte Arbeiterklasse zu repräsentieren, und noch stark genug, um den Weg zu einer wirklichen Erneuerung der Linken zu blockieren. Die KP weiß nicht so richtig, wohin sie will, da ihr das jahrzehntelang verfochtene fertige Gesellschaftsmodell in der Sowjetunion abhanden kam - daher hat sie sich Diskussionen nach verschiedenen Seiten hin geöffnet. Die Tatsache, daß wir mit ihnen diskutieren und uns gegenseitig zu offenen Debatten einladen, ist natürlich erfreulich - als ich vor 20 Jahren in der KP-Hochburg Renault vor den Arbeitern sprechen sollte, wurde ich als "Faschist" beschimpft. Die KP legt heute viel Wert auf Öffnung, und Robert Hue redet viel von "den Leuten", die ein neues gesellschaftliches Projekt tragen sollten, über dessen Charakter man nicht viel sagt, weil "die Leute" darüber zu entscheiden hätten. Aber zugleich verfügt die KP nach wie vor über einen effektiven Apparat, mit dem Politik gemacht wird - "die Leute" gehen am Abend nach einem Debattenforum nach Hause, aber der KP-Hauptamtliche geht am nächsten Morgen in sein Büro und hat dort die politische Infrastruktur, welche "die Leute" nicht haben. Dieser Apparat ist sogar stabiler denn je.

Aus diesem Grunde ist das Modell der Rifondazione Comunista in Italien oder der "Vereinigten Linken" (Izquierda Unida) in Spanien, wo die KP offene Bündnisse mit anderen Linkskräften - darunter auch Trotzkisten - einging, heute in Frankreich nicht aktuell. Ein gemeinsames Haus der Kommunisten - wenn das Offenheit für alle Strömungen bedeutet und freie Diskussion, warum nicht? Aber dem aktuellen Vorschlag der "Refondateurs" würde ich entgegenhalten, daß es nicht darum gehen kann, verschiedene Parteien und Gruppierungen mathematisch zusammenzuaddieren - sondern daß es auf ein inhaltliches Projekt ankommt. Wir ziehen daher die Umgruppierung der Linken entlang konkreter Fragen und Kämpfe vor. Die "Refondateurs" haben als Ausgangspunkt die interne Kritik an ihrer Partei und die Forderung nach Öffnung zu verschiedenen Seiten hin - aber dabei sind sie widersprüchlich in der Frage der Orientierung. Einige von ihnen würde ich mit ihren Positionen als echte Sozialdemokraten ansehen, andere wiederum als radikale Linke, die ein Bündnis mit den sozialen Initiativen und Bewegungen suchen.

Wir sprachen eingangs von der Bewegung gegen die Ausländergesetze. Die LCR hat eine Petition der politischen Funktionsträger an die anderen Linksparteien adressiert, die bei der KP einige Unordnung gestiftet hat: So erklärte KP-Chef Hue seine "volle Unterstützung", will aber nicht unterschreiben. Wie bewerten Sie die Haltung der verschiedenen Linkskräfte in dieser Frage?

Die Sozialisten mit ihrer gänzlich auf Regierungsbeteiligung ausgerichteten Perspektive wurden von der Bewegung empfindlich gestört, aber auch unter Druck gesetzt. Der sozialistische Ex-Premierminister Michel Rocard, der noch vor wenigen Jahren Le Pen die Parole "Frankreich kann nicht das Elend der ganzen Welt aufnehmen" vorgab, kritisiert heute in der Tageszeitung Le Monde - und zuvor in seiner Rede im Senat - die restriktive Immigrationspolitik der Linken während ihrer Regierungszeit. Man kann sagen: Michel kritisiert, was Rocard tut.

Die Mehrheit der KP und ihre derzeitige Führung haben sich im Zuge ihrer Öffnung zur Gesellschaft von einem Diskurs verabschiedet, der noch vor wenigen Jahren oftmals die völlige Schließung der Grenzen im Interesse der französischen Arbeiterklasse forderte. Man kann sagen, daß die Mehrheit sich zur "guten Seite" hin gewendet hat; die "Refondateurs" ziehen hier mit ihnen an einem Strang.

Jene sich als revolutionär bezeichnenden Kräfte, die den "reformistischen Kapitulationskurs" der Partei kritisieren, wiederum üben sich in dröhnendem Schweigen ...

Jene "orthodoxen Marxisten", die der Parteiführung heute Verrat am Sozialismus vorwerfen, haben mit solchen Themen nichts im Sinn: zum einen spielt für sie in der stalinistischen Tradition die Verteidigung des Nationalstaats, seiner Souveränität eine große Rolle. In diesem Rahmen sind sie für restriktive Positionen zur Immigration "anfällig". Zum zweiten können und wollen sie mit ihrer ökonomistisch verkürzten Konzeption des "Klasseninteresses" in einem gesellschaftlichen Konflikt, der entlang einer politischen Frage, grob gesagt, zwischen Links und Rechts polarisiert, keine Partei ergreifen. Bei dem Druck, unter dem die KP-Wählerschaft aktuell von Seiten der extremen Rechten steht, die entlang der Forderung nach Beschränkung der Immigration einen Einbruch in diese Schichten erfährt, ist dies ohne Zweifel gefährlich.

Welcher Weg sollte aufgrund dieser Entwicklung eingeschlagen werden?

Wie ich schon sagte, findet heute eine Polarisierung statt, ein Wettlauf der Radikalisierung auf der Linken und auf der Rechten. Um die rechtsextreme Bedrohung schlagen zu können, kann die Linke nicht darauf verzichten, eine soziale Alternative zu den herrschenden Verhältnissen zu präsentieren, ein anziehungskräftiges gesellschaftliches Projekt - eine flaue Linke, die das Bestehende nur verwaltet wie in den 80er Jahren, wird Le Pen nicht auf Dauer schlagen können. Zugleich muß die Linke deutlich machen, daß ihre Alternative auch eine fundamentale Wahl bedeutet für eine solidarische Gesellschaft, daß ihr Begriff von sozialem Fortschritt und der Rassismus einander diametral entgegenstehen.

21. Die Tolerierung des kleineren Übels. Rifondazione Comunista zwischen Anpassung und "Antagonismus"

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:26

Sechs Jahre nach der Auflösung des Partito comunista italiano (PCI) gibt es in Italien nicht eine, sondern zwei Linke: eine "reformistische" (den PDS und sein Umfeld) und eine "antagonistische" (Rifondazione Comunista). Das behaupten zumindest die Mitglieder von RC, der Partei der "kommunistischen Neugründung". Tatsächlich liegen die Dinge nicht ganz so einfach: Während der PDS sich in zentralen Fragen rechts von der deutschen Sozialdemokratie bewegt, tritt RC vor allem als Mehrheitsbeschafferin für die Regierung Prodi in Erscheinung. Auf dem RC-Parteitag im Dezember sprachen sich 15% der Delegierten dafür aus, der Regierung die Unterstützung zu entziehen.

Die Taktik der italienischen Kommunisten gegenüber der Mitte-Links-Regierung unter Romano Prodi ist denkbar einfach - zumindest auf dem Papier: Eine Politik der "Null-Tolerierung", die dem Wahlbündnis Ulivo zum Sieg verhalf und gleichzeitig die Eigenständigkeit der Partei sichern sollte. "In der Wahlkampagne haben wir uns feierlich verpflichtet, der Regierung Prodi zur Geburt zu verhelfen, ohne etwas dafür zu fordern: kein Ministerium, kein Unterstaatssekretariat und auch keine Verhandlungen über das Regierungsprogramm", erklärte RC-Sekretär Bertinotti im Interview mit dem Neuen Deutschland (4.6.1996). Die Gegenleistungen waren von den Parteien der Olivenkoalition schon vor der Wahl vom 21. April 1996 erbracht worden: Den Kommunisten wurden eine Reihe sicherer Wahlkreise überlassen - ohne solche Absprachen hätte RC nur einige wenige Parlamentssitze errungen (1), und die Rechten hätten die Wahl gewonnen.

Die erklärte Absicht der Kommunisten war und ist es, als Opposition in der Regierungsmehrheit die "Regierungsachse nach links zu verschieben" (Bertinotti). Sie fordern eine Reformpolitik, vor allem im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit, deren Quote 1996 auf 12,2% (im Süden 22%) gestiegen ist. Die von RC vorgeschlagenen "Elemente der Erneuerung" sind: Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich; staatliche Subventionen für Unternehmen, die neue Arbeitsplätze anbieten; ein Beschäftigungsprogramm zur Förderung "sozial nützlicher und wertvoller Arbeiten", vor allem in den Bereichen Umweltschutz und "Bewahrung des kulturellen Erbes".

Dieses nicht gerade umstürzlerische Programm stieß erwartungsgemäß bei der Regierung auf wenig Gegenliebe. Zur gängigen wirtschaftspolitischen Praxis gehört allein die finanzielle Begünstigung von Unternehmen in strukturschwachen Gebieten, denen ein Teil der Sozialabgaben und der Steuern erlassen werden kann. Neue Arbeitsplätze entstehen dadurch nicht. Der bescheidene Aufschwung in einigen südlichen Regionen (u.a. Teilen Apuliens, der Campania und der Basilicata) geht vor allem auf die Übernahme des "adriatischen Modells" (Stichwort Benetton) zurück: Ungesicherte Jobs in Kleinstbetrieben, die als Zulieferer von den mittleren und großen Unternehmen abhängig sind.

Immerhin bei der Beschlußfassung über den Haushalt 1997 konnte Bertinotti im zähen Ringen hinter verschlossenen Türen einen Teilerfolg erzielen: Die Rentner wurden von weiteren Sparmaßnahmen verschont; bei durchschnittlichen Renten von 1.200 DM wurde so in der Tat Schlimmeres verhindert. Im Gegenzug mußte RC eine Reihe von Sparmaßnahmen im Gesamtvolumen von 63 Mrd. DM akzeptieren; dazu gehört eine EU-Sondersteuer, die auch untere Einkommen belastet und 12 bis 13 Mrd. DM im Jahr einbringen soll.

Die Kritik

der linken Minderheit

Eine Minderheit der Parteitagsdelegierten, die etwa 10 bis 15 Prozent der Mitglieder repräsentieren dürften, sieht hinter dieser Politik nicht zu Unrecht die Logik des kleineren Übels. Franco Turigliato bringt das Dilemma der Mehrheitslinie auf den Punkt: "Um die Rückkehr der Rechten an die Regierung zu verhindern, unterstützt man die Regierung, die eine Politik betreibt, die die Rechten nur stärken kann." (zitiert nach SoZ, 9.1.97) Folgerichtig forderte die Minderheit in einem Alternativantrag, der Regierung Prodi die Unterstützung zu entziehen.

Diese Position hat den Vorteil, daß sie - was die parlamentarische Ebene angeht - eindeutig ist: Die Partei soll in die Opposition gehen und die Massen mobilisieren. Dagegen erinnert die Argumentation der Mehrheit an

das sprichwörtliche "Sowohl-als-auch" der deutschen Sozialdemokratie: "kritische Unterstützung" der Regierung Prodi und gleichzeitig Massenmobilisierung, um diese Regierung unter Druck zu setzen. Parteichef Bertinotti neigt dazu, seine spärlichen Verhandlungserfolge aufzublasen, auch wenn er - siehe oben - nur Schlimmeres verhindert hat. Die rechten Medien lassen ihrerseits Bertinotti als starken Mann erscheinen, der dem schwächlichen Prodi die Bedingungen diktieren könne. Die schönfärberische Darstellung der eigenen Politik mag der Partei kurzfristig Sympathien einbringen; langfristig ist sie fatal. Auch auf dem Parteitag richtete Bertinotti wieder starke Worte an die Regierung: "In den nächsten Monaten werden wir wissen, ob die Regierung Prodi in der Lage ist, mutig die Straße der reformerischen Wende einzuschlagen. Tut sie es nicht, kann Rifondazione sie nicht länger stützen." (Corriere della Sera, 13.12.96) Das ist streng genommen ein Ultimatum, dessen Nichterfüllung heute schon feststeht.

Genau so sicher ist, das RC an seiner "kritischen Unterstützung" für Prodi festhalten wird. Mit dem - vom Mehrheitswahlrecht erzwungenen - Wahlpakt nahmen die Dinge ihren Lauf: Rifondazione und das Mitte-Links-Bündnis Ulivo taten sich zusammen, um die Rechten zu besiegen; die RC-WählerInnen stimmten für die Regierung Prodi und dafür, diese Regierung von links unter Druck zu setzen. Stürzt Prodi, gibt es entweder eine große Koalition unter Einschluß von Berlusconis Forza Italia und anderen Teilen des rechten Polo per le libertà , vielleicht sogar der Neofaschisten. PDS-Sekretär D'Alema war schon Anfang 1996 zu einem solchen Bündnis bereit. Heute erklärt er, bei einem Scheitern der Regierung werde es sofortige Neuwahlen geben. Das wäre die zweite Möglichkeit, und auch diese ist für RC verheerend: Führt sie selbst den Sturz der Regierung Prodi herbei, wird es wohl kaum wenige Wochen später Wahlkreisabsprachen mit den Mitte-Links-Parteien geben. RC würde selbst dann zur parlamentarischen Splittergruppe, wenn ihre WählerInnen ihr trotz des Konfrontationskurses die Treue halten sollten - was ziemlich unwahrscheinlich ist.

So ließe sich mit Blick auf die Entscheidung des RC-Kongresses sagen: Die Mehrheit (85% der Delegierten) tut das Richtige mit den falschen (schönfärberischen, Illusionen verbreitenden) Argumenten, während die Minderheit (15% der Delegierten) aus ihren richtigen Argumenten gegen die Regierung Prodi einen taktisch falschen Schluß zieht. Ähnlichkeiten mit der (deutschen) PDS sind nicht zufällig.

Für jedeN etwas

In seiner dreistündigen Rede vor dem Parteitag zog Bertinotti alle Register und bot für jedeN etwas: einerseits die "Rückkehr zu Marx" und den "Kommunismus des dritten Jahrtausends"; andererseits Lob für den Papst, der mit seinen "wichtigen Aussagen zum Thema der armen Länder die Herrschaft des Marktes kritisiert" habe; die Herausforderung an den PDS zum Wettstreit um die "linke Hegemonie"; Unterstützung für Regierungschef Prodi, der nur zu wählen brauche zwischen "uns und Agnelli", dem FIAT-Chef. Die offenkundige Rivalität zwischen Romano Prodi, dem ehemaligen Christdemokraten, und Massimo D'Alema, dem machthungrigen PDS-Sekretär, versucht Bertinotti für eigene Zwecke zu nutzen, indem er sich dem amtierenden Regierungschef als Bündnispartner gegen seinen Möchtegern-Erben anbietet.

Diese Vielseitigkeit mag im Wettstreit der Parteien legitim, ja notwendig sein, zumal sich das Parteitagsgeschehen im Angesicht der Massenmedien abspielt. Die erwarten Effekte und einprägsame Slogans und beeinflussen mit ihrer kastrierten Berichterstattung die politischen Sympathien der Konsumenten. Nicht nur der PDS-Kongreß, auch der RC-Parteitag ist zu wesentlichen Teilen eine Show-Veranstaltung. Bertinottis "Rückkehr zu Marx" ist letztlich kaum mehr als ein Bonbon für diejenigen, die - zumindest emotional - von der Revolution nicht lassen wollen. Politisch steckt nicht mehr dahinter als der Vorsatz, - wie Marx zu seiner Zeit - mit der "kritischen Analyse der heutigen Phase der kapitalistischen Entwicklung" (Bertinotti) zu beginnen.

Nach der offiziellen Sprachregelung von RC gibt es heute in Italien nicht eine, sondern zwei Linke: eine "reformistische" (der PDS und sein Umfeld) und eine "antagonistische" (Rifondazione). Beide Klassifizierungen stimmen mit der Wirklichkeit nur teilweise überein, wie auch Marco Rizzo, der nationale Koordinator von RC, implizit zugibt: "Viele unserer Positionen ... würden in anderen Ländern als sozialdemokratische Argumente gelten"; auf der anderen Seite "sind die Vorschläge des PDS oft nicht einmal sozialdemokratisch". (Interview in Freitag, 25.10.1996)

So schmerzlich es ist: Die allgemeine Rechtsentwicklung der Parteien läßt auch in Italien moderate Opposition schnell als linksradikal erscheinen. Daß RC sich weiterhin dem Zeitgeist zum Trotz dem "Kommunismus"

verschreibt, verdient Sympathie. Politische Impulse für die "antagonistische Linke" im restlichen Europa aber sind von dieser Partei nicht zu erwarten - zu sehr hat sie damit zu tun, ihren Platz im italienischen Parteiensystem zu behaupten.

Daß ihre Wahlchancen auf absehbare Zeit nicht schlecht sind, muß auch die FAZ (8.2.1997) zugeben: In der sich ständig umgestaltenden "modernen Gesellschaft" werde es immer "Leute geben, die dabei zu kurz kommen oder sich so fühlen, die dafür nicht sich selbst verantwortlich machen wollen oder können, sondern Abhilfe von Parteiführern erhoffen".

Js.

Anmerkung:

1) Ein Viertel der Sitze wird per Verhältniswahlrecht unter den Parteien aufgeteilt, die mindestens 4 Prozent der Stimmen erreichen.

Aktueller Nachtrag: Am 6. März hat Bertinotti in einem zweieinhalbstündigen Gespräch mit D'Alema der Regierung die Unterstützung seiner Partei zugesichert. Die erzielte Übereinkunft enthält Zugeständnisse von beiden Seiten: Die Kommunisten stimmen für das geplante Beschäftigungsprogramm, das 500.000 neue - allerdings befristete - Arbeitsplätze schaffen soll. Sie stimmen auch der Privatisierung des Telekommunikationsriesen STET zu; dafür wird die Staatsholding ENEL (Energiewirtschaft) zunächst nicht privatisiert. Schließlich sollen auch die nächsten Einsparungen im Haushalt mit den Stimmen von Rifondazione beschlossen werden; allerdings wird das Volumen von beabsichtigten 15 Mrd. DM auf 8 Mrd. reduziert. Bertinotti kommentierte den Deal mit den Worten, "allgemeine politische Positionen" und "reale Prozesse" seien zweierlei.

Rifondazione Comunista in Zahlen, +

Mitglieder:, 126.000

WählerInnen (April 1996):, 3.216.000

Stimmenanteil:, 8,6%

Abgeordnete:, 35

Senatoren:, 11

Bürgermeister:, 30

22. Flexibel ins dritte Jahrtausend. Italiens PDS nimmt Abschied vom "abstrakten Gleichheitsprinzip"

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:13

Die Chronisten kommen mit dem Zählen kaum noch nach: Wie viele "Rechtswenden" hat der Partito democratico della sinistra (PDS) seit seiner Gründung vor sechs Jahren durchgemacht? Klar ist nur: Die neueste "Modernisierung", beschlossen und verkündet auf dem 3. Parteitag in Rom (20.-23.2.1997), wird nicht die letzte Anpassung der ehemaligen Kommunisten an den neoliberalen Zeitgeist bleiben.

Den ersten Akzent setzte der politische Gegner. In einem Brief an das ehemalige PCI-Zentralorgan L'Unità schlug Oppositionsführer Silvio Berlusconi dem PDS einen "klaren und transparenten Kompromiß" vor: eine Übereinkunft zwischen Regierung und Opposition darüber, wie Italien die Europäische Währungsunion erreichen könne. Grundlage dieses Kompromisses müsse sein: der "radikale Ausschluß neuer Abgaben", die "notwendige Festlegung auf die gerechte Senkung der unproduktiven Sozialausgaben", die "Eindämmung des außerordentlichen Steuerdrucks auf Unternehmen und Privatpersonen". Vom PDS-Kongreß erhoffte sich Berlusconi "ein klares Signal in diese Richtung".

Daraus wurde nichts. Sowohl der PDS als auch Regierungschef Romano Prodi halten Verhandlungen mit der Opposition derzeit nicht für notwendig. Ganz eigenständig beschloß der PDS-Kongreß eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen, die den Forderungen der Rechten weit entgegenkommen. Berlusconi lobte besonders den Hauptredner: PDS-Sekretär Massimo D'Alema vertrete nunmehr "Werte, an die wir schon lange glauben und die die Grundlage unseres politischen Handelns sind". Die Zeit des schroffen Antikommunismus, der vor drei Jahren den ersten Wahlkampf von Forza Italia geprägt hatte, scheint vorbei zu sein. Heute macht Berlusconi sogar gute Miene zu roten Ritualen:

Am Ende des vorletzten Tages, nach Massimo D'Alemas umjubelter Rede, erklang noch einmal die Internationale, und fast alle, selbst die als Gäste anwesenden Silvio Berlusconi und Francesco Cossiga (der ehemalige christdemokratische Staatspräsident), sangen oder klatschten mit. "Una canzone di lotta e di governo" ("ein Kampf- und Regierungslied") sei so entstanden, spottete der Corriere della Sera in Anlehnung an die alte Parole des PCI, der gleichzeitig "Kampf- und Regierungspartei" sein wollte. Nur die Altkommunisten Cossuta und Bertinotti (Rifondazione Comunista - RC) mochten bei der Verwandlung des proletarischen Revolutionsliedes in eine Hymne der großen Koalition nicht mitmachen und preßten demonstrativ die Lippen aufeinander.

Die Dramaturgie der vier Tage dauernden Debatten war perfekt: eine Mischung aus kalkulierten Effekten und Unvorhergesehenem. Am ersten Tag gab es Staatstragendes aus dem Munde Walter Veltronis, des zweiten Mannes sowohl des PDS als auch des Regierungsbündnisses Ulivo; am zweiten folgte ungewohnt offene Kritik des Gewerkschaftsvorsitzenden Sergio Cofferati an Veltronis Referat; der dritte Tag brachte den Aufstieg des umstrittenen PDS-Sekretärs D'Alema zum Liebling der Massen. Die mit der Stoppuhr gemessenen Beifallskundgebungen zeigen eine klare Rangfolge: Es führt D'Alema mit 180 Sekunden vor dem Parlamentspräsidenten Luciano Violante mit 130 und Cofferati mit 120 Sekunden; auf den Plätzen vier und fünf folgt das Regierungsduo Veltroni (100) und Prodi (90). RC-Sekretär Fausto Bertinotti landete mit 15 Sekunden Applaus abgeschlagen auf dem zehnten Rang.

Neben der Show wurde auch Politik gemacht - rechte, "neoliberale" Politik. Walter Veltroni zeigte dem Kongreß mit dem Zauberwort "Flexibilität" den Weg - "Flexibilität" der Beschäftigung und der Sozialleistungen, mit anderen Worten: ihre "Anpassung" nach unten, besonders im Süden des Landes. Man dürfe nicht "einem abstrakten Gleichheitsprinzip huldigen" und damit junge Leute ohne Arbeit lassen. Denn: "Arbeitsplätze fallen nicht vom Himmel, sondern werden von privaten Unternehmen geschaffen, die alle möglichen flexiblen Modelle anwenden". Vor allem müßten die Löhne "dem Niveau der Produktivität angepaßt" werden.

Sozialdemokratische Kritik - von links

Sergio Cofferati, der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes CGIL, provozierte mit seiner Rede unterschiedliche Reaktionen: eisige Mienen bei den Parteiführern, von denen sich keiner zum üblichen Händedruck mit dem Redner aufraffen konnte; begeisterten Applaus bei vielen Delegierten. Dabei hatte

"Coffy" - "schon immer sehr gemäßigt, reformistisch und sozialdemokratisch" (La Repubblica) - nur einige gewerkschaftliche Essentials in Erinnerung gerufen und gewarnt: Wer die Rezepte der Rechten übernehme, verwandele Süditalien in einen Teil der Dritten Welt; der von Veltroni den Gewerkschaften abverlangte "Mut" müsse heute gerade darin bestehen, "nicht in den Chor der falschen Erneuerer einzustimmen". Auch Streiks gegen die Regierung des Ulivo wollte Cofferati nicht ausschließen. Noch offen ist, ob die CGIL für den 22. März zum Generalstreik aufruft. An diesem Tag soll in Rom eine große Demonstration gegen die Erwerbslosigkeit stattfinden.

Von einem "Bruch" Cofferatis mit dem PDS oder der Regierung - so die Schlagzeile von La Repubblica - kann dennoch nicht die Rede sein. Das stellte der Kritiker, offensichtlich erschrocken über das von ihm selbst hervorgerufene Echo, sogleich fest. Im Kern enthielt seine Rede die Warnung, es mit dem "Liberalismus" nicht zu übertreiben. Damit hat er zwar die Harmonie gestört, der Regierung aber auch einen Dienst erwiesen. Eine gewisse Rücksichtnahme auf gewerkschaftliche Forderungen ist nicht nur deshalb geboten, weil die Regierung auf die Stimmen der Neokommunisten angewiesen ist. Vor allem darf sie ihre eigene Klientel nicht allzu hart vor den Kopf stoßen.

Denn auch Teile der rechten Opposition, vor allem die Neofaschisten, bemühen sich mit einigem Erfolg, den sozialen Protest für sich zu nutzen. Gianfranco Fini, Chef von Alleanza Nazionale (AN), kritisierte denn auch den Versuch des PDS, Flexibilität und Sozialstaat in Einklang zu bringen, als "Quadratur des Kreises". (Die von Fini hier ausgemachten "unvereinbaren Positionen" sind allerdings auch für den rechten Polo per le libertà kennzeichnend: Während Forza Italia ultraliberale Forderungen vertritt, will AN sozialstaatliche Leistungen erhalten. Vor allem in ihren Bastionen im Süden des Landes binden die Neofaschisten mit Hilfe der von ihnen verwalteten staatlichen Zuwendungen eine stattliche Klientel an ihre Partei.)

D'Alema Superstar

Daß Massimo D'Alema am dritten Tag Ovationen erntete, ist nicht allein mit dem Inhalt seiner Rede zu erklären. Der Sekretär der stärksten italienischen Partei präsentierte sich als "Leader", der es mit den Medienstars Berlusconi und Fini aufnehmen kann. Vom notorischen Langweiler und "Apparatschik" zum "starken Mann", der offen seine Ansprüche geltend macht, nach den nächsten Wahlen das Amt des Regierungschefs zu übernehmen - für diese Wandlung sind nicht nur D'Alemas Medienberater verantwortlich. Auch der deutsche Bundeskanzler hat D'Alema vor der Weltöffentlichkeit aufgewertet, als er ihn einen Tag vor Romano Prodi zum Quasi-Staatsbesuch empfing.

D'Alema gab in Rom den Staatsmann in Lauerstellung, der in internationalen - d.h. europäischen - Dimensionen zu denken in der Lage ist und für den Italiens Beitritt zur europäischen Währungsunion erste Priorität hat. In der Frage des "umgebauten" Sozialstaats und des "flexiblen", deregulierten Arbeitsmarktes stimmt er mit seinem innerparteilichen Rivalen Veltroni völlig überein. Seine Antwort auf Cofferati verriet demagogisches Geschick: Der PDS dürfe nicht nur die Interessen der Erwerbstätigen vertreten, und der Sozialstaat dürfe nicht auf dem "Modell des männlichen erwachsenen Arbeiters" basieren - was auf den ersten Blick "fortschrittlich" klingt, heißt in diesem Zusammenhang de facto: Frauen und Jugendliche sind auch mit weniger zufrieden! Auch sonst blieb D'Alema bemerkenswert unkonkret. So sprach er sich zwar für einen "Sozialpakt" ("patto sociale") aus, nannte aber weder die Vertragspartner noch die Bedingungen. Daß die Summe der Sozialleistungen in Italien, verglichen mit anderen europäischen Ländern, seit jeher niedrig ist, gestand er zwar ein. Aber statt eine Erhöhung zu fordern, sprach er sich nebulös für mehr "Gerechtigkeit" bei ihrer Verteilung aus.

Um Italien fit zu machen für "Europa", will D'Alema neben dem Sozialstaat auch die politischen Institutionen umbauen. Als Vorsitzender der zuständigen Parlamentskommission ("bicamerale") betreibt er die Stärkung der Exekutive durch Ausweitung des Mehrheitswahlrechts (mit zwei Wahlgängen) und durch Direktwahl des Regierungschefs. Warnungen vor dem damit verbundenen Demokratieverlust kontert er in seinem neuen Buch "La sinistra nell'Italia che cambia" ("Die Linke im sich wandelnden Italien") mit Polemik gegen den "linken Konservatismus" auch innerhalb des Regierungsbündnisses, durch den Italien "unregierbar" zu werden drohe und international seine "Vertrauenswürdigkeit" einbüße.

Die Transformation des PDS in eine neue Partei (Arbeitstitel "Cosa Due") hat D'Alema zunächst vertagt. Nicht so ganz ernst gemeint ist seine Aufforderung an Rifondazione Comunista, mit dem PDS zusammenzugehen.

In einer Situation, wo die Differenzen zwischen den beiden PCI-Nachfolgeparteien größer sind denn je, erinnert sein "Angebot" an ähnliche Vorstöße des ehemaligen Sozialistenchefs Bettino Craxi: Der hatte dem PCI auch immer mal wieder Fusionsangebote gemacht, um sich der Öffentlichkeit als Einiger der Linken zu präsentieren - im Gegensatz zu den halsstarrigen und parteibornierten Kommunisten.

Eine ganz normale Partei?

Walter Veltroni erinnerte in seiner Rede an ein historisches Ereignis, und die Medien griffen den Hinweis auf: Was der PDS heute betreibe, sei eine Wiederholung der "Wende der EUR" ("la svolta dell'EUR") vom 14. Februar 1978. Damals hatten die Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL eine Übereinkunft mit den Unternehmern und der christdemokratischen Regierung unter Andreotti geschlossen. Schauplatz war das römische Viertel EUR (benannt nach der Esposizione Universale di Roma, der Weltausstellung des Jahres 1938) - der gleiche Ort, wo nun, 19 Jahre später, der 2. PDS-Kongreß eine weitere Rechtswende beschloß. 1978 hatte Luciano Lama, CGIL-Sekretär und PCI-Kader, den neuen Kurs von Partei und Gewerkschaft so umrissen: "Wir schlagen den Arbeitern eine Politik nicht nebensächlicher, sondern substantieller Opfer vor."

Diese Politik war und ist zwar an der Basis - des PCI wie des PDS - umstritten. Die PDS-Delegierten haben ihr aber auf Vorkongressen in den Parteisektionen mit der überwältigenden Mehrheit von 98% zugestimmt. Einige scheinen erst nach Cofferatis Kritik gemerkt zu haben, wofür sie die Hand gehoben haben. Auch in der Schlußresolution des Kongresses ist die Politik der "Opfer" nur verschlüsselt formuliert: Ziel sei ein "Sozialpakt", "ohne die Rechte der Jüngeren den Absicherungen anderer Kategorien von Bürgern entgegenzusetzen, die heute weitgehend geschützt sind." Im Klartext: Die Jüngeren haben das "Recht", ihre Arbeitskraft unter Tarif zu verkaufen; Kündigungsschutz entfällt auch bei langfristigen Arbeitsverhältnissen (bis zu drei Jahren) - daß solche "prekären" Arbeitsverhältnisse, die immer mehr zum Normalfall werden, auch den Status der heute noch "Abgesicherten" untergraben, liegt auf der Hand.

Es gebe im PDS heute weder Rechte noch Linke, kommentierte der meistens scharfsinnige Eugenio Scalfari (ehemals Direktor der Repubblica, jetzt im Ruhestand). Die KritikerInnen der neuen "Flexibilität" hatten auf einen Alternativantrag verzichtet. Erst am Ende des Parteitags präsentierten sie ein Minderheitsvotum, das von 100 Delegierten unterzeichnet wurde. Als "malpancisti" (Leute mit "Bauchschmerzen") bezeichnete sie La Repubblica; über eine schlüssige Strategie verfügt diese Minderheit nicht.

Ist der PDS nun eine "normale" Partei geworden? Die Medien behaupten es - in Anspielung auf D'Alemas häufig ironisierte Formulierung, es gelte, aus Italien ein "normales" Land zu machen. Allerdings werden bei der Anpassung an den siegreichen Kapitalismus mitunter die Planvorgaben übererfüllt. Die Orientierung an Lafontaines SPD und Tony Blairs Labour Party finden auch die "Linken" im PDS gut und richtig. Sie weisen nur - mit einigem Recht - darauf hin, daß D'Alemas Politik eher liberal- als sozialdemokratisch zu nennen ist.

Die Warnung der kommunistischen Tageszeitung Il Manifesto an Massimo D'Alema, schon andere Regierungen (auch die Berlusconis) seien durch Massenbewegungen gestürzt worden, ist zwar "im Prinzip" richtig. Konkrete Anzeichen für breiten und politisch wirksamen sozialen Protest - über Branchenkonflikte und sporadische Aktionen von Erwerbslosen hinaus - gibt es derzeit aber nicht.

Projekt

nationale Versöhnung

Wenig beachtet wird, daß zumindest Teile des PDS mit Bedacht daran arbeiten, auch das Letzte zu tilgen, was von der kommunistischen Tradition übrig geblieben ist: das antifaschistische Erbe, erworben im Partisanenkampf gegen italienische Faschisten und deutsche Besatzer, das dem PCI und seinen Nachfolgeparteien bis heute besondere moralische Autorität verliehen hat. Auf dem PDS-Kongreß war es Parlamentspräsident Luciano Violante, der sich an der - heute offenbar störenden - Erinnerung an die antifaschistische Vergangenheit zu schaffen machte.

Sein Anliegen ist die Konstruktion einer "einheitlichen Geschichte Italiens, ohne Auslassungen und Rache, in der alle sich wiederfinden können". Mit der vom PCI proklamierten "Verschiedenheit" ("diversità") müsse ein für allemal Schluß sein: Die aus dem Bürgerkrieg stammende Spaltung der Nation belaste die "Verantwortung für den Staat" und das "Rechtsbewußtsein".

Das ist nicht nur für ehemaligen PartisanInnen eine Zumutung. Die Neofaschisten von Alleanza Nazionale (mit 15,7 Prozent drittstärkste Parlamentspartei) pflegen noch heute die Tradition der faschistischen Repubblica Sociale von Nazi-Deutschlands Gnaden. Und die immer mal wieder als große Sensationen aufgemachten Enthüllungen über mutmaßliche Verbrechen der Partisanen haben nur den einen Zweck, die historische "Schuld" gleichmäßig auf Faschisten und Antifaschisten zu verteilen.

Violantes Eintreten für ein derart gefälschtes Geschichtsbild bereitet dem ehemaligen Partisanen und angesehenen Publizisten Giorgio Bocca nichts als "Ekel". Das Motiv für diesen Vorstoß sieht er zum einen in Violantes persönlichem Ehrgeiz, Staatspräsident zu werden und sich dafür beizeiten auch die Stimmen der Rechten zu sichern. Zu Recht erkennt er darin aber auch ein Projekt der Regierungskoalition, neue AnhängerInnen auf der Rechten zu gewinnen. Dafür sei sie bereit, den 1943 begonnenen Bürgerkrieg aus dem kollektiven Gedächtnis zu löschen - "und damit das Beste unserer Geschichte, als die Italiener den eigenen Kopf gebrauchten und, ihre Haut riskierend, in den Kampf zogen."

Js.

Quellen: Corriere della Sera, L'Espresso, Il Manifesto, La Repubblica; Massimo D'Alema: La sinistra nell Italia che cambia, Milano (Feltrinelli) 1997

23. Eskalation im Baskenland. Verhaftungswelle gegen "Botschafter des Friedens"

Autor: Dirk Hempel · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:27

Drei Vermummte sitzen an einem Tisch. Im Hintergrund hängt die baskische Flagge, die ikuriña, an der Wand, etwas darunter ein Plakat der Separatistenorganisation ETA. Die Vermummten verlesen ein Manifest der ETA, benennen Bedingungen für eine Verhandlungslösung mit dem spanischen Staat.

Eine Vorgehensweise, die parallel vonstatten gehen müsse, sei notwendig, so die Vermummten: "Eine zwischen der ETA und dem spanischen Staat und die zweite, die allen BürgerInnen des baskischen Volkes zusteht, mittels eines Demokratisierungsprozesses ohne jegliche Einschränkungen, mit der Möglichkeit von allen Optionen eine auszuwählen". Desweiteren müsse die spanische Seite den Willen der baskischen Bevölkerung akzeptieren, ihr Selbstbestimmungsrecht anerkennen und außerdem, um wirklich die Beteiligung aller BaskInnen zu garantieren, eine bedingungslose Generalamnestie für alle im Zusammenhang mit dem Konfliktherd Baskenland Inhaftierten verfügen. Wenn, heißt es in dem verlesenen Manifest weiter, der notwendige Demokratisierungsprozeß im Baskenland anlaufe, "wird die ETA einen Waffenstillstand verfügen", der "bewaffnete Konflikt zwischen dem Baskenland und dem spanischen Staat wird überwunden werden".

Das Video stammt vom 26. April 1995, das Manifest der Untergrundorganisation wurde sechs Tage zuvor veröffentlicht. Es gilt als die defensivste Veröffentlichung der Gruppe seit Jahren. Doch die spanische Justiz sieht das anders, Vervielfältigung und Ausstrahlung des Videos sind auf Beschluß des Madrider Sondergerichts Audiencia Nacional verboten. Weil sich die Baskenpartei Herri Batasuna (HB) daran nicht halten wollte, wurde deren Vorstand im Februar Ziel einer großangelegten Verhaftungswelle.

Die von HB veranstalteten Vorführungen des ETA-Videos zur "Demokratischen Alternative für das Baskenland" erfüllen nach der Meinung der spanischen Staatsanwaltschaft den Tatbestand der "Zusammenarbeit mit einer kriminellen Bande" und so leitete man 1996 ein Verfahren gegen sämtliche 25 Mitglieder der HB-Führung ein - unter ihnen viele Parlamentarier. Deshalb wurde mittlerweile der Fall an das höchste spanische Gericht, das Tribunal Supremo, abgegeben, daß als einzige Justizinstitution das Recht hat, Abgeordnete des nationalen oder eines Regionalparlaments anzuklagen.

HB-Vorstand hinter Gittern

Schon im Februar 1994 beschloß HB, Spaniens Justiz zu boykottieren, ihre Zuständigkeit nicht durch das Befolgen von Vorladungen anzuerkennen. Bei Gericht und Staatsanwaltschaft weiß man natürlich darum, und so wurde die Vorladung des gesamten HB-Vorstandes im Februar sogleich mit einer angedrohten Inhaftierung im Falle des Nicht-Erscheinens verbunden. Insgesamt 23 Haftbefehle wurden so vom 3. bis 18. Februar dieses Jahres gegen Funktionäre der Partei erlassen, 19 davon bis Redaktionsschluß vollstreckt, vier HB'ler hatten sich ins Ausland (Belgien und Schweiz) geflüchtet. Zwei weitere Vorstandsmitglieder sind im Laufe des Verfahrens verstorben: Roberto Sampedro Madina im August letzten Jahres, der 41jährige Eugenio Aranburu Landa erhängte sich am 10. Februar im Haus seiner Schwester - wenige Stunden bevor er vor dem Tribunal Supremo hätte erscheinen sollen.

Daß ausgerechnet die Verbreitung eines Friedensangebotes als "Zusammenarbeit mit der kriminellen Bande" verfolgt werde, entlarve die spanische Demokratie als schlicht undemokratisch - so Josu Telleria Uriarte, HB-Pressesprecher in Bilbao. "Die Botschafter des Friedens werden einfach eingesperrt. Das beweist, wie wenig Verhandlungsbereitschaft es gibt". Schließlich müßten die Leute sich doch über die Position der ETA informieren können. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch die baskische Friedensorganisation Elkarri, die während der Verhaftungswelle den Versuch wagte, das illegalisierte Video öffentlich aufzuführen, was jedoch mittels polizeilicher Beschlagnahme der Kassette verhindert wurde.

Die in fünf verschiedenen Gefängnissen untergebrachten HB-Aktivisten sollen wegen vermeintlicher Fluchtgefahr nun bis zur Urteilsverkündung inhaftiert bleiben, die durchaus erst in zwei oder drei Jahren erfolgen könnte. Seitens der Staatsanwaltschaft gibt es zwar das Angebot, die Angeklagten gegen eine Kaution von jeweils fünf Millionen Pesetas (ca. 60.000 Mark) vorläufig freizulassen, doch für HB ist diese

Geldsumme nicht aufbringbar. Mehrere Anträge, die Kaution zu senken oder gar ganz fallen zu lassen, sind bisher jedoch abgelehnt worden.

Die inhaftierten HB-Parlamentarier können ihre Mandate allerdings weiterhin wahrnehmen. So werden sie auf Antrag des jeweiligen Parlamentspräsidiums von der Polizei mehrere hundert Kilometer durch Spanien gefahren, um an den Sitzungen teilnehmen zu können. Anschließend geht es zurück in den Knast.

Angespannte Lage

Die Vorstandsgeschäfte der baskischen Partei haben indes andere Personen übernommen, doch arbeiten diese nicht mehr öffentlich. "Schließlich haben wir eine von der Basis gewählte Führung", erläutert Josu Telleria diese Entscheidung, "und an der halten wir fest, auch wenn der repressive spanische Staat sie einsperrt". Lediglich Joseba Pemarch, einziges Vorstandsmitglied, das von der Verhaftungswelle nicht betroffen ist, weil es zur fraglichen Zeit der Parteiführung noch nicht angehörte, und die Anwältin der Inhaftierten, Jone Goirizélaia, treten noch nach außen als Übergangsvorstand auf.

Eine völlige Illegalisierung fürchtet HB nicht. Dies sei im Prinzip auch nicht möglich, da die Organisation fest in der baskischen Gesellschaft verankert sei und über eine stabile Basis verfüge, meint Karmelo Landa, einer der nach Brüssel emigrierten HB-Chefs. Um ihre Position zu unterstreichen, organisiert die Partei für den 7. März (kurz nach Redaktionsschluß dieser ak-Ausgabe) einen Generalstreik im Baskenland, der sich insbesondere gegen die Verhaftungen und den "spanischen Kolonialismus" wendet, sowie Meinungsfreiheit und baskische Souveränität fordert.

Auf jeden Fall hat die Justizaktion gegen die HB die Verhältnisse im Baskenland zugespitzt. Angeheizt wird die Situation zusätzlich durch einen sehr merkwürdigen "Selbstmord" eines mutmaßlichen ETA-Aktivisten in einem Madrider Gefängnis. José María Aranzamendi war am 7. Februar laut offiziellen Angaben erhängt in seiner Zelle aufgefunden worden, Hinweise auf Fremdeinwirkung gebe es nicht. Wie die baskische Tageszeitung Egin allerdings veröffentlichte und die Behörden anschließend bestätigten, waren die Hände des 41jährige hinter dem Rücken zusammengebunden, die Füße gefesselt und die Augen verbunden gewesen. Dennoch halten die offiziellen Stellen die Selbstmord-These aufrecht - offenbar habe ihm halt jemand geholfen, heißt es.

Am 15. Februar schoß die baskische Autonomiepolizei Ertzaintza zudem mit Gummigeschossen und scharfer Munition auf TeilnehmerInnen einer HB-Demonstration in Bilbao. Mehrere Personen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, der baskische Innenminister rechtfertigte die Schüsse im nachhinein allerdings.

Zusätzlich hat sich im Januar und Februar die ETA "zurückgemeldet", nachdem Spaniens Medien sie zur Jahreswende schon fast todgesagt hatten: Sechs Todesopfer werden der Baskenorganisation im laufenden Jahr bereits zugeschrieben, eines mehr als in 1996 insgesamt. Auch hier deutet sich eine Verschärfung des Konfliktes an, denn Spaniens Regierung scheint nicht bereit, sich auf einen Dialog einzulassen.

Dirk Hempel

24. Der Likud rüstet ideologisch auf. Der Streit um die Siedlung Har Homa

Autor: Michael Schlickwei · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:19

An der Hevron-Straße in Richtung Bethlehem taucht kurz hinter dem Kibbuz Ramat Rahel überraschend ein bewaldeter Hügel auf. Er liegt vor dem Checkpoint, der Jerusalem von dem palästinensischen Autonomiegebiet trennt. Der Wald, vor dem Sechstagekrieg 1967 vom König von Jordanien angelegt, ist weit und breit der einzige. Dadurch ist er sehr wichtig für das Mikroklima der Region und Schutzgebiet für zahllose Tiere. Vor allem aber ist er Teil des von Israel zu Groß-Jerusalem erklärten und annektierten Gebietes der Westbank.

Dieser Hügel - hebräisch Har Homa, arabisch Abu Ghnaim genannt - ist umgeben von arabischen Dörfern diesseits und jenseits der von Israel deklarierten Stadtgrenze. Er soll nun abgeholzt werden, um Platz für etwa 6.500 Wohneinheiten bzw. 22.000 jüdische Israelis zu schaffen. Wenn alles nach Plan geht, werden die Bulldozer Har Homa dann erreichen, wenn Israel einen weiteren Rückzug aus der Westbank einleitet.

Dieser Entscheidung der israelischen Regierung ging eine interessante Kampagne aus den Reihen des Likud, also Netanjahus eigener Partei, voraus.

Eingeleitet wurde diese Kampagne von einer Gruppe von 17 Knesset-Abgeordneten, die sich, frei übersetzt, "Die starke 17" nennt. Gegründet wurde sie unter der Führung von Jerusalems Bürgermeister Olmert und von Ze`ev Begin (ja, das ist der Sohn von Menachim Begin), der wegen des Hebron-Rückzugs aus der Regierung ausgeschieden ist.

"Die starke 17" lancierte die Parole "Netanjahu will Jerusalem teilen". In ganz Jerusalem erschienen Plakate mit dieser Losung, aufgemacht wie Plakate, die üblicherweise Beerdigungstermine bekanntgeben. Anstatt an Knessetsitzungen teilzunehmen, fuhr die Gruppe nach Har Homa, um sich der versammelten Medienwelt zu zeigen. Olmert verkündete: "If there is no Har Homa, there is no Bibi!" (Bibi ist der Spitzname von Netanjahu) und drohte offen, mit der Regierung zu brechen. Der ehemalige Premierminister Shamir, ebenfalls Likud, wurde mit dem Satz zitiert: "Tatsache ist, daß Netanjahu gegen die Prinzipien des Likud arbeitet. Er hat überhaupt keine Prinzipien."

Der Rückzug aus 80% der Stadt Hebron - neben Jerusalem, Safed und Tiberias die vierte heilige Stadt der Juden - hat Israels Rechte tief gespalten. Sie selbst beschreibt das Abkommen als ihr "Pearl Harbour". Netanjahu hatte im Wahlkampf 1996 die Unterstützung der Siedler und Rechtsradikalen erhalten, weil er versprochen hatte, die Friedensverhandlungen sofort zu stoppen. Statt "Land gegen Frieden" proklamierte er "Land und Frieden".

Für Netanjahu lag der Schlüssel zum Frieden nicht in einem Abkommen mit den Palästinensern, sondern in Friedensverträgen mit einzelnen arabischen Staaten. "Der Arabisch-Israelische Konflikt wird nur dann beendet werden, wenn alle arabischen Staaten, ebenso wie der Iran, ein nichtarabischer Staat, überzeugt werden können, daß Israel eine vollendete Tatsache ist. Oder, alternativ, wenn die uns umgebenden Länder Demokratien werden." (Ha`aratz, 22.11.96)

In einem schmerzhaften Prozeß lernten Netanjahu und seine Berater, daß internationale Verträge, zumal wenn sie in Washington im Beisein des amerikanischen Präsidenten unterschrieben worden sind, eingehalten werden müssen. Und daß ohne eine Lösung, mit der die Palästinenser einverstanden sind, kein arabisches Land normale Beziehungen mit Israel eingehen wird. Mit extremer Empfindlichkeit wurde in Israel registriert, wie scharf König Hussein von Jordanien auf die Tunnel-Eröffnung in der Altstadt im September letzten Jahres reagiert hat.

Netanjahu hat sich in den ersten Monaten seiner Amtszeit praktisch von der Ideologie eines Groß-Israel unter Einschluß der Westbank und des Golan verabschiedet und damit von einem zentralen Element der Politik des Likud und der übrigen rechten Parteien Israels. Der Abschied von dieser Ideologie zugunsten einer pragmatischen Politik wird allerdings nur von einer hauchdünnen Mehrheit innerhalb der Regierungskoalition mitgetragen.

Hardliner

in der Zwickmühle

Die Hardliner hingegen - eine Gruppierung um den Minister für Infrastruktur, Sharon, und Jerusalems Bürgermeister Olmert sowie Mitglieder der Nationalreligiösen Partei - vertreten vor allem die Interessen der Siedler in der Westbank. Sie fordern eine "Bantustan-Lösung", wie Teile der israelischen Linken diesen Kurs nennen: Wenige palästinensische Inseln wie Nablus, Ramallah und Bethlehem sollen von einem Meer von jüdisch-israelischen Städten umringt werden. Sharon möchte die Zahl der Siedler bis zum Jahr 2.000 von zur Zeit 150.000 auf 350.000 erhöhen.

Doch die "ideologische Fraktion" steckt in einer taktischen Falle. Sie ist zwar Teil der rechtesten Regierung, die Israel jemals hatte, konnte den Rückzug aus Hebron jedoch trotzdem nicht verhindern. Gleichzeitig wurde der Rückzug der Israelis aus der Westbank "to specified military locations" bestätigt, der bis zum Sommer 1998 abgeschlossen sein soll.

Teile der Siedler forderten, die Regierung zu verlassen, um eine neue Sammlungsbewegung für ein Groß-Israel zu gründen, fanden dafür aber nur wenige Anhänger. Es gibt keine Führungspersönlichkeit, die gegen Netanjahu eine Chance hätte. Bei Neuwahlen wäre die Gefahr groß, mit den moderaten Kräften im Likud wieder auf den harten Bänken der Opposition Platz nehmen und damit auf viele finanzielle Vergünstigungen verzichten zu müssen.

Während es Netanjahu nur mit Hilfe der Stimmen der Opposition gelungen ist, das Hebron-Abkommen umzusetzen, war die Kampagne im Falle Har Homa eigentlich überflüssig. Denn die Entscheidung, dort einen jüdischen Stadtteil zu errichten, wird bis weit in die Arbeiterpartei hinein mitgetragen. Auch der legendäre ehemalige Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek unterstützte Ende Februar das Har Homa-Projekt. Allerdings kritisierte er die Art und Weise, wie sein Nachfolger Olmert das delikate Problem behandelt: "Wir bauen viel, aber der Likud glaubt, daß er immer alles erst ankündigen muß." (Jerusalem Post, 28.2.97)

Warum dann diese in Israel viel beachtete Kampagne, die die Gegensätze innerhalb des rechten Lagers der Falken weiter zu verschärfen scheint?

Tatsächlich führt die Kampagne den ideologischen und den pragmatischen Teil der Rechten wieder zusammen. Im Fall des Hebron-Abkommens schien eine Spaltung des "war camps" unausweichlich. Mit den Aktionen für die Bebauung von Har Homa hat man wieder einen kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden.

Die Bar-on-Affäre

Wer als Ausländer in den letzten Wochen nach Israel kam und sich eine Zeitung kaufte, um sich über den Stand der Friedensverhandlungen zu informieren, wurde enttäuscht. Weit abgeschlagen auf den hinteren Seiten konnte man etwas über Gespräche zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Tourismusminister erfahren - ansonsten waren die Schlagzeilen vor allem der sogenannten Bar-on-Affäre vorbehalten.

Dieses "israelische Watergate" hat, unabhängig vom Ausgang, das Vertrauen vieler moderater LikudwählerInnen in ihre Regierung erschüttert. Es geht um eine Behauptung des staatlichen Fernsehsenders Channel 1, der gemeinhin als Kanal der "Arbeiterpartei-Aschkenasim" gilt. (1) Channel 1 zufolge sind die Stimmen der beiden Minister der sephardisch-orthodoxen Shas-Partei (2), die für das Hebron-Abkommen votiert haben, durch eine Absprache erkauft worden: Angeblich hat man ihnen zugesagt, daß ein Prozeß, der seit sieben Jahren gegen den Fraktionsführer von Shas geführt wird, eingestellt wird. Die polizeilichen Ermittlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, trotzdem bereiten sich alle Parteien bereits auf Neuwahlen vor. In dieser innenpolitisch höchst brisanten Situation kämen gewalttätige Aktionen von palästinensischer Seite höchst gelegen, um die jüdisch-israelische Nation zu vereinen. Viele behaupten, daß der Beginn der Bebauung von Har Homa ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt mit der stillen Hoffnung verbunden ist, von der Bar-on-Affäre ablenken zu können.

Gravierender bleiben allerdings die strategischen Probleme, die die Mehrheitsposition der Rechten Israelis mittelfristig gefährden.

Netanjahus Scherbenhaufen

Der moderate Likudblock und die "Neuen Pragmatiker" um Netanjahu haben es bislang nicht geschafft, der Oslo-Dynamik eine Alternative entgegenzusetzen. Sie wurden vor allem durch den starken internationalen Druck auf die Oslo-Agenda verpflichtet.

Netanjahu mußte den größten Teil von Hebron räumen, ohne daß er im Vergleich zu der Vereinbarung von Rabin/Peres mit Arafat nennenswerte Verbesserungen für Israel erreicht hätte. Außerdem mußte er einen weiteren Rückzug aus der Westbank zusagen und die Tagesordnung der "final status talks" akzeptieren. Schließlich hat Netanjahu auch die UN-Resolution 242 als Grundlage für Verhandlungen mit Syrien akzeptiert. Das kommt einem Zugeständnis gleich, zumindest einen Teilrückzug aus dem Golan einzuleiten - ein Schritt, den Netanjahu im Wahlkampf kategorisch zurückgewiesen hatte.

Viele Israelis fragen sich zu Recht, ob sie das gleiche Ergebnis nicht auch mit einer Regierung der Arbeiterpartei und ohne den internationalen politischen Schaden bekommen hätten, den die Likud-Propaganda angerichtet hat. Die Auswirkungen der Politik der "Falken" sind für viele auch ökonomisch spürbar: Die Touristenzahlen sind dramatischen zurückgegangen, bereits zugesagte ausländische Investitionen wurden eingefroren, die Arbeitslosenquote ist mit knapp 7% für Israel sehr hoch, und es gibt viele Streiks.

Eine vor allem von den Medien herbeigeredete "Große Koalition" zwischen Likud und Arbeiterpartei ist derzeit nicht in Sicht. Zwar wurde in einer Arbeitsgruppe beider Parteien das sogenannte "Beilin-Eitan Papier" erarbeitet, das sich als Grundlage für die "final-status-talks" andient, doch scheint sich dafür zur Zeit weder bei der Arbeiterpartei noch im Likud-Block eine solide Mehrheit zu finden.

In diesem Papier wird die Annexion des Teils der Westbank vorgeschlagen, in dem sich die größten jüdischen Siedlungen befinden; im Gegenzug soll den Palästinensern ein Staat ohne Armee zugestanden werden.

Die Rechten in der Arbeiterpartei, die sich um Barak sammeln - er wird wahrscheinlich der neue Parteiführer -, sehen keinen Vorteil in einer Großen Koalition: Dort würden sie unter dem Premier Netanjahu nur die zweite Geige spielen.

Jerusalem - die letzte Bastion des Likud?

Der Likud scheint allmählich zu begreifen, daß eine permanente Kontrolle der Westbank und ihre Besiedelung mit dem langfristigen Ziel einer Annexion unrealistisch ist; eine Alternative zur Autonomie der Palästinenser ist nicht in Sicht, und die Ausrufung eines palästinensischen Staates wird immer wahrscheinlicher, unabhängig davon, wie der Grenzverlauf im einzelnen aussehen wird. Daher rückt die Losung von einem "ungeteilten Jerusalem" immer stärker in den Mittelpunkt. Moshe Halberthal, Politikwissenschaftler von der Hebrew University, meint, daß "Jerusalem zur letzten ideologischen Bastion avanciert ist." (JerPost, 28.2.97)

Debatten über den künftigen Grenzverlauf zwischen Israel und den Gebieten der Westbank sind als Schlachtfeld für ideologische Kämpfe mit der Arbeiterpartei kaum geeignet, zumal man früher das ganze Gebiet beansprucht hat. Doch Jerusalem ist für die Mehrheit der jüdisch-israelischen Bevölkerung ideologisch hoch besetzt. Auch wenn eine knappe Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Tel Aviv als Hauptstadt bevorzugen würde, bleibt es ein zionistisches Gebot, niemals Jerusalem zur Disposition zu stellen.

Mit Jerusalem als Gegenstand der letzten, entscheidenden Schlacht könnte, so meinen viele Rechte in Israel, nicht nur die Mehrheit bei den nächsten Wahlen behauptet werden; letztendlich wäre möglicherweise der gesamte Friedensprozeß doch noch zu kippen.

Die Propaganda der palästinensischen Autoritäten scheint ihnen Recht zu geben: "Jerusalem ist ein Feuerball, und wenn dieser Feuerball einmal explodiert, wird er alle anderen Dinge mit verbrennen", läßt sich Ahmed Abdel Rahmann, Generalsekretär der palästinensischen Regierung, zitieren.

Har Homa ist Teil einer Reihe von Aktivitäten, die leicht als der Versuch auszumachen sind, die palästinensische Bevölkerung in Ostjerusalem von der übrigen Westbank abzuschneiden und zu dezimieren. Koste es, was es wolle - die Bevölkerung Jerusalems soll von derzeit 600.000 in wenigen Jahren um 150.000 jüdische Israelis anwachsen. Bereits jetzt leben im Ostteil der Stadt mehr jüdisch-israelische EinwohnerInnen als palästinensische.

Har Homa ist das letzte Glied eines ansonsten abgeschlossenen Rings von Stadtteilen, der sich um den historischen Stadtkern und das palästinensische Ostjerusalem legt. Ein dahinter liegender Gürtel von

Siedlungen, der sich bis vor die Tore Jerichos und zum Toten Meer erstreckt, verhindert jede weitere Ausdehnung der palästinensischen Dörfer zwischen Bethlehem, Jericho und Ramallah.

Gleichzeitig mit der Bebauung von Har Homa wurden große Straßenbauprojekte beschlossen, die das konfiszierte Land einiger palästinensischer Dörfer endgültig mit Asphalt zudecken werden. Dagegen protestiert die Friedensbewegung, Proteste kommen aber auch von Architekten und Umweltschützern. Einen "Alptraum" nennen sie die Bebauung Jerusalems mit 50 Hochhaustürmen von bis zu 34 Stockwerken, die Zerstörung der letzten grünen Oasen der Stadt und die vollkommen auf Autoverkehr ausgerichtete Verkehrsplanung. Die Antwort von Bürgermeister Olmert auf solche Bedenken: "Jerusalem kann nicht gestoppt werden".

Vor allem die Ultraorthodoxen - mittlerweile die stärkste politische Kraft in der Stadt - fordern Unnachgiebigkeit in Fragen der Bebauung. Olmert selbst verlangte noch vor dem Beginn der "final status talks", daß weitere Gebiete in die Stadt Jerusalem eingemeindet werden müßten, um neues Bauland zu gewinnen.

Nach wie vor besitzen nur die wenigsten PalästinenserInnen in Jerusalem die israelische Staatsangehörigkeit. Doch auch die glücklichen BesitzerInnen einer blauen Jerusalemkarte können sich nicht mehr sicher fühlen. Es wird geschätzt, daß ca. 50.000 PalästinenserInnen derzeit Gefahr laufen, ihre Jerusalemkarte zu verlieren, weil sie gezwungen werden, ihren Wohnort in Gebiete außerhalb von Groß-Jerusalem zu verlegen.

In diesem Kontext klingt es mehr als zynisch, wenn Netanjahu im Zusammenhang mit der Bebauung von Har Homa als Entgegenkommen den Bau von 3.000 Wohnungen in palästinensischen Stadtteilen verkündete. Solche Versprechen wurden immer dann abgegeben, wenn internationaler Druck oder taktische Gründe dies für opportun erscheinen ließen. Gebaut wurde nie.

Michael Schlickwei (Jerusalem)

Anmerkungen:

(1) Als Aschkenasim werden die europäischen Jüdinnen und Juden bezeichnet, die ihre politische Heimat vorwiegend in der Arbeiterpartei sehen und Israel in den ersten 40 Jahren regiert haben.

(2) Sepharden sind Jüdinnen und Juden aus arabischen Ländern, die in ihrer Mehrzahl zu den sozial Benachteiligten gehören und traditionell eher Likud oder Shas wählen.

25. Nordkorea auf der Krisenwippe. Wankt oder fällt das letzte realsozialistische Regime in Ostasien?

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Nord) · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:21

Große Unruhe unter dem weiten Himmel: Deng Xiaoping segnete das Zeitliche, der kleine Nachbar Nordkorea steht wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand, Südkorea trudelt von einer innenpolitischen Krise in die nächste. Und Experten des chinesischen Außenministeriums sind urplötzlich gefordert, mit taktischem Geschick - diesmal diplomatisch - den Tigerberg zu erobern. Doch das markiert erst den Beginn eines veritablen Politthrillers.

Den 55. Geburtstag hatte sich der "Geliebte Führer" Kim Jong-Il Mitte Februar gewiß anders vorgestellt. Der 73jährige Parteifunktionär Hwang Jang-Yop tauchte am 12. Februar in der südkoreanischen Botschaft in Beijing auf und ersuchte dort um Asyl. Die Südkoreaner waren verdutzt, die Nordkoreaner sprachen von Entführung und Chinas Diplomaten gerieten in die undankbare Rolle eines politischen Maklers. In der südkoreanischen Metropole Seoul reichte Ministerpräsident Lee Soo-Sung wegen des größten Finanzskandals in der Geschichte des Landes sein Rücktrittsgesuch ein, das Präsident Kim Young-Sam bislang jedoch nicht annahm. Als sei das alles nicht schon genug, wurde ebenfalls Mitte Februar ein bereits 1982 nach Südkorea übergelaufener angeheirateter Neffe Kim Jong-Ils in der Nähe Seouls vor dem Apartement eines Freundes mit schweren Schußverletzungen aufgefunden. Dieser Anschlag auf den 36jährigen Lee Han-Young sei, so ließen die Behörden umgehend verlauten, ein Vergeltungsakt nordkoreanischer Agenten für Hwangs Überlaufen gewesen. Allen Beteiligten wird nunmehr umsichtiges Agieren abverlangt, soll eine gefährliche Eskalation auf der koreanischen Halbinsel vermieden werden.

Das ist keine leichte Aufgabe. Selbstredend steht Beijing dem Regime in Pjöngjang politisch näher als Seoul. Doch gleichermaßen ist Südkorea als mittlerweile fünftwichtigster Handelspartner für Beijing wirtschaftlich weitaus interessanter als Nordkorea. Jedenfalls drängte der chinesische Außenminister Qian Qichen seinen südkoreanischen Amtskollegen Yoo Chong-Hu am Rande des kürzlich beendeten EU-ASEAN-Gipfels in Singapur in ungewöhnlich scharfer Form zur Zurückhaltung. Da Seoul den Fall Hwang medial und propagandistisch ausschlachtete, zeigten sich Beijings Diplomaten verärgert und unter Zugzwang gesetzt. Sie hätten ein diskreteres Vorgehen lieber gesehen. Der andere große Nachbar, Japan, zeigte sich gleichsam besorgt über die Affäre Hwang und ihre möglichen Konsequenzen - Südkoreas Armee ist erneut in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. Die angesehene Tokioter Tageszeitung "Asahi Shimbun" warnte Mitte Februar ebenso wie der neue US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Bill Richardson, vor einem konfrontativen Kurs Seouls und Pjöngjangs und rief beide Seiten zur Mäßigung auf. Wer ist dieser Hwang Jang-Yop, für dessen Schutz die Behörden in Beijing ein beachtliches Sicherheitsaufgebot stellen? Steht die Erosion der letzten realsozialistischen Bastion in Ostasien bevor?

Who is Mr. Hwang?

Prof. Hwang Jang-Yop zählte als Mitglied der älteren Führungsriege der herrschenden Partei der Arbeit Koreas (der KP Nordkoreas) zu den engeren Vertrauten des im Juli 1994 verstorbenen Staats- und Parteichefs Kim Il-Sung und seines designierten Nachfolgers und Sohns Kim Jong-Il. Als Mitglied des Zentralkomitees war er verantwortlich für die Außenbeziehungen der Partei. Der in Moskau in Philosophie promovierte Hwang war in Ost wie West als brillanter Gesprächspartner geschätzt, der seine große Kompetenz durch zahlreiche Reisen nach Europa (vor allem in die skandinavischen Länder), in die USA, nach Japan, China und Rußland festigte. In Japan beispielsweise verhandelte Hwang über Reislieferungen in sein durch verheerende Überschwemmungen und Dürrekatastrophen ökonomisch angeschlagenes Land. Dieser Kosmopolit, gleichermaßen vertraut mit östlicher und westlicher Philosophiegeschichte (einschließlich ihrer postmodernen Fransen), war überdies Rektor der Kim-Il-Sung-Universität, der Kaderschmiede in Pjöngjang, sowie Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung seines Landes. In diesem Sinne war er einer der Architekten der Dschutsche-Ideologie, der nordkoreanischen Variante des Schaffens aus eigener Kraft, und Verfechter einer autozentrierten Entwicklung.

Die in den Medien voreilig kolportierte Erzählung, Hwang sei der nordkoreanische Chefideologe schlechthin verkennt den Führungsstil in der Volksrepublik. Mitnichten ist dieser rein personal geprägt, sondern seit Jahren

in erstaunlicher Kontinuität kollektiv gestaltet worden. Aus dem engsten Kreis um Hwang war der Tenor eines Memorandums zu erfahren, das er in der südkoreanischen Botschaft vorstellte. Demnach geht es ihm im Kern um drei Kritikpunkte: erstens das Sozialismus-Konzept im eigenen Land kritisch und selbstkritisch zu reflektieren; zweitens Bewegung in die Starrheit zu bringen, was die Wiedervereinigung Koreas betrifft; und drittens die südkoreanische Seite zum Überdenken gewisser Positionen - beispielsweise in der Frage umfangreicherer Hilfeleistungen für den Norden - zu bewegen. Außerdem stehe Hwang der markanten Aufwertung hochrangiger Militärs in der Parteihierarchie kritisch gegenüber und habe die U-Boot-Affäre im vergangenen Herbst mißbilligt.

Die seit Jahren zur Staatsdoktrin erhobene Dschutsche-Ideologie zielt darauf ab, Nordkorea in sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens weitgehend Unabhängigkeit und Souveränität zu sichern. Außenpolitisch gewendet, führte Dschutsche beispielsweise in der seit Anfang der sechziger Jahre heftig geführten sogenannten Großen Polemik über die Generallinie in der internationalen sozialistischen und Arbeiterbewegung dazu, daß sich Pjöngjang weder eng an die Sowjetunion noch an die VR China anlehnte und auch dem einstigen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) fernblieb. Was seinerzeit im sozialistischen Lager als Zentrismus, als prinzipienloses Zaudern beziehungsweise Nicht-Festlegen-Wollen gescholten wurde, entpuppte sich rückblickend als recht kluge Entscheidung. Wie sehr der idealtypische Ansatz von Dschutsche allerdings zur kruden Herrschaftslegitimierung umgebogen worden ist, läßt sich nur erahnen.

Dschutsche -

ein Auslaufmodell?

In den sechziger und siebziger Jahren war das Dschutsche-Konzept durchaus erfolgreich und übte in zahlreichen gerade unabhängig gewordenen Ländern des Trikonts gewisse Faszination aus. Früher als im Süden bildete die Volksrepublik - makroökonomisch betrachtet - das eigentliche "Modell Korea". Doch der Kollaps des osteuropäischen und sowjetischen Marktes wirkte sich aufgrund der bereits seit Mitte der sechziger Jahre partiellen ökonomischen Dezentralisierung (Selbstversorgungspostulat) auf Provinzebene vor allem als Verschlechterung der Treibstoffversorgung aus, zumal Ölimporte - vorrangig aus China, des seit 1991 wichtigsten Wirtschaftspartners - nunmehr mit Devisen beglichen werden müssen. Bei den geringen Austauschbeziehungen zwischen Betrieben, dem Gütertransport auf dem Schienenweg und dem Fehlen privater Pkw trifft dies vorrangig die Landwirtschaft.

Die Seouler Nationale Vereinigungsbehörde (NUB) bezifferte die Summen, die Pjöngjang bereits 1993 für Öl- und für Getreide-Importe aus China berappen mußte, mit umgerechnet 240 bzw. 100 Mio. US-Dollar, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 7,2 bzw. 44 Prozent bedeutete. So gab denn das Zentralkomitee der Partei der Arbeit auf einer außerordentlichen Sitzung im Dezember 1993 erstmals zu, in Schlüsselindustrien (namentlich der Strom-, Stahl- und Kunstfasererzeugung) stagniere die Produktion oder schrumpfe, und es gebe Probleme in der Landwirtschaft, was letztlich zur Nichterfüllung des Siebenjahrplans 1987-93 geführt habe. Für den Mißerfolg machte die Partei, ohne genaue Statistiken zu präsentieren, die noch immer als Staatsgeheimnisse gehütet werden, die "internationalen Veränderungen" verantwortlich. Die antisozialistische Offensive sei in den vergangenen Jahren verstärkt worden wie nie zuvor. Lang- wie kurzfristige Außenhandelsabkommen seien geplatzt, und die traditionelle wirtschaftliche Zusammenarbeit sei nahezu zum Stillstand gekommen. Damit wurde auf den Wegfall der Wirtschaftshilfe und das Einfrieren des Handels vor allem mit der früheren Sowjetunion angespielt.

Passé also waren die Zeiten, da man in Pjöngjang die Fetischisierung eigener Planübererfüllungen zelebrierte. Das hatte politische Auswirkungen, bedeutete aber keine Schwächung der Führungsspitze von Staat und Partei. Erklärtermaßen wurde der "ideologischen Aufklärung" noch größeres Gewicht zuerkannt. Die Parteiführung hat seitdem als zentrales Manko der vormals regierenden sozialistischen und kommunistischen Parteien deren Unfähigkeit und/oder Laxheit gegeißelt, den ideologischen Kampf allseitig und offensiv zu führen. Kim Jong-Il hat gerade diesen Aspekt in seiner programmatischen Schrift "Der Sozialismus ist eine Wissenschaft" (November 1994) besonders hervorgehoben. (Bezeichnenderweise hatte Pjöngjang in den turbulenten Jahren 1989/90 seine nach Osteuropa entsandten Studenten mit dem Argument zurückbeordert, sie sollten nicht "ideologischen Kontaminierungen" ausgesetzt sein.)

Bereits im selben Jahr (1993), als die außerordentliche ZK-Sitzung stattfand, zeichneten russische Ökonomen ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Lage in der Volksrepublik. Deren Bruttosozialprodukt sei um 40 Prozent unter das Niveau von 1988 gefallen, und die Kapazitätsauslastung der Schlüsselindustrien betrage weniger als 25 Prozent. Sie sprachen zwar von einer "instabilen Balance auf niedrigem Niveau" der Volkswirtschaft insgesamt, unterstrichen gleichzeitig aber, die Wirtschaft versinke aufgrund autarker Strukturen und fortgesetzter zentralstaatlicher Planung nicht im Chaos. Intern räumten denn auch nordkoreanische Wirtschaftswissenschaftler enorme Schwierigkeiten ein. Doch insistierten sie darauf, daß diese im Vergleich zu den hoffnungslos erscheinenden wirtschaftlichen Zuständen in nahezu allen sogenannten Reformländern Osteuropas sowie in der ehemaligen UdSSR relativ gering und behebbar seien und die Überlebensfähigkeit des Landes selbst im Falle eines Embargos außer Frage stehe.

Diese Selbstsicherheit wurde in der Folgezeit beträchtlich gedämpft. Schwere Überschwemmungen haben in den vergangenen zwei Jahren zu erheblichen Ernteeinbußen geführt. Felder, Fabriken und Straßen wurden zerstört, der Viehbestand dezimiert. Etwa 1,8 Millionen der insgesamt 23 Millionen NordkoreanerInnen benötigen nach Angaben der Vereinten Nationen dringend Nahrungsmittelhilfe. Unter den Notleidenden seien 630.000 Kinder, teilte das Welternährungs-Programm (WFP) mit. Gegenwärtig erhielten die Menschen in der Volksrepublik über das Rationierungssystem lediglich etwa 150 Gramm Getreide pro Tag - ein Viertel des Durchschnittsbedarfs. Das WFP befürchtet, daß bis Mai die Lebensmittellager endgültig leer sind. Dann werde es eine Hungersnot geben. Ziel des WFP sei es, 100.000 Tonnen Lebensmittel zu den Hungernden zu bringen, wofür etwa 70 Millionen Franken aufzubringen seien. Doch diese Hilfsaktion würde allenfalls einen Tropfen auf dem heißen Stein bleiben; Nordkorea benötigte schätzungsweise reichlich zwei Millionen Tonnen Getreide.

Um aus der wirtschaftlichen Misere herauszufinden, setzt Pjöngjang auf die Modernisierung der Industrie und den entsprechenden Ausbau der Infrastruktur. Das soll ausländische Kapitalinvestitionen und neue Technologien anlocken und ausdrücklich Joint Ventures zulassen, erfordert mithin eine regulierte politische Öffnung. Vor allem ist beabsichtigt, den im Nordosten an China und Rußland grenzenden Korridor Rajin-Sonbong sowie die westliche Hafenstadt Namp'o zu Freihandelszonen mit neuentstehenden Industrieparks zu entwickeln. Konzeptionell und finanziell ist dieser Plan in der Vergangenheit von der UN-Entwicklungsbehörde (UNDP) unterstützt worden.

Doch die in Pjöngjang erwarteten Wachstumseffekte haben sich bislang nicht eingestellt. Nach Angaben des Vorsitzenden des Koreanischen Ausschusses zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland, Kim Chong-U, sollen zwar auf dem vom 13. bis 15. September 1996 abgehaltenen Internationalen Investitions- und Geschäftsforum der Rajin-Sonbong-Zone Investitionsvorhaben in Höhe von umgerechnet 840 Mio. US-Dollar signalisiert worden sein. Doch dies waren Absichtserklärungen, der reale Umfang dürfte etwa 300 Mio. $ betragen und schlösse unter anderem den Bau von Hotels, Krankenhäusern und Betonblock-Fabriken ein. Der staatliche nordkoreanische Rundfunk meldete am 15. September, nach Abschluß des Forums, an diesem hätten sich zwei internationale Organisationen und über 540 Geschäftsleute und Investoren von 110 Firmen aus 26 Ländern - darunter China, Großbritannien, Japan, die USA und Italien - beteiligt. Umgerechnet etwa 80 US-$ soll der Monatslohn der in diesen Freihandelszonen Beschäftigten betragen.

Ob sich die hochfliegenden Pläne Pjöngjangs umsetzen lassen, hängt letztlich von zweierlei ab: Die Rahmenbedingungen für ausländisches Kapital sind lukrativ und verbindlich zu gestalten und - weitaus bedeutsamer - die Nachfolge Kim Il-Sungs ist so zu regeln, daß die Volksrepublik als politisch stabiler und diplomatisch verläßlicher Gesprächs- und Geschäftspartner akzeptiert ist.

Machtzuwachs für Militärs

Hätte mensch der westlichen Medienberichterstattung über Nordkorea in der Vergangenheit Seriosität zugebilligt und den Prognosen der - vor allem angloamerikanischen - Nordkorea-Experten Glauben geschenkt, wäre die Volksrepublik längst ein archäologischer Befund.

Daß Nordkorea nicht zusammengebrochen ist und seine Führung nicht mit Schimpf und Schande vom Sockel gestoßen wurde, hat ursächlich mit ausgeprägter sozialer Binnensolidarität, bemerkenswerter politischer Kontinuität und der - zumindest die längste Zeit seit Staatsgründung der Volksrepublik im September 1948

gesicherten - Bereitstellung weitreichender Sozialdienste für die Masse der Bevölkerung zu tun. In der staatlichen Propagandalosung "Leben, lernen und arbeiten wie die antijapanischen Partisanen" ist dies auf den Punkt gebracht.

Die Binnensolidarität speist sich aus historischen Erfahrungen, was vorrangig das Verhältnis zum Ausland betrifft. Nach der japanischen Kolonialherrschaft (1910-45) folgte eine, wenngleich kurze, Phase sowjetischer Präsenz, und nach dem desaströsen Korea-Krieg (1950-53) sah man sich im Vergleich zum gehätschelten antikommunistischen Frontstaat Südkorea geächtet und als "Reich des Bösen" abgeschrieben. Kim Il-Sung, zu Kriegsende lediglich einer unter mehreren Partisanenführern, verdankte seinen Aufstieg - partiell mit sowjetischer Protektion - wesentlich dem politischen Kurs unbedingter nationaler Unabhängigkeit und staatlicher Souveränität. Die von den Medien abgespulte Qualifizierung der Volksrepublik als "GULAG-Staat", "letzte stalinistische Bastion" oder "Staat eines stalinistischen Sonnenkönigs" erklärt nichts und operiert mit einer unzulässigen Analogie. Weder manövrierte sich das Kim-Regime mit Intrigen oder systematischen Liquidierungen an die Macht, noch sind jemals bestimmte gesellschaftliche Schichten generalisierend als Feinde ausgemacht und/oder gar massenhaft physisch liquidiert worden. Deshalb beurteilte Nordkorea die Stalin-Ära auch von vornherein weitaus kritischer als andere KPs (ganz zu schweigen davon, daß Pjöngjang die ökonomische Prioritätensetzung auf die Schwerindustrie schlankweg verwarf) und wertete die gewaltsamen Erschütterungen im China der Großen Proletarischen Kulturrevolution als verwerfliche Entfremdung zwischen Volk und Partei.

Sollte Kim Jong-Il am 8. Juli (drei Jahre nach dem Tod seines Vaters) oder am 9. September (dem 49. Jahrestag der Staatsgründung) schließlich offiziell die Dreieinigkeit - Generalsekretär der Partei der Arbeit, Staatspräsident und Vorsitzender des sogenannten Party Central Military Command - zuerkannt werden, wäre erstmalig in der Geschichte des Sozialismus eine dynastische Erbfolge vollzogen. Kim Jong-Ils Aufstieg verlief kontinuierlich und unter strikter Berücksichtigung seiner politischen Akzeptanz. Bereits seit Beginn der 70er Jahre hatte sein Vater, der "Große Führer", in Gesprächen immer wieder das Bild eines alten Bauern bemüht, der sich bereits zu Lebzeiten darum kümmern müsse, daß der Hof in gutem Zustand übergeben werden und die Erbfolge geregelt sein müsse.

So avancierte denn sein Sohn zum "Geliebten Führer", übernahm Aufgaben im Kulturbereich (vor allem in der Filmindustrie), stieg auf dem letzten VI. Parteitag im Oktober 1980 zum Mitglied im Politbüro und Sekretär des Zentralkomitees auf, um zu Beginn dieses Jahrzehnts zum Marschall, Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission sowie zum Befehlshaber der Volksarmee ernannt zu werden. Protegiert wurde diese Karriere vom langjährigen engen Weggefährten Kim Il-Sungs, dem Anfang 1995 verstorbenen Marschall Oh Jin-U, der seinerseits in Personalunion Generalstabschef, Minister der Volksstreitkräfte und Präsidiumsmitglied des Politbüros war, was ihm eine intime Kenntnis der Stimmung im gesamten Offizierskader des Landes ermöglichte.

Seit dem Tode Oh Jin-Us hat sich eine auffällige Verschiebung in der Staats- und Parteihierarchie zugunsten hochrangiger Militärs vollzogen. Insgesamt acht von ihnen, die vormals in der Nomenklatura zwischen Platz 12 und 86 rangierten, tauchen heute unter den zehn führenden Funktionären auf. Dabei handelt es sich neben dem Geheimdienstchef Marschall Yi Ul-Sol (75) durchweg um Vizemarschalle im Alter von 65 bis 78 Jahren. Flankiert werden sie von außenpolitisch versierten Diplomaten und Ideologen sowie Wirtschaftsfachleuten. Was diese Führung nebst der Kollektivität ihres Regierungsstils insgesamt auszeichnet ist ein bereits unter Kim Il-Sung beharrlich praktizierter Proporz. Da stehen alte Partisanen neben hauptsächlich in Japan, der UdSSR und Osteuropa ausgebildeten Wirtschafts- und Ingenieurfachleuten sowie der sogenannten autochthonen Technokratenriege Hierbei handelt es sich um jüngere Kader, die ihre Ausbildung ausschließlich an der Kim-Il-Sung-Universität zu Pjöngjang erhielten.

Zwar verfügt Kim Jong-Il bei weitem nicht über das Charisma seines Vaters. Unbestreitbar aber ist er der physische Erbe und Interpret des väterlichen Vermächtnisses. Das ist gerade im "Sozialismus unserer Art", wie Pjöngjang auch sein Dschutsche-Konzept charakterisiert, nicht zu unterschätzen. Interessant ist überdies die Verschiebung der Kim Jong-Il zuerkannten Ehrentitel. Demnach wird die frühere Anrede "Geliebter Führer" seit 1995 immer häufiger von den Begriffen "Großer lenkender Führer" oder "Verehrter Heerführer" ersetzt. Mit "Verehrter Heerführer" ist Kim Il-Sung während seiner Zeit unter den antijapanischen Partisanen angeredet worden. Hier also bleibt selbst im Bereich der politischen Semantik eine auffällige Traditionslinie erkennbar. Und die hat gute Chancen, noch einige Zeit zu bestehen.

Keiner der augenblicklichen Protagonisten in Nord- wie Südkorea und in den Anrainerstaaten hat ein vitales Interesse daran, daß sich der Status quo grundlegend ändert. Die politischen Unwägbarkeiten wären auf allen Seiten zu groß, mögliche finanzielle Belastungen zu hoch und die in der Vergangenheit mühselig ausbalancierte sicherheitspolitische Kräftekonstellation unnötig gefährdet.

Hwangs Hinweis, wo Menschen hungern, sei der reale Sozialismus zu überdenken, impliziert gleichzeitig eine Kritik der nunmehr überproportionalen Repräsentanz von Militärs in der Staats- und Parteiführung. Hwang weiß nur zu gut, daß die politische und ökonomische Krise im Norden wie im Süden nicht durch das Militär zu lösen ist. Insofern ist nicht auszuschließen, daß ihm fortan eine wichtige Funktion zufällt, sich als Mittler zwischen Nord und Süd zu betätigen. Kurzfristig aber deutet einiges darauf hin, daß die nordkoreanische Führung seine Absetzbewegung zum Anlaß nimmt, die Stühle enger zu rücken und den Korpsgeist noch zu erhöhen.

Rainer Werning

26. Prozeß vor leerer Anklagebank. Die Mörder von Metin Göktepe laufen frei herum ...

Die Mörder von Metin Göktepe laufen frei herum - Mutige Belastungszeugen und breite Proteste

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:24

Der Gerichtsmaschine fehlt es nicht am Raum. Eine ganze Sporthalle ist zur Produktion von Gerechtigkeit hergerichtet. An der Stirnseite der Halle ist ein erhöhter Tisch für die drei Richter und den Staatsanwalt aufgebaut. Dahinter hängt eine riesige türkische Fahne von der Decke bis an den Boden. Es gibt ein Bild des Republikgründers Atatürk und seinen obligatorischen Ausspruch "Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates" als Stelltafel.

Vor dem Richtertisch befindet sich der eingezäunte Platz für die Angeklagten, umgeben von einem Spalier Soldaten. Sie bewachen 35 leere Stühle. Eigentlich müßten es 48 sein, denn gegen so viele Personen wird in dem Prozeß um die Ermordung des Journalisten Metin Göktepe eigentlich verhandelt. Doch im Grunde weiß jeder im Saal, daß die Angeklagten nicht erscheinen werden. Gekommen sind trotzdem so viele Besucher, daß die 2500 Menschen fassende Halle fast voll ist. Unter den Besuchern befinden sich auch vier türkische Parlamentsabgeordnete. Angetreten sind auch hundert Anwälte, die die Familie Göktepe als Nebenkläger vertreten. In drei Reihen, in Robe mit gesteiftem und besticktem Kragen, weisen sie auf die Wichtigkeit dieses Prozesses hin. Es ist eine Art Demonstration der türkischen Anwälte, daß dieser erste Prozeß um die Ermordung eines Journalisten in der Türkei ein ganz besonderer Prozeß ist. Gekommen ist, gegen den Rat ihres Arztes, auch die Mutter Metin Göktepes, die wegen eines schweren Autounfalls, den sie vor wenigen Tagen erlitt, in den Saal getragen werden muß. Gekommen sind auch über hundert Journalisten. Viele tragen ein T-Shirt mit dem Bild ihres ermordeten Kollegen. Die Botschaft ist nicht zu übersehen: Metin Göktepe steht symbolisch für die kritische Presse in der Türkei. 20 Tote und "Verschwundene", die meisten kurdischer Herkunft, hat die Presse der Türkei seit 1990 zu beklagen. Alle waren kritische Journalisten, und in keinem Fall wurde ein Mörder verurteilt. Auch 1996 gab es nach einer Aufstellung der internationalen Vereinigung der "Reporters sans frontières" 154 Angriffe von Polizisten auf Journalisten. Der schwerste Vorfall war der Mord an Metin Göktepe. Der 27jährige war am 8. Januar 1996 von seiner Zeitung Evrensel (Universal) beauftragt worden, über die Beerdigung zweier linker politischer Gefangener zu berichten, die von ihren Wächtern mit Eisenstangen erschlagen worden waren. Zum Teil schon auf dem Weg zur Beerdigung griff die Polizei zu. 1000 Teilnehmer wurden auf Polizeiwachen und in das Stadion des Istanbuler Stadtteiles Eyüp gebracht und mißhandelt.

Ein Zeuge erinnerte sich vor Gericht, daß er dabei gehört habe, wie ein Polizist sagte, ein Journalist sei da, der besonders behandelt werden solle. Dann wurde Metin Göktepe in den Korridor gebracht, in dem sich auch der Zeuge befand. 8 bis 10 Polizeibeamte schlugen auf Metin Göktepe ein. Als er zu Boden sank, schleppte man ihn nach draußen, goß Wasser über ihn und brachte ihn dann in den Korridor zurück. Erneut wurde er auf den Kopf geschlagen und starb.

Ein Anwalt der Nebenkläger fragt den Zeugen, ob er nach seiner Aussage bei der Voruntersuchung bedroht wurde. Der Zeuge zögert, dann sagt er, er sei dreimal festgenommen worden, man habe ihn mit Elektrizität gefoltert und den Kopf unter Wasser gehalten und ihm gedroht für den Fall, daß er vor Gericht eine Aussage macht. Das hat er nun doch getan. Staatsanwalt und Richter machen keinerlei Anstalten, sich näher nach der Bedrohung des Zeugen zu erkundigen.

Auch im Falle Metin Göktepe überschlug sich die Justiz nicht gerade im Aufklärungseifer. Nachdem zunächst Polizeichef und Innenministerium die Festnahme leugneten und dann die absurdesten Geschichten über den Tod Göktepes aufgetischt wurden, sah es kurze Zeit so aus, als würden unter dem Druck der Beweise aus Obduktionsbericht und Zeugenaussagen und wegen der aufgebrachten Öffentlichkeit nun doch ernsthafte Schritte zur Klärung des Falles unternommen. Beteiligte Polizisten wurden verhört und begannen sich gegenseitig zu belasten. Es schälte sich eine Gruppe von 11 Polizisten heraus, die unmittelbar an der Tat beteiligt gewesen sein sollen. Der Bericht der untersuchenden Kommissare befürwortete schließlich eine

Anklageerhebung gegen 49 Polizisten. Später sagten allerdings einige der Polizisten aus, sie seien von ihren Kollegen durch Folter zu diesen Aussagen gezwungen worden ...

Kaum war die Untersuchung so weit gekommen, begann auch eine Folge von Entscheidungen türkischer Behörden und Gerichte, die es immer unwahrscheinlicher erscheinen läßt, daß der Fall Metin Göktepe mit einer angemessenen Bestrafung der Schuldigen endet. Zunächst wurde der Bericht der Kommissare (aufgrund eines Gesetzes von 1940, das die Verantwortlichkeit von Beamten vor Gericht einschränkt) einer nichtjuristischen Institution namens "Verwaltungsrat" vorgelegt. Diese strich den Namen des Polizeipräsidenten von Eyüp, Mehmet Aydin Akdemir, einfach von der Liste der anzuklagenden Polizisten, bevor irgendein Gericht die Sache geprüft hatte.

Nach 284 Tagen begann die Hauptverhandlung, aber nicht in Istanbul, sondern in Aydin, von wo sie nun in das kleine anatolische Städtchen Afyon verlegt wurde, acht Busstunden von Istanbul entfernt. In der Verlegung sieht die Nebenklage einen Versuch, der Öffentlichkeit zu entfliehen. Mitnichten, meint der Richter, Sicherheitsgründe seien ausschlaggebend gewesen.

Mehr noch als die ungewöhnliche Verlegung des Gerichtsortes spricht das Fehlen der Angeklagten vor Gericht für sich. Es wurde entschieden, daß die Angeklagten ihre Aussagen vor einem anderen Gericht machen dürften. Dieses Gericht lag nun dem Tatort denkbar nahe, im Istanbuler Stadtteil Eyüp. Die Anwälte der Nebenkläger kamen also nach Eyüp, um der Verhandlung beizuwohnen. Aber die Angeklagten erschienen nicht, und der 7. Februar wurde als neuer Termin festgesetzt. Während nun die Nebenkläger auf diesen Termin warteten, machten die Verteidiger der Polizisten eine Eingabe, daß ihre Mandanten am 7. Februar dienstlich verhindert seien. Dies war offensichtlich gelogen: Zwar war die Suspendierung der Hauptangeklagten vom Dienst wieder aufgehoben worden. Wegen einer landesweiten Protestwelle waren sie jedoch erneut bis zum Ende des Verfahrens ihres Dienstes enthoben worden. Obwohl der Richter in Eyüp dies wissen mußte, entschied er, die Angeklagten zu einem früheren Zeitpunkt als vorgesehen zu befragen. Dies geschah dann ohne Nebenkläger und Öffentlichkeit. So konnten die Anwälte der Familie Göktepe keine kritischen Fragen stellen. Der vernehmende Richter tat dies ohnehin nicht. Nicht einmal nach der Adresse der Angeklagten wurde gefragt.

Dafür werden in Afyon die Zeugen der Anklage von den Verteidigern und dem Richter befragt, als seien sie die eigentlichen Angeklagten - so faßt später die Anwältin Natalie Boudjerada, die aus Paris als Beobachterin für Human Rights Watch gekommen ist, ihre Eindrücke zusammen. Die Verteidiger versuchen, die Zeugen in die kriminelle oder terroristische Ecke zu stellen, und scheuen sich auch nicht, mit Metin Göktepe ebenso zu verfahren. Schließlich können sie anführen, daß Evrensel mittlerweile per Gerichtsbeschluß geschlossen wurde. So rechtfertigt sich Repression im nachhinein selbst.

Schließlich bringt Verteidiger Ahmet Ülger die Sache für sich auf den Punkt: "Das ist ein Prozeß zwischen Presse und Staat. Die Presse möchte die Souveränität über das Gericht erlangen. Die Familie Göktepe wird bloß als Schachfigur benützt."

Wie es mit Presse, Staat und Folter aussieht, beleuchtet unterdessen ein Vorfall am Rande: Zwei Männer stehen sich gegenüber, der eine lächelt, der andere ist fassungslos. Der eine ist der Verteidiger Kücüktaskiner, der andere der Journalist Oral Calislar von der Zeitung Cumhuriyet. Der Journalist hat in dem Anwalt einen identifizierten Folterer erkannt. Vor 18 Jahren war er deswegen von der Anwaltskammer Istanbuls ausgeschlossen worden. Nun darf er wieder (oder noch immer) wegen Folterung Angeklagte verteidigen. Calislar schreit es durch den Saal: "Das ist selbst ein Folterer!" Kücüktaskiner meint nur: "Was Sie nicht alles wissen." (Siehe Kasten.)

Die große Maschine, die Gerechtigkeit produzieren sollte, ist am Ende nicht weit gekommen. Der Antrag der Nebenkläger, die Angeklagten in Untersuchungshaft zu nehmen, wird abgeschmettert. Immerhin will der Richter beim Gouverneur nach ihren Adressen fragen lassen. Jetzt, 13 Monate nach dem Geschehen, sollen auch die Zeugen und die Angeklagten gegenübergestellt werden.

Das Gefühl, einer riesigen Farce beigewohnt zu haben, ist dennoch nicht alles, was beim Beobachter dieses Prozesses zurückbleibt. Das alles hatte man ja mehr oder weniger so erwartet. Schließlich ist es keine Besonderheit der türkischen Justiz, daß sie sich schwer tut, Vertreter des Repressionsapparates zu bestrafen. Was aber nicht zu erwarten war, ist die Zähigkeit, mit der so viele Menschen dafür kämpfen, daß es in dem

einzigen Verfahren um die Ermordung eines Journalisten durch Staatskräfte nicht so leicht sein wird, die Anklage einfach vom Tisch zu wischen.

Zwei Tage nach dem Prozeß sehe ich in Istanbul einen Zeugen wieder. Er ist übernächtigt, unkonzentriert, hat offenbar ständig Angst. Ein Verwandter sagt es für ihn: "Er hat Frau und Kinder, und trotzdem hat er eine Aussage gemacht."

Die nächste Verhandlung wird am 11. April in Afyon stattfinden. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen rufen zur Teilnahme auf.

Jan Keetman

Der Anwalt und der 1. Mai 1977

Nejdet Kücüktaskiner hatte nach dem Militärputsch von 1971 als Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT an Folterungen teilgenommen. Sieben Jahre später war er von mehreren von ihm selbst gefolterten Journalisten wiedererkannt worden. Diese stellten ihn zur Rede, und der überraschte Anwalt gestand die Beteiligung an der Folter ein.

Darauf schloß ihn die Istanbuler Anwaltskammer zweimal hintereinander aus. Das Justizministerium intervenierte jeweils aus formalen Gründen, und schließlich verlief die Sache im Sande der Bürokratie. Nejdet Kücüktaskiner brauchte nur sein Büro zu wechseln und konnte weiter seiner Tätigkeit als Anwalt nachgehen. Mittlerweile sind noch weitere Geschichten bekannt geworden, in die Kücüktaskiner verwickelt ist. Der in England und Holland wegen Drogenhandels vorbestrafte Hüseyin Baybasin hat ausgesagt, er habe mit Nejdet Kücüktaskiner beim Drogenhandel zusammengearbeitet.

Der Vorwurf, der türkische Geheimdienst oder Teile davon betrieben zur Geldbeschaffung Drogengeschäfte ist nicht neu. Er ist mit diesen Aussagen auch noch nicht bewiesen. Die Aussage von Hüseyin Baybasin zu einem anderen Themenkomplex wird allerdings durch einen weitere Belege gestützt:

Der Vorfall spielte sich am 1. Mai 1977 ab. An diesem Tag fand in Istanbul eine riesige Demonstration der türkischen Linken statt. Auf dem Höhepunkt der Demonstration, als sich 200.000 Menschen auf dem Taksimplatz versammelt hatten, fielen plötzlich Schüsse. 33 Menschen starben. Die Sicherheitskräfte behaupteten, verfeindete linke Gruppen hätten aufeinander geschossen. Als Folge wurden im ganzen Land Demonstrationen am 1. Mai grundsätzlich verboten. Diese Verbote wurden oft mit großer Härte durchgesetzt; die Polizei schoß mehrfach auf Arbeiter und Studenten.

Was hat dieser Vorfall aber mit dem Foltereranwalt Nejdet Kücüktaskiner zu tun? Sehr viel, meint der Zeuge Hüseyin Baybasin. Während ihrer Zusammenarbeit im Drogenhandel habe ihm Kücüktaskiner erzählt, wie sich der Vorfall abspielte. Die tödlichen Schüsse auf die Demonstration am Taksimplatz seien von Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT abgegeben worden. Er, Kücüktaskiner, habe diese Aktion vom Dach eines benachbarten Hauses aus geleitet.

Die Aussagen von Hüseyin Baybasin werden durch ein Dokument gestützt, das die Zeitung Cumhuriyet veröffentlichte. Diesem Dokument zufolge erhielt Kücüktaskiner 14 Tage vor den Schüssen auf die Maidemonstration vom türkischen Geheimdienst die nach damaligem Geldwert riesige Summe von 8 Millionen türkischen Lira. Als Grund für die Zahlung wurden Dienste für den MIT angegeben, die damals schon vier und mehr Jahre zurückgelegen haben sollen.

Später soll Kücüktaskiner wegen Geschäften mit gefälschten Exportbelegen bei seinen Vorgesetzten in Ungnade gefallen und deshalb zu seiner Tätigkeit als Anwalt zurückgekehrt sein.

27. Eigene Räume erkämpfen. Schwule und lesbische Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika

Autor: Rebeca Sevilla · Rubrik: Lesben; Schwule; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:25

Mit dem demokratischen Aufbruch der sechziger Jahre wurden weltweit Machtverhältnisse in Frage gestellt. Dabei wurde klar, daß Unterdrückung und Ausbeutung nicht nur ökonomisch determiniert sind, sondern daß sich Machtverhältnisse auch über Geschlecht, Ethnie, sexuelle Normen u.a. manifestieren. Die entstehenden sozialen Emanzipationsbewegungen organisierten sich an eben diesen Fragen. Sie setzten damit eine gesellschaftliche Dynamik in Gang, die viele Leute ermutigte, aber auch harsche Gegenreaktionen konservativer Kräfte hervorrief - auch in der Linken. Dies gilt besonders für die homosexuelle Emanzipationsbewegung, die sich ihre Räume gegen enorme Widerstände erkämpfen muß.

"Warum sind die Lesben bloß gekommen, und welche Rechte klagen sie ein? ... Das Widerliche ist, daß sie wünschen, ihr Leiden solle als normaler Zustand angesehen werden, ihre Krankheit als Gesundheitszustand, ein Ansinnen, mit dem sie nur den endgültigen Beweis dafür liefern, daß ihr klinischer Zustand wirklich ernst ist." So stand es damals im "Excelsior", der seinerzeit progressivsten Tageszeitung in Mexico, während der I. Weltfrauenkonferenz in Mexico-Stadt im Jahre 1975.

Nancy Cárdenas, mexikanische Theaterregisseurin und eine der Pionierinnen der Schwulen- und Lesbenbewegung in Mexico, nahm an dem ersten Forum über weibliche Homosexualität im Rahmen der Konferenz teil. Am Ausgang des Forums wurde sie von einem Rudel Journalisten mit Fragen überschüttet: Sind Sie lesbisch? Wer noch? Wieso sind Sie der Einladung gefolgt? Was hat das zu bedeuten? Nancy konnte vor lauter Fragen kaum antworten. Das einzige, was sie herausbrachte, war: "Solange die Gesetze in Mexico den Schwulen und Lesben keine Garantien bieten, werden weder ich noch sonst irgendjemand auf Ihre Fragen antworten."

Die Gesetze wurden in den folgenden Jahren nicht geändert, und dennoch begannen Schwule und Lesben, in der Ich-Form auf Fragen zu antworten, die bislang lediglich Ärzte, Priester und Richter behandelt hatten.

Die Entstehung der sexuellen Emanzipationsbewegung in Lateinamerika fiel mit dem demokratischen Aufbruch seit dem Ende der sechziger Jahre zusammen. Ausgelöst und angeführt durch feministische Bewegungen, rückten neue Themen (Gewalt gegen Frauen, Sexualität und Reproduktion, Gewaltverhältnisse in der Familie) in den Vordergrund, deren politische Dimension offensichtlich wurde. Dies wiederum wirkte sich auf andere Bewegungen aus, darunter jene der Schwulen und Lesben.

In dem Maße, in dem Sexualität Objekt von Autoritarismus, Repression und verbiegendem und verurteilendem Schweigen ist, trägt die Möglichkeit, sich öffentlich mit ihr auseinanderzusetzen, dazu bei, demokratischere Beziehungen und Visionen voranzutreiben, sowie ein Klima des Respekts vor Unterschieden entstehen zu lassen.

Die Bewegung ist durch ihre Vielfalt gekennzeichnet. Ihr Überschwang an Energie, Kreativität und Humor als Überlebens- und Organisationsstrategie hat die politische Kultur in vielen Ländern beeinflußt. Viele ihrer PionierInnen stammen aus den Reihen der Linken. Vielfach herrschte die Auffassung, daß diese Gruppen desorientierter KleinbürgerInnen lediglich eine Mode kopiert hätten und dem Imperialismus in die Hände spielten.

Das Beispiel Mexico

Anfang der 70er Jahre entstanden die ersten Schwulengruppen in Mexico. Wie viele andere Gruppen gründeten sie sich als Selbsterfahrungs- und Aktionsgruppen zur Verteidigung ihrer Würde und Rechte. Proklamiert wurden unter anderem das Recht auf Lust, das Recht auf Kontrolle über den Körper, gleiche Behandlung vor dem Gesetz, die Abschaffung der Diskriminierung und die Zerstörung des autoritär-patriarchalen Systems.

Der Aufbau der Homosexuellen Befreiungsfront Mexicos (FLHM) begann im Jahre 1971. Auch im Landesinneren Mexicos traten Gruppen auf, die Einfluß auf die öffentliche Meinung gewannen und eine

gewisse Beständigkeit in ihrer Arbeit aufwiesen. Dazu gehören die Gruppe "Schwuler Stolz", die lesbische Gruppe "Patlatonalli" aus Guadalajara, die Gruppe "Na Und?" und die "Internationale Front für Menschenrechtsgarantien" aus Tijuana (FIGHT).

Das Thema fand Eingang in die Presse, in öffentliche Debatten und schließlich sogar in die politischen Parteien. Die Kirche sah sich gezwungen, Kommentare - natürlich mit dem üblichen Tenor - abzugeben. Einige Intellektuelle schrieben Essays, in denen sie den Mut derer anerkannten, die ein "Coming out" hatten. Auf ihrem Höhepunkt 1980 konnte die Bewegung mehr als 10.000 Menschen mobilisieren. Die Erfolge waren sichtbar in Theaterproduktionen, einer eigenen Schwulenpresse, Filmen, der Öffnung vieler Bars. Man gewann den Eindruck, es herrsche ein Klima gesellschaftlicher Toleranz. 1982 wurde das Schwulen- und Lesbenkomitee CLARI zur Unterstützung von Rosario Ibarra (Präsidentschaftskandidatin der trotzkistischen PRT) gegründet. An den Kongreßwahlen 1982 nahm es im Rahmen der PRT mit eigenen Kandidaten teil.

Doch die sichtbaren Ergebnisse in den Medien führten dazu, daß die Kraft der Bewegung überschätzt wurde. Die Aktivisten hoben immer mehr ab von der Masse der Homosexuellen, denen sie ihr "Coming out" als Beweis befreiender Politisierung gleichsam aufzwingen wollten. Damit verwechselte man die Konsolidierung der Bewegung mit der medialen Verbreitung ihrer Aktivisten. Doch es gab kaum eigene Organisationsstrukturen und Organe.

Binnen kurzer Zeit führten die ungünstige äußeren Bedingungen, die Wirtschaftskrise, und interne Konflikte zwischen den verschiedenen Strömungen der Bewegung zum Zusammenbruch der ersten Generation von Homosexuellengruppen. Nur wenige überlebten unter heiklen Bedingungen.

Peru

In den Ländern, in denen homosexuelle Bewegungen erst in den 80er Jahren Fuß faßten, verliefen die Entwicklungen anders. So begriffen die peruanischen Gruppen, als sie 1983 an die Öffentlichkeit traten, von vornherein den Kampf als einen primär kulturellen. Transparente und Demonstrationen hatten nur in Mexico einigen Erfolg, auf dem Rest des Kontinents schreckten sie die Leute eher ab. Zu sehr waren sie beeinflußt von einem Katholizismus im Stile des 19. Jahrhunderts, zu stark waren die bürgerlichen Denkmuster. Es galt nicht, die Straße zu erobern, sondern vielmehr den privaten Bereich, den zentralen Hort der Repression durch katholische Erziehung und machismo.

Unter Schwierigkeiten und mit einer Reihe von internen Widersprüchen schaffte es die Homosexuelle Bewegung Limas (MHOL), das herrschende Bild vom Homosexuellen zu verändern. Eine wesentliche Rolle spielten dabei ihre bekannteren Mitglieder, darunter ein prominenter Vertreter eines Avantgardetheaters, der dem Homosexuellen das Image des politisch engagierten Intellektuellen gab. Etwa zur gleichen Zeit bildete sich Ende 1984 die Gruppe der Lesbischen Feministinnen, um für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und gegen Zwangsheterosexualität einzutreten.

Später führte die ökonomische, politische und moralische Krise in Peru dazu, daß viele Lesben ins Ausland gingen. Damit stand das Überleben der Lesbengruppe insgesamt auf dem Spiel. Nach und nach gingen ihre Mitglieder zur MHOL und gaben dieser Bewegung damit ein ganz außergewöhnliches Gepräge. Trotz des verbreiteten Frauenhasses männlicherseits erwuchs ein gemeinsamer Kampf für die Sache und für zwischenmenschliche Toleranz. Das Manifest der MHOL von 1989 verlangt nicht nur die Nichtdiskriminierung von Schwulen und Lesben, sondern wendet sich auch gegen jede Art von rassistischer, sexueller, ethischer, religiöser sowie die Lebensweise betreffender Diskriminierung.

Faktor AIDS

Seit den 80er Jahren ist das Phänomen AIDS zum bestimmenden Faktor in der Bewegung geworden. Die Aufmerksamkeit richtete sich mehr und mehr auf die Prävention der Krankheit und die Versorgung der Kranken. Die Menschenrechte reduzierten sich damit auf ihre elementare Form: das Recht auf Leben.

Andererseits konfrontierte die Schwulen- und Lesbenbewegung die Gesellschaft über ihre Vorsorgekampagnen mit bisher verborgenen Themen. Bisher hatte man einfach nicht öffentlich über Sexualität gesprochen, über das Verhältnis von Sexualität und Politik, über Homosexualität, die Achtung für unterschiedliche Lebensstile oder auch Kritik geübt an der katholischen Kirchenhierarchie und ihrer Vorstellung, daß alles Geschlechtliche ausschließlich bezogen sei auf die Reproduktion. So stand AIDS bald

auf der Tagesordnung aller Gruppen und Bewegungen, und in vielen Fällen wird AIDS zum Dreh- und Angelpunkt für die öffentliche Präsenz von Schwulen und Lesben in der Gesellschaft.

1993 bildet sich in Guatemala die Organisation zur Unterstützung einer integralen Sexualität im Zeitalter von AIDS (OASIS). Vermutlich hätte die Gruppe keinen legalen Status bekommen, wenn sie sich explizit als Gruppe ausgewiesen hätte, die für die Rechte von Schwulen und Lesben kämpft. Nach außen hin tritt sie als Gruppe auf, die sich um Prävention bei und Beratung von Schwulen und Lesben kümmern und sich um einen besseren Lebensstandard bei den AIDS-gefährdeten Gruppen bemühen. Intern versteht sie sich als Gruppe von und für Schwule, Lesben und Transvestiten. Inzwischen verfügen sie über eine eigene Anlaufstelle, geben ein Bulletin heraus und festigen ihre institutionelle Basis, um sich von dort aus vergrößern zu können.

Die meisten Mitglieder sind Schwule, allerdings gibt es innerhalb von OASIS seit kurzem auch eine Frauengruppe, Mujeres Somos. Bei Treffen ist das Verhältnis Frau-Mann in etwa 1 zu 6 oder zu 8. Zu Diskussionsrunden kommen rund 20 Leute, zu Festen 200. Im Leitungsgremium gibt es zwei Frauen.

Chile: Organisation in der Diktatur

Die diktatorischen oder autoritären Regime haben sich nicht als unüberwindliches Hindernis für die Formierung homosexueller Gruppen erwiesen. Trotz 17 Jahren Militärdiktatur schafften es Lesben und Schwule in Chile, sich zu organisieren, auch wenn und gerade weil die Erfahrungen oft grauenhaft waren. So entstand das Kollektiv Ayuquelen 1984 als Reaktion auf den Mord an einer Lesbe. Eine Zeitlang war dessen Anlaufstelle im Haus von La Morada, einem bekannten Frauenzentrum. 1991 gründete sich das Kollektiv der Lesben in Aktion (LEA). Die LEAs bringen Themen wie Gewalt in der Beziehung, Religion und die Beziehung zu den Eltern auf die Tagesordnung. Das Zentrum für AIDS-Erziehung und Aufklärung wiederum lud LEA ein, dort eine Untergruppe für Lesben zu bilden. Dadurch wiederum kam der Kontakt zu SER-Workshop (von Schwulen) zustande, der schließlich zur Organisation des Ersten Nationalen Treffen von Schwulen und Lesben 1991 in Concepción führte. Dort waren dann selbstverständlich auch alle Gruppen aus Santiago vertreten, darunter MOVILH (Bewegung für Befreiung der Homosexuellen), Las Yeguas del Apocalipsis und Ayukelen.

1992 organisierten LEA und Ayukelen das Erste nationale Lesbentreffen, bei dem es um Selbstbewußtsein, Identität, Feminismus und Lesbentum ging. In den letzten Jahren ist die Organisation im Landesinneren gewachsen, in der Hauptstadt selbst ist der Einfluß größer geworden. MOVILH bestreitet einmal wöchentlich ein Radioprogramm, wovon den Lesben von Ayuquelen fünf Minuten zur Verfügung stehen. Auch wenn der Schwerpunkt der Arbeit von MOVILH wie auch vom Centro Lambda vor allem auf der Abschaffung des Gesetzes lag, das Homosexualität kriminalisiert, war es ihnen dennoch wichtig, für die letzten Stadtratswahlen einen Schwulen vom Centro Lambda und eine Lesbe aus Concepción auf der Liste der Humanistischen Partei aufzustellen.

Eine ganz eigene und originelle Geschichte haben die Schwulen- und Lesbengruppen in Brasilien, gerade auch, was ihren Einsatz für Transvestiten angeht. Sie haben es tatsächlich erreicht, daß im Jahre 1993 das Erste Nationale Transvestitentreffen stattfinden konnte. Diskussionsthemen waren dabei der fehlende Zusammenhalt innerhalb der Homosexuellengruppen; die Furcht der Politiker, marginalisierte Gruppen aus Angst vor Verlust von Wählerstimmen zu unterstützen; die Wichtigkeit, eng mit der Volksbewegung verbunden zu sein; die Notwendigkeit von Sexualerziehung und einem positiven Verhältnis zum eigenen Körper; Gesundheit; polizeiliche Gewalt; alternative Überlebensformen; Prostitution, usw.

Koordinierung

In Ländern wie Brasilien, Mexico, Chile oder Argentinien haben es Schwulen- und Lesbengruppen inzwischen geschafft, sich landesweit zu organisieren. Auf regionaler Ebene haben sich Lesben ebenfalls Räume eröffnet, so etwa bei den lesbischen Feministinnentreffen in Mexico 1987, Costa Rica 1990, Puerto Rico 1992 und Argentinien 1994. Hinzu kamen Treffen wie das über schwule und lesbische Selbsterfahrung in Südamerika, das die Quäker 1993 in Chile organisierten, oder die Jahrestreffen der ILGA in Mexico (1991) und Brasilien (1994). Inzwischen existieren organisierte Gruppen in fast allen Ländern der Region.

In den letzten Jahren haben sich eigene regionale Entwicklungen ergeben. So ist etwa die Zentralamerikanische Schwulen- und Lesbenvereinigung (ARCEGAL) entstanden, die zur AIDS-Vorsorge arbeitet. Deren Zweites Treffen brachte in Guatemala AktivistInnen aus Belice, Costa Rica, El Salvador,

Honduras und Nicaragua zusammen. Für den karibischen Raum fand im August 1996 in Jamaika die Erste Konferenz der Schwulen, Lesben und Bisexuellen in der Karibik statt.

Zu den Leistungen der lateinamerikanischen Schwulen- und Lesben-Bewegungen zählen: Rechtsberatungen, ärztliche Dienste, psychologischer und geistlicher Beistand, AIDS-Telefondienst, Anti-Gewalt-Telefon, Workshops zu Gewalt, Safer Sex, Selbstverteidigung. Schwule und Lesben organisieren Dokumentationszentren, Debatten, Freizeiten; sie produzieren Radioprogramme, Bulletins, Faltblätter, E-Mail-Konferenzen und veröffentlichen Forschungsberichte, arbeiten in der AIDS-Vorsorge und ebenso in Kampagnen gegen Rassismus, Hunger, Armut und Politische Gewalt. In Ländern wie Brasilien und Chile haben Schwule und Lesben offen an Wahlen teilgenommen und dabei viel öffentliche Sichtbarkeit, aber noch nicht genügend Stimmen erreicht.

Interne Machtverhältnisse

Im Laufe ihres Aufbaus hat die Bewegung auch Erfahrungen mit dem Machtverhältnis zwischen Schwulen und Lesben gemacht. Obwohl viele Organisationen gemischt sind, sind nur wenige Erfahrungen wirklich positiv. Die meisten Lesbengruppen sind isoliert. Die Minderbewertung des Weiblichen schlägt auch im homosexuellen, sprich schwulen Umfeld durch.

Nicht wenige Gruppen richten ihre Arbeit vornehmlich nach außen. Das bedeutet auch, daß die individuellen Unterdrückungserfahrungen eine geringere Rolle spielen, womit etwa auch die Diskussion über Rassismus außen vor bleibt. Eine weitere Leerstelle ist das Thema Bisexualität. Auch wenn es in der Bewegung durchaus Bisexuelle gibt, greift doch keine der Gruppen deren Problematik als ein eigenes Thema auf. Es gibt eine Tendenz, alle unterschiedslos unter dem Oberbegriff Schwule oder Lesben zu subsumieren. Sogar die Bisexuellen selbst wagen es nicht, das Thema zu erwähnen.

Fast 70 Prozent der Gruppen in Südamerika haben keinen legalen Status. Dies ist nicht unbedingt ein Manko. Ein legaler Status ist aber durchaus hilfreich bei allen Gruppen, die im Bereich AIDS-Vorsorge aktiv sind. Denn bei dieser Arbeit müssen sie mit offiziellen Entscheidungsträgern zusammenarbeiten. Zu den Organisationen, die ihre legale Anerkennung durchgesetzt haben, gehören solche aus Brasilien, Mexico und Argentinien.

Die rechtliche Anerkennung, die Abänderung des Strafrechts im Hinblick auf willkürliche Festnahmen sowie kürzlich die Anerkennung von homosexuellen Paaren im Falle von Brasilien sind einige Pluspunkte im Bereich der Rechtsprechung, die nach Jahren unaufhörlichen Kampfs nunmehr erreicht sind. Die Bewegung hat es geschafft, sich einen Raum in der Gesellschaft zu öffnen, Sichtbarkeit, rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung und auch das Nebeneinander von ganz unterschiedlichen Gruppen zu erkämpfen.

Rebeca Sevilla

Die Autorin war in den 80er Jahren Mitbegründerin der Feministischen Lesbenbewegung (GALF) in Peru und von 1992 bis 1995 Generalsekretärin der International Lesbian and Gay Association (ILGA). Zur Zeit ist sie Mitglied des Regionalkomitees der ILGA für Lateinamerika und die Karibik.

Übersetzung: Ulrich Mercker und Gaby Küppers (ila). Von der ak-Redaktion gekürzt.

Dieser Artikel und der folgende Beitrag über Schwule und Lesben in Cuba sind entnommen aus: ila Nr. 202. Bezugsadresse: ila, Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn. Wir danken für die Abdruckgenehmigung.

28. Warten auf die Revolution. Lesben und Schwule auf Kuba

Autor: Eduard Fritsch, ila · Rubrik: Lesben; Schwule; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:11

Wenn eine revolutionäre Bewegung das Leben der Menschen und der Gesellschaft in Haupt- und Nebenwidersprüche aufteilt und sich in scheinbarer Logik an die Bearbeitung der Hauptwidersprüche macht, dann kommt so etwas dabei heraus, wie die bald 40jährige kubanische Revolution. Gewaltige strukturelle Veränderungen, ernormer sozialer Fortschritt auf der einen Seite, eine Avantgarde, die dem Alltagsbewußtsein ihrer Basis nichts zutraut, ausgeblendete Probleme und unsichtbar bleibende oder gemachte Gesellschaftssektoren auf der anderen Seite.

Weil sich so ein Prozeß zudem im Rahmen des Weltmarktes und seiner imperialistischen Protagonisten abspielt, bleibt deren Einmischung nicht aus. Die Situation der Lesben und Schwulen auf Kuba zeigt, wie die Kombination von traditioneller machistischer und "wissenschaftlich sozialistischer" Homophobie Vorwände für konterrevolutionäre Machenschaften liefert, die wiederum zu paranoiden Reaktionen der Avantgarde-Partei führen.

Vor der Revolution war Havanna ein Anziehungspunkt für Lesben und Schwule aus dem ganzen Land. In der von der US-Mafia beherrschten Schattenwelt des Glückspiels, des Drogenhandels, der Prostitution und des Sextourismus gab es Arbeit - für über 200.000 Menschen - und eine relative Freiheit von der patriarchalen Kultur in der Provinz.

Die Vermarktung aller Formen von Sexualität veränderte die traditionelle homophobe Einstellung in Familie und Gesellschaft nicht: die "locas", die Transvestiten wurden bestenfalls belächelt, oft auch physisch angegriffen; ein "maricón", ein Schwuler zu sein, war eine Schande; die "tortilleras", die Lesben wurden entsprechend der durchgängigen Unterdrückung der Frauen weitgehend ignoriert, blieben unsichtbar.

Es gab keine homosexuelle Szene. Soweit nicht kommerzialisiert, blieben die andersartigen sexuellen Orientierungen in der Privatsphäre eingesperrt. Außer dem Sexgeschäft und der Heimlichkeit gab es für Lesben und Schwule nur noch die Möglichkeit, ihre Identität im Santería-Kult auszuleben, dessen Götter bisexuell sind und das Überschreiten der Geschlechterschranken erlauben.

Eine Revolution,

aber nicht für alle

1959 räumte die Revolution mit der Unterwelt in Havanna auf. Mit der oberflächlichen Tolerierung von Homosexualität aus Profitgründen war damit Schluß. Einige Veteranen der Szene schlossen sich der Konterrevolution an, andere emigrierten. Viele Lesben und Schwule ließen sich aber auch auf den revolutionären Prozeß ein, privatisierten ihre sexuelle Identität einstweilen in der Annahme, die Stunde ihrer Befreiung würde im Gefolge der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen von selber kommen.

Da die revolutionäre Führung die altertümliche Vorstellung hatte, Homosexualität sei ein kapitalistisches Laster, und weil die US-Wirtschaftsblockade und die Destabilisierungskampagnen der CIA schnell einsetzten, wurde die Lage für Lesben und Schwule bald noch schwieriger.

Obwohl nach dem damals in den USA geltenden Einwanderungsgesetz "sexual deviants" eigentlich nicht zugelassen werden sollten, siegte der Antikommunismus über die Homophobie. Emigrierende Lesben und Schwule liefen Gefahr, vor den Karren der CIA gespannt zu werden, die ihre Kampagnen gegen das revolutionäre Kuba spezifisch auf die verschiedenen Gruppen von Dissidenten zuschnitt. Das tat die CIA auch bei ihrer Wühlarbeit auf der Insel selber. So konnte sie z.B. Rolando Cubela rekrutieren, einen schwulen Studentenführer, der in der revolutionären Armee gekämpft hatte und wegen seiner Orientierung keine Chance hatte, einen Posten in der Regierung zu bekommen.

Mit der gescheiterten Schweinebucht-Invasion (1961) nahmen die Militarisierung der kubanischen Gesellschaft und die Verdächtigungen gegenüber allem abweichenden Verhalten zu. Orte, an denen sich die Szene zu treffen pflegte, wurden regelmäßig auf der Suche nach konterrevolutionären Verschwörungen von Razzien

heimgesucht. Die "Komitees zur Verteidigung der Revolution" (CDR) wurden zu Instrumenten der sozialen Kontrolle. In den Wohnviertel und unter Homosexuellen machten sich Angst und Mißtrauen breit. Der sozialistische Chefideologe Carlos Rafael Rodriguez erklärte Homosexualität zum Produkt bourgeoiser Dekadenz.

Höhepunkt der zur Paranoia gesteigerten Homophobie war die Einrichtung und der Betrieb der UMAP-Lager in den Jahren 1965-67 (der offizielle Name bedeutet "Militäreinheiten zur Unterstützung der Produktion"), in denen auch Schwule "umerzogen" wurden. Lesben waren weniger betroffen, weil sie nach wie vor als Frauen schlicht ignoriert wurden. Trotz der kurzen Dauer dieser schändlichen Episode sind die UMAP-Lager (von der Exil-Theaterautorin Ana Maria Simo 1983 zu "Cuba's Gay Gulag" erklärt) bis heute für die anti-kubanischen Kräfte willkommener Anlaß, die Homophobie zum Charakteristikum des kubanischen Sozialismus zu erklären.

In den 70er Jahren entspannte sich die Lage etwas. Homosexuelle wurden nicht mehr als Kriminelle gesehen, sondern "nur" noch als Kranke. Vor allem die Gründung der von Monika Krause geleiteten "Comisión Nacional de Educación Sexual" (CNES) 1977 führte zu einem differenzierten Umgang mit Homosexualität.

Das Familiengesetz von 1976 verbesserte zwar die Rechte der Frauen weiter, blieb aber auf die heterosexuelle Kernfamilie fixiert. Und in der Reform des Strafgesetzbuches von 1979 blieben die aus einem alten Gesetz von 1939 übernommenen Paragraphen erhalten, die die Erregung "öffentlichen Ärgernisses" unter Strafe stellten.

Auch Miami

ist kein Paradies

1980 öffnete die Castro-Regierung den Hafen Mariel für alle, die emigrieren wollten. An die 125.000 "Marielitas" und "Marielitos" machten sich auf den Weg in das gelobte Land jenseits der Straße von Florida. Darunter waren auch viele Schwule, allerdings in einem proportionalen Anteil. Ungefähr die Hälfte der Mariel-EmigrantInnen wurden zunächst mal interniert. Auch ihre spätere Eingliederung in die kubanischen Enklaven vor allem in Miami blieb weit hinter ihren Erwartungen an die "freie Welt" zurück.

In "Little Havana" hatten es Lesben und Schwule seit der ersten Emigrationswelle nach der Revolution von 1959 schwer: es gab weniger Bedarf an Sex-ArbeiterInnen als im alten Havana und in der Isolierung der Enklave von der US-amerikanischen Mainstream-Gesellschaft und anderen ethnischen Minderheiten verstärkte sich die traditionelle Homophobie. Ein "coming out" war unter solchen Umständen extrem schwierig. Im Exil wurden Lesben und Schwule vor die Alternative gestellt, entweder ihre sexuelle Orientierung zu verheimlichen oder sich von ihren Familien und der kubanischen Gemeinde zu distanzieren.

Die Konterrevolution

und die Homosexuellen

Als es Ende der 70er Jahre zu ersten Gesprächen zwischen Exil-KubanerInnen und Fidel Castro kam, reagierte der Anti-Castro-Terrorismus schnell und brutal. Bekannte Personen des "Dialogo" wurden ermordet, andere als Homosexuelle diffamiert. Denselben Kräften gelang es aber gleichzeitig, die auf Kuba existierende Homophobie zum notwendigen Bestandteil des Sozialismus zu stilisieren und das Bild einer kubanischen homosexuellen DissidentInnen-Bewegung aufzubauen. Damit wurde versucht, die progressive US-Homosexuellen-Bewegung gegen die kubanische Revolution einzunehmen.

Eine dritte Taktik der anti-kubanischen Kräfte bestand darin, Lesben und Schwule auf der Insel zu "outen" und sie so zur Emigration zu veranlassen. So veröffentlichte der heute noch in sozialdemokratischen Kreisen angesehene Carlos Alberto Montaner im spanischen Exil 1976 eine Liste von Homosexuellen, die Kuba keineswegs verlassen wollten.

Das Zusammenfallen von tatsächlich vorhandener Homophobie auf Kuba und den Bemühungen der Konterrevolution, jedwede Schwäche der Revolution auszunutzen, führte zu seltsamen Bündnissen. Auf dem 3. Jahreskongreß des "Committee of Intellectuals for the Freedom of Cuba" trat 1983 z.B. der schwule Exil-Schriftsteller Reinaldo Arenas zusammen mit Mitarbeitern des ultrarechten und notorisch schwulenfeindlichen Senators Jesse Helms auf.

Die mehrseitige Kampagne gegen die Homophobie auf Kuba machte vor allem den fortschrittlichen homosexuellen Exilierten zu schaffen: suchten sie Kontakt zu Familie und Gesellschaft auf der Insel, wurden sie als Homosexuelle denunziert von ein und denselben Kräften, die sich dem Anschein nach stark machten für die Homosexuellen dort. Das Doppelspiel konnte vor allem deshalb gelingen, weil die kubanische Enklave relativ isoliert ist von der US-Mainstream-Gesellschaft.

Entspannung -

aber keine Bewegung

Seit Mitte der 80er Jahre hat sich die Lage entspannt. In "Little Havana" hat die Konsumgesellschaft Einzug gehalten und einen homosexuellen Markt entstehen lassen. Auf Kuba selber hat mit Ende des Kalten Krieges der Wahn nachgelassen, hinter jeder Lesbe und jedem Schwule laure die Konterrevolution. Das 1992 produzierte Theaterstück "La Catedral del Helado" von Senal Paz über die Freundschaft zwischen einem Schwulen und einem Parteiaktivisten (verfilmt unter dem Titel "Fresa y Chocolate/Erdbeer und Schokolade") stieß auf großes Interesse und öffentliche Diskussionen in Kuba. Dies scheint zu zeigen, daß in einer Gesellschaft, in der die Hinwendung zum Markt das sozialistische Programm der Gleichheit noch nicht ganz verdrängt hat, die Voraussetzungen für eine Anerkennung lesbischer und schwuler Rechte nach dem Gleichheitsprinzip gegeben sind. Wenn, ja wenn es den Leuten selber überlassen wird, diesen Zusammenhang herzustellen.

Aber noch immer können offene Lesben und Schwule nicht Parteimitglieder werden oder bleiben, außer sie gehören zu einer ganz kleinen Gruppen von bekannten Intellektuellen und Künstlern, deren Lebensform stillschweigend toleriert wird. Es gibt - im Gegensatz zu Nicaragua - keine Lesben- und Schwulen-Bewegung. Genauso wenig wie in Kuba je eine autonome Frauenbewegung jenseits der partei-offiziellen FMC (Federación de Mujeres Cubanas) zur Diskussion stand. Allerdings soll es, so erzählte uns ein Besucher Kubas, am Christopher Street Day 1996 eine kleine - von der Polizei unbehelligte - Demo von Schwulen am Malecon in Havanna gegeben haben.

Eduard Fritsch, ila

Der Artikel beruht auf der Untersuchung von Lourdes Arguelles und Ruby Rich, Homosexuality, Homophobia, and Revolution: Notes toward an Understanding of the Cuban Lesbian and Gay Male Experience, in: Signs 9:4 und 11:1 (1984 und 1985); und dem Kuba-Kapitel aus: Margaret Randall, Gathering Rage, Monthly Review Press, New York 1992)

29. Mexikos unausweichlicher Fall. Rezension

Eine Rezension

Autor: A.M., Chiapas-Komitee, Marburg · Rubrik: Mexiko; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:04

Die mexikanische Währungskrise in der ersten Dezemberwoche 1994, die sich innerhalb von drei Tagen zu einer tiefen Wirtschaftskrise entwickelte, kam für viele völlig unerwartet. Vor allem die Apologeten neoliberaler Wirtschaftspolitik, die Mexiko jahrelang als Musterschüler ihrer Ideologie betrachteten, sahen den Grund entweder in einer "äußerst ungünstigen Konstellation monetärer und politischer Faktoren" (S. 218) oder aber in der Nichteinhaltung eben jener neoliberaler Grundsätze durch die mexikanische Regierung.

In diesem Buch geht es um die Frage, ob es sich beim Absturz Mexikos in die Niederungen eines ordinären Dritte-Welt -Landes um eine überraschende, zufällige Begebenheit handelt, oder ob er nicht vielmehr die Folge struktureller Schwächen des neoliberalen Entwicklungsmodells selbst ist. So lautet nämlich die These von Dieter Boris, die in acht Kapiteln detailliert und schlüssig entwickelt wird. Darin werden, vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung Mexikos, die Grundlagen des Entwicklungsmodells untersucht, das in Mexiko verfolgt wurde und das lange Zeit ökonomisches Wachstum und politische Stabilität hervorbrachte. Die Frage welche Ursachen zur sogenannten Verschuldungskrise führten und welche Dimensionen diese annahm, wird im zweiten Kapitel behandelt. Danach untersucht der Autor die Einführung der neoliberalen Politik unter Miguel de la Madrid und deren Fortsetzung bzw. Intensivierung unter Carlos Salinas de Gortari. Die beiden nächsten Kapitel befassen sich mit den Auswirkungen dieser Politik auf die wirtschaftliche Entwicklung und auf die sozialen Akteure.

Auf der wirtschaftlichen Ebene liegen die Schwerpunkte beim industriellen und landwirtschaftlichen Sektor sowie bei der Entwicklung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen unter Berücksichtigung des Beitritt Mexikos zur Nordamerikanischen Freihandelszone. Im Zentrum der Betrachtung des sechsten Kapitels stehen sowohl die sozialen Akteure, die den Kurswechsel in der Ordnungs- und Wirtschaftspolitik vorangetrieben haben, als auch die Sozialstrukturveränderungen, die sich daraus ergaben. Der Schwerpunkt liegt bei der Bourgeoisie, der städtisch-industriellen Arbeiterklasse, dem informellen Sektor und den Mittelschichten. Der Rolle der Frau wird ebenfalls ein eigenes Unterkapitel gewidmet. Im siebten Kapitel geht es um die politischen Veränderungen, die parallel zu den wirtschaftlichen stattfanden, bzw. stattfinden. Parteien, Wahlen, soziale Bewegungen und der Aufstand in Chiapas werden hier u.a. behandelt. Abschließend geht es um einen Ausblick auf die Präsidentschaftsperiode Ernesto Zedillos.

Das Buch ist durchaus empfehlenswert, denn zum einen beinhaltet es eine genaue Analyse des speziellen Falls Mexiko, zum andern versucht der Autor aber auch eine verallgemeinerbare Kritik neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu erarbeiten. Was m. E. fehlt, ist die Untersuchung des Dienstleistungssektors. Denn auch in Mexiko ist eine zunehmende "Tertiärisierung der Ökonomie" zu beobachten und die "klassischen Sektoren" Landwirtschaft und Industrie werden, was ihr ökonomisches Gewicht angeht, immer mehr zurückgedrängt. Insofern wäre genauer zu betrachten, welche Auswirkungen die neoliberale Politik auf diesen Sektor hat und ob dieser sich nicht zum boomenden, große Teile der freigesetzten Arbeitskräfte absorbierenden, Bereich der Ökonomie entwickeln könnte.

Trotzdem - beißt man/frau sich bis zum Schluß durch das mit originären Quellen und Daten reichlich bestückte Werk, das für ein Paperback etwas zu teuer geraten ist - sind die Schlußfolgerungen des Autor logisch und nachvollziehbar: "Aus dieser Sicht, die natürlich nicht identisch mit der der ‚internationalen Rating-Agenturen` der Chefökonomen und Manager von Investmentfonds sein kann, ist der Rückschlag der mexikanischen Ökonomie weder überraschend noch zufällig zu bezeichnen. Vielmehr muß er als Konsequenz der inhärenten Widersprüche und Blockaden der neoliberalen Grundordnung selbst begriffen werden. Insofern stellt sich die neuerliche Krise Mexikos als vorläufiger Schlußpunkt einer fast zwölf Jahre währenden neoliberalen Politik dar, die zwar hinsichtlich einiger makroökonomischer Daten (wie z.B. Inflationsreduzierung, Haushaltsausgleich, Schuldenabbau) gewisse Erfolge aufwies, hinsichtlich vieler anderer - nicht weniger wichtiger - makroökonomischer Daten aber als erfolglos qualifiziert werden muß: Insgesamt geringes Wachstum des Bruttosozialproduktes, niedrige Spar- und Investitionsquote, Pro-Kopf-Einkommensabfall, Senkung des Reallohnniveaus, geringes Produktivitätswachstum, wachsendes Außenhandelsdefizit, ständige Erhöhung der

Abhängigkeit von ausländischem Geldkapitalzufluß, Fragmentierung und Polarisierung der ökonomischen Strukturen, etc." (S. 220 ff.)

A.M. Chiapas-Komitee Marburg

Boris, Dieter: Mexiko im Umbruch. Modellfall einer gescheiterten Entwicklungsstrategie, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996, ISBN 3-534-12945-8, 58.- DM

30. Der lange Abschied von einem Mythos. Neue Bücher über Kuba

Autor: ef. · Rubrik: Kuba; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:14

Fast nichts mehr ist unmöglich auf Kuba: Der ehemalige Hamburger Finanzsenator Gobrecht verdingt sich im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung als Berater der kubanischen Regierung bei der Einführung und Gestaltung eines "modernen Steuersystems"; Fidel Castro und der Papst entdecken ihre gegenseitige Zuneigung; und schließlich scheint es auch nicht mehr unmöglich, daß es wirtschaftlich wieder aufwärts geht. Stolze 7,8 Prozent betrug das Wirtschaftswachstum für das Jahr 1996, wie die taz vom 27.12.96 zu berichten wußte. Ob damit allerdings für den Teil der Bevölkerung, der die Lasten der Krise in den letzten Jahren zu tragen hatte, ein Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist, bleibt abzuwarten. Ein Wirtschaftswachstum sagt bekanntlich noch nichts über die Verteilung des Mehrprodukts aus.

Fast unmöglich ist es aber, den Überblick über die rasanten und z.T. verwirrenden Entwicklungen auf Kuba zu behalten. Mehrere jüngst erschienene Bücher wollen hier Abhilfe schaffen.

Die aktuelle Krise

und ihre Vorgeschichte

"Kuba - Der lange Abschied von einem Mythos" betitelte Hans Jürgen Burchardt sein Buch, das im Schmetterling-Verlag erschienen ist. Soviel sei vorweg gesagt: Wer sich detailliert über die Hintergründe der kubanischen Politik und über die Entwicklungen der kubanischen Gesellschaft seit 1990 informieren und diese verstehen will, wird an diesem Buch nicht vorbeikommen. Dies gilt auch dann, wenn man nicht alle Schlußfolgerungen des Autors teilt. Das Buch besticht durch einen klaren Aufbau und eine auch für Laien verständliche Darstellung der nicht immer einfachen ökonomischen Zusammenhänge.

Wer das Ausmaß und die Tiefe der aktuellen Krise in Kuba verstehen will, muß die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kennen. Die Blockadepolitik der USA, die Einbindung Kubas in das Wirtschaftssystem der staatssozialistischen Länder und die teilweise extrem sprunghafte Wirtschaftspolitik der kubanischen Regierung seit 1959 legt Burchardt im ersten Teil seiner Arbeit prägnant und nachvollziehbar dar.

Den eigentlichen Schwerpunkt legt er auf die Krisenprozesse von 1990-1996. Diesen Zeitraum unterteilt er in zwei Phasen: die Zeit vor und nach der Legalisierung des Dollars am 13. August 1993. Die Dollarfreigabe wertet er als Eingeständnis, daß die bis dahin verfolgte Wirtschaftspolitik gescheitert ist. Für das Scheitern macht er nicht nur die katastrophalen Rahmenbedingungen verantwortlich. Auch die kubanische Regierung bleibt nicht ungeschoren. Vor allem eine falsche Krisenanalyse und ein Strukturkonservativismus, der notwendige Reformen verhindert, sind für ihn "zunehmend kontraproduktiv wirkende innere Faktoren". Wegen der aufgeschobenen Reformen geriet Kuba völlig aus den Fugen. Die Schwächen der kubanischen Wirtschaft waren chronisch: Der Peso wurde fast völlig wertlos, und der gestiegenen Geldmenge stand kein Warenangebot mehr gegenüber. So entstand eine zurückgestaute Inflation, die sich ihr Ventil durch das Entstehen eines Schwarzmarktes auf Dollarbasis schuf. Paradoxe Einkommensungleichgewichte waren die Folge.

Vor diesem Hintergrund gab es zur Freigabe des Dollar keine Alternative. Dieser Position Burchardts muß man uneingeschränkt zustimmen. Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse, die sich vorher illegal vollzogen hatten, wurden dadurch lediglich offenkundig. Der Staat hatte dadurch außerdem die Möglichkeit, einen Großteil der Dollars abzuschöpfen und konnte damit die extreme Devisenknappheit ein wenig abmildern. Burchardt zeigt, wie wichtig diese Maßnahme war: Dollarsendungen von Verwandten vor allem aus den USA waren 1995 mit einem Anteil von 32% die Hauptdevisenquelle des Landes.

In den bisherigen Reformen sieht Burchardt den Versuch der Regierung, sich gerade noch vor dem Ertrinken zu retten, wenn das Wasser bis zum Hals steht, ohne dabei aber systematisch schwimmen lernen zu wollen. Insbesondere kritisiert er, daß den Reformen kein schlüssiges Konzept zugrundeliegt. So hatten viele der Maßnahmen, die für sich durchaus sinnvoll waren, ein negatives Gesamtergebnis zur Folge.

Auch wenn Burchardt gelegentlich über das Ziel hinausschießt und die Handlungsspielräume der kubanischen Politik allzu rosig malt, ist seiner grundsätzlichen Stoßrichtung zuzustimmen, nicht nur auf die US-Blockade, sondern auch auf die gravierenden Fehler der kubanischen Politik aufmerksam zu machen. Im übrigen entspricht dies genau dem Anspruch, den Fidel Castro während seiner berühmten Rede vom 16. Juli 1993, bei der er die Freigabe des Dollar verkündete, an die eigene Politik formuliert hat: "Unter Druck oder Zeitdruck zu handeln, bedeutet nicht, Dinge schlecht zu machen, abenteuerliche Dinge zu ergreifen oder Sachen zu tun, die später eine ganze Reihe von unvorhergesehenen Konsequenzen haben."

Hans-Jürgen Burchardt: Kuba. Der lange Abschied von einem Mythos. Stuttgart 1996, Schmetterling-Verlag, 264 Seiten, DM 29,80

Wirtschaftsreformen

in der Diskussion

Diese wichtige Rede Castros ist nachzulesen in dem von Bert Hoffmann herausgegebenen Buch: "Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte", das vor kurzem in einer überarbeiteten zweiten Auflage erschienen ist. Dieses Buch ist eine ideale Ergänzung zu Burchardts Arbeit. Besondere Aufmerksamkeit verdient es aus zwei Gründen: Zum einen enthält es einen ausführlichen statistischen Anhang, deren Daten auf den Angaben offizieller kubanischer Quellen basieren. Dies allein ist nach dem "Daten-Black-out" der Jahre 1989-1995 von großem Gewicht.

An Bedeutung gewinnt das Buch jedoch aufgrund zweier Beiträge des Zentrums für Amerika-Studien (CEA) in Havanna. Insbesondere der Aufsatz des CEA-Vizedirektors Julio Carranza Valdés "Die Krise - Eine Bestandsaufnahme" läßt sich auch noch vier Jahre nach seiner Erstveröffentlichung mit großem Erkenntnisgewinn lesen.

Die Offenheit, mit der das CEA die Schwierigkeiten bei den Wirtschaftsreformen thematisierte, stieß jedoch auf Kritik bei der kubanischen Führung. Direkt nach einer Grundsatzrede Raúl Castros im März 1996, in der er das CEA scharf angriff, ohne jedoch seine Vorwürfe zu konkretisieren, wurde der CEA-Direktor Luis Suarez Salazar seines Amtes enthoben.

Bert Hoffmann (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte. Frankfurt/Main 1996, 2. aktualisierte Auflage, Vervuert-Verlag, 225 S., DM 32,-

Revolutionäre Erbauungsliteratur

Einen völlig anderen Charakter als die oben vorgestellten hat das Buch von Vollmann/Zahn: "Kuba. Vom ‚Modell` zurück zum ‚Hinterhof`?" Wieso der Titel in Frageform gekleidet ist, darüber kann man nach der Lektüre dieses Buches nur spekulieren. Für die AutorInnen ist der

Fall klar: "Ob es (Kuba, Anm. ef) durch eine ‚schnelle Hungerrevolte` oder durch das ‚langsame Absterben der Gerontokratie der Sierra-Maestra-Kämpfe` in die Knie gezwungen wird, ob es mit einem ‚Knall oder einem Winseln` zugrundegeht, wird die Geschichte zeigen." Aus der Perspektive der AutorInnen führen alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der kubanischen Regierung direkt in die Hände der imperialistischen Staaten. Diese werden nicht eher ruhen, bis das Modell Kuba seinen Geist aufgegeben hat. Diese These wird aus der Geschichte der US-amerikanischen Kuba-Politik abgeleitet, die noch einmal ausgebreitet wird. All dies ist bei vielen anderen AutorInnen differenzierter nachzulesen.

Vollmann/Zahn haben ein rückwärtsgewandtes Buch geschrieben; es ist ein Buch voller Trauer darüber, daß mit Kuba sich ein weiteres revolutionäres Modell verabschiedet und zum neokolonialen Hinterland wird. Der Blick auf die derzeitigen Probleme dient nicht dazu, neue - und seien es auch noch so geringe - Handlungsspielräume aufzuzeigen. Den AutorInnen geht es um Verklärung der Vergangenheit. Wer so etwas braucht, dem sei dieses Buch angeraten. Ich höre ab und zu auch gerne mal die Becher-Hymne und die Internationale.

Anna Vollmann/Werner Zahn: Kuba. Vom "Modell" zurück zum "Hinterhof"? Heilbronn 1996, Distel-Verlag, 143 Seiten, DM 22,-

ef.

31. Radikal subjektiv. Inge Vietts Autobiographie "Nie war ich furchtloser"

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:09

Nach den "Einsprüchen", den Briefen aus den Gefängnis, ist nun ein zweites Buch von Inge Viett erschienen, ihre Autobiographie: "Nie war ich furchtloser". Wie die Briefe ist auch diese Autobiographie als Einspruch zu verstehen gegen das Vergessenmachen eines militanten Lebens, gegen rechte wie linke Geschichtsabwickler. Ein Versuch, durch alle Brüche hindurch den roten Faden der eigenen Lebensgeschichte in der Hand zu behalten, eine widerständige Subjektivität, die auch in der Niederlage die Kapitulation verweigert.

Die Brüche allerdings sind gewaltig: von der Selbstbefreiung aus einem erdrückenden Dorfleben in den fünfziger Jahren zur subkulturellen Revolte der sechziger und frühen siebziger Jahre; vom bewaffneten Kampf in der Bewegung 2. Juni zur RAF und schließlich die Alltagsexistenz als DDR-Bürgerin, in einem System, mit dem sie sich bei aller Kritik im Grundsatz politisch identifiziert. Kein Wunder, daß Inge Viett nach ihrer Verhaftung im Sommer 1990 in mehrfacher Weise Haß und Rachebedürfnis des bundesdeutschen Staates getroffen hat als früher lang gejagte "Top-Terroristin" und als DDR-Bürgerin, die sich in allen politischen Erklärungen der Einverleibung der DDR widersetzt. So bleibt sie ideales Objekt für gleichermaßen herrschaftsbesessene und angstbesetzte Projektionen einer bürgerlichen Kollektivseele. Als ob das nicht ausreicht, gilt sie in der Fahndungslogik als Schlüsselfigur für die Stasi-RAF-Connection. All dies mobilisiert noch einmal jene Bilder eines eiskalten Flintenweibs (O-Ton Fahndungsplakat: "starke Raucherin", "lesbisch"), die in den siebziger Jahren hinter den Fahndungsfotos durchschienen.

Inge Viett bedient dieses Bedürfnis nicht, sie bietet auch sonst keine Gelegenheit für voyeuristische Blicke auf Personen, Verschwörungen, gibt keinen Anlaß für Entlarvungen. Und dieser angenehme Mangel an Indiskretion betrifft auch ihre eigene Person: So radikal subjektiv sie ihre eigene Geschichte angeht, so wenig setzt sie sich selbst in Szene, brüstet sich nicht damit, "Staatsfeind" gewesen zu sein. Ihre besondere Rolle bei der Organisierung und Reorganisierung bewaffneter Gruppen spielt keine Rolle, weil es um etwas ganz anderes geht. Inge Viett zieht eine persönlich-politische Bilanz.

Ausgangspunkt und Ende dieser Autobiographie werden durch die Haft in Zweibrücken bestimmt. Die Frau, die in den siebziger Jahren zweimal verhaftet wurde und jedesmal wieder ausbrach, ist nun im doppelten Sinne gefangen. Da sind die Knastbedingungen, die sie kennt; da ist aber auch eine Gesellschaft draußen, die nichts mehr von dem zu enthalten scheint, was früher einen Ausbruch selbstverständlich machte: "... politische Zusammenhänge, Energien, Hoffnungen, Romantik und revolutionäre Poesie, die unsere KRAFt und Phantasie entfaltete." Worin sollte sie jetzt noch untertauchen? "in dieser Zeit laut und leise sterbender Alternativen, verlöschender Visionen, jetzt, da wir unsere Träume von einer anderen, besseren Welt, unsere Ideale ‚vergraben müssen so tief, daß die Hunde nicht herankommen, bis wir sie wieder ausgraben und einer neuen veränderten Realität aussetzen können`".

Die Arbeit an der Autobiographie, die ihr vom Verlag vorgeschlagen wurde, wird zu einer Möglichkeit, diese historische und persönliche Situation zu reflektieren, sich selbst zurückzugewinnen. Schreiben zur Selbstverständigung und als Widerstand. "Schreiben braucht Freiheit", sagt Inge Viett, um auf die begrenzten Arbeitsmöglichkeiten im Knast hinzuweisen. Aber im Knast fehlt auch das Gegenüber, fehlen die anderen, die zur Selbstreflexion notwendig sind. So kann diese Autobiographie auch wie ein langer Brief an noch anonyme AdressatInnen gelesen werden, jüngere, die sich für die Widerstandsgeschichte der siebziger Jahre interessieren, inbesondere aber auch die älteren Rest-Linken, die noch dazu bereit sind, die eigene Lebensgeschichte als Teil einer kollektiven Biographie der radikalen Linken zu reflektieren.

Der Bruch

als Entwicklungsprinzip

Die Erzählung beginnt in den vierziger und frühen fünfziger Jahren, in der dumpfen Atmosphäre eines mit Gewalt aufgeladenen Dorfmilieus in Schleswig-Holstein, wo Inge Viett einer herrischen Pflegemutter ausgeliefert ist. Von den allerersten Jahren abgesehen, ist sie kein "Heimkind", aber sie ist zwangsweise und

dann auch zunehmend selbstbewußt Außenseiterin. Sie entkommt dieser Welt tradierter Hierarchien und ungebrochener völkischer Ideologie nur durch einen Bruch, so wie jede entscheidende Lebensphase durch derartige Brüche beendet und eingeleitet werden wird.

Jahre folgen, in denen sie zunächst noch fürsorglicher Überwachung unterworfen ist, in denen sie aber auch das wirkliche Leben mit einzelnen Menschen sucht, jenseits des bloßen Überlebens in Fabrik und Familie. Was Inge Viett in dieser Zeit erlebt und wovon sie erzählt, das Umherschweifen durchs Hamburger Kiez-Milieu und die subkulturelle Szene Westberlins , ist ein Stück bundesdeutscher Sozial- und Kulturgeschichte, das von der offiziellen wie linken Geschichtsschreibung lange verdrängt wurde: wie nämlich vor und nach 1967 die gesellschaftliche Totenstarre durch sich von unten her ausbreitende alltägliche Renitenz, durch Verweigerungen und Fluchten in kleine und große Freiheiten, binnen kurzer Zeit in eine explosive Revolte umschlug.

Inge Vietts Zugang zu dieser Revolte erschloß sich nicht im politisch-theoretischen Überbau der akademischen Neuen Linken. Sie gehörte zu denen, für die Revolution zu allererst ein anderes Leben bedeutete, etwas und noch mehr von dem, was in Kommunen, subversiven Aktionen versucht und experimentiert wurde, ohne sich um strategisch-theoretische Ableitungen zu kümmern. Von einer Afrika-Reise, die als hippie-Projekt begann, kommt sie anders zurück: "Erbittert, empört und nicht mehr bereit, auch nur ein Jota auf die verlogenen Rechtfertigungen der Eliteländer zur ihrem fortdauernden Parasitentum an den armgehaltenen Ländern zu geben."

Auf heute vielleicht abenteuerlich erscheinende Weise, die viel von der Beiläufigkeit erklärt, mit der in dieser Zeit militante Linke zum bewaffneten Kampf kamen, wird sie für die neugebildete Bewegung 2. Juni rekrutiert. Was nun folgt, ist schon Geschichte, zumindest Zeitgeschichte: das Attentat auf den britischen Jacht-Club in Galtow, die Lorenz-Entführung 1975, die Gefangenenbefreiung 1978, bei der Till Meyer aus dem Knast geholt wurde, auch die erfolgreiche Entführung des Wäsche-Millionärs Palmer zur Geldbeschaffung, Aufenthalte im Nahen Osten und Kontakte zu palästinensischen Fedayin, schließlich die Auflösung der Bewegung 2. Juni und der Übertritt der Rest-Gruppe zur RAF. Dazu gehören auch die ersten Kontakte und das zwar schwierig widersprüchliche, aber durchaus politische Verhältnis zum MfS der DDR.

Das alles in diesem Buch nachzulesen, ist deshalb interessant, weil Inge Vietts Schilderung dem bewaffneten Kampf die okkulten Weihen durch "Antiimps" oder andere Mythen-Produzenten nimmt und weil es das Desperado-Image kaltblütiger Desperados auflöst in Szenen und Geschichten einer Kampf- und Lebensgemeinschaft einzelner Menschen aus der persönlichen Sicht einer Teilnehmerin, was bei allen auch komischen Szenen nichts vom Ernst der Sache nimmt. Nachvollziehbar wird aber auch der Prozeß einer zunehmenden gesellschaftlichen Isolation. Denn mit dem Eintritt in die Bewegung 2. Juni, verstärkt aber ab Mitte der siebziger Jahre verschwinden die sozialen Alltagsverhältnisse aus dem Blickfeld. Darin schlägt sich die Logik des bewaffneten Kampfes unter den damaligen Bedingungen nieder, die (gleichgültig ob im 2. Juni oder in der RAF) eine Vermittlung zu den realen Bewegungen und Lebensverhältnissen, auch den Niederlagen und Rückzügen, nicht mehr möglich machten. Als sich die Bewegung 2. Juni Ende der siebziger Jahre auflöst und sich Inge Viett mit anderen der RAF anschließt, ist diese Krise für sie schon persönlich manifest. Eine Lösung gibt es wiederum nur im Bruch. Als sie Anfang der achtziger Jahre eine Gruppe von RAF-Aussteigern in die DDR bringt, erklärt sie zum Erstaunen aller anderen: "Ich bleibe hier".

Die Wirklichkeit des Sozialismus

Dieser Ausstieg wird nun auch zum Einstieg: Sie wird Bürgerin der DDR, erstmals seit Beginn der siebziger Jahre gewinnen Alltagsverhältnisse in ihrer Erzählung wieder Konturen. Es ist beides: überhaupt wieder ein sozialer Alltag mit Menschen außerhalb der Untergrund-Szene, und es sind die besonderen Lebensverhältnisse der DDR-Gesellschaft, von denen sie so gut wie keine konkrete Vorstellung gehabt hatte. Das ist das Leben, das sie heute gegen die Abwickler verteidigt und das heute nach Schickeria-Manier als "Spießbürgerleben" denunziert wird. Was sie darüber schreibt, ist genau in der Schilderung von Personen, von Lebensläufen, auch von Verhaltensweisen und Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz oder anderswo. Aber darüber erhebt sich ein recht vereinfachender politisch-ideologischer Überbau: die DDR als das andere Deutschland, als antifaschistischer Frontstaat, als kaum bewältigter, aber wenigstens begonnener realer Sozialismus ...

Wenn Inge Viett darüber politische Urteile fällt, schlägt die radikal subjektive Sichtweise oft ins Unvermittelte, ins Apodiktische und Dogmatische um. So schreibt sie ihren ehemaligen KollegInnen in einem Abschiedsbrief, sie wüßten ja nichts von der BRD-Gesellschaft. Und den Linken im Westen erklärt sie pauschal, sie hätten keine Ahnung von der DDR-Gesellschaft, die sie letztlich nicht nur ignoriert, sondern auch durchgängig bekämpft hätten. Bleibt sie als einzige zurück, die etwas zu sagen hat? Es bleiben politische Bekenntnisse, die am Ende nicht mehr vermittelbar sind mit dem realen Verlauf des Zusammenbruchs dieses Sozialismus.

An manchen dieser Stellen kann beim Lesen schon Wut hochkommen, zum Beispiel, wenn dort von den "bürgerlichen Linken" im Westen die Rede ist, die immer die DDR bekämpft hätten. Was ist denn mit den nicht wenigen, die all die Jahre über die DDR in ähnlichem Grundton verteidigt haben wie Inge Viett? Und waren nicht viele ebenso wie Inge Viett davon überzeugt, die DDR sei aus sich heraus auf sozialistischer Grundlage veränderbar? Ohne sich all die Blessuren gegenseitig vorzuhalten, die den verschiedenen Strömungen der Linken zugefügt wurden und von denen sie sich wahrscheinlich die meisten selbst zugefügt haben, sollte man "die Linke" nicht über den einen Kamm scheren, den es nie gegeben hat.

Schließlich gibt es auch andere, nicht weniger authentische und legitime Sichtweisen: seien es die vielleicht nur wenigen, aber immerhin ja noch vorhandenen Reste der Linken, die in den siebziger Jahren am bewaffneten Kampf nicht teilnahmen, ihn politisch kritisierten, jedoch keineswegs, um sich im gemachten Nest im herrschenden System einzurichten, sondern weil so dieses System nicht zu stürzen war; oder seien es Menschen aus der DDR, die den Alltag fast identisch schildern wie Inge Viett, aber grundsätzlich andere politische Schlußfolgerungen gezogen haben gegen den Staatsbürokratismus, aber auch gegen den westlichen Kapitalismus.

Was hier an Vermittlungsarbeit in einer gemeinsamen Diskussion und Praxis noch zu leisten ist, macht dieses Buch gerade dort deutlich, wo es kontroverse Reaktionen provoziert. Diese Kontroversen halbwegs rational zu führen, setzt freilich voraus, die eigene Lebensgeschichte im Gesamtzusammenhang der Linken und ihrer Erfahrungen zu reflektieren. Inge Viett hat mit diesem Buch einen Anfang dazu gemacht, es ist zu hoffen, daß sich mehr als bisher die noch anonymen AdressatInnen dieses langen "Einspruchs" zu Wort melden und zu erkennen geben, damit diese Diskussion geführt werden kann.

Rückgewinnung

von Widerständigkeit

Letztlich haben Stärken und Schwächen dieses Buches ein und denselben Grund. Es ist das alte Problem, zuallererst gegen den Feind Verteidigungs- und Frontlinien ziehen zu müssen, bevor die eigene Position differenziert und reflektiert werden kann. Das war immer Stärke und Schwäche der radikalen Linken, Inge Viett führt das in Haltung und Lebensgeschichte vor: zuerst der Bruch und dann die Reflexion. Niemand soll glauben, es ginge anders herum. Daß ein Feind nicht mehr existiert, gehört zwar zum Kernbestand postmoderner Lebensphilosophie, kann aber nur von jemand gesagt werden, der das herrschende System und seine Überlebenszwänge nicht tagtäglich am eigenen Leibe als Feind erfährt.

Bleibt es aber nur bei dieser Frontziehung, leitet sich das ganze politische Denken letztlich also nur noch vom Kampf gegen den Feind ab, setzt sich auf Dauer untergründig die Logik durch: 'der Feind meines Feindes ist mein Freund'. Das hat lange Zeit auch das Verhältnis vieler Linker zur DDR und zum gesamten sozialistischen Lager bestimmt; es waren weitaus mehr, als Inge Viett glaubt. Die historische Niederlage, die die Linke im gesellschaftlichen Maßstab weltweit erfahren hat und die sich lebensgeschichtlich in vielen Biographien als harter Einschnitt eingeschrieben hat, bietet auch die Möglichkeit, zu einer neuen und freien Bestimmung der eigenen Ziele zu gelangen.

Früher nannte man die unmittelbare Widerständigkeit gegen die herrschenden Lebensverhältnisse einmal Klassenstandpunkt. Das mag zu vereinfachend gewesen sein, aber darin war und ist eine Wahrheit enthalten: daß selbst die äußerste Niederlage die Legitimität und Notwendigkeit des Widerstandes niemals in Frage stellen kann. Auch wenn sich Inge Viett zu keiner Mission berufen fühlt und zuallererst für sich und über sich schreibt, so bleibt die Rückgewinnung widerständiger Subjektivität wohl doch so etwas wie eine Botschaft dieses Buches. Während die bekannten Figuren aus Feuilletons und Sendeanstalten dafür nur Spott und Haß übrig- haben werden, bleiben die wirklichen AdressatInnen noch weitgehend anonym. Es sind aber mehr, als Inge Viett annimmt. Deshalb wäre nichts falscher, als jetzt "unsere Träume von einer anderen, besseren Welt,

unsere Ideale" zu vergraben, "so tief, daß die Hunde nicht herankommen, bis wir sie wieder ausgraben und einer neuen, veränderten Realität aussetzen können ..."

Martin Rheinlaender

Inge Viett: "Nie war ich furchtloser", 320 Seiten, Edition Nautilus, Hamburg 1997, 39,80 DM

32. Kreuzzüge und christlicher Antijudaismus. Kritik an dem Artikel "Gott will es" in ak 398

Autor: S.J., Marburg · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:07

Da ich bislang davon überzeugt war, daß die ak-Redaktion ausschließlich gut recherchierte Artikel abdruckt, bin ich doch über die zahlreichen sachlichen Schwächen und Fehler des Beitrags von ef sehr erstaunt. Obgleich ich die Auffassung von ef teile, daß der christliche Antijudaismus eine Wurzel der Judenpogrome bereits während des Mittelalters und auch eine Wurzel der Kreuzzugsbewegung ist, kann ich die monokausale Zuspitzung ohne Berücksichtigung politischer, soziologischer und ökonomischer Entwicklungen, die ef vornimmt, nicht teilen. Meines Erachtens führt dieses Vorgehen dazu, die notwendige Differenzierung in der Wahrnehmung dieser multifaktoriellen Entwicklung zu verflachen. Selbst die Theologie und die neutestamentliche Wissenschaft ist an vielen Punkten schon weiter.

Besonders haben mich die sachlich falschen Aussagen über die neutestamentlichen Texte und die nicht vorhandene Kenntnis des historischen Umfelds dieser Schriften geärgert. Natürlich muß das Ausblenden dieser Fakten zu Falscheinordnungen und Falschaussagen führen. In jedem einführenden Werk zum Neuen Testament kann man folgende, wissenschaftlichen Common Ssense darstellende Informationen finden:

1. Das Judentum existierte zur Zeit des Jesus von Nazareth und des Neuen Testaments nicht als einheitliche Größe. Es gab verschiedene konservative und progressive Strömungen innerhalb des Judentums. Eine wichtige Strömung der damaligen Zeit waren apokalyptische und eschatologische Gruppen. In diesen Kontext muß auch die Gruppe um Jesus von Nazareth gestellt werden, die - wie ef Brumlik richtig zitiert - als Gruppe von Wanderradikalen anzusehen ist. Diese Gruppe und die aus ihr entstehenden weiteren Gruppen müssen aber mindestens bis 48 u.Z. als innerjüdische Entwicklungs- und Erneuerungsbewegung betrachtet werden. Auch danach kann man noch nicht von einem Christentum in unserem heutigen Sinne sprechen. Die herrschenden Faktoren im damaligen römischen Reich waren auf religiösem Gebiet die römischen Kulte (z.B. der Kaiser-Kult) und in Palästina das Judentum. Es ist richtig, daß die herrschenden jüdischen Gruppen in Palästina nicht die Todesstrafe verhängen konnten und damit nicht die "Mörder des Messias" sind. Die historisch später beginnende Interpretation der "Juden als Messiasmörder" ist eine der schlimmsten und verheerendsten Traditionen des Christentums. Auf der anderen Seite muß man aber berücksichtigen, daß Vertreter einer jüdischen Gruppe die religiösen Leitungsfunktionen im damaligen Palästina besetzten. Die frühchristlichen Gruppen existierten demgegenüber zunächst nur vereinzelt in Palästina und Kleinasien und können soziologisch noch nicht als institutionalisierte Religion angesehen werden. Sie müssen als innerjüdische Erneuerungsbewegung betrachtet werden, die herrschende jüdische Vorstellungen kritisierten und sich später - als sie mit ihrer Kritik nicht durchkamen - selbständig weiterentwickelten. Das Johannes-Evangelium (um ca. 100 u.Z.) ist z.B. ein Zeugnis aus der Zeit, als das Christentum sich als eigene Größe vom Judentum absetzte.

2. Die Texte des Neuen Testaments spiegeln sowohl diese innerjüdischen Konflikte als auch die Absetzung einzelner Gemeinden vom herrschenden Judentum in Palästina wider. Während sich dieser soziale und historische Hintergrund v.a. in den Evangelien auffinden läßt, muß für die Paulus-Briefe die andere Situation im stärker hellenistisch geprägten Kleinasien und Griechenland angesetzt werden. Hier sind die "Gegner" der christlichen Gruppen vornehmlich sog. heidnische Kulte oder die hellenistische Philosophie. Obgleich sich zusätzlich bei Paulus die Reflexion auf die eigenen Wurzeln, nämlich das jüdische Erbe, und die Absetzung davon wiederfinden läßt. Allerdings kann man von Paulus nicht die von ef vorgenommene platte Gegenüberstellung von Christentum und Judentum als Söhne des Lichts und Söhne der Finsternis (...) behaupten. Ganz im Gegenteil bleibt bei Paulus die Position zum Judentum schillernd. Wahrscheinlich hängt die Interpretation des Judentums von der jeweiligen Gemeinde ab, an die Paulus schrieb. So kann er einmal die bleibende Erwählung des Volkes Israel (vgl. die einschlägige Stelle im Römerbrief Kap. 9-11) mit vollstem Eifer verteidigen, ein andermal aber auch die Tötung des Messias durch "die" Juden (vgl. 1. Thessalonicher Kap. 2, 15) behaupten. (...)

3. Zur Datierung der Texte des Neuen Testaments bleibt anzumerken, daß die heutige Reihenfolge in der christlichen Bibel nicht der historischen Entstehungsabfolge entspricht. Anscheinend entzieht sich dies auch

der Kenntnis von ef. So geht er in seinem Artikel davon aus, daß die Evangelien die ältesten Schriften sind und die Paulus-Briefe danach entstanden sind. In Wirklichkeit ist die Entstehung der Paulus-Briefe zwischen 50 und 56 u.Z., die Entstehung der synoptischen Evangelien (also Markus, Matthäus und Lukas mit der Apostelgeschichte) zwischen 70 und 96 u.Z. und die Entstehung des Johannes-Evangeliums um 100 u.Z. anzusetzen.

4. Wie oben schon angedeutet, kann man für die Entstehungszeit der neutestamentlichen Texte nicht von einem einheitlichen Christentum ausgehen, sondern muß von einzelnen frühchristlichen Gruppen bzw. Gemeinden in unterschiedlichen sozialen und religiösen Kontexten ausgehen. Die Texte wurden jeweils für einzelne Gemeinden geschrieben. Politisch gehörten aber sowohl Palästina als auch Kleinasien zum römischen Reich. Mit dieser differenzierteren Sichtweise ist auch verständlich, daß sowohl die einzelnen Evangelien als auch die Paulus-Briefe keine einheitliche Theologie oder Position "des" Christentums widerspiegeln können. Vielmehr ist aus den verschiedenen Texten die konkrete Konfliktsituation zu ersehen, in der sich die jeweilige Gemeinde befand. In einem stärker jüdischen Kontext werden antijudaistische Polemiken entwickelt, in einem stärker hellenistischen Kontext werden antihellenistische Polemiken entwickelt. Die Position zu den römischen Machthabern ist ebenfalls nicht einheitlich. Der von ef konstatierte grundsätzliche pro-römische Zug der Evangelien ist nur bei Lukas nachzuweisen, der mit seinem Evangelium das Christentum offensichtlich in römischen Kreisen etablieren wollte.

Die hier gemachten Anmerkungen mögen als Relativierung des christlichen Antijudaismus oder Antisemitismus erscheinen. Das ist natürlich nicht beabsichtigt. Ganz im Gegenteil geht es mir einerseits um eine historisch korrekte Darstellung der Ursprungsgeschichte des christlichen Antijudaismus und Antisemitismus und andererseits um eine sachlich korrekte Herausarbeitung der christlichen Geschichtsklitterung, die später auf Grundlage der neutestamentlichen Schriften vorgenommen wurde. Daß diese bereits im 3. Jahrhundert eingesetzt hat und dann mit dem Aufstieg des Christentums zur Staatsreligion verheerende Folgen hatte, hat ef korrekt dargestellt. Wenn man allerdings den sozialen Hintergrund der neutestamentlichen Schriften wahr- und ernstnimmt - kleine innerjüdische Erneuerungsbewegung -, dann wird deutlich, daß diese Texte nicht für Religionsgemeinschaften geschrieben wurden, die eine herrschaftliche Position einnahmen. Wenn nun aber diese Schriften dazu benutzt werden, um eine herrschaftliche Position zu legitimieren, dann sind sie an ihrer eigentlichen Intention vorbei interpretiert. Diese Konsequenz weist darauf hin, daß das Christentum seit seinem Aufstieg zur Herrschafts- bzw. Staatsreligion eine unhistorische Sichtweise seiner eigenen Tradition etabliert hat und damit Teil von staatlicher Ideologisierung geworden ist. Aus diesem Zusammenhang des Bündnisses von Thron und Altar oder von Staat und Kirche ist das Christentum zumindest im westlichen Europa seitdem nicht mehr ausgestiegen.

Ich gebe zu, daß dies eine Kritik ist, die zunächst innerchristlich in Anschlag zu bringen ist und das Christentum immanent von seinen Ursprüngen her kritisiert. Auf der anderen Seite muß aber auch von einem Standpunkt außerhalb des Christentums wahrgenommen werden, daß zur Zeit des Neuen Testaments die Herrschaft in den Händen von jüdischen Gruppen und römischen Besatzern lag. Wird dies nicht wahrgenommen, führt eine Analyse der damaligen Zeit zu Falschaussagen hinsichtlich der Wurzeln des christlichen Antijudaismus und Antisemitismus und reproduziert herrschende Geschichtsschreibung in Form einer Negativfolie, gegen die man sich lediglich absetzen will.

S.J., Marburg

33. Wir-damals-vor-Blohm-und-Voß. Ein Nachtrag zum 25. Wiegenfeste

Autor: mm · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:23

Da bin ich doch einigermaßen erstaunt gewesen, über das Gespräch "Es geht vor allem um einfache, pragmatische Dinge" zwischen Knut Mellenthin und Willi Goltermann. Mir geht es um den zweiten Teil des Abdrucks, um die "folgenschweren Defizite linker Politik" heutzutage und die entsprechenden Erklärungsversuche.

Da wird das Fehlen einer sozialistischen Basisarbeit beklagt, das meint, morgens um sechs mit Flugblättern im Hafen oder vor irgendeiner Industriebude zu stehen. So wie 68 und die Jahre danach: Da mußte eben auch Politik von Null auf selbst entwickelt werden. Und das geht nur mit dem Willen, konkret und organisiert etwas zu verändern, einfach Politik anzufangen. Und heute? Irritation, Erlahmung, Spaltung und Resignation, Philosophieren statt Intervenieren, die 68er sind alt geworden und können das Staffelholz nicht weitergeben.

So sehen die beiden alten Herren der KB-Garde das also! Haben sie mal "Butter bei die Fische gepackt", wie das damals auf Proletkult hieß ... Zugegebenermaßen kann ich meine persönliche Betroffenheit dabei nicht verleugnen. Als 65er (biologischer Jahrgang, nicht politischer) bin ich Mitte der 80er Jahre als Sympathisant ein paar Jahre im Umfeld des Hamburger KB gewesen, zu einer Zeit also, als der Zenit bereits überschritten war, Anzeichen des organisierten Rückzugs, die ich damals als solche aber nicht wahrgenommen habe.

Was ich nur ganz unterschwellig gemerkt habe, war, daß die alten Hasen in meiner Zelle mit Anfängern irgendwie gar nichts anzufangen wußten. Etwas ungelenk wurde versucht, die alten Wahrheiten, die man selbst sich vor 10 oder 15 Jahren erobert hatte, ohne Rücksicht auf Veränderungen weiterzugeben. Allgemeiner gesagt: Hatte der KB, die KBler nach der Friedensbewegung überhaupt noch den Anspruch, mehr zu werden, junge Leute zu integrieren, dazu aufzubauen, besagtes Staffelholz zu übernehmen? Nach meiner Wahrnehmung bestand dieser Anspruch nicht mehr, im Gegenteil, Perestroika, das Aufweichen der Blockkonfrontation bis zur Wiedervereinigung ließen die Gesellschaftsanalyse der Altkader ungefragt hinter sich zurück.

In dieser Situation bis kurz vor der letzten schmerzhaften Zerreißprobe der Organisation gab es gar nichts mehr, was "der KB" hätte weitergeben wollen. Das Staffelholz, das gute, war abhanden gekommen, wie anders sollte ein Jüngerer die heftigsten Zerwürfnisse in LG und anderswo verstehen?

Das ist inzwischen Geschichte, wohl kaum eine, mit der man heute Eindruck machen könnte. Zum Jubiläum statt dessen also Mythen in Tüten, über fehlenden Willen und Flugblätter am Hafen, morgens um sechs. Ihr selber, Knut und Willi, habt doch irgendwann damit aufgehört und uns das dann noch als "fehlendes Subjekt" verkaufen können.

Und heute? Ihr empfehlt einfache, pragmatische Dinge (juhu, wir fangen mit einer einfachen Aufgabe an), die Rekonstruktion organisatorischer Zusammenhänge, Aufbau einer Presse ... Schluck, daran soll alles gescheitert sein, den fehlenden organisatorischen Zusammenhängen?! Die großen Organisierer beklagen die fehlende Organisierung - das ist doch wohl nicht Euer Ernst! Genau andersrum wurde der Schuh draus, die organisatorischen Strukturen bestanden doch bis zum bitteren Ende, nur die sie ausfüllenden Inhalte waren bereits entfleucht, ein Gerüst ohne weitere Funktion, Relikt.

Und wofür diese refundazione communista? Um Arbeitslose zu aktivieren und zusammenzuschließen, am besten auf jedem Marktplatz, Erfahrungen zu vermitteln, zu diskutieren "u.s.w" (auf dieses usw. bin ich ja besonders gespannt). Wie kann man solche Vorschläge machen, erwarten, daß Jüngere für solche Vorschläge aktiv werden - wenn man anderorts, ganz zurückhaltend zumindest einräumt, daß die notwendigen Voraussetzungen für solcherart Organisierungsprozesse gar nicht (mehr) vorhanden sind? Nach meinem Eindruck soll hier die Verantwortung für eigene Unzulänglichkeiten und Unbeweglichkeit der nachfolgenden Generation untergeschoben werden, passend zum 25sten sozusagen. Oder wolltet Ihr einfach nur noch mal gucken, ob jemand protestiert?

mm

34. "Die Sache selbst?" Betr.: Dutschke-Debatte in ak 396, 398 & 399

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:12

Js. fand es wert, meiner Erwiderung auf seine Rudi Dutschke-Kritik zu entgegnen. Erfreulich, denn produktive Debatten fehlen auf der Linken. Doch seine Entgegnung dient leider keiner produktiven Debatte und ist darüber hinaus sehr ärgerlich.

Zum ersten: Ich habe auf seine ersten Einwände meiner Dutschke-Beurteilung versucht, so ausführlich wie möglich mit über meinen ersten Artikel hinausgehenden Argumenten und Zitaten zu antworten. Js. diskutiert keine dieser konkreten Angaben, sondern versteift sich auf seine bereits im ersten Artikel gemachten Vorwürfe und Zitate - ein der Kommunikation nicht gerade dienliches Verfahren. Beispiel: Er behauptet - bezugnehmend auf ein Gretchen-Dutschke-Zitat -, daß Dutschke die NATO aus Anti-Warschauer-Pakt-Impulsen heraus toleriert habe. Ich sage, Gretchen Dutschke kann diese ihre Behauptungen nicht belegen und zitiere eine gegenteilige NATO-Aussage Dutschkes, von der ich behaupte, sie sei repräsentativ. Js. jedoch kann dem sachlich offenbar nicht kontern. Stattdessen benutzt er eine Hilfskonstruktion: Ich hätte selbst zugegeben, daß Gretchen Dutschke ausgesprochen kompetent über die politischen Ansichten und Beweggründe ihres Mannes urteile, v.a. aufgrund unveröffentlichter Notizen, Manuskripte und Briefe. Also: Sie wird schon Recht haben ... Welch ein Bockmist! Ich habe ihr "Feingefühl für das Persönliche" und ihr "klares Verständnis für die wesentlichen Elemente seines (Rudis) Denken" gelobt, aber es widerspricht dem nicht, wenn ich sage, auch sie ist nicht unfehlbar. Einen jener Punkte habe ich benannt. Es gäbe andere, gewichtigere (beispielsweise ihre Einschätzungen, Rudi Dutschke sei eigentlich kein Marxist gewesen und hätte auch nicht mehr an den Klassenkampf geglaubt), darüber ließe sich sachlich streiten, aber darum scheint es hier nicht mehr zu gehen.

Denn, und dies der Hauptgrund, warum ich erneut zur Tastatur greife: Js. Entgegnung nimmt sogleich eine neue Wendung, und er behauptet, mir ginge es ja gar nicht um Dutschke, sondern um eine versteckte Kritik an "ak". Seine fette Überschrift lautet entsprechend: "Nicht hinter Dutschke verstecken!" und er fährt im Text fort, wir sollten den Streit um Dutschke verlassen "und um die Sache selbst streiten". Hier wird's nun richtig ärgerlich. Ich verstecke mich hinter niemandem. Ich habe versucht, anhand einer Rezension so etwas wie einem Lebenswerk näher zu kommen. Nicht ohne Grund habe ich am Anfang meines ersten Artikels ein Luxemburg-Zitat zu Ferdinand Lassalle zitiert und auf Dutschke angewendet: "Lassalle hat Fehler in seiner Kampftaktik begangen, gewiß. Doch es ist nur ein wohlfeiles Vergnügen für Kleinkrämer der Geschichtsforschung, Fehler in einem großen Lebenswerk zu konstatieren. Zur Beurteilung einer Persönlichkeit wie ihres Wirkens ist viel wichtiger die Erkenntnis der eigentlichen Ursache, der besonderen Quelle, aus der ihre Fehler wie ihre Vorzüge sich ergaben." Zu diesem Versuch einer Historisierung hat Js. leider nicht viel beigetragen. Er kämpft offenbar die alten Kämpfe. Selbstverständlich habe ich auch vereinzelte Hinweise auf aktuelle Bezüge gegeben. Die jedoch in "versteckte Richtung" zu interpretieren, ist linksradikale Kaffeesatzleserei, unvereinbar mit produktiver Debatte.

Der Vorwurf trifft auch sachlich nicht. Mein Hinweis, daß auch ein ak-Redakteur einiges in der Deutschlandfrage zu verarbeiten habe, was er bei Dutschke anders gelernt hätte, zielt nicht auf die ak/KB-Politik im allgemeinen, wie von Js. suggeriert, sondern steht in einem konkreten Zusammenhang. Ich habe den inkriminierten Satz in den Zusammenhang der üblen Verleumdung sogenannter "Republikflüchtiger" durch viele westdeutsche Linke geschrieben und meinte damit die erste "ak"-Redaktion des Herbstes 89: "Liebe deinen Zoni wie dich selbst". Es war diese Linie, aus der sich dann die anti-deutsche Strömung und KB-"Bahamas" entwickelten. Will Js. bestreiten, daß es hier kein Grund zur selbstkritischen Diskussion gäbe? Stattdessen reißt er erneut aus dem Zusammenhang, läßt sich auf meine Argumentation nicht ein und suggeriert eine politische Motivation meinerseits, über die er dann in herablassendstem Ton herzieht (ich ließe "auf Rudi Dutschke nichts kommen", sei "sein treuester Fan", er, Js., habe dagegen "keinen so simplen revolutionsstrategischen Rahmen", etc.). So nicht, Genosse Js.! Das ist ja wohl - jenseits der notwendigen sachlichen Schärfe - ein Hieb unter die Gürtellinie! Und wenn Du die Jahre 89 folgende diskutieren möchtest, läßt sich das einrichten. Nur vermengen sollte man zwei Debatten nicht. Und die Debattierenden sollten schon den Eindruck gewinnen, es gehe ihnen um eine ernsthafte, offenen Diskussion.

Christoph Jünke

35. Klon-Schaf Dolly: Na und

Autor: at. · Rubrik: Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak400/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:32

Ein Sturm der Entrüstung geht durch die Presse. Dolly, das geklonte Schaf hatte nach fast siebenmonatiger Existenz am 26.2.1997 seinen ersten Fototermin und wurde damit aus der wissenschaftlichen Grauzone entlassen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die historische Bedeutung der Entstehung Dollys wird mit Ereignissen wie der Entwicklung der ersten Atombombe (Handelsblatt, 27.2.97) gleichgesetzt. Nüchtern betrachtet ist das Schaf aber nur ein weiteres allzu konsequentes Mosaiksteinchen auf dem Weg der Gentechnologie und Reproduktionsmedizin.

Mit der Entwicklung von Dolly gelang es erstmalig, ein genetisch identisches Säugetier aus den Zellen ausgewachsener Lebewesen zu designen. Das vaterlose Schaf wurde von den Wissenschaftlern des Roslin-Institutes nahe Edinburghs aus einer Euterzelle eines ausgewachsenen Tieres und einer Eizelle eines anderen Schafes entwickelt. Die genetische Information der Euterzelle wurde in die "entkernte" Eizelle des zweiten Schafes injiziert und diese neue Eizelle einem weiteren Schaf eingepflanzt. Erstmalig sei dieses Experiment geglückt, so hieß es. Verwundern mag, daß sich nach Bekanntwerden dieses technologischen Erfolges gleich eine Reihe anderer Wissenschaftler zu Wort meldete, die ebenfalls Klonen produziert hatten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was in den heimlichen Tierställen und Laboratorien der Biotechnologen noch verborgen bleibt, welche Forschung ohne Beteiligung der Öffentlichkeit vorangetrieben wird?

Der eigentliche Dammbruch bei der Klonierung von Säugetieren erfolgte aber schon vor einem Jahr. Zu diesem Zeitpunkte hatte Ian Wilmut, der auch der Erfinder von Dolly ist, zwei Schaf-Klone künstlich hergestellt. Im Unterschied zu dem Schaf Dolly entstanden diese beiden genetisch identischen Schafe aber aus embryonalem Gewebe, also aus zuvor befruchteten Eizellen. Dieses Verfahren wurde auch von den Wissenschaftlern aus Neuseeland herangezogen, die - ebenfalls am 26.2.97 - der Öffentlichkeit drei geklonte Schafe vorstellten. Und erst am 1.3.97 wurde von einem Experiment berichtet, bei dem bereits im August 1996 im US-Bundesstaat Oregon zwei geklonte Affen produziert wurden.

Das Entsetzen über Dolly kristallisiert sich im wesentlichen an der Frage der Klonierung des Menschen. Bilder identischer Menschen schmückten nahezu alle Publikationen. Nebenbei bemerkt, wird mit solchen Schreckensszenarien der immer wieder kritisierten Meinung das Wort geredet, der Mensch (bzw. das Leben) sei allein durch die Gene determiniert, gleiche genetische Information führe zu identischem Leben, zur völliger Gleichheit in der Entwicklung.

Mit der Produktion des Schafs Dolly sei auch die Herstellung menschlicher Klone möglich geworden, heißt es, und damit die Massenzüchtung von menschlichem Leben. Die Horrorvisionen, die mit der Klonierung von Menschen verbunden sind, reichen von der ewigen Wiederauferstehung der Toten, der Duplizierung von Nobelpreisträgern oder Spitzensportlern, bis zu der Herstellung eines immunologisch identischen Rohstoff- und Ersatzteillagers für eine möglicherweise anstehende Organtransplantation.

Vergessen scheint, daß ein Teil dieser vermeintlichen Zukunftsszenarien bereits Realität ist.

So die Ersatzteil-Schwangerschaft, bei der das Transplantationsmaterial für ein unheilbar erkranktes Kind in einer weiteren Schwangerschaft "erbrütet" wird. Bekanntestes Beispiel ist der Fall von Mary Ayala. Ayala bekam nur deswegen noch einmal ein Kind, weil die Tochter an Leukämie erkrankt war und kein geeignetes Knochenmark für eine Transplantation zu Verfügung stand. Das 1990 geborene "Ersatzteil-Kind" wurde mit 14 Monaten zur Knochenmarkspende herangezogen. Mittlerweile sind 40 solcher Fälle öffentlich geworden, in denen Kinder nur zum Zweck der Knochenmarks- oder Nierenspende für das erkrankte Geschwister gezeugt wurden.

Auch die Klonierung menschlicher Embryozellen wurde bereits durchgeführt. Im November 1993 gab Jerry Hall als erster öffentlich zu, Embryonen gesplittet zu haben. Er hatte aus 17 Embryonen durch Trennen der Zellen insgesamt vier Dutzend genetisch identische Mehrlinge erzeugt. Da er nicht-entwicklungsfähige Embryonen verwandte, lebten diese nach ein paar Tagen nicht weiter. Ein nach diesem Experiment

gegründetes Ethik-Komitee (NABER - National Advisory Board on Ethics in Reproduction) hielt ein Embryo-Splitting "an sich für ethisch zulässig, wenn die resultierenden Embryonen nicht beschädigt oder zerstört werden." (zit. nach Schneider 1995). Als Anwendungsformen des Embryo-Splittings und damit des Klonierens wurde unter anderem genannt: die Möglichkei,t einige Zwillinge zeitlich versetzt zur Welt zu bringen, wenn sich das erste als "gut" erwiesen hatte und eine Embryo-Kopie tiefgekühlt als Organ- oder Gewebeersatz zu lagern, als immunologisch passendes Ersatzteillager für Transplantationszwecke. Das NABER kam, Angaben von Ingrid Schneider zufolge, einstimmig überein, das Klonen sei für Zwecke der In-Vitro-Fertilisation zuzulassen; aus einem Embryo dürften aber "maximal vier" geschaffen werden und die Dauer des Einfrierens sei auf "18 Jahre zu beschränken". Auch die Möglichkeit, zeitversetzt Zwillinge zu gebären, wurde von vielen Mitgliedern der Ethik-Kommission akzeptiert.

Vergessen wird in der Debatte um Dolly auch, daß neben diesem Schaf bereits zwei künstlich designte Klon-Schafe stehen, die, wie beschrieben, aus Embryozellen produziert wurden. Welchen Unterschied für eine ethische Bewertung des Duplizierens von Leben machen diese verschiedenen Klonierungstechniken aus? Gleich ist, daß bei den verschiedenen Verfahren künstlich erzeugte Lebewesen mit identischer Erbinformation entstehen. Die Neuerung, einen Klon aus einem erwachsenen Lebewesen zu erzeugen, ist eine Veränderung auf technischer Ebene. Zukünftig soll die Klonierung nun einfacher durchzuführen sein, und zudem bietet sich die Möglichkeit, auch zuvor genetisch veränderte Säugetiere zu klonen.

Natürlich ist es richtig, ein Verbot der Klonierung von Menschen - und auch Tieren, wie ich meine, - zu erwirken. Aber das allein reicht nicht, es sind viel weitergehende Regelwerke von Nöten, die dem schon weit fortgeschrittenen Prozeß Einhalt gebieten müssen.

Plötzlich können sich alle als Schützer der "Einmaligkeit des menschlichen Lebens" hinstellen. Die hoch gehängte Latte, eine Duplizierung menschlichen Lebens zu verbieten, steht noch niemandem im Wege. De facto ist es bisher nicht möglich, menschliche Klonen herzustellen. Spätestens wenn dies technisch durchführbar ist, wird die ethische Richtlinie von eiligst herbeigerufenen Wissenschaftler-Kommissionen und selbsternannten Bioethikern der Machbarkeit wissenschaftlichen Treibens angepaßt. Bisher wurde noch immer alles erlaubt, was technisch möglich ist. Als Begründung wird dann herangezogen, es nutze oder diene dem Wohle der ganzen Gesellschaft - besser noch der ganzen Menschheit.

Und der Weg wird schon geebnet: "An einer asexuellen Vermehrung sei grundsätzlich nichts auszusetzen", lassen US-amerikanische Bioethiker verlauten. Und im Spiegel wird ein Bioethiker zitiert, der gerade diese künstliche Reproduktion im Labor als "menschlicher als die Empfängnis im gewöhnlichen heterosexuellen Geschlechtsverkehr" bezeichnet. (Spiegel, 10/1997) Schließlich sei es doch die "gewünschte gewählte und kontrollierte" Reproduktion, die den "Homo sapiens vom Tier unterscheide".

at.

Literatur:

Ingrid Schneider: Föten. Der neue medizinische Rohstoff. Campus-Verlag 1995

36. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak400/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:33

Kalender

Politische Gefangene I

Vom 13. bis 22. März sind ein ehemaliger politischer Gefangener und eine Vertreterin der baskischen Gefangenenorganisation "Gestoras pro Amnestia" auf Einladung der "Roten Hilfe" in der BRD. Auf einer Veranstaltungsrundreise werden sie in verschiedenen Städten über die Situation der politischen Gefangenen in Spanien und die Repression im Baskenland berichten.

Berlin, 13.3., 19 Uhr, KATO (U-Bhf. Schlesisches Tor). Nürnberg, 15.3., 15 Uhr, KOMM. Karlsruhe, 16.3., 19 Uhr, Steffi, Steffanienstraße. Heidelberg, 17.3., 20 Uhr, Eine-Welt-Zentrum im Kulturhaus Karlstorbahnhof, Göttingen, 18.3., 20 Uhr, APEX, Burgstr. 46. Kiel, 19.3., 20 Uhr, Hansastr. 48. Hamburg, 20.3., 20 Uhr, Brigittenstr. 5. Wolfsburg, 22.3., 20 Uhr, ZKJ-Mitte, Schachtstr. 31.

Wehrmachtsverbrechen

Zur aktuellen Kampagne gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" veranstaltet das Fritz Bauer Institut eine öffentliche Diskussion mit den Autoren der Ausstellung, Bernd Boll, Hannes Heer und Walter Manoschek.

Frankfurt/Main, 17.3.97, J.W.G.-Uni, Hörsaal I, 19.30 Uhr.

Politische Gefangene II

Der 18. März ist der "Internationale Tag für die Freiheit aller politischer Gefangenen weltweit". Anläßlich dieses Tages finden in vielen Städten der BRD Aktionen statt, in denen das Schicksal der politischen Gefangenen und die Forderung nach ihrer Freilassung in den Mittelpunkt gestellt werden. Spezielle Aufmerksamkeit wird vielerorts den politischen Gefangenen in der Türkei gewidmet.

In Hamburg findet am 15.3. eine Demonstration in diesem Zusammenhang statt. Beginn 13 Uhr, Auftaktkundgebung Gerhart-Hauptmann-Platz.

Berlin: Direkt am 18.3. gibt es um 17 Uhr eine Knastkundgebung vor der JVA Moabit. Zwei Tage davor, also am 16.3. um 18 Uhr, kann mensch sich über die aktuelle Lage in der Türkei und Kurdistan sowie über die Repression gegen TürkInnen und KurdInnen in der BRD informieren. Ort: KATO, U-Bhf. Schlesisches Tor.

Antisemitismus

Matthias Vetter, der u.a. in Moskauer Archiven zu dem Thema recherchiert hat, spricht über Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus in der SU und ihren Nachfolgestaaten.

Hamburg, 20.3.97, 20 Uhr, Galerie Morgenland, Sillemstr. 79.

Zerstörtes Paradies

Westpapua - besetzt und abgeholzt, ökologisch und sozial auf dem Weg in den Ruin, darauf wird Ottis Simopiaref aufmerksam machen. Nach Musik, von ihm selbst gespielt, folgt die Premiere des Videos "Westpapua - Zerstörtes Paradies".

Hamburg, 20.3.97, 19 Uhr, Museum für Völkerkunde, Großer Hörsaal, Rothenbaumchaussee 64.

FREIe HEIDe

Heraus zur 42. Protestwanderung. Gegen das Bombodrom in der Ruppiner Heide

Fretzdorf, 30.3.97, 14 Uhr. Anfahrt: A 24, Abfahrt Herzsprung, Bahn Berlin-Oranienburg-Neuruppin-Fretzdorf.Infos: 033931/2338 od. 030/4013426.

Ostermärsche

Alle Jahre wieder ... U.a. in Hamburg, 31.3.,12 Uhr, Klopstockplatz/Altona

Antifa-Seminar

Die Antifa Hameln-Pyrmont und der VVN/BdA werden dieses Jahr einige Wochenendseminare zu verschiedenen Themen organisieren, u.a. Faschismustheorie (6.-8.6.) oder Neue Rechte (19.-21.9.). Doch zunächst wird mensch sich dem Geschichtsrevisionismus annehmen.

Zeit: 4.-6.4.97, Freitag bis Sonntagnachmittag. Anmeldung (bis spätestens drei Wochen vor Beginn): Antifa Hameln-Pyrmont, c/o Sumpfblume, Stockhof 2a, 31785 Hameln; Tagungsunterlagen und Anreiseinfos werden dann zugeschickt.

Fotos: Spuren einer Reise

50 Jahre nach dem Krieg sucht der New Yorker Fotograf Mikael Levin nach den Spuren einer Reise nach Europa: 1944 war sein Vater nach Europa gekommen, um über das Schicksal der europäischen Juden zu berichten. Auf dem Weg von Paris über die Schlachtfelder der Ardennen zu den KZs Buchenwald, Dachau und Theresienstadt hatte ihn der französische Fotograph Eric Schwab begleitet.

Die Ausstellung stellt die Photographien von Mikael Levin denen von Schwab gegenüber.

Frankfurt/Main, Deutsches Filmmuseum, Schaumainkai 41, noch bis zum 6.4.97.

Jugoslawien

Die Linke in der BRD und der Krieg in Jugoslawien. Heiner Möller und ein Vertreter der AG2 spricht über das (Nicht-) Verhalten der Linken, auch im Hinblick auf die jüngsten Demonstrationen in Belgrad.

Hamburg, Kölibri GWA St. Pauli-Süd e.V., Hein-Köllisch-Platz 1, 10.4.97, 19.30 Uhr.

Palästina

Werkschau Marc Rudin: Politische Gebrauchsgraphik für Palästina (1979-91)

Frankfurt/Main, Dritte-Welt-Haus, Westerbachstr. 47/H3, noch bis zum 16.3.

37. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak400/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:37

Militante Praxis

Erst einmal auch von mir (und vielen anderen aus dem Neckar-Raum ...) nachträglich alle möglichen Glückwünsche zum 25jährigen Jubiläum!

Leider beziehe ich den ak erst seit Nr. 370, denn durch eure Zeitung erhalte ich (endlich!) umfangreiche Informationen (vor allem Internationales und Geschichte) und Diskussionsanregungen, die man/frau sonst in keiner Monatszeitung aus dem sog. "linken Spektrum" vorfinden kann. Der Titel "analyse & kritik" trifft den Nagel auf den Kopf! Weiter so!

Als Anregung zu verstehen ist der Vorschlag, mehr über aktuelle militante Praxis in der BRD zu berichten. Ein bis zwei Seiten, von der Aktion über Analyse bis hin zur Kritik, würden ak ein erfrischenderes und aktuelleres Bild über die radikale Linke geben. Dadurch sich ergebende Leserkritiken & Diskussionsanregungen würden m.E. gefördert werden. Vor allem aber wäre es interessant, über unterschiedlichen Widerstand in Metropolen und "ländlichen" Regionen mehr zu erfahren.

Denn daß sich Widerstand in der jetzigen Zeit immer öfters allerorten regt und die radikale Linke (gerade unter den "Jüngeren") an Zuwachs gewinnt (zumindest im süddeutschen Raum), ist eine zu begrüßende Tatsache. Ruft die LeserInnen auf, aus ihren Lebensräumen zu berichten - die LeserInnen und Abobezüge würden sich bestimmt vermehrfachen!

Auf weitere viele Jahre mit dem ak

Jan, Ingersheim

DGB-Kongreß

Betr. DGB und Gewerkschaftslinke

(ak 399)

Nachdem ich mir den Beitrag im ak "DGB-Kongreß - Sieg der Linken?" reingezogen habe, sah ich mich veranlaßt, doch noch einmal auf die erste Seite zu schauen. Tatsächlich war es der ak, denn beim Lesen genannten Beitrags hatte ich das Gefühl, in meinen Händen befände sich die UZ - Zeitung der DKP. Aber das konnte auch gar nicht sein, denn die UZ hat das DGB Grundsatzprogramm und den Kongreßverlauf - im Gegensatz zu meiner Zeit als DKP-Mitglied (bis 1988) richtigerweise kritisch und negativ eingeschätzt.

Was wohl auch daran lag, daß in der Präambel die faschistische Diktatur (Nazi Terror 1933-1945) praktisch gleichgesetzt wird mit dem Gesellschaftssystem der DDR. Mann/frau kann zu dem System der DDR, das sich ja auch realer Sozialismus nannte, stehen, wie mann/frau will. Aber eine Gleichsetzung mit dem Nazi-Terrorsystem ist ein Schandfleck für unsere noch vorhandene Gewerkschaftsbewegung.

Ich denke, bei der Einschätzung des DGB-Grundsatzprogramms wurde wohl übersehen, daß in der Präambel, neben der Interessenvertretung im Konflikt, auf Kooperation mit den Arbeitgeberverbänden - sprich Kapital - gesetzt wird. Wie eine solche Kooperation, siehe das sogenannte Bündnis für Arbeit, vom Kapital und der konservativen Bundesregierung zur Profitmaximierung für das Kapital genutzt wurde, ist, trotz profilierter Redebeiträge, nicht berücksichtigt worden. Gerade an dieser Stelle trägt das Grundsatzprogramm die Handschrift der Sozialpartner innerhalb des DGB.

Trotz alledem. Das ganze Gerede von notwendiger Kooperation kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf Grund der bestehenden Klassengegensätze (es heißt dazu im Grundsatzprogramm: "Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung der kapitalistisch verfaßten Marktwirtschaft") dem Klassenkampf von unten in dieser Bundesrepublik die Luft ausgegangen ist. Bestes Beispiel dafür sind besonders die betrieblichen Streik- und Protestaktionen für die Erhaltung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auch wenn die jeweiligen Einzelgewerkschaften, und das ist schon beschissen, an anderer Stelle dem Kapital Zugeständnisse machen mußten.

Und es paßt zu der programmatisch angestrebten Kooperation, wenn der DGB im Dialog unter anderem mit der Wirtschaft/dem Kapital für seine gewerkschaftspolitische Position werben will. So etwas kann nur als Sozialpartnerschaft in höchster Vollendung bezeichnet werden.

Natürlich brauchen die Gewerkschaften in ihrem mit Sicherheit nicht leichten Kampf Verbündete. Aber da muß mann/frau sich nicht groß umschauen. Ich denke dabei an die vielen Menschen, die zur Zeit von den Kernbelegschaften in den Betrieben ausgegrenzt sind.

Zwar tragen zur Zeit die Kernbelegschaften in den Betrieben die Streik- und Protestaktionen des DGB. Aber ohne Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen, die ohne Arbeit sind, ohne Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen usw. Bleiben alle Aktionen nur Stückwerk, werden in den Aktionen nur Eigeninteressen durchgesetzt. An dieser Stelle ist ein Umdenken in den Kernbelegschaften und ihren Gewerkschaften notwendig. Notwendig ist schlicht und einfach, daß die noch sozial Stärkeren (die noch in Arbeit sind) die sozial Schwächeren als gleichberechtigte und gleichgewichtige Kolleginnen und Kollegen anerkennen und im gemeinsamen Kampf gegen Kapital und konservative Regierung abbekommen, daß mann/frau gemeinsam zum Proletariat gehören.

Es geht einfach darum, in der eigenen Klasse die Lebensverhältnisse zu verbessern und zwar auf Kosten der Profiteure, sprich des Kapitals, eine Standortdebatte, wie sie auch vom DGB toleriert wird, steht dem kontraproduktiv entgegen. Aber soweit konnte der DGB-Kongreß programmatisch wohl nicht gehen. So bleibt mir die Gewißheit, daß auch dieses neue DGB-Grundsatzprogramm, wie alle bisherigen, in den unteren Schubladen verschwindet und selbst die doch gewerkschaftsfreundliche DKP sich nicht die Mühe macht, daraus zu zitieren.

P. M., Hagen

Biermann

Betr. 20 Jahre Ausbürgerung (ak 396)

Erst heute, im Januar, ist mir euer Biermann-Artikel anläßlich der Ausbürgerung in die Hände gekommen. Ich war positiv überrascht. Obwohl ich noch nicht weiß, ob ich Angela Martins roten Faden von der "Personalisierung" der Lyrik Biermanns so treffend finde, regt auch diese These, wie der Artikel insgesamt, zum Nachdenken an. Die Methode, Größen und Grenzen des Liedermachers herauszuarbeiten, unterscheidet sich wohltuend von der sonst so häufigen linken Belächelung vergangener Biermann-Zeiten. Ich selbst kenne fast nur "alte" Biermann-Lieder und finde diese irre treffend (was nicht unbedingt "zutreffend" heißt - wenn er z.B. von der DDR als besserer Hälfte des "geteilten Vaterlandes" singt) und berührend. Und motivierend. Und natürlich wahnsinnig lyrisch - im positiven Sinne.

Der Artikel von Angela Martin zeigt (mir), wie man mit den zweifellos vorhandenen Grenzen Biermanns umgehen kann, ohne in die unreflektierte Biermann-Ablehnung zu verfallen. Indem man nämlich auch fragt, welches seine Stärken waren und sind, an die man heute anknüpfen könnte - und gleichzeitig in aller Deutlichkeit seine Kritik formuliert.

Also wirklich: ein erfreulicher Artikel.

Stefanie

38. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak400/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:38

Theodor Lessing

In Mittelweg 36 beschreibt Jörg Wollenberg, "wie in Deutschland die Tötung eines geistigen Menschen abrollt" (Arnold Zweig). Es geht um den Fall des Philosophen Theodor Lessing, der 1925/26 von seinem Lehrstuhl an der Technischen Universität Hannover vertrieben wurde. Lessing war als Jude, Pazifist und Sozialist der Obrigkeit und den Rechtsparteien dreifach verhaßt. In der Solidaritätskampagne für Lessing wurden die Disziplinarmaßnahmen und die Pressehetze gegen ihn als "Teilstück des geplanten Gesamtangriffs gegen die Republik" erkannt. Zwar durfte Lessing weiter forschen, er mußte aber von erheblich gekürzten Bezügen leben. Im Juli 1933 wurde ihm auch diese Einnahmequelle entzogen. Einen Monat später wurde Theodor Lessing in seinem Marienbader Exil von gedungenen Mördern erschossen.

Der zweite Beitrag aus der Rubrik "Thema", dem Schwerpunkt, stammt von Ulrich Bielefeld und behandelt "Die Nation als Geheimnis. Ernst von Salomon und das ‚angedrehte` Wir des Volkes". Mit einem Artikel von Herbert Jäger wird die Goldhagen-Debatte fortgesetzt: "Die Widerlegung des funktionalistischen Täterbildes. Daniel Goldhagens Beitrag zur Kriminologie des Völkermords".

Mittelweg 36 - Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung - Februar/März 1997; 96 Seiten, 18 DM. Mittelweg 36, 20148 Hamburg

Deng Xiaoping

"Deng ist tot - die Maotsetungideen leben" - wo die Rote Fahne recht hat, hat sie recht. Auf den sechs Seiten zum Titelthema "Deng Xiaoping. Er verriet den Sozialismus in China" sind nicht nur alle Missetaten dieses "bürgerlichen Politikers im Gewand des Kommunisten" aufgeführt. Auch seine deutschen Gesinnungsgenossen werden gegeißelt, vor allem die von der PDS, die wie Deng der Ansicht seien, daß man sich "aller Katzen, gleich welcher Farbe, bedienen dürfe, um sein Ziel zu erreichen". Allen, die in unübersichtlichen Zeiten die korrekte ideologische Orientierung verloren haben, hilft die Rote Fahne weiter und nennt die "Verräter" ebenso beim Namen wie die "kleinbürgerlichen Kräfte" - eine amüsante Reise zurück in die frühen 70er Jahre.

Rote Fahne Nr. 9 (28.2.1997), 24 Seiten, 1,50 DM; Postfach 300327, D-45862 Gelsenkirchen

Birgit Rommelspacher

Der Schwarze Faden, die "Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit", bringt in seiner ersten Ausgabe des Jahres 1997 ein lesenswertes Interview mit der Sozialwissenschaftlerin Birgit Rommelspacher. Es geht um "Utopie", die politische Sozialisation der 68er, Feminismus, linke Theorie und vieles mehr. Birgit Rommelspacher stimmt mit den Interviewerinnen darin überein, daß eine theoretische Verknüpfung von Klassenfrage, Sexismus und Rassismus notwendig sei. Sie kritisiert die "klassischen Theorien" als "steril und unlebendig" und die "feministischen Utopien" als "sehr einheitlich". Insbesondere besteht sie auf der Bedeutung der ökonomischen Machtverhältnisse. Die "US-Importe" Feminismus und Antirassismus zeigten die große Schwäche der US-Linken in Sachen Klassenanalyse: "Das ist ein Grund, warum die Frage nach der politischen Strategie so unbefriedigend ist".

Schwarzer Faden 1/97 (Nr. 60), 68 Seiten, 8 DM; Postfach 1159, D-71117 Grafenau

FREIe HEIDe

Das vom Komitee für Grundrechte und Demokratie herausgegebene Broschürchen über das Bombodrom in der Ruppiner Heide ist auf den ersten Blick bemerkenswert: Es paßt auch in die kleinste Jackentasche, kann also auch bei Demos, Sitzblockaden und ähnlichen Anlässen von antimilitaristischen AktivistInnen mitgeführt werden. Die übersichtliche Karte der Region zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin soll verhindern, daß sie sich dabei in den Weiten Brandenburgs verirren. Vor allem dient das Heft natürlich der politischen Orientierung: Die Bundeswehr will auf einem 142 qkm großen Terrain Tiefflliegerangriffe üben, bei denen Bomben abgeworfen oder Raketen abgeschossen werden sollen. Geplant sind bis zu 36.000 Anflüge im Jahr - Terror gegen die dort lebenden Menschen. Geübt werden soll für deutsche Kriegseinsätze in allen Teilen der

Erde - zur Sicherung "unserer" Wirtschaftsinteressen. Einschläge Zitate aus den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" und anderen Strategiepapieren der Militaristen sind in der Broschüre dokumentiert. Danach gehört zu den deutschen Sicherheitsinteressen die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt".

Komitee für Grundrechte und Demokratie: Dem Militär den Boden entziehen - Für eine FREIe HEIDe! 24 Seiten; 10 Exemplare 10 DM, 25 Exemplare 20 DM, 50 Exemplare 35 DM (nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder Schein); Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, D-64759 Sensbachtal

Widerstand im Wendland

20 Jahre alt ist die Geschichte des Widerstands im Wendland. Zu diesem Jubiläum hat die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ein Buch mit dem Titel "Unruhiges Hinterland" herausgebracht, das 16 Porträts (in Wort und Bild) enthält: Aktive WiderständlerInnen, "davon neun Frauen, zwei Mädchen und fünf Männer, ‚Promis', ‚Halbpromis` aus verschiedenen Gruppierungen und ‚Lagern', Einheimische, vor langen Jahren Zugezogene und zwei erst kurze Zeit im Wendland Beheimatete, vier unter 30, acht zwischen 30 und 50 und sechs über 50." (Vorwort) Zu den "Promis" zählt mit Sicherheit die 70jährige Lilo Wollny von der "Initiative 60", in der sich die "im Widerstand Altgewordenen" zusammengeschlossen haben und unverdrossen weitermachen - auch wenn sie sich schon mal einen Hocker zur Sitzblockade mitnehmen müssen. Lilo Wollny gehört zu denen, die "sich autodidaktisch ihre profunde Kenntnis über die Facetten der Atomtechnik und der Politik" angeeignet haben. Ihre Aufgabe sieht sie darin, ihre reichen Erfahrungen an Jüngere weiterzugeben - und sich bei Demos und Blockaden in die erste Reihe zu stellen, um die Jungen vor der Polizei zu schützen.

Im Anhang ist auf 18 Seiten Historisches zusammengestellt über das Wendland bis 1977, den Gorleben-Konflikt seit 1977 und die Castor-Transporte der letzten Jahre.

Kirsten Alers, Philip Banse, Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (Hrsg.): Unruhiges Hinterland. Portraits aus dem Widerstand im Wendland (in Text und Bild); 152 Seiten, 32,80 DM (plus Versandkosten bei Bestellung; Adresse: Satzmanufaktur, Mittelstr. 17, 34260 Kaufungen)

Nazi-Gold

Die Debatte um das sogenannte Nazi-Raubgold hat das historisch-politische Selbstbewußtsein vor allem der Schweizer erschüttert. Die Goldschätze, die nicht nur nach Basel und Bern, sondern auch in andere Länder geschafft wurden, ermöglichten den Nazis Zugang zu Währungen, die im Gegensatz zur Reichsmark frei konvertibel waren - und damit zu strategisch wichtigen Rohstoffen und Produkten. Indem die "neutralen" Länder außerdem die deutsche Devisenüberwachung unterstützten, halfen sie, die Transfers jüdischer Vermögen zu erschweren bzw. zu verhindern. Hinzu kam ein administrativer Antisemitismus: Die Fluchtmöglichkeiten für Jüdinnen und Juden wurden immer geringer. So machte die Kollaboration der "Neutralen" den Weg frei zunächst für die Enteignung der jüdischen Bevölkerung und erleichterten so dem NS-Staat die Massendeportationen und schließlich die Vernichtung der europäischen Juden.

Das neue Heft der Zeitschrift "1999" enthält außerdem u.a. Aufsätze zur Lodzer Revolution von 1905 (Thomas Fuchs, Krzysztof Wozniak), über Judenverfolgung in den Niederlanden und in Belgien während des Zweiten Weltkriegs (Ron Zeller, Pim Griffioen), über die Frauenrechtlerin und Sozialreformerin Else Lüders (Eva Schöck-Quinteros) und über die Disziplinierung und Diskriminierung geschlechtskranker Mädchen in der Nachkriegszeit (Doris Foitzik).

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 1/97, Einzelpreis 18 DM.

39. In eigener Sache

CD-Datei: daten/aksuche/ak400/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:400:42

Die Essensreste von unserem rauschenden Jubiläumsfest im Januar sind noch nicht vollständig verzehrt, da steht ak schon der nächste Jubeltag ins Haus: Wie dem einen Leser oder der anderen Leserin aufgefallen sein wird, ziert sich diese Ausgabe mit der Nummer 400. Vierhundert mal haben wir in den vergangenen gut 25 Jahren dem Klassenfeind mit schwieliger Arbeiterfaust den Schraubenschlüssel entgegengestreckt oder mit schwergewichtiger Denkerstirn unsere kritischen Analysen entgegengehalten.

In der uns eigenen Bescheidenheit verzichten wir dieses Mal auf eine eigentlich fällige weitere Jubiläumsausgabe. Unsere treuen Leserinnen und Leser müssen sich dafür noch bis ak 500 gedulden: Sie erscheint am Donnerstag, den 5. Juli 2007.